

Social Engineering

Zwischen
totalitärer
Utopie und
„Piecemeal-
Pragmatismus“





Social Engineering

Social Engineering

**Zwischen totalitärer Utopie
und „Piecemeal-Pragmatismus“**

**Herausgegeben von
Piotr Madajczyk
und Paweł Popieliński**



**Institut für Politische Studien
der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Warschau 2014**



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische
Zusammenarbeit



Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung des Instituts für Nationales Gedächtnis

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Bilder auf der Titelseite sind aus der Sammlung Rassensektion des Instituts
für Deutsche Ostarbeit (IDO), Archiv der Jagiellonen-Universität in Krakau.
Wir danken Frau Anna Mardula für die Erlaubnis, ihre Fotos zu benutzen.

Redaktionelle Bearbeitung: Antonina Majkowska-Sztange, deutsche Fassung:
Sigrid Weber

Übersetzung aus dem Polnischen (Texte von P. Madajczyk, M. Gawin, J. Daniluk,
A. Jaczyńska) Benjamin Voelkel

Titelseite
Adam Lis

© Copyright by Institut für Politische Studien PAW, Warschau 2014

© Copyright by Instytut Pamięci Narodowej

Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu, Warschau 2014

ISBN 978-83-64091-29-2

Verlag
Instytut Studiów Politycznych PAN
00-625 Warszawa, ul. Polna 18/20
tel. +48-22-8255221, faks +48-22-8252145
www.isppan.waw.pl

Inhaltsverzeichnis

<i>Piotr Madajczyk</i>	
Social Engineering als Forschungsinstrumentarium	7
Teil I Social Engineering als Werkzeug der staatlichen Bevölkerungspolitik.	31
<i>Thomas Etzemüller</i>	
Social Engineering und die Erfindung der „Bevölkerungsfrage“	33
<i>Sabine Schleiermacher</i>	
Rassenhygiene als Leitwissenschaft von Raumplanung und Bevölkerungswissenschaft	47
<i>Michael Schwartz</i>	
„Denn sie können nicht mehr friedlich zusammenleben“. Zur Genealogie moderner Politik ethnischer „Säuberung“	63
Teil II Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg	85
<i>Patrick Wagner</i>	
Mitdenker der Vernichtung: Deutsche Wissenschaftler und die nationalsozialistische Eroberungspolitik in Osteuropa	87
<i>Miriam Y. Arani</i>	
Der Reichsgau Wartheland als Experimentierfeld der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik	100
<i>Magdalena Gawin</i>	
„Flurbereinigung“. Der Zusammenhang zwischen der Vernichtung der polnischen Intelligenz und der nationalsozialistischen Rassenhygiene	118

<i>Jan Daniluk</i>	
Aspekte zur Ansiedlung von Volksdeutschen im Reichsgau Danzig-Westpreußen	141
<i>Isabel Heinemann</i>	
„Germanisierung“, Umsiedlung, Massenmord: Der „Generalplan Ost“ und die Konzepte zur ethnischen Neuordnung Osteuropas im Zweiten Weltkrieg.	161
<i>Agnieszka Jaczyńska</i>	
Die deutsche Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość 1941–1943. Eine Übersicht über die polnische Fachliteratur	177
Teil III Social Engineering nach dem Zweiten Weltkrieg	207
<i>Piotr Madajczyk</i>	
Nationalistisch motivierte Zwangsmigration in den ersten Jahren nach dem Krieg. Kontinuität oder Diskontinuität?	209
<i>Stefan Troebst</i>	
Kommunistische Nationskonstruktionen. Indigenisierung, Zwangsassimilierung/Zwangsumsiedlung, separatistisches Nation-Building und supranationale Konzeptionen.	227
<i>Dietrich Beyrau</i>	
Chaos und Ordnung durch Planung: Der sowjetische Fall	236
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.	257
Orts- und Personenverzeichnis	261

PIOTR MADAJCZYK

Social Engineering als Forschungsinstrumentarium

Die Geschichte der Bevölkerungspolitik, die im 20. Jahrhundert unter Anwendung von Gewalt betrieben wurde und mit unterschiedlichsten „Säuberungen“ mit ethnischem, nationalem, Rassen- oder Klassenhintergrund einherging, bleibt ein schwieriger Bereich des Gedenkens. Sie führt des Weiteren zu Verwerfungen: Unterschiedliche nationale Narrative und unterschiedliche kollektive Erinnerungen an die Geschichte in einzelnen Staaten lassen sich schwer miteinander in Einklang bringen. Deshalb hat Susanne Weiglin, Vizerektorin der Universität Wien, im Rahmen eines Doktorandenkolloquiums gefordert: „Kulturdialog unter Gleichberechtigten muss den Begriff Perspektivwechsel implizieren. Nur wenn alle Beteiligten über die Fähigkeit verfügen, sich in die Perspektive des anderen auf das zu diskutierende Problem hineinzusetzen und deren innere Logik als deren Rationalität anzuerkennen, kann das Problem der tatsächlichen oder angenommenen Asymmetrie überwunden werden.“¹ Die Realisierung dieses Postulats übersteigt gewöhnlich die Möglichkeiten der meisten Diskussionssteilnehmer.

¹ Susanne Weiglin-Schwiedrzik, zit. n. Katharina Wildermuth, Erinnerung und Identität im Kulturdialog. Zur Methodik des Europäischen Doktorandenkolloquiums, in: Stefan Raueiser/Katharina Wildermuth (Hg.), Die Geschichte eint – das Gedächtnis trennt. Erinnerung und Identität im deutsch-polnischen Diskurs, Bonn 2007, S. 17–22, hier S. 17.

Darüber hinaus diskutiert es sich schwer über eine Geschichte, an deren Ereignissen die eigene Gesellschaft und der eigene Staat beteiligt sind, darunter Politiker, wissenschaftliche Institutionen und Wissenschaftler, Experten, staatliche Institutionen und – nicht selten – gewöhnliche Bürger. Wie die Erfahrung der zurückliegenden Jahrzehnte zeigt, sind Diskussionen über die Verstrickung der Wissenschaft in eine undemokratische, in manchen Fällen verbrecherische Politik nicht einfach, insbesondere dann, wenn bestimmte wissenschaftliche Institutionen, die einst Anteil an dieser Politik hatten, weiterhin existieren und aktiv sind. Die Erinnerung an diese Geschichte ist jedoch auch ein Bereich, in dem sich Erlebnisse und historische Erfahrungen finden, die Menschen unterschiedlicher Nationalität miteinander verbinden, die aus weit voneinander entfernten Regionen stammen. Der Bezug auf gemeinsame Werte ermöglicht eine grenzüberschreitende Diskussion.

Diesen Themen und Problemen widmete sich die internationale wissenschaftliche Konferenz „Social Engineering in Mitteleuropa im 20. Jahrhundert“, deren erweiterte Nachlese die vorliegende Publikation darstellt. Die Konferenz war eine Einführung aus Anlass der Eröffnung der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) organisierten Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung – Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ im April 2012 in Warschau. Entstanden war die Ausstellung ein paar Jahre zuvor im Rahmen eines Wissenschaftsprojekts der DFG, dessen Ziel eine Aufarbeitung der Vergangenheit war, d. h. eine Auseinandersetzung mit dem Engagement deutscher Wissenschaftler und ihrer Schlüsselinstitutionen – nicht zuletzt der DFG – für die verbrecherische nationalsozialistische Ideologie und Politik. Den Organisatoren der Ausstellung war es wichtig, dass sie auch in Polen gezeigt wurde. Dies wurde ermöglicht durch ein gemeinsames Projekt des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN), des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Warschau und der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk, PAN). Stellvertretend für Letztere war die Abteilung für Deutschlandstudien am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Instytut Studiów Politycznych, ISP PAN) mit der inhaltlichen Gestaltung des Projektes betraut. Die Ausstellung wurde in Warschau, Posen, Gdingen, Breslau und Lublin gezeigt. Die Konferenz konzentrierte sich auf zwei zentrale Themen.

Beim ersten Thema ging es um das Engagement deutscher Wissenschaftler für die Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches, unter anderem mit der unrühmlichen Rolle, die Prof. Konrad Meyer, Wissenschaftler und seit 1941 Führer im Stabshauptamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums

(RKF) spielte. Das zweite Thema widmete sich der aktiven Rolle deutscher Wissenschaftler bei der Vorbereitung eines riesigen Projektes, das den nationalsozialistischen Plänen zufolge besonders stark die besetzten polnischen Gebiete betreffen sollte. Der sogenannte Generalplan Ost (GPO) bildete den krönenden Abschluss der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik in Mittel- und Osteuropa.² Dieser gigantische Plan sollte die „rassische“ Landkarte Europas verändern und die Grenze des „germanischen“ Siedlungsgebietes nach Osten verschieben. „Germanische“ Siedler sollten den Platz der ermordeten jüdischen sowie der ermordeten oder ausgesiedelten slawischen, aber auch baltischen oder finnoungarischen Bewohner jener Länder einnehmen. Die Überlebenden sollten nach Sibirien ausgesiedelt werden oder sich in zeitgenössische Heloten verwandeln. Der Generalplan Ost hatte darüber hinaus einen direkten praktischen Einfluss auf die Politik, die in den vom Dritten Reich besetzten polnischen Gebieten betrieben wurde, denn hier (Reichsgau Wartheland) wurden Schritte unternommen, um die Möglichkeiten seiner Realisierung zu erproben.

In das kollektive Gedächtnis Polens hat sich eine Aktion eingeschrieben, die 1942 und 1943 in der Region Zamość durchgeführt wurde (zu erwähnen ist, dass es ähnliche Vorkommnisse auch in heute litauischen und ukrainischen Gebieten gab). Für das Dritte Reich gefährliche Personen sollten physisch liquidiert oder in Konzentrationslager deportiert werden, Arbeitsfähige zur Zwangsarbeit geschickt werden und Kinder, die die nationalsozialistischen „Rassekriterien“ erfüllten, waren zur Eindeutschung vorgesehen. Die leer stehenden Höfe wurden mit deutschen Siedlern besetzt. Der polnische Untergrund reagierte darauf mit einer Intensivierung des Partisanenkampfes und rächte sich mit Angriffen auf Dörfer deutscher Siedler. Die Aktion in der Region Zamość, im sogenannten Sonderlaboratorium SS, hat in den vergangenen Jahren im kollektiven Gedächtnis Polens an Bedeutung verloren,³ was umso überraschender ist, da sie nicht auf die Umsiedlung, sondern auf die Vernichtung der Bevölkerung zielte, also geradezu beispielhaft einen Genozid darstellt.

² Der Generalplan Ost umfasst die in der Zeit des Zweiten Weltkriegs entstandenen nationalsozialistischen Pläne zur Veränderung der „rassischen“ Struktur Mittel- und Osteuropas. Er sah Bevölkerungsdeportationen vor, um Platz für „germanische“ Siedler zu schaffen, also vor allem für Volksdeutsche und Angehörige anderer „germanischer“ Völker. In seiner Endversion wurde er als Generalsiedlungsplan (GSP) bezeichnet und umfasste neben Polen, dem Baltikum und den Westgebieten der UdSSR auch Elsaß-Lothringen, das Protektorat Böhmen und Mähren sowie die Steiermark und Oberkrain. Er sollte nach Kriegsende in die Tat umgesetzt werden.

³ Im Herbst 2012 organisierte das Institut für Nationales Gedenken eine breit angelegte Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Vertreibungs- und Vernichtungsaktion in der Region Zamość.

Die Konferenz sollte beide erwähnten Perspektiven – die Rolle der Wissenschaftler und Experten in Bezug auf die verbrecherische nationalsozialistische Politik sowie den Generalplan Ost – miteinander verbinden, um einen umfassenderen Blick auf die Problematik der Bevölkerungspolitik im 20. Jahrhundert werfen zu können. Zwar steht es außer Zweifel, dass die radikalen, auf den Prinzipien des Genozids beruhenden ethnischen Säuberungen, die unter den Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs durchgeführt wurden, einen Einfluss auf spätere Ereignisse hatten. Jan Piskorski erinnerte die deutschen Leser an eine Bewertung von Wolfgang J. Mommsen, die dieser Ende der 1990er Jahre vorgenommen hatte: „Alles fing mit der Aussiedlung der Polen und der Verfolgung der Juden in polnischen Städten an – konstatierte vor Kurzem Wolfgang J. Mommsen. ‚Sie haben jenen fatalen Kreislauf in Gang gesetzt [...], der mit [der] physischen Vernichtung [der Juden] im Holocaust endete‘ und schließlich zum Untergang der traditionellen deutschen Einflüsse in Ostmitteleuropa und der Vertreibung der dortigen deutschen Bevölkerung führte.“⁴

Die von Mommsen formulierte Bewertung zeigt treffend die Verbindung zwischen der Politik des Dritten Reiches im Zweiten Weltkrieg und der Bevölkerungspolitik nach Kriegsende, doch zugleich vereinfacht sie die Geschichte, und zwar in Bezug auf zwei wichtige Dinge. Erstens sind die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs nicht nur das erste Glied einer Kette von ähnlichen Aktionen, d. h., dass zunächst die Deutschen andere Völker aussiedelten und verfolgten, was sich nach dem Krieg gegen sie selbst richtete. Sie führten in jeder Hinsicht zu einer viel weitergehenden Veränderung der betroffenen Völker. Das begann bereits mit der brutalen Form der Kriegsführung durch die Deutschen im September 1939, die von Beginn an das Auslösen ganzer Gruppen der polnischen Gesellschaft vorsah. Der Vernichtungskrieg, die Brutalisierung der Einstellungen unter dessen Einfluss, die Vernichtung der Eliten, die Manipulation der Nationalitätenverhältnisse durch das Dritte Reich und die UdSSR führten zu tief greifenden Umwälzungen in den betroffenen Volksgemeinschaften. Sie wirkten sich sowohl auf die Form der Gesellschaft als auch auf deren politische Kultur und die Art und Weise aus, wie das Volk und dessen Zugehörigkeitskriterien definiert wurden. Dieser Einfluss ist für jeden Historiker ersichtlich, der sich mit dem betreffenden Zeitraum der polnischen Geschichte oder, im weiteren Sinne, der Geschichte von Mittel- und Osteuropa befasst.⁵

⁴ Jan M. Piskorski, *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*, Osnabrück 2007, S. 17.

⁵ Vgl. Piotr Madajczyk/Danuta Berlińska, *Polska jako państwo narodowe. Historia i pamięć*, Warszawa 2008.

Zweitens sind trotz des unbestrittenen Einflusses des Zweiten Weltkriegs auf die Radikalisierung der Einstellungen Kontinuitätslinien zu erkennen, die sich nach dem Jahr 1945 fortsetzten bzw. schon früher auszumachen sind, zum Teil in der ideologischen Radikalisierung der Zwischenkriegszeit, zum Teil im 19. Jahrhundert. Dabei handelt es sich um Kontinuitäten, die Zygmunt Bauman als Ursachen für die Katastrophe bezeichnet hat, die in bestimmten Aspekten modernen Denkens und moderner sozialer Organisation zu finden seien.⁶ Zwar beziehen sich seine Ausführungen hauptsächlich auf den Holocaust und Genozid, doch betreffen sie grundlegende Funktionsmechanismen zeitgenössischer Staaten und Gesellschaften.

Da die Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches einen besonderen Charakter hatte, zugleich jedoch einen Platz innerhalb langfristiger europäischer Geschichtsprozesse einnahm, bietet das *Social Engineering* den richtigen Rahmen für ihr Verständnis. Dies nicht im Sinne einer oft anzutreffenden Bedeutung dieses Begriffes, die ihn zu einer Soziotechnik⁷ verkürzt. Vielmehr geht es um ein breites Spektrum von seit dem 19. Jahrhundert gezielt durchgeführten Maßnahmen, die Gesellschaften und Staaten eine bestimmte Form verleihen sollten⁸; Maßnahmen, die in bestimmten Bereichen immer stärker in das Leben der Bürger und gesellschaftliche Prozesse eingriffen, verbunden mit einer Abwendung von liberalen Konzeptionen und einem immer größeren Einfluss auf die politische Kultur und den Bereich der Werte.⁹ Der Begriff des Social Engineering ist breiter als der uns hier interessierende Aspekt, er umfasst viele Prozesse, die mit der Modernisierung und Entstehung moderner Gesellschaften zu tun haben.

⁶ Zygmunt Bauman, *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, aus dem Englischen von Uwe Ahrens, Hamburg 1992, S. 97.

⁷ In Polen kann eine bis 1989 geläufige Bedeutung für zusätzliche Probleme sorgen, der zufolge Social Engineering nur in kapitalistischen Ländern als Soziotechnik angewandt wird. Erst in der Enzyklopädie des Verlags PWN aus dem Jahr 1995 ist diese Definition verschwunden und ersetzt worden durch einen Hinweis auf eine breitere Bedeutung: „Herbeiführen von gesellschaftlichen Veränderungen nach einem von oben festgelegten Muster“.

⁸ Das 19. Jahrhundert ist lediglich der Zeitraum, in dem die Veränderungen begannen, mit größerer Geschwindigkeit vorstättengingen, sie begannen jedoch schon früher. Man kann hier auf die Anmerkungen Michel Foucaults zur Epoche des Absolutismus verweisen, dem Ursprung der „Machttechnologie, die sich nicht auf den Körper der Individuen, sondern auf den kollektiven Körper einer Bevölkerung richtet“ (vgl. Magdalena Gawin, *Eugenika peryferii w pierwszej połowie XX w. w kontekście polskim*, in: Magdalena Gawin/, Kamila Uzarczyk (Hg.), *Eugenika – biopolityka – państwo*, Warszawa 2010, S. 7–28, hier S. 8).

⁹ Zu den sich vollziehenden Veränderung in Bezug auf liberale Ideen vgl. Paul Edward Gottfried, *Mass Democracy in the Managerial State*, Princeton N.J. 1999.

Das Buch gliedert sich in drei Teile, die chronologisch geordnet sind. Der erste Teil befasst sich mit „Social Engineering als Werkzeug der staatlichen Politik“ vor dem Nationalsozialismus. Im zweiten Teil, „Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg“, werden vor allem verschiedene Aspekte der deutschen Besatzungspolitik in Polen betrachtet. Schließlich widmet sich ein dritter Teil anhand ausgewählter Beispiele der Frage, welche Rolle „Social Engineering nach dem Zweiten Weltkrieg“ spielte.¹⁰

Eine Einführung in die Schwierigkeiten, die ein Einsatz des Social Engineering als Forschungsinstrumentarium mit sich bringt, bietet *Thomas Etzemüller* in seinem Beitrag „Social Engineering und die Erfindung der ‚Bevölkerungsfrage‘“. Er hebt das große Erkenntnispotenzial des Social Engineering hervor, das ihm zufolge größer ist als jenes von Theorien über den Totalitarismus, die bei der Analyse der Geschichte des 20. Jahrhunderts eingesetzt werden können. Zugleich verweist er aber auch auf die Schwierigkeiten bei der Verwendung des Begriffs, seine Unklarheit, darauf, wie wenig er in wissenschaftlichen Studien thematisiert wurde und dass es keine eindeutige Definition von ihm gibt. Der Begriff umfasse einen sehr breiten Bereich, der mit der Wahrnehmung der Gesellschaft als einer homogenen Einheit genauso zu tun habe wie mit den Wissenschaften Eugenik (Rassenhygiene), Anthropologie und Statistik. Etzemüller bemerkt zutreffend, dass Social Engineering nicht notwendig totalitär, jedoch tendenziell total ist.

Zygmunt Bauman schrieb über den Holocaust: „Der Holocaust entstand aus dem Zusammentreffen alter, von der Moderne ignoriertes, unterschätzter oder ungelöster Spannungen mit den mächtigsten Instrumenten rationalen, zielgerichteten Handelns, die ein Ergebnis der Moderne selbst waren.“¹¹ Diese Darstellung gilt es zu ergänzen, schließlich spielten dabei nicht nur alte Spannungen eine Rolle, sondern auch neue, die im Prozess der Modernisierung entstanden. Im Folgenden interessiert uns jener Aspekt des Social Engineering, der mit einem Ausschluss in Zusammenhang steht, welcher auf einer Unterscheidung zwischen wertvollem und wertlosem Leben beruht. Das entspricht einem weiteren Gedanken Baumans: „Hinter allem Töten einer Bevölkerungsgruppe durch eine andere steht die Idee des unwerten Lebens, die Annahme, daß manche Leben erhaltenswert sind, andere nicht; und daß die Auslöschung der unwerten Leben die werten

¹⁰ Diese Einleitung erhebt keinen Anspruch auf die vollständige Analyse der umfangreichen Literatur zur Frage des Social Engineering, insbesondere der Eugenik, sondern versucht nur, einige für die Konzeption des Buches wichtige Probleme aufzuzeigen.

¹¹ Bauman, *Dialektik*, S. 13.

Leben fördert oder ihre Überlebenschance verbessert.“¹² Unsere Überlegungen beziehen sich sowohl auf einen Ausschluss aufgrund innerer Strukturen von Gesellschaften (Personen, die als asozial, unproduktiv angesehen werden, bei denen eine Neigung zur Kriminalität vermutet wird) als auch auf einen Ausschluss, der mit der Bildung von modernen Völkern oder Staaten in Zusammenhang steht (er betrifft vor allem Gruppen anderer Nationalität, aber auch „Klassenfeinde“). In der Praxis ist eine klare Trennung dieser beiden Bereiche schwierig. Schließlich war es das Ziel des modernen Staates, und das betrifft auch Vertreter der Linken, auf der Grundlage von Wissenschaft und Vernunft eine geordnete Gesellschaft zu erschaffen.¹³ Es ist schwierig, einzelne Bereiche des Social Engineering voneinander abzugrenzen: So sind zum Beispiel Bildung und Urbanisierung Teil eines ökonomischen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, haben aber zugleich auch einen weitreichenden Einfluss auf die Gestalt und Definition der nationalen Gemeinschaft.¹⁴

Der Ursprung des Social Engineering war die Idee von der Vervollkommnung des Menschen, der Gesellschaft und der Rasse (ursprünglich in der Bedeutung der gesamten Population), weshalb es unabdingbar war, wie man meinte, die Zahl der Menschen zu begrenzen, die als wertlos für die Gesellschaft angesehen wurden. Dies war die typische Problemlösung von Staaten und Gesellschaften, die einen Modernisierungsprozess durchmachten. Dass man sich schwache, kränkliche Kinder vom Halse schaffte, war in der Geschichte der Menschheit nichts Neues, erhielt jedoch eine neue Bedeutung im Lichte der Theorie von der Vererbung von Eigenschaften und der Entdeckung genetischer Mechanismen der Vererbung sowie Darwins Theorie der natürlichen Selektion. Nach Darwin hebelte die Pflege Behinderter den Mechanismus der natürlichen Selektion als Stütze im Existenzkampf aus und hatte eine Degenerierung der Rasse zur Folge.

Auf der Grundlage von Darwins Theorie entstand die Anthropologie, die sich schon bald spaltete, als eine Fachrichtung entstand, in der nicht die ganze Menschheit als eine Einheit, die ähnliche Probleme in der Evolution aufweist,

¹² Zygmunt Bauman, *Ist der Holocaust wiederholbar?*, Wiesbaden 1994.

¹³ Vgl. Natalia Gerodetti, *Eugenics and Social Democracy: Or, How the European Left tried to Eliminate the „Weeds” from Its National Gardens*, „New Formations“ 2007, Bd. 60, S. 35f.

¹⁴ Die Urbanisierung löst erhebliche Veränderungen im Bereich der Identität aus, die auch mit der Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft verbunden ist. Sie bringt das bisherige Gemeinschaftsgefüge durcheinander und erzeugt eine Protestbewegung, die ihren Ausdruck findet in: „(1) a search for integrative principles of order and justice; (2) a search for ‚new common symbol’ to provide both personal and collective identity; and (3) a search for meaning and the possibility of self-actualization within the emerging social structure“, Lauer, *Perspectives*, S. 317.

sondern als etwas betrachtet wurde, das sich aus höheren und niedrigeren Rassen zusammensetzt. Diese Unterscheidung erfuhr Auftrieb in den Diskussionen, die von Beginn an unter Anthropologen geführt wurden. Nach Robert Deliège wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Frage breit diskutiert, ob die menschliche Gattung eine Einheit darstellt. Manche behaupteten, dass Gott die unterschiedlichen Rassen einzeln geschaffen habe, von denen sich jede einzelne von den übrigen unterscheide.¹⁵ Die Unterteilung in höhere und niedrigere Rassen bedeutete darüber hinaus die Akzeptanz der Annahme von der Vererblichkeit angeborener und qualitativ unveränderlicher Eigenschaften innerhalb einer Rasse, die auch der Grund für die Kultur und Gesellschaftsform sein sollte. Die Rassenanthropologie war die Grundlage für die Entstehung der rassistischen Strömung in der Eugenik, der beispielsweise Joseph Arthur de Gobineau und Houston Stewart Chamberlain angehörten.¹⁶

Wichtig war darüber hinaus die Überzeugung von der fortschreitenden ökonomischen, moralischen, physiologischen und geistigen Degeneration der Menschen und Gesellschaften, die eine lange Tradition besaß. Oft wurde diesbezüglich die Theorie von Thomas Robert Malthus über den schnellen Bevölkerungszuwachs als Quelle der Armut und Grund für die Existenz einer benachteiligten Klasse herangezogen. Sie wurde überlagert von Diskussionen über die Vererbung krankhafter Eigenschaften sowie die Meinung, dass die ärmsten Gesellschaftsschichten den größten natürlichen Zuwachs besäßen und am stärksten degeneriert seien.¹⁷ In dieser intellektuellen Atmosphäre entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Eugenik, als deren Begründer Francis Galton gilt, der den Namen 1883 als Erster zur Bezeichnung einer wissenschaftlichen Disziplin verwandte, die sich mit der Verbesserung der menschlichen Gattung befasste. Er formulierte ein Programm zur Förderung des gewünschten Bevölkerungszuwachses und zur Beschränkung der Fortpflanzung von dysgenischen Personen, wenn auch mittels positiver Eugenik, um krankhafte Eigenschaften in einer Population zu verringern.¹⁸

Innerhalb der Eugenik können unterschieden werden: (1) die präventive Eugenik – der Kampf gegen gesellschaftliche Missstände und Geschlechtskrankheiten; (2) die positive Eugenik – Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenzah-

¹⁵ Zit. n. Robert Deliège, *Historia antropologii*, ins Polnische übersetzt von Katarzyna Marczevska, Warszawa 2011, S. 24.

¹⁶ Michał Musielak, *Sterylicacja ludzi ze względów eugenicznych w Stanach Zjednoczonych, Niemczech i w Polsce (1899–1945)*, Poznań 2008, S. 28.

¹⁷ Ebenda, S. 30–36.

¹⁸ Gawin, *Eugenika*, S. 7.

len von Individuen, die als wertvoll angesehen werden, durch eine entsprechende Gesetzgebung, Steuererleichterungen, finanzielle Unterstützung usw.; (3) die negative Eugenik – Beschränkung der Geburtenzahlen von Individuen, die als minderwertig angesehen werden (prohibitives Eherecht, Sterilisation, Isolation in geschlossenen Anstalten, freiwillige oder Zwangssterilisation); (4) in ihrer radikalen Form bedeutete die negative Eugenik die Eliminierung von Personen, die als dysgenisch angesehen wurden (Euthanasie), oder ganzer Bevölkerungsgruppen und Völker, die in rassistischer Hinsicht als minderwertig galten.¹⁹

Die Eugenik entstand in England und Skandinavien, und zu ihrer dynamischen Entwicklung trugen Ende des 19. Jahrhunderts verschiedene Faktoren bei. In den USA befürchtete man einen Zustrom „minderwertiger“ Immigranten, in Skandinavien die negativen Folgen von Beziehungen zwischen Verwandten, in ganz Europa beobachtete man beunruhigt die wachsende Zahl chronisch Kranker und geistig Behinderter. In diesem Kontext steht auch die Politik, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die australische Gesellschaft mittels Social Engineering so zu gestalten, dass sie vor nichteuropäischen Einflüssen geschützt wäre. Ausgangspunkt war die Furcht, dass ein Fortbestand der angelsächsischen Gesellschaft im asiatischen Umfeld unmöglich sein könnte.²⁰ Das Beispiel Australiens zeigt, wie sehr sich die Eugenik auf die rassistische Ideologie bezog und dass sich der Staat mit vielen realen Problemen der Bevölkerungspolitik befasste.

Eugenik und Social Engineering standen im Mittelpunkt des damaligen politischen und intellektuellen Lebens und wurden vom gesamten politischen Spektrum unterstützt, von der Rechten über die Sozialdemokratie (sie zählte zu ihren Pionieren) bis zu den Anarchisten. Ein bedeutsamer Paradigmenwechsel bestand darin, dass die medizinischen Maßnahmen der Eugenik auf die Gesundheit und Qualität der Rasse, des Volkes, der Gesellschaft, der Gemeinschaft abzielten – und nicht auf die des Individuums.²¹ Sterilisationen sollten nicht nur die Zahl der Personen begrenzen, die durch den Staat versorgt wurden, sondern auch die Verbreitung von Erbkrankheiten verhindern. Dieser Meinung war man in Deutsch-

¹⁹ Vgl. Musielak, *Sterylicacja*, S. 7–8; Marius Turda, *Eugenika negatywna w Europie przed 1933*, in: Gawin/Uzarczyk (Hg.), *Eugenika*, S. 29–48, hier S. 29.

²⁰ Zu Australien: Deborah Ambery, *The Hopewood Experiment*, „*Journal of Australian Studies*“ 1998, S. 93. Die Politik der Zwangsassimilation von Aborigines wurde bis in die 1970er Jahre fortgesetzt.

²¹ Zur Rolle der Ärzte bei der Euthanasie: Herwig Czech, *Erfassen, begutachten, ausmerzen*, in: Heinz Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Vorreiter der Vernichtung? Eugenik, Rassenhygiene und Euthanasie in der österreichischen Diskussion vor 1938*, Wien/Köln/Weimar 2005, S. 19–51. Auch: Musielak, *Sterylicacja*, S. 8.

land, den USA, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland (später Nordirland) sowie anderen Ländern. Anhänger der Eugenik waren unter anderem John M. Keynes, Gunnar Myrdal, Winston Churchill, Bernard Shaw, Herbert George Wells und der polnische Intellektuelle Tadeusz Boy-Żeleński. Das heißt nicht, dass der Einfluss der Idee des Social Engineering in den einzelnen Ländern derselbe gewesen wäre. Zu seinen Widersachern zählten, wenn auch aus verschiedenen Motiven, die Liberalen und die Kirchen. Einer der Mechanismen, die eine Radikalisierung des Social Engineering bewirkten oder diese verhinderten, war das Verhältnis von Modernisierung und Tradition, wobei Letztere starken Veränderungen unterlag.

Aus welchem Grund und wann begann in manchen Ländern der „Kampf gegen wertloses Leben“? Etzemüller betont in seinem Beitrag, dass Social Engineering keine automatische Radikalisierung in Richtung der Massenvernichtung des Dritten Reiches bedeutete. Es konnte, wie in Schweden, deutlich stärker auf die Inklusion von Individuen in die Gemeinschaft ausgerichtet sein, statt auf ihren Ausschluss. Im schwedischen Modell ging es um einen Einfluss auf das Leben der Menschen, nicht um ihre Vernichtung. Sterilisation war hier nur als Teil eines Projektes vorgesehen, das darüber hinaus vorsah, die Rechte von Frauen zu stärken und für die Gesundheit der Kinder mit einem System von Sozialleistungen zu sorgen.²² Im Polen der Zwischenkriegszeit, wo der Einfluss der katholischen Kirche erheblich war, fand die Eugenik bedeutsamen Zuspruch, so bei der Polnischen Eugenik-Gesellschaft (Polskie Towarzystwo Eugeniczne) und Personen, die die Forderung nach einer Anhebung des Gesundheitsniveaus der polnischen Gesellschaft zusammengeführt hatte. Ihre Postulate fanden jedoch keine gesellschaftliche und politische Akzeptanz.²³

Mit der Rassenhygiene in Deutschland befasst sich der Beitrag von *Sabine Schleiermacher* über die. Verbreitet wurde der Terminus 1895 von Alfred Goetz. Die Rassenhygiene entwickelte sich als deutsche Version der Eugenik und beschäftigte sich mit der Beschreibung der optimalen Bedingungen für das Überleben und die Entwicklung der Rasse. Sie stand der Gesellschaftshygiene nahe,

²² Zu Schweden vgl. Göran Theborn, *Between Sex and Power: Family in the World 1900–2000*, London/New York 2004, S. 253–254, sowie Thomas Etzemüller, *Rationalizing the individual – Engineering society: The case of Sweden*, in: Kerstin Brückweh/Dirk Schumann/Richard F. Wetzell/Benjamin Ziemann (Hg.), *Engineering society. The role of the human and social sciences in modern societies, 1880–1980*, Basingstoke, 2012, S. 97–158.

²³ Musielak, *Sterylicacja*, S. 16. Als besonders wichtig unter den neuen Forschungen über die eugenische Bewegung in Polen gilt die Arbeit von Magdalena Gawin, *Rasa a nowoczesność. Historia polskiego ruchu eugenicznego (1880–1952)*, Warszawa 2003.

wies aber auch Elemente der Eugenik und der Rassentheorie auf.²⁴ Gemeinsam mit der Rassenanthropologie gehörte sie zu den Schlüsseldisziplinen des Dritten Reiches, da sie die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik legitimierte. Nach dem Krieg versuchten sich ihre Repräsentanten als apolitische Wissenschaftler darzustellen. Als Beispiele für das Engagement von Gelehrten für die Politik des Dritten Reiches zieht Schleiermacher die Anthropologen Egon Freiherr von Eickstedt und Otto Carl Reche sowie der Statistiker Friedrich Burgdörfer heran. Zusammenfassend stellt sie fest, dass sich deutsche Methoden und deutsches Wissen im Bereich der Rassenforschung in den 1930er Jahren internationaler Anerkennung erfreuten und ihre Besonderheit in der Verbindung von Vererbungs-forschung, dem politischen Engagement ihrer Repräsentanten sowie der Realisierung in der politischen Wirklichkeit bestand.

Der Beitrag von *Michael Schwartz* bringt uns die Problematik des Social Engineering bei der Gestaltung von Nationalstaaten nahe. Eugenik und Rassenhygiene konzentrierten sich auf eine Steigerung des Niveaus und der Stärke zunächst der Rasse und dann der Völker durch eine Beschränkung der Anzahl „minderwertiger“ Individuen, die eine Belastung für sie darstellten. Diese Auffassungen überschritten sich mit einer weiteren Sicht, nach der es für die Entstehung eines starken Nationalstaates unerlässlich war, die Anzahl von Personen anderer Nationalität zu begrenzen. Moderne Staaten, abgesehen von solchen mit einer föderalen Struktur, waren prinzipiell Nationalstaaten, in denen es zu Vereinheitlichungsprozessen in Bezug auf die Nationalität kam, Kultur und Sprache inbegriffen. Ein Staat, in dem Nationalität und Staatsangehörigkeit identisch wären, blieb zwar ein unmöglich zu realisierendes Ziel, aber das Streben danach gab in der Politik die Richtung vor. Das bedeutete einen Einsatz des Social Engineering mit der Absicht, einen in Hinsicht auf seine Nationalstruktur einheitlicheren, d. h. leistungsfähigeren und für innere Konflikte weniger anfälligen Staat zu erschaffen.

Für Schwartz sind sogenannte ethnische Säuberungen (er setzt den Begriff konsequent in Anführungszeichen) ein Produkt westlicher Modernisierungsprozesse, die sich im 19. und 20. Jahrhundert fortsetzten. Eine globale, über Europa hinausgehende (Russland und das Osmanische Reich berücksichtigende) sowie die Erfahrungen der Kolonialpolitik einbeziehende Betrachtung des Problems sei unerlässlich. Auch die eigene Dynamik von ethnischen Säuberungen in außereuropäischen Regionen müssten Berücksichtigung finden. Dazu zählt Schwartz ethnische Säuberungen, die Juden in Russland, Armenier im Osmanischen Reich, Deutsche in Osteuropa, die In-

²⁴ Kamila Uzarczyk, *Podstawy ideologiczne higieny ras i ich realizacja na przykładzie Śląska w latach 1924–1944*, Toruń 2003, S. 41, 48–50.

dien und Pakistan sowie die Völker Jugoslawiens beim Zerfall des Staates betrafen, aber auch den Genozid in Ruanda. Er bestätigt die These Norman Naimarks von der wichtigen Rolle des Krieges bei der Durchführung von ethnischen Säuberungen, der die Gesellschaften an Blutvergießen und das Befolgen von Befehlen gewöhne. Diesen Zusammenhang verdeutlicht er anhand der Erfahrungen auf dem Balkan und der Kolonialpolitik, wobei ihn insbesondere wechselseitige Einflüsse, die Übernahme von politischen Mustern interessieren. Bei deren Übertragung auf das Zentrum Europas spielte der Erste Weltkrieg eine zentrale Rolle. In der Zwischenkriegszeit kam es zu einem Nebeneinander von Versuchen, ein System zum Schutz von nationalen Minderheiten zu schaffen, sowie einem Diskurs, in dem die Lösung des Minderheitenproblems in der Assimilation, Vertreibung bzw. Vernichtung der ethnisch andersartigen Gruppe bestand. Hieraus resultiert Schwartz zufolge, dass ethnische Säuberungen in den Plänen zur Neuordnung Europas als akzeptables Mittel aufschienen. Die endgültige Überschreitung „zivilisatorischer Vorbehalte“ ermöglichte die Politik Hitlers, die mit dem Münchner Abkommen ihren Anfang nahm.

Der zweite Teil des Buches erfasst die Zeit der Totalitarismen, die auch eine Wende in Bezug auf Social Engineering brachten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden gigantische totalitäre Projekte zur neuen Gestaltung von Völkern: als Gemeinschaft der Klasse oder als Gemeinschaft der Rasse. Im Falle der UdSSR war dieses Projekt mit dem umfassenden Programm einer Staatsmodernisierung verbunden, die von zentralisierten, totalitären Machtorganen erzwungen wurde. Stalin, der sich auf Kategorien der Klasse berief, verbot in den 1930er Jahren Forschungen im Bereich der Eugenik und Genetik,²⁵ hätten diese doch seinem Social Engineering in dem Vielvölkerimperium widersprochen. Im Dritten Reich hingegen zählten rassistische Ideologie und Nationalismus zu den wichtigsten Werkzeugen der Politik. Auch hier war eine umfassende Umgestaltung der Gesellschaft das Ziel, die Bildung einer homogenen, nicht durch innere Teilungen geschwächten Gemeinschaft – der Volksgemeinschaft. Wegen ihrer Bezüge auf Rassismus und Nationalismus wurde der Eugenik und der Rassenhygiene eine besondere Bedeutung beigemessen.²⁶

Steht der Bezug auf die Moderne, die Modernisierung und das Social Engineering im Widerspruch zur Theorie der Totalitarismen? Man kann das so se-

²⁵ Zu dem Verbot: Paul J. Weindling, *Krytycy, komentatorzy i przeciwnicy eugeniki 1880–1950*, in: Gawin/Uzarczyk (Hg.), *Eugenika*, S. 49–62, hier S. 56.

²⁶ „Betrachtet man dieses konsequente Konzept wissenschaftlich begründeter Sozialplanung, das auf die Errichtung einer neuen und besseren Ordnung abzielte (und daher Störfaktoren bändigen oder besser noch beseitigen wollte), wird deutlich, daß der Rassismus in der Tat moderne Weltanschauung und modernes politisches Programm ist“, Bauman, *Dialektik*, S. 83.

hen, man kann diese Ansätze aber auch als sich gegenseitig ergänzende Theorien betrachten, mit denen sich universelle Mechanismen der Modernisierung unterscheiden lassen, die zwar auch mit Fortschritt zusammenhängen, aber zur Entstehung von einzigartigen totalitären gesellschaftspolitischen Systemen führen. Das bedeutet, dass wir die Eugenik als einen universellen Diskurs in Modernisierungsprozessen sowie eine nach dem Ersten Weltkrieg verbreitete „Nationalisierung der Eugenik“, ihren zunehmenden Bezug auf Nation und Staat erkennen.²⁷ Zugleich ist zu fragen, warum diese Erscheinungen im Dritten Reich und in der UdSSR eine solch radikale Form physischer Ausrottung „wertlosen Lebens“ annahmen. Warum erlangte das Social Engineering zusätzliche ideologische und politische Bedeutung und diente sowohl dem Holocaust als auch dem Kampf mit dem Klassenfeind als Mittel, um totalitären Systemen Dynamik zu verleihen?

Der Bezug auf Modernisierung und Social Engineering ist auch nicht als Depersonalisierung der Geschichte zu verstehen und bedeutet nicht, dass einzig große historische Prozesse und Mechanismen berücksichtigt werden, um den Verlauf historischer Ereignisse darzustellen. Social Engineering ist Teil einer bestimmten politischen Kultur, welche die in der gegebenen Epoche geltenden Werte formt. Diese politische Kultur prägt den Charakter von Menschen, konkreter Menschen, die konkrete Handlungen ausführen. In Extremsituationen gelang es manchen, sich eine bestimmte Unabhängigkeit zu bewahren, eine Grenze für Verhaltensweisen abzustecken, die nicht überschritten werden durfte. Sie bildeten nicht die Mehrheit. Andere führten Abteilungen an, die Verbrechen verübten, oder standen als Täter in deren Reihen und glaubten an die Richtigkeit ihrer Taten. Es waren sowohl Kriminelle unter ihnen als auch opportunistische Rassisten vom Format eines Konrad Meyer. Die einen wie die anderen ließen kein Gefühl der Schuld zu. Sie gehören derselben Kategorie von Tätern an.

Im Dritten Reich entwickelte sich das Social Engineering in Richtung von Ausschluss und Eliminierung von als wertlos betrachtetem Leben.²⁸ Mechanismen zum Ausschluss aus der Gesellschaft wurden in Gang gesetzt, deren letzte, radikalste Form die physische Vernichtung darstellte.²⁹ Zugleich sollte der

²⁷ Zur „Nationalisierung der Eugenik“ vgl. Turda, *Eugenika negatywna*, S. 33–40. Ihm zufolge „war der Arzt gegen Ende der zwanziger Jahre [des 20. Jahrhunderts, P. M.] nicht nur eine geachtete Person des gesellschaftlichen Lebens, sondern er hatte auch eine Schlüsselposition bei der Realisierung des vom Staat gesponserten Social-engineering-Programms inne“ (S. 39).

²⁸ In diesem Teil des Buches bleiben Formen des Social Engineering in der Sowjetunion unberücksichtigt.

²⁹ Henry Friedlander, *The Origins of Nazi Genocide, From Euthanasia to the Final Solution*, Chapel Hill, N.C. 1995, S. 14–22. Vgl. auch Marius Turda, Paul J. Weindling (Hg.), „Blood and

Ausbau der Sozialpolitik inneren Spaltungen und gesellschaftlichen Konflikten vorbeugen. Das Problem der Eliminierung von rassenfremden Personen gewann mit der Ostexpansion des Dritten Reiches und der Besetzung großer Gebiete an Bedeutung. Sie wurden zum Versuchsgelände für das große Projekt des Social Engineering. Dazu gehörten:

1. die positive Eugenik, d. h. die Schaffung eines germanischen Bauernvolkes (durch die Umsiedlung von verstreuten Minderheiten ins Reich, die Assimilation von Individuen, die als „rassisch wertvoll“ galten, die Ansiedlung auf dem Land, die Förderung des Geburtenzuwachses)

2. die negative Eugenik, d. h. die Vernichtung von Individuen und Rassen, die als wertlos angesehen wurden (Patienten psychiatrischer Einrichtungen, Behinderte und schließlich ganze Völker).

In ihrem Buch „Rasse, Siedlung, deutsches Blut. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas“ beschäftigte sich Isabel Heinemann mit der Schlüsselinstitution bei der Realisierung der Bevölkerungspolitik: dem Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA). Ihre Aufmerksamkeit galt den „Rasseexperten“ als einer speziellen Tätergruppe, deren Merkmale ihr Engagement für die Realisierung der nationalsozialistischen Politik sowie eine höhere, zumeist geisteswissenschaftliche Ausbildung waren. Trotz der Verstrickung der deutschen Forschung in die nationalsozialistische Ideologie und der Zusammenarbeit bei der Realisierung der verbrecherischen Politik setzten die hochdekorierten „Rassenexperten“ nach dem Krieg ihre wissenschaftlichen Karrieren in der Bundesrepublik Deutschland fort.³⁰ Die Rolle, die sie spielten, ist in Anbetracht der obigen Ausführungen über Modernität und Social Engineering nicht überraschend. Etzemüller macht in ihnen eines der Merkmale von Social Engineering aus: „Die Akteure des *social engineering* sind Experten, also Spezialisten, die ausgebildet waren, *Prozesse* und *systemische Zusammenhänge* zu erkennen, diese *als Problem* zu *analysieren* und dann *rationale Lösungswege* in die Zukunft hinein zu entwerfen.“³¹ Darüber hinaus wird auf einen neuen Typ von Ideologen hingewiesen, der infolge einer Nationalisierung der Eugenik entstand, und zwar einen „Experten im Bereich der Biologie, der nicht nur in das Leben des Individuums eingreifen, sondern auch das biologische Wertesystem

Homeland“: Eugenics and Racial Nationalism in Central and Southeast Europe, 1900–1940, Budapest 2007.

³⁰ Vgl. Isabel Heinemann, Rasse, Siedlung, deutsches Blut. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 585–588.

³¹ Vgl. Thomas Etzemüller, Social engineering und die Erfindung der „Bevölkerungsfrage“, S. 33 im vorliegenden Band.

der Nation prägen möchte“.³² Der Faschismus mit seinen Ankündigungen einer Revolution und Erschaffung eines neuen Menschen war für diesen „Ideologen-Experten“ ein attraktiver Bezugspunkt, deshalb schrieb Eugen Fischer 1929 in seinem Memorandum an Benito Mussolini: „[...] it seems natural and desirable, when considering eugenic problems, that some expression of our hopes and wishes should be addressed to the great statesman who, in the Eternal City, shows more than any other leader today, both in deed and word, how much he has the eugenic problems of his people at heart“.³³

Patrick Wagner setzt sich in seinem Beitrag mit der Rolle auseinander, die deutsche Wissenschaftler in der nationalsozialistischen Politik der Ostexpansion spielten. Er zeichnet die sich damals vollziehenden Veränderungen unter anderem am Beispiel von Kreisen deutscher Physiker nach. Nachdem viele von ihnen zur Emigration gezwungen worden waren, gerieten die Verbliebenen in eine Situation, in der sie wissenschaftliche Auseinandersetzungen durch Hinweise auf eine falsche ideologische Einstellung des Widersachers entscheiden konnten. Nicht den „Missbrauch“ deutscher Wissenschaftler durch das Regime diskutiert Wagner, sondern vielmehr ihre „Selbstmobilisierung“. Beispiele dafür sind sowohl der hochdekorierte Otto Carl Reche als auch der damals junge Historiker Theodor Schieder – zwei von vielen, die sich als „Experten“ für den Osten betrachteten. Im Gegenzug ermöglichte das Regime den Wissenschaftlern für ihr Engagement eine gewisse Diskussionsfreiheit, sofern sie sich im Rahmen der rassistisch-völkischen Ideologie bewegten.

Der Antisemitismus Hitlers basierte nicht auf wissenschaftlichen Grundsätzen. Seine Übertragung – als offizielle Ideologie – auf die wissenschaftlichen Strukturen im Dritten Reich bedeutete nicht nur die Beseitigung der Wissenschaftler jüdischer Herkunft, sondern auch die Begründung neuer „arischer“ Disziplinen und Fakultäten, die breit angelegte, auf Antisemitismus basierende Forschungen durchführten. Von besonderer Bedeutung waren wissenschaftliche

³² Vgl. Turda, *Eugenika negatywna*, S. 40.

³³ „Eugenical News“, Bd. XIV, 1929, Nr. 11, S. 154; vgl. auch Turda, *Eugenika negatywna*, S. 40. Nach Beendigung der Entnazifizierung schrieb eine deutsche Anthropologin: „Today Eugen Fischer is back in his hometown of Freiburg im Breisgau, where he is continuing his life’s work as one of our foremost anthropologists. Otmar von Verschuer, to whom twin research is indebted for many great advances, left Berlin-Dahlem in 1945. Today, as Professor of Human Genetics, he directs a newly founded institute dedicated to its study at the University of Münster. Fritz Lenz, whose contributions to shaping the study of human heredity, and its applications, are very highly valued, also left Berlin-Dahlem in 1945. Today, he directs an institute for the study of human heredity in conjunction with his teaching at the University of Göttingen.“, Gretchen E. Schafft, *From Racism to Genocide. Anthropology in the Third Reich*, Urbana/Chicago 2004, S. 190.

Einrichtungen, die sich mit Plänen für die Endlösung der Judenfrage befassten. Dafür wurde der Wissenschaft ein Reservoir an „menschlichem Material“ für anthropologische und medizinische Forschungen zur Verfügung gestellt.

Über die deutsche Bevölkerungspolitik in den besetzten polnischen Gebieten während des Zweiten Weltkriegs ist schon sehr viel bekannt, auch wenn die Forschungen darüber seit den 1980er Jahren eine geringere Dynamik aufweisen als die der vorangegangenen Jahre. In den 1960er und 1970er Jahren bis Ende der 1980er Jahre erschienen grundlegende Publikationen zu diesem Themenbereich. Aus Polen seien vor allem die Arbeiten von Historikern erwähnt, die einer schon von uns scheidenden Generation angehören: Czesław Łuczak (verstorben im Jahr 2002) und Czesław Madajczyk (verstorben im Jahr 2008). Die Arbeiten Madajczyks konzentrierten sich auf die Politik des Dritten Reiches, setzten sich u. a. in innovativer Weise mit dem Generalplan Ost auseinander. Im Januar 2012 verstarb Zygmunt Mańkowski, Historiker und Spezialist für die deutsche Besatzungspolitik in der Region Lublin.

Oftmals wird in Bezug auf die Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches die Rolle des aus Teilen der annektierten polnischen Gebiete geschaffenen „Reichsgau Wartheland“ betont, einem Territorium, auf dem die nationalsozialistische Besatzungsmacht Methoden für die Durchführung dieser Politik testete. Die Politik des Gauleiters und Reichsstatthalters Arthur Greiser war eine der radikalsten: Sein Ziel war es, das Wartheland innerhalb von zehn Jahren zu germanisieren.³⁴ Einen Überblick über das vorliegende Wissen in diesem Bereich verschafft *Miriam Y. Arani* in ihrem Beitrag „Das Reichsgau Wartheland als Versuchsgelände der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik“. Sie beschreibt die wichtigsten Linien der deutschen Besatzungspolitik, die auf einer Unterteilung in Über- und Untermenschen beruhte, unter anderem auf zunehmenden Repressionen gegenüber Personen jüdischer Nationalität oder Abstammung, auf der Deutschen Volksliste, der Aussiedlung von polnischen Bürgern und „germanischer“ Ansiedlung, dem Raub polnischer Kinder, die zur Eindeutschung bestimmt waren, sowie der biologischen Schwächung der polnischen Bevölkerung. Im Wartheland wurden auch die Prinzipien der Wirtschaftspolitik ausgearbeitet, insbesondere in Bezug auf den konfiszierten Besitz der unterworfenen Bevölkerung. Arani verweist darüber hinaus auf

³⁴ Das kürzlich in Polen erschienene Buch von Catherine Epstein, *Wzorcowy nazista. Arthur Greiser i okupacja Kraju Warty* [Originaltitel: „Model Nazi: Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland“], aus dem Englischen übersetzt von Jarosław Włodarczyk, Wrocław 2011, trägt nicht viel Neues zum Wissen über seine Person und Politik bei. Bezüglich der Politik im Wartheland stützt es sich auf ältere Ausführungen polnischer Historiker.

die Rolle deutscher Wissenschaftskreise, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Siedlungspläne sowie bei der Gründung der Reichsuniversität in Posen und anderer nationalsozialistischer wissenschaftlicher Einrichtungen mitwirkten.

Unser Wissen über die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik in den besetzten polnischen Gebieten ist jedoch immer noch nicht allumfassend. *Magdalena Gawin* beschreibt in ihrem Beitrag die Zweigleisigkeit der Biopolitik in den polnischen Gebieten. In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Okkupation „wurden an der polnischen Gesellschaft chirurgische Eingriffe ‚von oben‘ (an der Intelligenz) und ‚von unten‘ (an psychisch kranken Menschen) vorgenommen, was ihr neues biopolitisches Antlitz prägte. Die Gesellschaft wurde ‚gesäubert‘ von Führungsschichten (der Intelligenz) und dem ‚unproduktiven gesellschaftlichen Ballast‘, den psychisch kranken Menschen“.³⁵ Auf diese Weise wollte man nur die passive „biologische Masse“ am Leben lassen, die ein Reservoir an Arbeitskräften sein sollte.

Jan Daniluk konstatiert in seinem Beitrag über die Bevölkerungspolitik im Reichsgau Danzig-Westpreußen: „Und dennoch, wenn man sich die Arbeiten über die breit aufgefasste Nationalitätspolitik des deutschen Okkupanten genauer ansieht, insbesondere in Bezug auf die polnischen Gebiete, kann man eine immer noch gegenwärtige Dissonanz im Bereich der von den Forschern aufgegriffenen Themen feststellen. Der überwiegende Teil der derzeit vorliegenden Publikationen konzentriert sich vor allem auf die Aussiedlungen und die Eindeutschung von Polen, den Betrieb von Einrichtungen oder Lagern für die ausgesiedelte polnische Bevölkerung sowie die Vernichtungspolitik des deutschen Okkupanten, also auf jene Maßnahmen, die man dem sogenannten Kleinen Plan des GPO zurechnen kann. [...] Immer noch verhältnismäßig selten entstehen Einzelpublikationen, die sich ausführlicher mit der Tätigkeit einzelner Organe des deutschen Siedlungsapparates oder mit den deutschen Siedlern selbst befassen, insbesondere in den einzelnen administrativen Einheiten, denen sie in den Jahren des Zweiten Weltkriegs angehörten.“³⁶

Der Generalplan Ost (GPO, GSP [Generalsiedlungsplan]) sollte die Quintessenz der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik darstellen, deren Grundsätze in ihrer Radikalität nur von der Politik der Judenvernichtung übertroffen wurden. Der GPO war kein Plan, der auf einer Einteilung in solche beruhte,

³⁵ Magdalena Gawin, Purifizierung. Der Zusammenhang zwischen der Vernichtung der polnischen Intelligenz und der nationalsozialistischen Rassenhygiene, vgl. S. 137 im vorliegenden Band.

³⁶ Jan Daniluk, Aspekte der Ansiedlung von Volksdeutschen im Reichsgau Danzig-Westpreußen, vgl. S. 142 im vorliegenden Band.

die aus ihrem Haus ausgesiedelt, und solche, die anstelle von ihnen angesiedelt werden sollten, sondern das Projekt einer Vernichtungs- und Aussiedlungsaktion. Man kann fragen, ob er nicht den Versuch darstellte, zur nächsthöheren Etappe nach dem bisher an den Polen verübten anteiligen Völkermord überzugehen, bei der nicht die Vernichtung, sondern die Dezimierung einer bestimmten Bevölkerung angestrebt wurde. In der Region Zamość versuchte man sich am totalen Völkermord, also an der Liquidierung einer Bevölkerungsgruppe sowohl durch direkte Morde als auch indirekt, durch das Verhindern ihrer biologischen und gesellschaftlichen Reproduktion.³⁷

In diesem groß aufgezogenen Social-Engineering-Projekt sollte die „überflüssige“ Bevölkerung einer genauen Selektion unterzogen, maximal ökonomisch ausgenutzt werden, und der Teil, der für das Dritte Reich unbrauchbar oder potenziell gefährlich war, sollte vernichtet werden. Das erforderte eine sorgfältige Vorbereitung in Zusammenarbeit mit deutschen Wissenschaftlern, die sich nicht unter Zwang, sondern mit großem Engagement bei den Vorbereitungen einbrachten.

Die wichtigsten Etappen bei der Entstehung des Generalplan Ost beschreibt *Isabel Heinemann* in ihrem Beitrag. Sie ordnet ihn innerhalb der nationalsozialistischen Pläne zur Neugestaltung der ethnischen Europakarte ein und stellt dabei die Frage, welche Beziehungen in diesen Plänen zwischen Germanisierung, Umsiedlung und Holocaust bestanden. Der Holocaust, das Verschwinden der jüdischen Bevölkerung, war in diesen Plänen eine selbstverständliche Voraussetzung, über die man sich keine Gedanken machen musste. Was dieses „Verschwinden“ bedeutete, musste für Konrad Meyer offensichtlich gewesen sein, der die für die Ansiedlung vorgesehenen Gebiete besichtigte und dessen Pläne die Ermordung der jüdischen Bevölkerung legitimierten. Heinemann bewertet den GPO als totalitäre Version des Social Engineering, die auf rassistischer Ideologie beruhte und nur infolge des ideologischen Vernichtungskrieges gegen Polen und später gegen die UdSSR realisiert werden konnte.

Einen Überblick über den Stand der Forschungen über die Aussiedlungen in der Region Zamość gibt *Agnieszka Jaczyńska*. Er beginnt mit den Standardwerken von Zygmunt Klukowski, Czesław Madajczyk und Zygmunt Mańkowski, konzentriert sich jedoch auf Arbeiten, die seit den 1990er Jahren erschienen sind.

³⁷ Zur Diskussion über den Völkermord und seine Definition vgl. Lech M. Nijakowski, *Wiek XX stuleciem ludobójstw. Podstawowe definicje, spory i fakty*, in: Beata Machul-Telus/Urszula Markowska-Manista/Lech M. Nijakowski (Hg.), *Krwawy cień genocydu. Interdyscyplinarne studia nad ludobójstwem*, Kraków 2011, S. 23–61, hier S. 36–37.

Jaczyńska weist unter anderem auf die Präzisierung des quantitativen Umfangs durch Janina Kielboń sowie deren Darstellung der Aussiedlungen als Teil der deutschen Bevölkerungspolitik im Distrikt Lublin hin. Sie bespricht Arbeiten über Umsiedlungslager in Zwierzyniec und Zamość, Arbeiten über die aus der Region Zamość ins Konzentrationslager Auschwitz und nach Majdanek Deportierten sowie über die Kinder in der Region Zamość. Ihr Fazit lautet, dass bisher wichtige Monografien erschienen sind, aber ein Überblickswerk zu dieser Problematik noch fehlt, und bevor ein solches entstehen könne, sei eine Vertiefung der Forschungen in bestimmten Bereichen notwendig, insbesondere in Bezug auf die Geschichte der Kinder aus der Region Zamość, die „Ukraineraktion“, die Frage der deutschen Siedler und ihrer Evakuierung sowie die Verortung des polnischen bewaffneten Widerstands in der Region Zamość im breiteren Kontext der Politik des Polnischen Untergrundstaates.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte das Social Engineering nicht der Vergangenheit an, sowohl was den Aufbau von Staaten als auch die Umsetzung von gesellschaftlichen Projekten betrifft. Es kam zu einem Wechsel von einer biologischen zu einer gesellschaftlich-kulturellen Definition der Rasse.³⁸ Dieser Periode widmet sich der dritte Teil des Buches: „Social Engineering nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Piotr Madajczyk beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Frage, inwiefern Social Engineering hilfreich sein kann, die Bevölkerungspolitik der zentraleuropäischen Staaten in den ersten Nachkriegsjahren zu beleuchten. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und auch Jugoslawien mussten nach den Erschütterungen der Kriegsjahre, die zu schwerwiegenden Nationalitäten- und gesellschaftlichen Konflikten geführt hatten, als Staaten und Gesellschaften einer Neuordnung unterzogen werden. Polen wurde von der UdSSR unterworfen, einige Hundert Kilometer nach Westen verschoben, was gemeinsam mit der Eskalation der Nationalitätenkonflikte während des Krieges eine Wiederherstellung der Vorkriegsgesellschaft, in der über ein Drittel ihrer Mitglieder nichtpolnischer Nationalität war, unmöglich machte. Auch die tschechoslowakische Nation musste neu erschaffen werden – nach der durch die Niederlage ausgelösten Frustration, der Eskalation des Konflikts mit der deutschen Minderheit, der Existenz eines unabhängigen slowakischen Staates während des Krieges und der Annexion der Karpatenukraine durch die UdSSR. Jugoslawien, das während des Zweiten Weltkriegs von brutalen inneren Konflikten zerrissen wurde, musste umstrukturiert werden. Die drei

³⁸ Paul J. Weindling, *Krytycy*, S. 61.

Länder waren mit demselben Problem konfrontiert: Die Vorkriegsgesellschaft war zerstört worden, und eine neue musste geschaffen werden. Nach Madajczyk wurde dies in Prozessen des Social Engineering (wenn auch keinem totalitären) erreicht, in deren Verlauf es auch ethnische Säuberungen gab, durch die man jene Bevölkerungsgruppen loswerden wollte, die man als nicht anpassungsfähig an die durchgeführten Veränderungen erachtete.³⁹ In geringerem Ausmaß betraf das Ungarn, das sich der deutschen Minderheit auf den eigenen Gebieten entledigen musste, um – als Kriegsverlierer – Platz zu schaffen für die Ungarn, die aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien vertrieben wurden.

Stefan Troebst zeigt in einem Überblick, auf welche Weise Social Engineering – bei all seinen Zweifeln an diesem Begriff – bei der Gestaltung sozialistischer Staaten und Gesellschaften angewandt wurde. Ein pragmatischer Umgang mit Bevölkerungspolitik war von Anfang an in der UdSSR ersichtlich, die sich in einem schwierigen Spannungsfeld zwischen nationalen und supranationalen Aspekten bewegte. Staaten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Einflussphäre befanden, setzten im Prinzip ihre frühere Politik in Bezug auf nationale Minderheiten fort. Als radikales Beispiel dafür dient Troebst die Politik Bulgariens gegenüber den Muslimen. Moldawien und Mazedonien wiederum sind Beispiele für eine Nationsbildung durch die Abtrennung vom benachbarten Nationalstaat. Diese beiden Projekte wurden von außen unterstützt, nämlich von Moskau und Belgrad. Das Projekt zur Erschaffung einer „sozialistischen deutschen Nation der DDR“ ließ sich hingegen nicht realisieren. Das letzte Beispiel für Social Engineering sind Konzeptionen zur Bildung von supranationalen Staaten und Gesellschaften: in der UdSSR, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. In den beiden Letztgenannten stellten sich die Vorherrschaftsbestrebungen der stärksten Nationen, also der Tschechen und der Serben, als zu groß heraus. Troebsts Einschätzung zufolge können supranationale kommunistische Konstruktionen höchstens noch in China eine gewisse Rolle spielen, das „Identitätsmanagement“ der Europäischen Union distanziert sich bisher von der Bildung einer neuen (europäischen) Gemeinschaft, Russland hingegen nicht.

³⁹ Ein damit in Zusammenhang stehender Aspekt wird außer Acht gelassen, und zwar dass die Behörden in den Staaten, die sich im sowjetischen Einflussbereich befanden und denen das kommunistische System auferlegt wurde, eine Politik des Social Engineering betrieben, um die Gesellschaft entsprechend der kommunistischen Ideologie zu formen. Einer der bekannteren Versuche war der Bau von Nowa Huta als Symbol für das neue Polen – eines kommunistischen, proletarischen und atheistischen Polen (vgl. Bolesław Janus, *Labor's Paradise: Family, Work and Home in Nowa Huta, Poland, 1950–1960*, in: *East European Quarterly*, 1999, Bd. 33, Heft 4, S. 453f.).

Das Dritte Reich ging zugrunde, aber es blieb der zweite totalitäre Staat, der auf der utopischen Vision basierte, eine vollkommene Gesellschaft zu erschaffen, die rational organisiert ist, in der es keine inneren Widersprüche und Konflikte gibt. *Dietrich Beyrau* beschreibt sie im abschließenden Beitrag „Planungen als Chaos und Ordnung – der Fall Sowjetunion“, wobei er die seit den 1950er Jahren in diesem System voranschreitende Entwicklung hervorhebt, also den Übergang zu evolutionären Methoden bei der Verwirklichung des Realsozialismus und den Verzicht auf die geplante neue Erziehung und Formung des Menschen. Gültig blieb jedoch die Fiktion einer planmäßigen Entwicklung des Systems, das keine inneren Widersprüche aufwies. Beyrau bewertet die Rolle der Experten im sowjetischen und nationalsozialistischen Modell unterschiedlich, da in der ersten Phase des sowjetischen Modells die Experten gegen radikale Lösungen waren und während der Radikalisierung des stalinistischen Systems bewusst auf den Einsatz ihres Expertenwissens verzichtet wurde. Trotzdem findet er den Vergleich der sowjetischen Politik zur Zeit des Stalinismus mit der nationalsozialistischen Politik in den besetzten Gebieten im Osten treffend. Dieses System veränderte sich in der UdSSR nach Stalins Tod in ein autoritäres Machtsystem, in dem mächtige Kartelle miteinander rivalisierten, und die Pläne wurden ersetzt durch klientelistische Beziehungen.

Social Engineering bleibt kontrovers. Ist ein Social Engineering möglich, das nicht zur Quelle menschlichen Unglücks wird und zur Schaffung vollkommenerer Gesellschaften beiträgt? Kann das Postulat von Karl Popper so erfüllt werden, dass es nutzbringend für Staaten und Gesellschaften ist: „Marx was the last of the great holistic system builders. We should take care to leave it at that, and not replace his by another Great System. What we need is not holism, it is piecemeal social engineering.“⁴⁰ Ein solches nicht holistisches, nicht utopisches und beschränktes Social Engineering ohne Pläne zum Umbau der ganzen Gesellschaft (gesellschaftlichen Institutionen) sollte Popper zufolge möglich und zweckmäßig sein. In den 1960er Jahren war eine zunehmende Aktivität von Staaten zu erkennen, insbesondere in den USA, die damals zentrale Programme ins Leben riefen, die in verschiedener Hinsicht der Vervollkommnung der Gesellschaft dienen sollten in Bezug auf Probleme wie Gesundheitszustand, Kriminalität, Bildung, Ökologie oder Bekämpfung von Armut.⁴¹

⁴⁰ Zit. Jeremy Shearmur, *The Political Thought of Karl Popper*, New York 1996, S. 119. Vgl. auch Karl Popper, *The Poverty of Historicism*, Boston 1957, S. 58–70, wo er auch die Formulierung „piecemeal social technology“ verwendet.

⁴¹ Samuel H. Beer, Foreword: *A New Look at Poverty*, in: Manuel Carballo (Hg.), *The State at the*

Dennoch stieß dieses Konzept schon in den 1960er Jahren auf gewaltige Kritik, vielleicht auch unter dem Einfluss von Popper selbst, der bemerkte, dass Social Engineering als solches gegenüber den Zielen, die mit seiner Hilfe erreicht werden, neutral ist – das Ergebnis kann sowohl die Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe als auch die Verringerung der Arbeitslosigkeit sein. Zu den Ausnahmen zählten die Bewertungen, dass Social Engineering in Anbetracht der Anzahl heutiger gesellschaftlicher Probleme unverzichtbar sei. Sie gingen einher mit einer Furcht, auch was das Festlegen von Zielen betraf, die auf der zunehmenden Überzeugung beruhte, dass die Sozialwissenschaften einen deutlich subjektiveren Charakter haben, als zuvor angenommen wurde, und dass sie sich stark auf Werte beziehen, die bei den Wissenschaftlern Anerkennung finden, und nicht auf ihr rationales Urteil.⁴² Die Aktivität der föderalen Behörden in den Vereinigten Staaten wurde in den folgenden Jahren beschränkt, aber ein Social Engineering ist weiterhin präsent.

Zum zeitgenössischen Social Engineering gehören Vorsorgeuntersuchungen, die die Geburtenzahl behinderter Kinder begrenzen sollen, sowie genetische Untersuchungen, da die Eugenik durch die Genetik ersetzt wurde und auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruht. Durch die Verbindung mit Bioengineering und Kybernetik wurde Social Engineering noch viel komplizierter.⁴³ „Seit den fünfziger Jahren machte die Kenntnis im Bereich der Genetik und Fortpflanzungstechnik riesige Fortschritte, die Frage, ob das der Beginn einer neuen wissenschaftlichen Ära war, die dem Einzelnen größere Möglichkeiten gibt, oder ob es einfach das mit einem neuen Etikett versehene alte Programm der Eugenik war, bleibt jedoch Gegenstand von Kontroversen.“⁴⁴

Auch im Bereich der Nationalität, die den Schwerpunkt dieses Buches ausmacht, gehörte das Social Engineering nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht der Vergangenheit an. Nach dem Zerfall der Union der Sozialistischen So-

Poor in the 1980s, Boston 1984, S. VI.

⁴² Vgl. Richard J. Bernstein, *The Restructuring of Social and Political Theory*, Philadelphia 1976, S. 50. Vgl. auch die stark politisierten Diskussionen über die Rolle der Anthropologie (development anthropology), David D. Gow, *Anthropology and Development: Evil Twin or Moral Narrative*, in: *Human Organization*, 2002, Bd. 61, Nr. 4.

⁴³ Mit seinen Fragen nach der Zukunft der menschlichen Natur und unserem Weg zu einer liberalen Eugenik (*Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik?*, Frankfurt am Main 2001, insbesondere S. 34–45) hat Jürgen Habermas auf die fließende Grenze zwischen der negativen Eugenik (Prävention vor Erbkrankheiten) und der positiven Eugenik (verbessernde genetische Merkmalsveränderung) hingewiesen. Den Begriff „negative Eugenik“ gebraucht er in einer anderen Bedeutung, als es üblicherweise der Fall ist.

⁴⁴ Paul J. Weindling, *Krytycy*, S. 62.

wjetrepubliken und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien war und ist es noch immer ein Instrument zur Gestaltung von Gesellschaften in neu entstandenen Staaten. Auch stabile westliche Gesellschaften sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, von Social Engineering als Instrument zur Gestaltung von Gesellschaften Gebrauch zu machen, die sowohl infolge anhaltender Modernisierungsprozesse als auch eines zunehmenden Immigrantenanteils Veränderungen unterliegen.⁴⁵

⁴⁵ Der Begriff Social Engineering wurde auch in den Diskussionen über den Umbau Afghanistans nach der Intervention im Jahr 2003 benutzt, vgl. Amitai Etzioni, *Reconstruction: a Damaging Fantasy?*, in: *Military Review*, 2008, Bd. 88, Heft 6.

Teil I

Social Engineering als Werkzeug der staatlichen Bevölkerungspolitik

THOMAS ETZEMÜLLER

Social Engineering und die Erfindung der „Bevölkerungsfrage“

Seit dem frühen 20. Jahrhundert zeichnen drei Elemente den Bevölkerungsdiskurs aus: die Angst vor einem Aussterben der Bevölkerung, die Angst vor einer Überalterung der Bevölkerung und die Angst vor einer „Überfremdung“ der Nation.¹ Diese dreifache Angst entstand im 19. Jahrhundert. Entscheidend ist, dass es sich um einen *Diskurs* im Sinne Michel Foucaults handelt, d. h. um eine Formation, die Menschen sprechen *lässt*.² Entscheidend ist weiterhin, dass sich dieser Diskurs durch eine erstaunliche Stabilität auszeichnet. Noch Thilo Sarrazins berüchtigtes Buch „Deutschland schafft sich ab“ reproduziert fast wörtlich eine Grundstruktur und Thesen, die bereits in Thomas Robert Malthus‘ Klassiker „An Essay on the Principle of Population“ von 1798 angelegt waren und die etwa der deutsche Statistiker Friedrich Burgdörfer 1932 in seinem Bestseller „Volk ohne Jugend“ erfolgreich zu einem einflussreichen Schreckensszenario ausgestaltet

¹ Thomas Etzemüller, Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2007.

² Michel Foucault, Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 1991; ders., Archäologie des Wissens, 5. Aufl., Frankfurt am Main 1992.

hat.³ Entscheidend ist drittens, dass es im Bevölkerungsdiskurs nie allein um demografische Fragen ging und geht, sondern dass die Bevölkerungsfrage, wie der Nationalökonom Julius Wolf bereits 1931 festgestellt hat, „in ihrem tiefsten Grunde eine Frage der *Ordnung der Welt* ist“.⁴ Drei Fragen stehen im Zentrum: Wer *bekommt* Kinder? Wer *sollte* Kinder bekommen? Und wie steht es um die Nation? Das macht den Bevölkerungsdiskurs so brisant, denn die Antworten lauten zusammengefasst: Die „Falschen“ bekommen zu viele Kinder und gefährden dadurch eine Nation – genauer gesagt: „Asoziale“ und „geistesschwache“ Menschen in den Unterschichten und die Angehörigen „minderwertiger“ Völker zeichnen sich durch eine zu hohe Geburtenrate aus, während die „wertvollen“ weißen Mittelschichten des „Abendlandes“ zu wenig Kinder bekommen. Insgesamt sinkt die Geburtenrate, dadurch überaltert ein Volk und schrumpft, dadurch wiederum entsteht ein gefährlicher Sog, der Migranten aus „minderwertigen“, aber geburtenfreudigen Völkern anzieht. Zugleich wachsen die „minderwertigen“ Schichten im eigenen Land, sodass eine Nation gleich doppelt zersetzt wird.

Das ist sehr pauschal, aber grundsätzlich findet man dieses Denken im 20. Jahrhundert in Skandinavien, den USA, Großbritannien und natürlich in Deutschland. Heute hat sich die Begrifflichkeit geändert. Es geht nicht mehr um einen biologisch gedachten „Volkkörper“ einer Nation, sondern um das „Humankapital“ einer Gesellschaft. Man hat keine Angst mehr vor einem eugenischen Kollaps, sondern davor, von China „abgehängt“ zu werden. Man fürchtet nicht mehr die „Geistesschwachen“ und „Asozialen“, sondern die „Leistungsverweigerer“. Trotz dieser Verschiebungen wird also nach wie vor bestimmten sozialen Gruppen eine Bedrohung der Nation zugerechnet, und nach wie vor wird ihr demografisches Verhalten qualitativ gewertet.

Diese Koppelung von Demografie, Eugenik und Raum war verantwortlich dafür, dass sich Bevölkerungspolitik in Deutschland überhaupt bis zur Massenvernichtung radikalieren konnte — in Skandinavien und den USA immerhin bis hin zur Zwangssterilisierung Tausender Menschen.⁵ Ich werde im Folgenden

³ Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München, 13. Aufl., 2010; Thomas Robert Malthus, *Das Bevölkerungsgesetz*. München 1977 (urspr. 1798); Friedrich Burgdörfer, *Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. Ein Problem der Volkswirtschaft – der Sozialpolitik – der nationalen Zukunft*, Berlin 1932.

⁴ Julius Wolf, Art. „Bevölkerungsfrage“, in: *Handwörterbuch der Soziologie*. Stuttgart 1931, S. 52–66, hier S. 65 (Hervorhebung im Original).

⁵ Gunnar Broberg/Nils Roll-Hansen (Hg.), *Eugenics and the Welfare State. Sterilization Policy in Denmark, Sweden, Norway, and Finland*. East Lansing/MI 1996; Kühl, Stefan, *Die Internatio-*

nicht diese Geschichte nachzeichnen, sondern die *Mechanismen* aufzeigen, die die katastrophenhafte Interpretation demografischer Prozesse möglich machten und stabilisierten. Das war nur möglich, weil die Fertilität auf Räume bezogen und mit eugenischen Wertungen verbunden wurde.

Zuvor jedoch zum Begriff des Social Engineering.⁶ Wenn man über Social Engineering sprechen will, stößt man rasch auf ein Problem. Es handelt sich um keinen Gegenstand mit klaren Konturen. Es gibt keine personalen Netzwerke, keine zentralen Institutionen, in denen man lokalisieren könnte, was wir suchen. Forschungsliteratur existiert so gut wie keine, nicht einmal mit einem gesicherten Quellenbegriff kann man aufwarten. Wie nähert man sich so einem Phänomen, wie lässt es sich konturieren?

Der Begriff des Social Engineering ist zwar durchaus geläufig und lässt sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts nachweisen. Doch sein Gebrauch ist vollständig unbestimmt. Präzisiert man Social Engineering provisorisch mit dem Begriff der „Sozialtechnologie“, so erblickt man sofort einen Strauß verwandter Begriffe: „Sozialtechnik“ (1881), „Social Control“ (1890), „Soziomechanik“ (1905), „Human Efficiency“ (1911), „Vitaltechnik“ (1926), „Social Planning“ (1932), „Political Science Engineering“, „Planned Society“ (beide 1937), „Anthropological Engineering“ (1942), „Psycho-Politik“ (1947), „Ergonomics“ (1949), „Soziale Kybernetik“ (1965) oder „Soziotechnologische Systemgestaltung“ (1973).⁷ Das ist über 100 Jahre hinweg eine Spannbreite an Begriffen, die kaum weiterhilft, ebenso wenig wie Karl Poppers Definition. Der Sozialingenieur, so Popper in „Open Society and its Enemies“, frage nicht nach Geschichte und Schicksal, er wolle die Welt gestalten. „[T]he social engineer believes that a scientific basis of politics would [...] consist of the factual information necessary for the construction or alteration of social institutions, in accordance with our wishes and aims.“⁸ Entscheidend war für Popper die Unterscheidung zwischen einem „piecemeal social engineering“ und einem „utopian social engineering“. Letzteres galt ihm als gefährlich, weil es einen dogmatisch zu befolgenden Plan

nale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen eugenischen Bewegung im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Frankfurt am Main/New York 2013.

⁶ Ausführlich: Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009.

⁷ Dies ist eine kleine Auswahl aus dem umfangreichen Begriffsfeld, das Roland Müller zusammengestellt hat, verfügbar unter: http://www.muellerscience.com/SPEZIALITAETEN/Methoden/Sozialtechnologie_Begriffe.htm [10.10.2008].

⁸ Beide Zitate: Karl R. Popper, The Open Society and its Enemies, 2 Bde., London 1991 (urspr. 1945), Bd. 1, S. 22.

zur Erlangung eines ideologisch fixierten Ziels entwirft und sich zu radikalisieren droht. Ersteres sei rational, weil es mithilfe von Planung reflektiert und schrittweise gesellschaftliche Missstände abstellen wolle, immer bereit, sich veränderten Gegebenheiten anzupassen, als offener *Prozess*. Genau diese dezidiert gemäßigte Vorstellung von Social Engineering findet man in vielen Quellen. Eine eindeutige Definition des Begriffs gibt es jedoch nicht. Vielmehr sollte man als Social Engineering eine zwar abgrenzbare, aber fluide Formation bezeichnen, ein Angebot, die westliche Moderne im Sinne Zygmunt Baumans als „ambivalent“ zu interpretieren.

1909 publizierte der Soziologe William Tolman ein Buch mit dem Titel „Social Engineering. A Record of Things Done by American Industrialists Employing Upwards of One and One-half Million People“. Tolman hatte 1889 den Begriff des *industrial betterment* in die Diskussion eingeführt, der das Bemühen um Effizienzsteigerung im Interesse des Unternehmens bezeichnete: „to get the best results out of labor“. Dann brachte er den Begriff *welfare work* ins Spiel, der auf die soziale Verbesserung der „personal conditions of the laborer“ abhob; schließlich den Begriff der *mutuality*, der die ideale Beziehung zwischen Kapital und Arbeit bezeichnete; die Probleme von „life and labor“ würden wissenschaftlich gelöst.

Damit sind bereits wichtige Elemente des Social Engineering genannt: Effizienz, Sozialpolitik, soziale Harmonie und die Verwissenschaftlichung von Problemanalysen. Die Arbeiter spielen in Tolmans Buch die Hauptrolle, doch es ist ganz aus der Perspektive der Unternehmer geschrieben. Die Arbeiter sollen sich nämlich selbst organisieren und erziehen, sei es, indem die Angestellten eines großen Kaufhauses demokratisch entscheiden, am Abend eine halbe Stunde länger zu arbeiten, um den konkurrierenden Kaufhäusern nicht das Geschäft zu überlassen – obwohl die frühere Schließungszeit den weiblichen Angestellten besser zupassgekommen war –, sei es, dass die Angestellten einer Firma selbst ihre Krankenversicherung organisieren; und wessen Aufnahme in den Betrieb die Angestellten ablehnen, den stellt sicherheitshalber auch die Firma nicht ein. Das ist „Gegenseitigkeit“: Sie ist „a commercial asset; it makes for industrial peace“.⁹

Tolmans Social Engineering zeichnete sich durch eine charakteristische Mischung aus Techniken des Selbst und rigiden Ordnungsvorschriften aus. In Modellsiedlungen und Abendkursen sollten die Arbeiter(innen) lernen, wie man vernünftig lebt und vernünftig mit seiner Freizeit umgeht. Lerne die Frau zu

⁹ William Tolman, *Social Engineering. A Record of Things Done by American Industrialists Employing Upwards of One and One-half Million People*, New York 1909, S. 3.

kochen, beuge sie der Trunksucht ihres Mannes vor – denn ein einladender Tisch mit gutem Essen am Abend halte den Arbeiter von der Kneipe fern. Wolle er doch ausgehen, stehe ihm der *reform saloon* zur Verfügung, in dem er streng reglementiert Alkohol und Vergnügungen wie Kartenspiel und Billard genießen könne. Die jungen Mädchen wiederum werden durch eine *social secretary* durch den Alltag begleitet; sie besucht die Familien zu Hause, und „takes a personal interest in their yards and homes, and whenever it seems fitting, a helpful suggestion is given“.¹⁰ Tanzkurse sollen „grace in company, ease of manner and power of adapting one’s self to social functions“ lehren.¹¹ Auf diese Weise, so Tolman, werde der ungeliebte Paternalismus der Unternehmer durch „Gegenseitigkeit“ abgelöst. In jeder Szene des Buches herrscht Ordnung. Die Arbeiter führen keine einzige unkontrollierte Bewegung oder Handlung aus, selbst in Massen nicht. Probleme werden nur indirekt sichtbar, wenn man sich in Erinnerung ruft, *wogegen* das Social Engineering angehen sollte, nämlich gegen den Dreck und die Unordnung der realen Welt. Der Text beschreibt eine Utopie, die mithilfe dieses Textes verwirklicht werden sollte.

Im Folgenden soll es darum gehen, den Begriff des Social Engineering genauer zu umreißen. Er sollte als vereinheitlichende Bezeichnung einer weit ausfransenden Schnittebene heterogener empirischer Befunde verstanden werden. Er soll spezifische Mechanismen, Wertungen und Taktiken im Umgang mit der Moderne verstehen und beschreiben helfen, auf den ersten Blick höchst disparate Phänomene in Zusammenhang bringen und damit eine andere Perspektive auf das 20. Jahrhundert erlauben, als es die tendenziell um die totalitären Gewaltverbrechen kreisenden Beschreibungen bieten. Je nach Akteur(sgruppe), Land, Zeitraum, Projekt oder Gegenstand ergeben sich unterschiedliche Kombinationen der einzelnen Elemente, sodass jeder Untersuchungsgegenstand – Küchendesign, Stadtplanung, Wohnbau etc. – in seiner Besonderheit ernst genommen wird – und trotzdem bleibt die Überlappung hinreichend groß, um den Gegenstand als Teil der übergreifenden Formation Social Engineering beschreiben zu können.

Wie sieht nun diese Überlappung aus, wenn man eine Synthese wagen will? Ich fasse sie abstrakt zusammen: Als Social Engineering verstehe ich einen *spezifischen Modus, die Moderne zu verhandeln*. Es handelt sich um die Kombination von bestimmten *Sozialtechnologien* mit einem spezifischen *Ordnungsmodell* sowie einem dezidiert *sozialgestalterischen Imperativ*. In sieben Punkten:

¹⁰ Ebenda, S. 58.

¹¹ Ebenda, S. 276.

1. Die Akteure des Social Engineering sind Experten, also Spezialisten, ausgebildet, um *Prozesse* und *systemische Zusammenhänge* zu erkennen, diese *als Problem* zu *analysieren* und dann *rationale* Lösungswege in die Zukunft hinein zu entwerfen. Sie erwarben nach 1900 immer größeren gesellschaftspolitischen Einfluss, weil sie nicht einfach nur Probleme lösten, sondern die Organisation der Gesellschaft deuteten.

2. Diese Deutung nahm eine besondere Form an. Paradigmatisch war Ferdinand Tönnies' Dichotomie von organischer, integrierter, harmonischer *Gemeinschaft* und atomisierter, mechanistischer *Gesellschaft*: Die Moderne schien die Gemeinschaft zunehmend in eine Gesellschaft zu verwandeln, die in ihre Einzelteile zu zerfallen drohte.

3. Das wurde als *Krise* wahrgenommen, und es wurde regelmäßig prognostiziert, dass sich die Entwicklung dramatisch verschärfen werde. Allerdings wurde diese Krise immer als *Krisis* begriffen, als Punkt einer notwendigen Entscheidung. Der Weg in die Zukunft war offen, je nachdem, wie man sich entschied.

4. Das bedeutet aber, dass Nichthandeln für Experten keine Option war. Aus ihren Prognosen konnten Experten geradezu eine *Pflicht zur Intervention* ableiten. Aus dieser Selbstermächtigung heraus versuchten sie in verschiedenen Ländern, ihre Ziele der Gesellschaftspolitik zu implementieren. Das wurde ihnen grundsätzlich erleichtert, denn die Politik brauchte Daten und Handlungskonzepte, um die extensiven sozialgestalterischen Visionen der 1930er Jahre umsetzen zu können.

5. Die *Realität* sollte die Legitimationsbasis für die Ordnung der Gesellschaft bieten, nicht ideologische oder metaphysische Setzungen und Annahmen. Das bedeutete, dass die Wirklichkeit akribisch danach abgesucht wurde, was die Natur an „vernünftigen“ Ordnungsmodellen bereithielt. Diese vermeintlich durch die industrielle Massengesellschaft verschütteten Keime organischer Gemeinschaften waren freizulegen und dann zu stärken.

6. Sozialingenieure verordneten nicht, sie setzten auf *Lernprozesse*. In aufwendigen Untersuchungen erhoben sie die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen und überführten sie in komplexe Tabellen. In diesen Tabellen zeichneten sich Normalverteilungen ab, die zur Grundlage der Interventionen gemacht wurden. „Normal“ war dabei nicht die statistische Mehrheit, sondern das, was der Natur entsprach; diese „Normalität“ wiederum wurde nicht als starre Norm begriffen (Lehre), sondern als eine flexible Zone möglicher Verhaltensweisen. Grundsätzlich schrieben Sozialingenieure deshalb nicht Gesetze und Disziplinarordnungen, sondern *Ratgeber*. Die Individuen sollten ganz zwanglos die Grenzen der „Normalität“ gegen die Risikozonen verteidigen – eine Gren-

ze, die übrigens beständig verschoben wurde. Dynamik und Kontingenz sollten nicht stillgestellt, sondern kontrolliert gesteuert werden, um sie auf diese Weise beherrschen zu können.

7. Zygmunt Bauman hat den Begriff der „ambivalenten Moderne“ und die eingängige Metapher vom jätenden Gärtner geprägt. Weil die Welt mit der Industrialisierung vieldeutig geworden sei, sei klassifiziert und geordnet worden, um der Welt wieder eine Struktur zu geben und „Ambivalenz auszulöschen: eine Anstrengung genau zu definieren — und alles zu unterdrücken oder zu eliminieren, was nicht genau definiert werden konnte oder wollte“.¹² Allerdings lief das Social Engineering *nicht* automatisch auf eine Radikalisierung der Biopolitik hinaus, d. h. auf die Massenvernichtung von Menschen im „Dritten Reich“. In Schweden etwa setzte es dezidiert auf die Inklusion von Menschen, nur ein „Bodensatz“ hartnäckiger Verweigerer musste eliminiert werden. In Deutschland, zumal nach 1933, sah das anders aus. Gerade der Blick auf *diese* Geschichte verstellt aber die Tatsache, dass es beim Social Engineering tendenziell um eine *positive* Biopolitik ging. Und genau das macht das Social Engineering interessant für eine Analyse von Machttechniken. Denn wer erfolgreich die Evidenz zwingender „Vernunft“ erzeugen kann, dem stehen elaboriertere Techniken zur Verfügung, die Lebenspraxis von Menschen zu regulieren, ohne sie vernichten, unterdrücken oder auch nur disziplinieren zu müssen. Das Social Engineering war also *tendenziell total*, was seinen erfassenden und steuernden Anspruch betraf, nicht aber *notwendig totalitär*.

Grundsätzlich kann man das Social Engineering also so bestimmen:

a. Social Engineering war mehr als Planung, *scientific management*, Ordnungssehnsucht, die Verwissenschaftlichung des Sozialen oder Technikglaube. All das gehörte dazu. Aber es ist sinnvoll, den Begriff für ein *Ensemble von Elementen* zu verwenden, die für sich genommen in ganz unterschiedlichen Kontexten auftauchen können, die aber in ihrer *Kombination* ein spezifisches Dispositiv bildeten: die Kombination von Sozialtechnologien, einem Ordnungsmodell und einem dezidierten Gestaltungsimperativ, ein historisch spezifisches Ensemble aus Diskursen, Institutionen, architektonischen Ensembles, administrativen Maßnahmen, wissenschaftlichen Aussagen usw., das die Konstituierung konkreter Realitätsbereiche reguliert.¹³

¹² Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 2005, S. 22.

¹³ Timo Luks, *Der Betrieb als Ort der Moderne, Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdenken und Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010, S. 32.

b. Es war ein *transnationaler*, Disziplinen übergreifender Versuch, mit künstlichen Mitteln eine verlorene *natürliche* Ordnung der Gesellschaft wieder zu erschaffen, indem man eine alle gesellschaftliche Bereiche durchdringende, vernünftige *soziale* Ordnung entwarf.

c. Und es konnte nur zwischen dem Ersten Weltkrieg und den 1960er Jahren seine Wirkmächtigkeit entfalten. In der Zeit davor entstand das Dispositiv, in der Zeit danach verlor ein Ordnungsdenken, das „organische Gemeinschaften“ beschwor, rapide an Überzeugungskraft – auch wenn die rhetorischen und technischen Komponenten überlebten.

Damit sind Charakter, Raum und Zeit umrissen. Ich habe vorgeschlagen, Social Engineering zu denken wie „Folien, die übereinandergelegt werden: 1) die Kontinuität utopischen Denkens von [Thomas] Morus bis [Hans Bernhard] Reichow, das sich über Rezeptionsprozesse tradierte; 2) spezifische Techniken, die seit dem 18. Jahrhundert entwickelt und verfeinert wurden; 3) eine eigentümliche Weltsicht, die sich als grundlegende Denkstruktur über Brüche, Verschiebungen, nationale und professionelle Grenzen bis in die 1960er Jahre als stabil erwies; 4) eine Reihe von Begriffen, Topoi und paradigmatischen Bildern, die die Wahrnehmung der Welt, die Handlungspläne und deren Präsentation formatierten; 5) personale Netzwerke, Rezeptionsstrukturen, Transferprozesse und gemeinsame Referenzpunkte, die Akteure und ihre Vorstellungen zu einer imaginären Einheit verschmolzen, so dass sie miteinander reden konnten, ohne aber genau zu wissen, warum; 6) Institutionen oder Orte, die Kohärenz über unterschiedliche Sozialgruppen und Sprecher hinweg schufen [...]; 7) typische Interventionsfelder, die den gestaltenden Zugriff vermeintlich vordringlich herausforderten; 8) die Symbiose von Experten und Staat; 9) der Blick von unten, von den Menschen, Praktiken und Alltagsgegenständen her; 10) der konsequent experimentelle und adjustierende Charakter des Denkens, Planens und Handelns. [...] Der Begriff des *social engineering* bringt [...] auf den ersten Blick disparate Phänomene in Zusammenhang, und erlaubt damit eine andere Perspektive auf das 20. Jahrhundert, als es die tendenziell um die totalitären Gewaltverbrechen kreisenden Beschreibungen bieten. [...] Auf diese Weise kann man so weit auseinanderliegende Verfasser wie Thomas Morus, Carl Schmitt und Gunnar Myrdal oder den Werkbund, die Fordwerke und Brasilia ‚ins Gespräch‘ bringen, ohne sie in eins fallen zu lassen.“¹⁴

Die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik und insbesondere den Generalplan Ost wird man als radikalisierte Variante des Social Engineering verstehen

¹⁴ Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze, in: Etzemüller, Die Ordnung der Moderne, S. 11–39, hier S. 35f.

dürfen, als Versuch, einen homogenen „Volkkörper“ vor allem durch das Mittel der Exklusion herzustellen. Dieser Idee musste allerdings ein spezifisches Verständnis von „Bevölkerung“ zugrunde liegen, das Bevölkerungen als vermeintliche Entitäten homogenisierte und voneinander abgrenzte sowie mit eugenisch-sozialer Wertigkeit auflud. Im Wesentlichen waren es drei Wissenschaftszweige, die in Deutschland seit dem späten 19. Jahrhundert für Genese dieses Verständnisses von Bevölkerung verantwortlich zeichneten: Eugenik, Anthropologie bzw. Rassenkunde und Statistik.

Zuerst zur Eugenik:¹⁵ Mit der Industrialisierung zogen immer mehr Menschen in die großen Städte, um in Stahlwerken, im Bergbau, der chemischen Industrie, dem Maschinenbau usw. zu arbeiten. Aber die Arbeitsbedingungen waren verheerend. Immer mehr Menschen gerieten in Not. In den Städten bildeten sich Slums mit heruntergekommenen Mietskasernen, in denen fünfköpfige Familien in einem Raum hausten, die Schlafgänger gar nicht mitgerechnet. Diese *sozialen Lebensbedingungen* wurden von den aufsteigenden Naturwissenschaften *biologisch* gedeutet. Zunächst einmal zeigte Darwins Evolutionstheorie, dass die Natur von den einzelnen Spezies erhebliche Anpassungsleistungen verlangte und dass diese entweder im Laufe von Generationen mutierten oder aber der Auslese zum Opfer fielen. Es ist bekannt, dass diese Theorie sozialdarwinistisch gewendet wurde. Die sozialen Veränderungen und Probleme der expandierenden Industriegesellschaften schienen auf eine zunehmende biologische Entartung der Gattung Mensch, die dem modernen Leben geschuldet war, hinauszulaufen. Urbanisierung, Verarmung, schlechte Nahrung, erbärmliche Hygiene, Krankheiten, all das griff angeblich die genetische Qualität der Menschen an und würde sich, so die Überzeugung, durch Vererbung progressiv bis zum Untergang multiplizieren — wobei sich bereits ererbte *und individuell erworbene*, körperliche *und soziale* Eigenschaften vererben sollten.

Die sogenannte „natürliche Auslese“ schien außer Kraft gesetzt. Eigentlich, so die Theorie, hielt sich die Natur durch die ständige Auslese von Arten, die nicht mehr der Umwelt angepasst sind, in einer grundsätzlich idealen Balance aller ihrer Elemente. Die menschliche Gesellschaft dagegen war aus dem Lot geraten. Zum einen zerstörte, wie erwähnt, die Moderne das Erbgut der Menschen. Zum anderen konnten sich diese „degenerierten“ Menschen dank sozialpolitischer Maßnahmen trotzdem fortpflanzen. Und da sich „asoziale“, kriminelle und

¹⁵ Vgl. Peter Weingart/Jürgen Kroll/ Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt am Main 1992; Kühl, Die Internationale der Rassen.

„geistesschwache“ Menschen durch geringe moralische Hemmungen auszeichneten, pflanzten besonders sie sich verstärkt fort. Moderne Industrienationen begingen geradezu willentlich „Rassenselbstmord“, wie es damals hieß. Illustriert wurde diese Entwicklung mit schreckenerregenden Geschichten, etwa denen der Verbrecherfamilien Kallikak oder Juke.¹⁶

Diese sozialdarwinistisch-eugenischen Vorstellungen sind hinreichend kritisiert worden. Entscheidend in unserem Zusammenhang ist, dass durch sie demografische Prozesse mit einer eugenischen Wertigkeit aufgeladen wurden, die weder mit Darwins Theorie noch der ganz normalen, alltäglichen Fertilität von Menschen etwas zu tun hatte. Vielmehr wurden auf diese Weise *soziale Veränderungen* als *biologische Degeneration* gedeutet – das ist der erste wichtige Baustein.

Der zweite Baustein wurde durch Anthropologie und Rassenkunde geliefert.¹⁷ Die Anthropologie politisierte sich im 19. Jahrhundert ebenfalls. Ursprünglich hatten Anthropologen prähistorische Skelette rekonstruiert und Schädel vermessen, um beispielsweise die Frage zu klären, ob alle Menschenrassen einen gemeinsamen Ursprung haben. Seit dem späten 19. Jahrhundert ging es der Anthropologie zunehmend um etwas anderes. Rudolf Virchow oder Otto Ammon hatten 1886 und 1899 in aufwendigen Reihenuntersuchungen an Schulkindern bzw. badischen Rekruten herauszufinden versucht, wie die Verteilung von Rassenanteilen in der Bevölkerung aussah.¹⁸ Das waren singuläre Studien, doch genau das sollte das große Projekt zahlreicher deutscher Anthropologen im 20. Jahrhundert werden. Sie wollten zweierlei erreichen. Zuerst einmal wollten sie den Anteil „nordischen Blutes“ in der Bevölkerung bestimmen, also die rassische Zusammensetzung untersuchen. Und zum anderen wollten sie die Vererbungswege rassischer Eigenschaften ans Licht heben.

Dazu wurden in unzähligen Regionen Deutschlands aufwendige Studien durchgeführt. Zumeist, und das ist für uns wichtig, wurden Dörfer mit relativ abgeschlossenen Bevölkerungen aufgesucht. Das hatte ganz praktische Gründe. Wenn Schädel und Körperbau vermessen, Haar- und Augenfarbe bestimmt und

¹⁶ Vgl. Nicole Hahn Rafter (Hg.), *White Trash. The Eugenic Family Studies 1877–1919*, Boston 1988.

¹⁷ Vgl. Uwe Hoßfeld, *Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit*, Stuttgart 2005.

¹⁸ Rudolf Virchow, Gesamtbericht über die von der deutschen anthropologischen Gesellschaft veranlassten Erhebungen über die Farbe der Haut, der Haare und der Augen der Schul Kinder in Deutschland, in: *Archiv für Anthropologie* 16 (1886), S. 275–476; Otto Ammon, *Zur Anthropologie der Badener. Bericht über die von der anthropologischen Kommission des Karlsruher Altersvereins an Wehrpflichtigen und Mittelschülern vorgenommenen Untersuchungen*, Jena 1899.

die Stammbäume der Dorfbewohner aufgenommen wurden, dann kamen rasch große Datenmengen zusammen, die mit den damaligen Karteikartensystemen kaum verarbeitbar waren. Deshalb kamen nur relativ kleine Populationen infrage. Außerdem wollte man möglichst „reine“ Populationen untersuchen, die nicht durch Migration genetisch „verunreinigt“ waren, also eingesessene Bevölkerungen, die seit Generationen vor allem unter sich heirateten. Dahinter stand ein ganz bestimmtes Ideal, nämlich das abgeschlossener, „reiner“ Bevölkerungen. Das folgende Beispiel soll das illustrieren.

In den 1920er Jahren untersuchte der Hamburger Anthropologe Walther Scheidt die Elbinsel Finkenwerder vor Hamburg. Scheidt bezeichnete als „natürliche“ Bevölkerung – im Gegensatz zu einer bloß ortsansässigen – „eine Gruppe von Menschen“, die durch die „siebenden, modelnden, erbändernden und auslesenden Einflüsse[n] eines bestimmten Wohngebietes“ zu einem „Volkskörper“ verschmolzen sei.¹⁹ Dieser könne, so Scheidt, nur untersucht werden, indem Merkmalsgruppen durch Befragungen, Vermessungen und Archivarbeit aufwendig erhoben und korreliert würden, etwa Länge und Breite der Schädel bzw. Gesichter, Haar- und Augenfarbe, Struktur der Haare usw. Scheidt berechnete „Ahnerteilsziffern“ auf der Basis genealogischer Daten und erstellte einen „Altansässigkeitsindex“. Auf diese Weise meinte er nachweisen zu können, dass die Finkenwerder Bevölkerung sich mit großer Wahrscheinlichkeit erbbiologisch von den Nachbarpopulationen unterschied, dass Zuwanderer aus diesem Grunde zumeist „gesiebt“ wurden und Abwanderer sich in der Regel erbbiologisch von den übrigen Finkenwerder „Erbstämmen“ unterschieden. Vergleichsstudien über prähistorische und zeitgenössische Schädel anderer Regionen zeigten ihm die erbbiologische Kontinuität auf. Am Ende konnte „kaum Zweifel“ an der Tatsache herrschen, dass die Finkenwerder Bevölkerung eine Rasse darstellte; Altansässigkeit, umgrenzter Raum, geringe Mobilität und gemeinsame Bewahrungserfahrungen wurden also konsequent biologisch gedeutet, nicht als Ergebnis jahrhundertelanger sozialer Prozesse.

Ebenso wie Eugeniker waren Anthropologen auch an Vererbungsmechanismen interessiert. Den Eugenikern ging es um die Vererbung von Geisteskrankheiten usw., den Anthropologen um rassische Merkmale. Das Problem war allerdings, dass beide Wissenschaften sich *nicht* die Erkenntnisse der jungen Genetik zunutze machen konnten. Die Genetik konnte nämlich vorerst nur Fruchtbliegen untersuchen, und diese Ergebnisse waren auf Menschen nicht übertragbar.

¹⁹ Walter Scheidt, *Niedersächsische Bauern II. Bevölkerungsbiologie der Elbinsel Finkenwärd[er] [sic] vom dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart*, Jena 1932, S. 1f.

Also musste man sich mit *genealogischen* Daten behelfen, um auf vermeintlich *biologische* Prozesse schließen zu können. So hatte beispielsweise der schwedische Arzt Herman Lundborg mehrere Jahrzehnte lang ein über 2000-köpfiges Bauerngeschlecht in der Provinz Blekinge in Südschweden untersucht.²⁰ Er trug unzählige Details über Krankheiten und soziale Anomalien zusammen und präsentierte sie in Hunderten von Stammbäumen, Tabellen und Vererbungstabellen eines großformatigen Atlases, der 1913 in Deutschland und 1920 in Schweden erschien. Die Informationen stammten von Pfarrern und anderen Gewährspersonen sowie aus den örtlichen Archiven; die Daten waren höchst unzuverlässig und unvollständig; soziales Verhalten, Charakterzüge, Krankheiten und psychische Probleme wurden umstandslos vermengt. Am Ende sollte den Lesern das Exempel eines allmählichen erbbiologischen Abstiegs vor Augen stehen. Das, was sich in dieser Blekinger Familiengeschichte abspielte, schien ganz Nord- und Westeuropa zu drohen, deshalb auch wurde Lundborgs Werk von seinen deutschen Kollegen mit großem Interesse rezipiert. Studien dieser Art häuften sich seit dem späten 19. Jahrhundert: Abstammungswege dienten als Umweg, um Erbgänge zu erschließen. Rassische, eugenische und Körpermerkmale wurden miteinander verschmolzen und „reine“ Populationen gesucht; Bezugsgröße war immer ein abgegrenzter Raum.

Der dritte Baustein stammt von der Statistik. Die deutschen Volkszählungen hatten bis zum Ersten Weltkrieg versucht, die Bevölkerung möglichst differenziert zu erfassen: Wie viele Menschen wohnten in den einzelnen Regionen Deutschlands, welche Berufe hatten sie, wie sah die Geburten- und Sterblichkeitsrate aus und so weiter. Damit hatten die Schweden schon im 17. Jahrhundert begonnen, und solche Volkszählungen sind erst einmal nicht problematisch. Problematisch wurde es, als der Statistiker Friedrich Burgdörfer die Volkszählung von 1925 ausrichtete.²¹ Plötzlich wurde der Geburtenrate eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Sie sank nämlich schon seit Jahrzehnten. In den Volkszählungen zuvor war das stets mit der Sterblichkeitsrate korreliert worden, die viel stärker als die Geburtenrate gesunken war. Nun behauptete Burgdörfer, dass dieser Rückgang ein Ende haben werde, während die Geburtenrate aller Deutschen künftig in den Keller fallen werde. 1932 sollte Burgdörfer das in einem Bestseller

²⁰ Herman Lundborg, *Medizinisch-biologische Familienforschungen innerhalb eines 2232köpfigen Bauerngeschlechtes in Schweden (Provinz Blekinge)*, Jena 1913.

²¹ Statistisches Reichsamts (Hg.), *Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1925. Teil I: Einführung in die Volkszählung 1925. Tabellenwerk*, in: *Statistik des Deutschen Reichs* 401 (1928).

popularisieren,²² und damit war das demografische Katastrophenszenario in die Welt gesetzt. Nun musste die Fertilität statistisch nur noch differenziert werden, und dann hatte man das amtliche Ergebnis: In den Unterschichten wurden zu viele Kinder geboren, in den Mittelschichten zu wenige, dadurch sank die Geburtenrate insgesamt, während sich die „minderwertigen“ Menschen vergleichsweise stark vermehrten. Von da aus war es argumentativ dann nur noch ein Schritt zum „entvölkerten Raum“, der angeblich von den Slawen besetzt werden würde.

In der Statistik wurde jahrzehntelang das Denken eingeübt, eine Bevölkerung auf einen Raum (die Nation) zu beziehen, sozial und räumlich zu untergliedern und diese Einheiten dann mit ihrer jeweiligen Geburtenrate zu korrelieren. 1933 waren die Statistiker dann mühelos in der Lage, die Juden als eine dieser Gruppen statistisch zu erfassen und darzustellen.²³ Das war der erste Schritt ihrer Ausgliederung. Für die Statistiker war damit nichts Besonderes verbunden. Sie hatten von der Politik einen Auftrag erhalten und nun eben die Juden gesondert erfasst, so wie zuvor die Westfalen, die Hamburger, die Ausländer, die Frauen, die Bürstenmacher oder die Volksschullehrer. Das schienen objektive statistische Kategorien, die sich durch objektive Zahlen abbilden ließen, was die Politik damit machte, war nicht mehr Sache der Statistiker. Dass sie damit auf einer *diskursiven Ebene* dazu beitrugen, Denkbilder wie „Volk“, „Raum“, „ethnische Homogenität“ und „Bedrohung“ (von innen und von außen) zu verfestigen, war ihnen scheinbar nicht bewusst. 1945 erfassten sie die Juden, wie vor 1933, statistisch erneut nur als Religionsgemeinschaft, nicht als eigene Volksgruppe.

Der wissenschaftliche Anspruch der Anthropologen, Statistiker und Eugeni-ker war derselbe: Auf einer rein empirischen Basis sollten biologische Sachverhalte geklärt werden, um „Bevölkerung“ differenzieren, klassifizieren und werten zu können. In ganz kleinen Schritten wollten diese Disziplinen ein Gesamtbild des „Volkskörpers“ erstellen, um dessen Schadensstand minutiös kartieren zu können. Eugenikern, Anthropologen und Rassenkundlern war dabei nur zu bewusst, dass sie im Grunde nichts wussten. Weder durchschauten sie das ABC der Erbmechanismen, noch wussten sie um die genaue rassische Zusammensetzung des deutschen Volkes (sie meinten nur, eine angeblich hohe „ostische“ Prägung relativieren zu können). Die erhobenen Daten waren unvollständig, durch

²² Burgdörfer, Volk ohne Jugend.

²³ Statistisches Reichsamt (Hg.), Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933. Heft 5: Die Glaubensjuden im Deutschen Reich, in: Statistik des Deutschen Reichs 451 (1935/36), Heft 5; Dass. (Hg.), Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, in: Statistik des Deutschen Reichs 552 (1944), Heft 4.

Erhebungsfehler verzerrt und mit anderen Studien kaum vergleichbar. Deshalb wurde ein aufwendiger Apparat der Fehlerkorrektur inszeniert, mit mathematischen Formeln, Umrechnungstabellen usw.; und alle Schlüsse wurden als nur „provisorisch“ ausgewiesen. Tatsächlich aber wurden die Datenmängel durch eine spezifische Temporalisierung entschärft: Früher habe man noch weniger gewusst, heute seien frühere Fehler korrigiert, zukünftig werde man die erforderliche Datendichte erreichen. Das wurde mit einem ethischen Appell zum Handeln gekoppelt: *Gerade weil* man so wenig wisse, müsse man handeln, um erbbiologisch irreversible Fehlentscheidungen zu vermeiden.

Und das war das Fatale an diesen Wissenschaften: Zuerst trugen sie dazu bei, Bevölkerung als etwas zu konstruieren, das offenbar in der Realität vorhanden war. Dann wurde „Bevölkerung“ differenziert, die einzelnen Gruppen wurden sozial gewertet und aus ihrem Geburtenverhalten ein Katastrophenszenario abgeleitet. Und diese Untergangsvision erforderte entschlossene Handlungen. Seit Jahrhundertbeginn (in den USA) und verstärkt seit Ende der 1920er Jahre wurden Projekte begonnen, um die vermeintliche Bedrohung abzuwehren: in den USA, Kanada, Skandinavien, Deutschland und anderen Teilen Europas durch (Zwangs-)Sterilisierungen, im „Dritten Reich“ dann durch eine gezielte Vernichtung des angeblich „lebensunwerten Lebens“. Ohne die Erfindung der „Bevölkerung“ und der angeblich drohenden eugenisch-demografischen Katastrophe wäre das nicht möglich gewesen.

SABINE SCHLEIERMACHER

Rassenhygiene als Leitwissenschaft von Raumplanung und Bevölkerungswissenschaft

Rassenhygiene und Rassenanthropologie waren während des Nationalsozialismus Leitwissenschaften. Mit der Übertragung biologischer Theorien auf soziale Phänomene sollte mit nun naturwissenschaftlichen Methoden Gesellschaft erklärt und verändernd in sie eingegriffen werden. Sie lieferten Methodik und Legitimation für die Erb-, Rassen- und schließlich Expansionspolitik des nationalsozialistischen Staates, die von der Zwangssterilisation und „Euthanasie“ bis zur geplanten „Ausrottung“ von Teilen der Bevölkerung Osteuropas und dem Genozid an der jüdischen Bevölkerung reichte. Ihre Exponenten erarbeiteten ein Instrumentarium, mit dem Erfassung und Aussonderung durchgeführt wurden, und wirkten als Experten und Sachverständige im Sinne wissenschaftlicher Politikberatung. Universitäten waren an der Verbreitung rassenhygienischen Denkens maßgeblich beteiligt. Das Anfang des 20. Jahrhunderts noch wenig elaborierte Themenfeld „Rassenforschung“ eröffnete ein weites Feld erbbiologischer Forschung. Der Begriff „Rasse“ war unscharf formuliert und unter dem Oberbegriff der „Rassenforschung“ wurde methodisch vielfältig und interdisziplinär in den verschiedensten Fachgebieten gearbeitet. Das Forschungsspektrum erweiterte sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts schnell und reichte Anfang der 1930er Jahre von genealogischen Studien, Zwillings- und Blutgruppenfor-

schung, rassenmorphologisch-erbbiologischen Untersuchungen bis hin zur Paläoanthropologie.¹

Rassenforschung wurde als angewandte Wissenschaft verstanden, in der Wissenschaft und Politik in besonderer Weise aufeinander bezogen waren. Dies fasste der Historiker Hans-Walter Schmuhl wie folgt zusammen: „Politische Vorgaben gingen in die Axiome, Prämissen, Begriffe und erkenntnisleitenden Fragestellungen der Rassenforschung ein, und diese war bestrebt, ihre Befunde sofort ‚im Sinne von möglichen Handlungsweisen [zu] fokussieren‘“.²

RASSENFORSCHUNG

Seit dem Kaiserreich und der Weimarer Republik war in den Reihen bürgerlicher Kreise, die den unterschiedlichsten politischen Richtungen angehörten, eine eugenische und rassenhygienische Bewegung entstanden, die in der Hauptsache von Ärzten, Sozialwissenschaftlern, Wohlfahrtsexperten und Nationalökonomern getragen war.³ Gleichzeitig entwickelten sich eine wissenschaftliche Medizin und Hygiene und in deren Gefolge eine Ätiologie von Krankheiten, die neben dem Krankheitserreger zunehmend die Vererbung in den Blick nehmen wollte.⁴ Sozialdarwinistische Ideen waren in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verbreitet; sie waren Teil der Ideologie des deutschen Imperialismus und des

¹ Vgl. hierzu die Einleitung von Hans-Walter Schmuhl, Rasse, Rassenforschung, Rassenpolitik. Annäherung an das Thema, in: ders. (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933, Göttingen 2003, S. 7–37.

² Schmuhl (Hg.), Rasse, S. 29.

³ Paul J. Weindling, Die Verbreitung rassenhygienischen/eugenischen Gedankengutes in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen in der Weimarer Republik, in: *Medizinhistorisches Journal*, 1987, Band 22, Heft 4, S. 352–368.

⁴ Die Verbindung von Krankheit und Vererbung war 1893 von dem Hygieniker Ferdinand Hueppe auf der Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Nürnberg in einem Vortrag hergestellt worden. Vgl. Ferdinand Hueppe, Die Ursache der Gärung und Infektionskrankheiten und deren Beziehung zum Causalproblem und zur Energetik, in: *Berliner Klinische Wochenschrift* 30 (1893), S. 909–911; 945–950; 971–990. Bereits 1891 hatte Hueppe wesentliche Aspekte seiner These in der *Berliner Klinischen Wochenschrift* publiziert. Ferdinand Hueppe, Über Erforschung der Krankheitsursachen und sich daraus ergebende Gesichtspunkte für die Behandlung und Heilung von Infektionskrankheiten, in: *Berliner Klinische Wochenschrift* 1891, 28, S. 279–283; 332–336. Sigrid Stöckel, Säuglingsfürsorge zwischen Sozialer Hygiene und Eugenik. Das Beispiel Berlins im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 91). Berlin/New York 1996, S. 18.

herrschenden naturwissenschaftlichen Paradigmas.⁵ Bereits im Kaiserreich zeigte sich eine Biologisierung der sozialen Frage durch die Rassenhygiene. Diese Ansätze standen neben denen der gesellschaftlichen Intervention, die die soziale Frage mithilfe der Sozial- und Wohlfahrtspolitik lösen wollten.⁶

Im Deutschen Reich setzten sich Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, darunter Mediziner, Theologen und Nationalökonom, in ihren jeweiligen Disziplinen mit „menschlicher Erblehre“, „Eugenik“ oder „Rassenhygiene“ auseinander. Unter Bezugnahme auf die darwinsche Evolutions- und Selektionstheorie wurde davon ausgegangen, dass auch das Gesellschaftsgeschehen auf Naturgesetzen beruhe. Mit den Vererbungstheorien glaubten Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, besonders aber Eugeniker und Rassenhygieniker, ein wissenschaftliches Instrumentarium in den Händen zu haben, mit dem sie einer vermeintlichen Degeneration und daraus abgeleitet einem Untergang der „Rasse“, den sie angesichts der sozialen Folgen der Industrialisierung wie der gesellschaftlichen Umbrüche am Beginn des 20. Jahrhunderts zu erkennen glaubten, entgegenwirken zu können. Gesellschaftliche Phänomene wurden zu naturwissenschaftlichen umdefiniert.⁷

Die Grundlage für diese Auseinandersetzung hatte der britische Naturforscher Charles Darwin mit seiner Publikation „Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl“ (1859) geschaffen. Die hier formulierte Evolutionstheorie bezog er in seiner Arbeit über „Die Abstammung des Menschen“ (1871) nicht mehr nur auf den Menschen als biologisches Wesen, sondern auch auf die Entwicklung einer durch sozialpolitische und medizinische Errungenschaften gekennzeichneten Gesellschaft. Anhand von empirischen zoologischen Untersuchungen schlussfolgerte Darwin, dass Medizin und Armengesetzgebung eine natürliche Selektion verhinderten und die Degeneration der „Rasse“ deren Konsequenz sei.⁸

⁵ Hans-Walter Schmuhl, Eugenik und Rassenkunde, in: Bodo-Michael Baumunk und Jürgen Reiß (Hg.), Darwin und Darwinismus. Eine Ausstellung zur Kultur- und Naturgeschichte, Deutsches Hygiene-Museum Dresden, Berlin 1994, S. 143–148, hier S. 147.

⁶ Vgl. auch Sabine Schleiermacher, Sozialethik im Spannungsfeld von Sozial- und Rassenhygiene. Der Mediziner Hans Harmsen im Centralausschuß für die Innere Mission, Husum 1998, S. 184–202.

⁷ Sheila F. Weiss, Die rassenhygienische Bewegung in Deutschland 1904–1933, in: Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945, hg. von der Ärztekammer Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer, Berlin 1989, S. 157.

⁸ Charles R. Darwin, Die Entstehung der Arten oder die Erhaltung der bevorzugten Rassen im Kampfe ums Dasein, Leipzig 1859. Ders., The Descent of Man, and Selection in Relation to Sex, London 1971. In deutscher Sprache erschien diese Publikation bereits 1875 in zwei Bänden unter dem Titel: Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl. Aus dem Englischen übersetzt von J. Victor Carus, Stuttgart 1875.

Die Ausformulierung eugenischer Vorstellungen geht auf den Engländer Francis Galton zurück.⁹ Unter Auslassung völkischer Vorstellungen wurde unter Eugenik die „Lehre von allen Einflüssen, denen es möglich sei, die angeborenen Eigenschaften einer Rasse [...] zu verbessern und sie zu höchster Vollkommenheit zu entwickeln“,¹⁰ verstanden. Der Wunsch, die Fortpflanzung von Personen, die zur „Degeneration“ einer Gesellschaft beitragen, zu verhindern, war diesem Denken inhärent. In der Diskussion wurde zwischen „positiver Eugenik“, worunter sozialpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate von als „höherwertig“ betrachteten Individuen fielen, und „negativer Eugenik“, der Beseitigung schlechten Erbgutes durch Einschränkung und Verhinderung der Fortpflanzung von als „minderwertig“ definierten Bevölkerungsgruppen, unterschieden.¹¹

Besondere Bedeutung kam im Deutschen Reich dem von Ernst Haeckel¹² und Wilhelm Schallmayer¹³ vertretenen Sozialdarwinismus zu. In seiner Publikation „Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker“ (1903)¹⁴ ging es Schallmayer um den Erhalt einer nationalen Leistungsfähigkeit. Der Staat und seine Politiker sollten daher Maßnahmen entwickeln und ergreifen, die die biologische Leistungsfähigkeit eines Volkes förderten. Schallmayer formulierte ein Konzept der „positiven Eugenik“, durch das die als leistungsfähig eingeschätzten Menschen gefördert und dadurch deren Fruchtbarkeit erhöht werden sollte.

Der Arzt Alfred Ploetz (1860–1940) trug wesentlich dazu bei, dass sich die Rassenhygiene in Deutschland etablierte.¹⁵ Ploetz verstand unter dem Begriff „Rasse“ eine „durch Generationen lebende Gesamtheit von Menschen in Hinblick

⁹ Francis Galton, *Inquiries into Human Faculty and Its Development*, London 1883.

¹⁰ Gunter Mann, *Neuere Wissenschaft im Rezeptionsbereich des Darwinismus: Eugenik – Rassenhygiene*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 1 (1978), S. 101–111, hier 105f.

¹¹ Schmuhl Hans-Walter, *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung lebensunwerten Lebens 1890–1945*, Göttingen 1987, S. 53.

¹² Ernst Haeckel, *Die Welträtsel. Gemeinverständliche Studien über monistische Philosophie*, Bonn 1899.

¹³ Wilhelm Schallmayer, *Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker*, Jena 1903; Sheila F. Weiss, *Race Hygiene and National Efficiency: The Eugenics of Wilhelm Schallmayer*, Berkeley/Los Angeles 1987.

¹⁴ Wilhelm Schallmayer, *Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker*, Jena 1903.

¹⁵ Mit der Herausgabe des *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie* (1904) sowie der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene (1905) trug Ploetz wesentlich zur Institutionalisierung der Rassenhygiene im Deutschen Reich bei. Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988, S. 196–205.

auf ihre körperlichen und geistigen Eigenschaften“.¹⁶ Durch die Verbindung von „Rasse“ und „Hygiene“ hielt ein Rassebegriff Einzug in die Medizin, der suggerierte, dass eine „Rasse“ durch Therapie zu „reinigen“, ihre „Verunreinigung“ durch Prävention zu verhindern sei.¹⁷ Ziel des Handelns war nicht mehr nur auf das Wohlergehen des einzelnen Menschen bezogen, sondern der Blick wurde auf Menschengruppen und über Einzelne wie Gruppen als Träger von Erbgut hinaus auf zukünftige Generationen ausgedehnt.

Ploetz bediente sich in seinen Ausführungen unterschiedlicher Rassebegriffe, die er jedoch inhaltlich nicht eindeutig voneinander abgrenzte. Obwohl es ihm im Allgemeinen um die „Hebung des durchschnittlichen generativen Niveaus ganzer Völker“ ging und somit nicht direkt um die eugenische Förderung eines bestimmten morphologischen Typus wie beispielsweise der „arischen Rasse“, sind dennoch völkische Aspekte Inhalt seiner Überlegungen.¹⁸ Der Maßstab für die Bemessung des Wertes des Menschen innerhalb der Gesellschaft war für Ploetz „Tüchtigkeit“, worunter er kulturelle und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit verstand. Auffallend ist hier, dass kulturelle Phänomene als Rassemerkmale definiert wurden.

Ploetz' Auffassungen wurden breit rezipiert und blieben bis 1933 „Eckstein“ der eugenischen und rassenhygienischen Bewegung.¹⁹ Unterschieden wurde zwischen der Eugenik bzw. Rassenhygiene als „populationsgenetischem“ Rassebegriff und der Rassenanthropologie als „typologischem“, „morphologischem“ oder „anthropologischem“ Begriff.²⁰ Die Rassenforschung fragte auch nach einem Zusammenhang von „Rasse“ und „Lebensraum“, nach dem Einfluss des Klimas auf die Entstehung von „Rassen“, ihrer Veränderung durch „Rassenmischung“, dem Verhältnis von körperlicher Disposition und Umwelt.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Franzose Joseph Arthur de Gobineau (1816–1882)²¹ verschiedene Rassen definiert, sie in eine Hierarchie zueinander gesetzt, an deren Spitze die „Arier“ stünden, und vor Vermischung, daraus resultierender Degeneration und schließlich dem Untergang der Kulturvölker

¹⁶ Alfred Ploetz, *Die Tüchtigkeit unsrer Rasse und der Schutz der Schwachen. Versuch über Rassenhygiene und ihr Verhältnis zu den humanen Idealen, besonders zum Socialismus*, Berlin 1895, S. 2; Werner Doelcke/Alfred Ploetz (1860–1940), *Sozialdarwinist und Gesellschaftsbiologe*. Diss. med. Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main 1975.

¹⁷ Weingart, *Rasse*, S. 41

¹⁸ Ebenda, S. 91f.

¹⁹ Weiss, *Bewegung*, S. 160.

²⁰ Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986, S. 59.

²¹ Joseph Arthur de Gobineau, *Essai sur l'inégalité des races humaines*, Paris 1853.

gewarnt. Insbesondere seine Behauptung negativer Auswirkungen der Rassenmischung und seine Vorstellung von der Überlegenheit einer „arischen“ Rasse wurden in Deutschland von völkischen Kreisen rezipiert und später zu einem zentralen Moment nationalsozialistischer Politik.

Zunehmend verschmolzen in den Rassentheorien sozialdarwinistische und völkische Elemente. Der Engländer Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) entwickelte eine „rassische Prädestinationslehre“, in welcher der Arier „Angehöriger derjenigen als Rasse deklarierten Gruppe von Menschen“ war, „die aufgrund besonderer Auserwähltheit und nahezu übermenschlicher Fähigkeiten im kulturellen, moralischen und politischen Bereich über alle anderen so genannten Rassen gesetzt ist“. Chamberlains Vorstellungen von der „kulturellen Vormachtstellung“ der Germanen beinhaltete „den Kampf gegen das Judentum“ als Verpflichtung gegenüber der Welt.²²

Der französisch-russische Anthropologe Joseph Deniker (1852–1918) führte in seiner Rasseneinteilung den Begriff der *race nordique*²³ ein, worunter er den „blonden, langschädigen Typus“ verstand. In Deutschland wurde diese Vorstellung von dem Rassenhygieniker Hans F. K. Günther (1891–1968) populärwissenschaftlich verbreitet, der aus einem äußeren Erscheinungsbild, genetischen Anlagen und geistig-kulturellen „Werten“ eine „Hochwertigkeit“ der „nordischen Rasse“ ableitete und diese auf das deutsche „Volk“ bezog. In seiner Hierarchisierung stand die „nordische Rasse“ über allen anderen „Rassen“.²⁴

Rassenforschung war ein international betriebenes Forschungsfeld, das, ungeachtet nationaler Grenzziehungen, einen innerwissenschaftlichen Diskurs über Methodik und Fragestellungen beinhaltete. In der nachträglichen Bewertung kann die im Deutschen Reich seit den 1920er Jahren betriebene Anthropologie, Rassenhygiene und Eugenik sowie „menschliche Erblehre“ nicht als Pseudowissenschaft deklariert werden. Die praktizierte Forschung wurde als „normale Wissenschaft“ wahrgenommen und von der Mehrheit der internationalen wissenschaftlichen Community mit ihren Methoden und Fragestellungen anerkannt.²⁵

²² Chamberlain zit. n. Anja Lobenstein-Reichmann, Houston Stewart Chamberlain – Zur textlichen Konstruktion einer Weltauschaung. Eine sprach-, diskurs- und ideologiegeschichtliche Analyse, Berlin 2008, S. 175.

²³ Joseph Deniker, *Les races et les peuples des la terre*, 1. Aufl. Paris 1900, 2. Aufl. Paris 1926.

²⁴ Hans-Jürgen Lutzhöft, *Der nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940*, Stuttgart 1971, S. 82–99, hier S. 84.

²⁵ Benoît Massin, *Rasse und Vererbung als Beruf. Die Hauptforschungsrichtungen am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im Nationalsozialismus*, in: Schmuhl, *Rasse*, S. 190–244, 190.

RASSENHYGIENE UND LEBENSRAUMVORSTELLUNGEN

Der Erste Weltkrieg hatte dazu beigetragen, dass der „europäische Ostraum bis nach Russland hinein wieder als Expansionsgebiet erfahren“ wurde.²⁶ Dieses Sentiment hatte in der Nachkriegszeit, zumal vor dem Hintergrund des Verlusts der eben erst eroberten Kolonien, imperiale Visionen wachgehalten. So war im Deutschen Reich während der Weimarer Republik verbunden mit einem erstarkten Nationalismus eine zunehmend aggressive Haltung gegenüber dem östlichen Europa entstanden, die von breiten Teilen der Gesellschaft geteilt wurde, so auch von Wissenschaftlern. Einige von diesen machten es sich zur Aufgabe, „das durch Versailles gedemütigte Reich zu rehabilitieren und sein Selbstbewusstsein zu stärken“, wie sie es formulierten.

Das Leitbild „Volk“ als überzeitlich-organische, weder von nationalstaatlichen noch sozialen Strukturen abhängige Entität wurde zum verbindenden Moment eines breiten Spektrums nationalistisch und/oder völkisch orientierter Interessengruppen, die sich in einer Vielzahl von Verbänden organisierten. Diesen Verbänden war gemein, dass sie die nach dem vom Deutschen Reich entfesselten und verlorenen Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag festgelegten Grenzen nicht akzeptieren wollten. Vielmehr setzten sie Staatsgrenzen mit sogenannten „Volksgrenzen“ gleich. Dies bedeutete die Absage an den Nationalstaat ebenso wie an die demokratisch verfasste Weimarer Republik, verstanden sie die Demokratie doch ohnehin als Vermischung „natürlicher Schichtung“, ja sogar als „Rassenchaos“. Sie wollten des Weiteren eine Neuordnung Europas zu ihren Gunsten, denn, so Karl Christian von Loesch (1880–1951), ein führender Vertreter der Konservativen Revolution und Vordenker des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, im Jahr 1929, „im Laufe der letzten Jahre war es immer deutlicher geworden, dass es nicht möglich ist, den großdeutschen Staat zu errichten und für die auslandsdeutschen Gruppen erträgliche Verhältnisse zu schaffen, ohne dass gleichzeitig die gesamten Verhältnisse Europas neu geregelt werden. Das Kerngebiet einer solchen europäischen Neuordnung ist der Völkermischgürtel zwischen dem Ostrand des deutschen Siedlungsgebietes und dem Westrand des russischen.“²⁷ Das übergeordnete Ziel, dem sich etwa der Schutzbund seit seinem Bestehen verschrieben hatte, bestand

²⁶ Dirk van Laak, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2005, S. 103.

²⁷ Karl Christian v. Loesch/Fr. v. Unger, *Zehn Jahre Deutscher Schutzbund*, in: ders., *Zehn Jahre Deutscher Schutzbund 1919–1929*, Berlin 1929, S. 36f.

seit Ende des Ersten Weltkrieges darin, auf ein großdeutsches Reich hinzuarbeiten.

Das gezeichnete Bild vom „Volk“, idealisierend, abstrakt und nichtsdestoweniger plastisch und griffig formuliert als „Körper“ beschrieben, setzte eine einheitliche, geschichtliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes voraus, durch die die Individualität des Einzelnen nur in ihrer Bindung an den „Körper“ akzeptiert wurde. Das verbindende Element dieser Grundannahme war „Abstammung“, mit der eine naturwissenschaftliche Kategorie für die scharfe Abgrenzung bei der Frage nach der Zugehörigkeit bei der Konstruktion der Gesellschaft postuliert wurde, indem mit ihr quasi „sachlich“ über Inklusion bzw. Exklusion entschieden werden konnte. Gegenüber jüdischen Mitbürgern und Menschen aus anderen europäischen Staaten lieferte sie die Folie rassistischer Argumentation zum Ausschluss. Insofern nahmen die sich um die Jahrhundertwende entwickelnde Rassenanthropologie und Rassenhygiene eine zentrale Rolle ein, indem sie die wissenschaftliche Methodik lieferten.²⁸

Gleichzeitig konnten mit der Kategorie „Abstammung“ Ansprüche auf Gebiete außerhalb der eigenen Staatsgrenzen nun nicht mehr nur politisch, sondern durch die Verbindung von „Blut und Boden“ gleichsam naturwissenschaftlich attestiert erhoben werden,²⁹ wofür Historiker oder Archäologen dann nur ein paar Scherben oder Knochen ausgraben und nach volkskundlicher und „rassistischer“ Begutachtung für „deutsch“ erklären mussten.³⁰

Im Kontext der nach dem Ersten Weltkrieg aufgebrochenen revolutionären und sozialen Spannungen und in Ablehnung der demokratisch verfassten Wei-

²⁸ Zu den Zielen des Deutschen Schutzbundes und seinem bevölkerungspolitischen Engagement vgl. Schleiermacher, *Sozialethik*, S. 48–57.

²⁹ Mit diesen Begriffen sollte die Bindung des deutschen Volkes, insbesondere des Bauerntums, an einen spezifischen geografischen Raum apostrophiert werden. Dieses Begriffspaar war zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie, wie sie u. a. auch vom Reichsbauernführer Walter Darré formuliert worden war. Walter Darré, *Neuadel aus Blut und Boden*, München 1930.

³⁰ Vgl. u. a. Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus: Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2002; Michael Wedekind, *Kulturkommission des SS-„Ahnenerbes“ beim Deutschen Umsiedlungsbevollmächtigten für die Provinz Laibach*, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.), unter Mitarbeit von Matthias Berg, *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, München 2008, S. 353–367. Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften von 1931–1945*, Baden-Baden 1999; Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993; Michael Kater, *Das „Ahnenerbe“ der SS: 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*, 4. Aufl., München 2006.

marer Republik sollten mit dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ die sozialen Gegensätze in der deutschen Gesellschaft ideologisch annulliert und ein Gegenmodell zur säkularen, auf Gleichheit und Partizipation beruhenden Gesellschaftsordnung aufrechterhalten werden, das soziale Antagonismen und die Forderung nach Teilhabe als Klientelinteressen desavouierte. So wurde die Vision von der Erschließung und Revitalisierung des deutschen Volkstums als Antidotum gepriesen und als Antidepressivum verabreicht.

Die Lebensraumideologie wurde grundlegend für die nationalsozialistische Außen- und Osteuropapolitik. Der bereits 1901 von dem Geografen Friedrich Ratzel eingeführte Begriff „Lebensraum“ entwickelte sich zu einem populärwissenschaftlichen Schlagwort, mit dessen Hilfe die imperiale Politik der Nationalsozialisten wissenschaftlich begründet werden sollte.³¹ Dabei wurde an die von Ratzel formulierte Vorstellung angeknüpft, dass das „Volk“ als eine ethnisch homogene Gemeinschaft an einen bestimmten geografischen Raum gebunden ist.³²

Die Lebensraumvorstellung war auf Europa, insbesondere auf die mit dem Versailler Vertrag abgetretenen deutschen Gebiete bezogen und implizierte eine rassistisch sozialdarwinistische Politik, die mit Gebietsforderungen verbunden war. Hinter der Lebensraumideologie, verbunden mit der von Hans Grimm formulierten Idee vom „Volk ohne Raum“, verbarg sich der Wunsch nach ökonomischer Autarkie.³³ Die aggressive Rhetorik vom „Volk ohne Raum“ gehörte unabhängig von der Frage, ob sie durch Tatsachen gestützt werden konnte, zum Kernbestand nationalsozialistischer Ideologie und war einseitig auf das deutsche Volk bezogen. So wurden genetische, sozial- und kulturwissenschaftliche Faktoren herangezogen, um eine physische und geistige Überlegenheit gegenüber so klassifizierten „minderwertigen Rassen“, wie etwa als solche bezeichneten „Slawen“ oder „Juden“, zu postulieren. Diese Ideologien stellten später den Begründungszusammenhang für die NS-Siedlungspolitik her, die sich die Aufgabe gestellt hatte, „Raum für die ‚Neubildung deutschen Bauerntums‘ zu gewinnen

³¹ Friedrich Ratzel, *Der Lebensraum. Eine biogeographische Studie*; Stuttgart 1901.

³² Friedrich Ratzel, *Geschichte, Völkerkunde und historische Perspektive*, in: *Historische Zeitschrift*, 1904, 93, S. 1–46.

³³ Den 1926 von Hans Grimm publizierten Roman bezeichnete Kurt Tucholsky als „Bibel des Volkstums“. In diesem Roman, der zur Pflichtlektüre in deutschen Schulen avancierte, wurde die Bedeutung des Bauerntums hervorgehoben, waren Rassismus mit Antisemitismus und geopolitischen Forderungen miteinander verbunden. Hans Grimm, *Volk ohne Raum*. München 1926. Buchnotiz Martin Wellmann 2003, verfügbar unter: <http://www.polunbi.de/bibliothek/1926-grimm-volk.html> [14.2.2014].

und damit einen Bereich für die Entwicklung und Bewahrung einer ‚deutschen Kultur‘.³⁴

RASSENFORSCHUNG UND BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFT

Obwohl sich bereits in der Weimarer Republik führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der Sozial- und Rassenhygiene, Statistik, Siedlungs-, Agrar- und Kulturpolitik mit „theoretischen und praktischen Bevölkerungsfragen“, Siedlungspolitik sowie „Bevölkerungsentwicklung“ im Deutschen Reich wie auch in den grenz- und auslandsdeutschen Gebieten beschäftigt hatten,³⁵ wurden Bevölkerungspolitik und Rassenfragen erst während des Nationalsozialismus politisch massiv aufgewertet. Rassenhygiene, Bevölkerungsstatistik und die sozialwissenschaftliche Erforschung der Bevölkerungsstruktur sind in den weiteren Kontext der sich in diesen Jahren etablierenden Volkstumsforschung einzuordnen, in der „das ‚bodenfeste‘ Volkstum deutscher Herkunft jenseits der Reichsgrenzen als Gestalter seiner jeweiligen Heimat und Bewahrer ererbter Traditionen und Werte“ beschrieben wurde, um damit zu dokumentieren, dass es sich hierbei um einen Teil des gesamten deutschen „Volkskörpers“ handle.³⁶ In dieser soziografischen Forschung kam der Statistik eine bedeutende Rolle zu: „Quantifizierbare Aussagen über die ethnische Zusammensetzung der Population in einzelnen Gebieten“ sollten Rückschlüsse auf die nationale Zugehörigkeit der in diesen Gebieten lebenden Menschen zulassen.³⁷ Sie war „ein wichtiges Erkenntnismittel im Kampf der Völker“ und hatte die Funktion, „Bestand und Bewegung der Kräfte der Völker an Menschen und Gütern zu messen“.³⁸

Die Bevölkerungswissenschaft versuchte als zunächst deskriptive Disziplin, die verschiedensten Daten zur Zusammensetzung oder Veränderung einer definierten Bevölkerung in einem spezifischen Kontext zu erheben und zu interpretieren.

³⁴ Mechtild Rössler, „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Berlin 1990, S. 47; Willi Oberkrome, Ordnung und Autarkie. Die Geschichte der deutschen Landbauforschung, Agrarökonomie und ländlichen Sozialwissenschaft im Spiegel von Forschungsdienst und DFG (1920–1970), Stuttgart 2009, S. 65–75, 196–225.

³⁵ Vgl. Hans Harmsen, 15 Jahre bevölkerungspolitische Arbeit (Manuskript). Mitgliederliste des Ausschusses, Bundesarchiv Koblenz Nachlass 1336 (Harmsen)/129.

³⁶ Oberkrome, Volksgeschichte, S. 27.

³⁷ Ebenda, S. 27.

³⁸ Wilhelm Winkler, Die Bedeutung der Statistik für den Schutz der nationalen Minderheiten, Berlin 1923, S. 691.

Rassenforschung wurde bewusst als angewandte Wissenschaft verstanden. So wirkten Forscher als Experten im Sinne wissenschaftlicher Politikberatung. In dieser Funktion schufen sie eine Legitimation für die nationalsozialistische Bevölkerungs- und Rassenpolitik, die Selektion, Umsiedlung und Vernichtung großer Teile der Bevölkerung Osteuropas beinhalteten. So dominierte vor 1945 entgegen den Selbstdarstellungen vieler Wissenschaftler in der Nachkriegszeit keineswegs eine apolitische Wissenschaft. Im Gegenteil, gerade im Bereich der Rassenhygiene, Anthropologie und Bevölkerungswissenschaft suchten viele Wissenschaftler die Nähe zu politischen Institutionen und Funktionsträgern oder übernahmen gleich selbst diese Ämter. Sie können nicht als „Verführte“ betrachtet werden, vielmehr waren sie Wissenschaftler, die bewusst ihre wissenschaftlichen und Karriereinteressen verfolgten und danach strebten, politische Ziele umzusetzen. So sind ihre Forschungsarbeiten etwa in den Kontext des „Generalplan Ost“ einzuordnen, der für Vertreibung und Vernichtung sowie eine enge Verzahnung von Wissenschaft und Politik steht.³⁹

WISSENSCHAFT IM DIENSTE NATIONALSOZIALISTISCHER POLITIK

Die Anthropologen Egon Freiherr v. Eickstedt (1892–1965) und Otto Carl Reche (1879–1966) sowie der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer (1890–1967) können als Beispiele dafür dienen, wie Hochschullehrer, die in Kaiserreich und Weimarer Republik ihre wissenschaftliche Ausbildung erhalten und ihre Karriere begonnen hatten, nach der nationalsozialistischen Machteroberung aus eigener Motivation ihre wissenschaftliche Expertise in die Formulierung der nationalsozialistischen Rassen- und Bevölkerungspolitik einbrachten und so die Ziele des nationalsozialistischen Staates mittrugen. Alle drei Protagonisten gehörten der völkischen Bewegung an, die von starkem Nationalbewusstsein, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und imperialistischen Anschauungen geprägt war, oder sympathisierten mit ihr.

Gleichzeitig mit ihrer Karriere entwickelten sich seit der Jahrhundertwende Rassenanthropologie und Eugenik/Rassenhygiene, also genau ihr Forschungsfeld, auf nationaler und internationaler Ebene zu Trendwissenschaften, sodass von Pseudowissenschaft in keinem Fall gesprochen werden kann. Das wenig ela-

³⁹ Vgl. hierzu die Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Generalplan Ost. Isabel Heinemann/Willi Oberkrome/Sabine Schleiermacher/Patrick Wagner, *Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten*. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bonn 2006; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Schmuhl, *Rasse*, S. 31f.

borierte Themenfeld „Rassenforschung“ eröffnete ihnen ein weites Forschungsfeld, auf dem sie methodisch vielfältig und interdisziplinär arbeiteten. Das Forschungsspektrum beinhaltete genealogische Studien, rassenmorphologisch-erbbiologische Untersuchungen, Blutgruppenforschung, aber auch Fragen zur statistischen Erfassung deutschen „Volkstums“.⁴⁰ Jeweils in ihren Bereichen entwickelten sie als Anthropologen und/oder Erbbiologen wie auch Bevölkerungsstatistiker Methoden, um vermeintlich „schlechte“ Anlagen beim Menschen definieren, erfassen und aussondern zu können. Darüber hinaus behaupteten jene Wissenschaftler einen Zusammenhang von „Rasse“ und „Lebensraum“. Eine präzise und einheitliche Definition von „Rasse“ blieben sie allerdings schuldig. Im Nationalsozialismus avancierten ihre Forschungsarbeiten zu Leitwissenschaften.

Egon Freiherr v. Eickstedt erweiterte rassenmorphologische Untersuchungen um Lebensraumvorstellungen und kulturelle („seelische“) Annahmen.⁴¹ In diesen Kontext gehört auch eine von v. Eickstedt geleitete Untersuchung, in der er zwischen 1934 und 1944 in Schlesien 70 000 Personen erfassen und rassenanthropologisch untersuchen ließ.⁴² Diese Forschungsarbeiten waren in flächendeckende Rassenuntersuchungen zum Nachweis einer „blutsmäßige[n] Verbundenheit des östlichen Volksteils mit dem deutschen Gesamtvolk“ eingebunden, um Herrschafts- und

⁴⁰ Zur Bedeutung der Bevölkerungswissenschaft im Dritten Reich und ihrer inhaltlichen Zielsetzung vgl. Carsten Klingemann, Konzeption und Praxis sozialwissenschaftlicher Bevölkerungswissenschaft in ihren Beziehungen zu Raumforschung und Geopolitik im Dritten Reich, in: Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2006, S. 221–249.

⁴¹ Egon Freiherr von Eickstedt war Anthropologe und Rassentheoretiker. Er studierte in Berlin und Frankfurt am Main Anthropologie, Medizin, Philosophie, Psychologie, Völkerkunde, Geografie, Geschichte und Sprachwissenschaften. 1921 war er Assistent am Geographischen Institut der Universität Freiburg, ab 1922 Assistent im Institut für Anatomie bei Eugen Fischer, ebenfalls Universität Freiburg. 1928 wurde er als Dozent für Anthropologie und Ethnologie nach Breslau berufen und 1933 mit Fürsprache des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte sowie der Gesellschaft für Physische Anthropologie im Rahmen des Ostprogramms der Philosophischen Fakultät zum außerordentlichen Professor und Direktor des Ethnologischen Instituts ernannt. Seinem Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP wurde vonseiten der Partei aufgrund persönlicher Konflikte nicht entsprochen. Zu den Forschungsgebieten v. Eickstedts gehörten Rassen- und Volkskörperuntersuchungen in Schlesien. Das von ihm geleitete anthropologische Institut erstellte für die Reichsstelle für Sippenforschung erb- und rassenkundliche Gutachten. Dirk Preuß, Egon Freiherr von Eickstedt, in: *Handbuch der völkischen Wissenschaft*, München 2008, S. 156–160; Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main 2003, S. 130f.

⁴² Egon v. Eickstedt, *Anthropologische Erhebungen in Schlesien*, in: *Deutscher Wissenschaftsdienst. Jahresbericht 1934*, Berlin 1935, S. 39, zit. n. Preuß, Egon Freiherr von Eickstedt, S. 158.

Besitzansprüche in Osteuropa formulieren zu können. Die Tätigkeit v. Eickstedts war von besonderer politischer Brisanz, da 1922 durch das Deutsch-Polnische Abkommen über Ostoberschlesien (Genfer Abkommen) Ostoberschlesien Polen zugesprochen wurde. Deutsche wie auch polnische Anthropologen bemühten sich um eine „rassische“ Einordnung der in den Grenzgebieten lebenden Menschen, um auf dieser Grundlage Gebietsansprüche begründen bzw. fordern zu können.⁴³

Der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer⁴⁴ proklamierte in pessimistischer Sicht bereits in der Weimarer Republik wegen zu niedriger Geburtenziffern eine Überalterung, eine „Verpöbelung des Volkes“ sowie eine „Unterwanderung Deutschlands“ durch „volksfremde Elemente“ und schließlich das Aussterben der deutschen Bevölkerung.⁴⁵ In seiner soziografischen Forschung kam der Statistik eine bedeutende Rolle zu: „Quantifizierbare Aussagen über die ethnische Zusammensetzung der Population in einzelnen Gebieten“ sollten Rückschlüsse auf die nationale Zugehörigkeit der in diesen Gebieten lebenden

⁴³ Katja Geisenhainer, „Rasse ist Schicksal“. Otto Carl Reche (1879–1966) – ein Leben als Anthropologe und Völkerkundler, Leipzig 2002, S. 325. Auf polnischer Seite befasste sich der Anthropologe Jan Czekanowski mit dieser Fragestellung. Ebenda, S. 329–333.

⁴⁴ Burgdörfer war Bevölkerungsstatistiker und von 1907 bis 1919 im Königlichen Bayerischen Statistischen Bureau tätig. In dieser Funktion erstellte er Statistiken u. a. für die Bereiche Bevölkerung, Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Wohnung und Finanzen. 1914 meldete er sich freiwillig zum Heeresdienst, wurde bereits Ende 1914 verwundet, beendete während des Lazarettaufenthalts sein vor dem Krieg begonnenes Studium und wurde 1916 promoviert. 1921 wurde Burgdörfer zum Regierungsrat im Statistischen Reichsamt in Berlin berufen und war dort ab 1925 Generalreferent für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Von 1929 bis 1939 war er Direktor der Abteilung IV für Bevölkerungs-, Betriebs-, Landwirtschafts- und Kulturstatistik und wurde 1939 Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes. 1940 erstellte er als Referent des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP in Zusammenhang mit dem Madagaskar-Projekt des Reichssicherheitshauptamtes ein Gutachten „zur Frage der Umsiedlung von Juden“. Burgdörfer engagierte sich in der Grenz- und Auslandsdeutschen Bewegung und gehörte ab 1926 dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss des Deutschen Schutzbundes an. 1933 war er Mitglied des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik beim Reichsministerium des Inneren, 1937 trat er der NSDAP bei. Burgdörfer wurde 1937 zum Honorarprofessor an der Universität Berlin und 1939 zum Honorarprofessor für Statistik und Bevölkerungspolitik an der Universität München ernannt. Thomas Bryant, Friedrich Burgdörfer, in: Haar/Fahlbusch, Handbuch, S. 85–88; ders., Friedrich Burgdörfer (1890–1967). Eine diskursbiographische Studie zur deutschen Demographie im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2010; Florence Vienne, „Volk ohne Jugend“ de Friedrich Burgdörfer. Histoire d’un objet du savoir des années vingt à la fin de la Seconde Guerre mondiale, Phil. Diss., Paris 2000; Schleiermacher, Sozialethik, S. 64.

⁴⁵ Friedrich Burgdörfer, Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung. Die Lebensfrage des deutschen Volkes, Berlin 1929, S. 117–170.

Menschen zulassen.⁴⁶ In diesem Bereich sind die bevölkerungsstatistischen Arbeiten Burgdörfers, denen im In- wie auch Ausland große Bedeutung zugemessen wurde, anzusiedeln. Sie waren nicht nur auf die quantitative wie qualitative Bevölkerungsentwicklung im Deutschen Reich selbst, sondern auch auf die sogenannten grenz- und auslandsdeutschen Gebiete bezogen. Burgdörfer war der Ansicht, dass es „von dem Gelingen der Siedlungsbestrebungen“ an den „Rändern“ des deutschen „Siedlungsbodens und in den östlichen Sprachinseln“ abhinge, „ob das deutsche Volk sich gegenüber der nachdrängenden Flut der Slaven auf die Dauer wird behaupten können“.⁴⁷ „Das Heer der fremdstämmigen Wanderarbeiter, das alljährlich nach Deutschland hereinströmt, bildet gewissermaßen den feindlichen Vortrupp im Kampf um den deutschen Volksboden. Der eigentliche Kampf spielt sich aber in den Grenzgebieten des deutschen Volkstums ab, d. h. nicht an den politischen Grenzen – denn diese gehen ja fast auf allen Seiten mitten durch deutsches Sprachgebiet, so dass diesseits und jenseits der politischen Grenzpfähle Deutsche wohnen –, sondern dort, wo der von Deutschen bewohnte Raum an den von andern Völkern, andern Rassen besiedelten Raum angrenzt.“⁴⁸

Der Bevölkerungsstatistiker zählte nicht nur, er entwickelte auch Kriterien zur Definition und Identifikation von Bevölkerungsgruppen und stellte diese zur Verfügung, wobei er hier von dem Konstrukt eines rassistisch homogenen Volkskörpers ausging. Burgdörfers Publikation „Volk ohne Jugend“ und sein Gutachten „Zur Frage der Umsiedlung der Juden“, das er auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung von 1939 erstellte, sind zwei Seiten eines bevölkerungswissenschaftlichen Ansatzes, dem Selektion und Verfolgung inhärent waren.⁴⁹ Durch seine statistischen Arbeiten untermauerte er das Konstrukt von einer „jüdischen Rasse“, um dieses mit der These der „Vernichtung“ des „arischen Volkes“ durch das „jüdische“ zu verbinden.⁵⁰

⁴⁶ Willi Oberkrome, *Volks Geschichte. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd.10, Göttingen 1993, S. 27.

⁴⁷ Burgdörfer, *Geburtenrückgang*, S. 152, 164.

⁴⁸ Ebenda, S. 152.

⁴⁹ Friedrich Burgdörfer, *Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. Ein Problem der Volkswirtschaft – der Sozialpolitik der nationalen Zukunft*, Berlin 1932; Florence Vienne, *Die „Lösung der Bevölkerungsfrage“ im Nationalsozialismus*. Richard Korherr und Friedrich Burgdörfers Beiträge zur Vernichtung der Juden in der Geschichte der Bevölkerungswissenschaft, in: Rainer Mackensen (Hg.), *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“*, Opladen 2004, S. 151–164. Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main 1993, S. 263f., 464.

⁵⁰ Friedrich Burgdörfer, *Die Juden in Deutschland und in der Welt. Ein statistischer Beitrag zur*

Der Anthropologe Otto Carl Reche hatte ein Rassekonzept entworfen, in dem physiognomische Eigenheiten, psychische Charakteristika und physische Leistungsfähigkeit miteinander verbunden waren.⁵¹ Sein im Kaiserreich auf „Südsee-Bewohner“ bezogenes anthropologisches Interesse richtete er nach dem Ersten Weltkrieg, angesichts mangelnder kolonialer Forschungsgebiete, auf die europäische und deutsche Bevölkerung.⁵²

V. Eickstedt und Reche strebten danach, ihre Forschungsergebnisse in die Ostpolitik des Regimes einfließen zu lassen.⁵³ Ungefragt und auf eigene Initiative boten sie sich als Experten für den „Osten“ an. Seit Ende des Ersten Weltkriegs hatte Reche, der ausgeprägte Ressentiments gegenüber slawischen Bevölkerungsgruppen hegte, anthropologische Untersuchungen im „Grenzland“ (Lausitz, Oberschlesien, Vogtland und Erzgebirge) durchgeführt und sah jetzt seine Zeit gekommen, sich von „rassenkundlicher Seite“ an der Lösung der „Probleme der Raumgewinnung nach Osten und der Ostlandsiedelung“ zu beteiligen.⁵⁴ Denn, so Reche in einem Brief an Albert Brackmann, dem Leiter der

biologischen, beruflichen und sozialen Struktur des Judentums in Deutschland, in: *Forschungen zur Judenfrage*, 1938, 3, S. 152–198.

⁵¹ Reche, der in Jena und Breslau Paläontologie, Geologie, Frühgeschichte und Zoologie studiert hatte, war 1904 in Zoologie promoviert worden. 1906 war er im Königlichen Museum für Völkerkunde in Berlin und von 1906 bis 1924 im Hamburger Museum für Völkerkunde tätig. 1918 wurde er in Hamburg zum Professor ernannt, 1924 folgte er einem Ruf nach Wien und übernahm dort die Leitung des Anthropologisch-Ethnographischen Instituts der Universität. 1927 ging er nach Leipzig und wurde dort zum Professor für Völkerkunde und Anthropologie sowie zum Direktor des gleichnamigen Instituts der Universität ernannt. Reche war 1925 Gründer und Vorstandsmitglied der Wiener Gesellschaft für Rassenpflege (Rassenhygiene) und 1932 der Ortsgruppe Leipzig der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene (Eugenik) sowie Vorsitzender der Gesellschaft für Physische Anthropologie (1934–1936). Er war Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Blutgruppenforschung (1926), Hauptschriftleiter der Zeitschrift *Volk und Rasse* (1927–1933), Herausgeber der *Zeitschrift für Rassenphysiologie* (ab 1928) und gehörte als Fachvertreter für Rassenkunde dem Beirat der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft an. Reche, der 1937 der NSDAP beitrug, ist national-völkischen Kreisen zuzurechnen. So war er Mitglied des Alldeutschen Verbandes, der Einwohnerwehr Brigade Ehrhardt, der Deutschnationalen Volkspartei, dem Bund Wiking, der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung, dem Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund und zahlreicher anderer Gruppierungen, die sich völkischen Ideen verpflichtet fühlten. Katja Geisenhainer, Otto Carl Reche, in: Haar/Fahlbusch, Handbuch, S. 511–514. Klee, Personenlexikon, S. 583.

⁵² Katja Geisenhainer, „Rasse ist Schicksal“.

⁵³ Andreas Lüddecke, Rassen, Schädel und Gelehrte. Zur politischen Funktionalität der anthropologischen Forschung und Lehre in der Tradition Egon von Eickstedts, Frankfurt am Main 2000, S. 71.

⁵⁴ Reche an Brackmann 19.9.1939. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R153/288 zit. n. Geisenhainer, Rasse, S. 348.

Publikationsstelle für alle Ostforschungsangelegenheiten in Berlin-Dahlem, drei Wochen nach Kriegsbeginn im September 1939: „[W]ir wollen ja im Osten kein deutsches Volk der Zukunft aufbauen, das schließlich nur ein sprachlich einge-deutschtes Rassengemisch mit stark asiatischen Einschlägen und einem polnischen Charakter wäre! Das wäre dann kein deutsches Volk, kein Eckstein einer deutschen Zukunft!“⁵⁵ Reche, der sich intensiv um die Mitarbeit bei der „Umvolkung“ in den besetzten polnischen Gebieten bemühte,⁵⁶ legte Ende September 1939 einer SS-Dienststelle aus eigener „akademischer Beflissenheit“ „Leitsätze zur bevölkerungspolitischen Sicherung des deutschen Ostens“ vor.⁵⁷ In ihnen forderte er einen „geschlossenen Siedlungsraum“ für ein „größeres deutsches Volk der Zukunft“ in Europa. Er stellte einen phänomenologischen und soziokulturellen Begründungszusammenhang her, der spätere Deportationen und Vernichtung begründen half. Nach seinen Vorstellungen sollte der osteuropäische Raum nur „von deutschen Menschen“ bewohnt, also von „allen Fremdvölkischen leer [sic] gemacht werden“. Die von ihm als „rassisch minderwertig“ eingeschätzten Menschen bargen nach seiner Auffassung die Gefahr einer „Bastardisierung“ und stellten somit eine Gefahr für die „Volkskraft“ und die „Kulturfähigkeit“ des deutschen Volkes dar. Siedlung dürfe nur unter rassenhygienischen Gesichtspunkten erfolgen. Die „rassische Brauchbarkeit“ einzelner Volksgruppen könne „nur vom Fachrassenkundler entschieden werden“.

Insgesamt trugen die hier genannten Wissenschaftler dazu bei, die Vorstellung, dass nicht nur die physische, sondern auch die soziale Verschiedenheit von Menschen biologisch sei, im Alltagsbewusstsein zu verankern.

Die deutsche Rassenforschung der 1930er Jahre war international anerkannt.⁵⁸ Ihr Spezifikum waren die Verbindung von Vererbungsforschung und Rassenforschung, die politischen Positionierungen ihrer Protagonisten sowie die Formen ihrer Umsetzung in konkrete Politik und weniger ihre wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisse.⁵⁹ Ihre Konstruktion von Rasse, Volk und der Verbindung von Volk und Raum dienten als Legitimation für territoriale Ansprüche.

⁵⁵ Ebenda, S. 349.

⁵⁶ Geisenhainer, Reche, S. 514.

⁵⁷ Otto Carl Reche, Leitsätze zur bevölkerungspolitischen Sicherung des deutschen Ostens. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R 153/288 ohne Paginierung. Das Dokument ist abgedruckt in: Rössler/Schleiermacher, „Generalplan Ost“, S. 351–355. Michael Burleigh, Die Stunde der Experten, in: Rössler/Schleiermacher, „Generalplan Ost“, S. 346–350.

⁵⁸ Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Rasse, S. 33f.

⁵⁹ Weingart/Kroll/Bayertz, Rasse, S. 603f. Hier geht es um den Vergleich mit angelsächsischen Positionen.

MICHAEL SCHWARTZ

„Denn sie können nicht mehr friedlich
zusammenleben“. Zur Genealogie moderner Politik
ethnischer „Säuberung“

I

Dass ethnische „Säuberungen“ ein Projekt der westlichen Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts sind und keine *Conditio humana* der gesamten Menschheitsgeschichte, scheint trotz gewisser Analogien zu antiken Deportationsmustern heute weitgehend unstrittig. Anders verhält es sich mit der Frage, ob diese moderne Politik ethnischer „Säuberung“ als ein primär europäisches Phänomen oder als eine grundlegend globalgeschichtliche Erscheinung zu verstehen ist. Dementsprechend gibt es konträre Ansichten über den Zusammenhang zwischen der kolonialen Gewaltausübung des europäischen Imperialismus und den ethnischen „Säuberungen“ innerhalb Europas während des 19. und 20. Jahrhunderts. Der US-Historiker Benjamin Lieberman räumt zwar ein, dass die Hochphase westeuropäischer Kolonialexpansion rassistische Denk- und Handlungsmuster gefördert habe, die auch in Europa selbst negative Wirkungen gezeitigt hätten, beharrt jedoch darauf, dass im 20. Jahrhundert mit Ausnahme Deutschlands die europäischen Kolonialmächte bei ethnischen „Säuberungen“ in Europa keine Rolle ge-

spielt hätten. Aus diesem Grund betrachtet er das Phänomen ethnischer „Säuberung“ in Europa und Kleinasien letztlich als „homegrown“.¹ Diese Negation der Wechselwirkung zwischen ethnischen „Säuberungen“ in kolonialen Peripherien und im europäischen Zentrum erscheint nicht nur deshalb fragwürdig, weil sie die Rolle Großbritanniens bei entscheidenden ethnischen „Säuberungen“ innerhalb Europas – man denke an Lausanne 1923 oder an Potsdam 1945 – völlig außer Acht lässt.

Auch manches von Lieberman bemühte Beispiel lässt sich nicht nur immanent erklären: So ist die Eskalation des kurdischen Minderheitenproblems in der Türkei der 1920er Jahre nicht nur auf das vorherige gewaltsame Verschwinden der meisten Armenier und Griechen zurückzuführen.² Externe Einflüsse kommen hinzu: Als der türkische Außenminister Rüstü Bey 1927 angesichts kurdischer Aufstände ankündigte, man wolle die Kurden aus Anatolien vertreiben, wie man Griechen und Armenier vertrieben habe, verglich Atatürks Gefolgsmann die Kurden ausdrücklich mit den nordamerikanischen Indianern: Die Kurden seien wie diese unvermeidlich dem Untergang geweiht. Sie müssten eine defekte Mentalität haben, die ihnen eine Anpassung an die moderne Welt unmöglich mache.³ Ebenso hatten im 19. Jahrhundert US-Politiker über die Indianer schwadroniert – und Europäer über die Türken. Türkische „Indianerpolitik“ gegen Kurden war somit alles andere als „homegrown“; sie war vielmehr Resultat eines Kulturtransfers moderner ethnischer Gewaltpolitik.

Gleichwohl beschränken etliche Historiker – beispielgebend Norman Naimark – die „moderne“ Form ethnischer „Säuberung“ nicht nur gezielt auf das 20. Jahrhundert, sondern betonen auch deren besondere Europäizität. Immerhin zeigt sich Naimark im Unterschied zu Lieberman von der Verflechtung, dem Entwicklungszusammenhang diverser Einzelphänomene überzeugt: „Diese Vorgänge wurzeln in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts als Ganzer, nicht bloß in lokalen Umständen.“ Zwischen den diversen ethnischen „Säuberungen“ im Europa des 20. Jahrhunderts gebe es Wechselwirkungen. Bei alledem ist Naimark seine geografische Engführung auf Europa nur möglich, weil er einen über Europa weit hinausgreifenden Europabegriff verwendet – „einschließlich der Geschichte der Sowjetunion, des Osmanischen Reiches und der Türkei“. Innerhalb dieser eurasischen Großregion sind für Naimark alle „Hauptfälle

¹ Benjamin Lieberman, *Terrible Fate. Ethnic Cleansing in the Making of Modern Europe*, Chicago 2006, S. XV.

² Ebenda, S. 108.

³ Philip Mansel, *Constantinople. City of the World's Desire 1453–1924*, London 1995, S. 421.

ethnischer Säuberung“ zwischen 1900 und 2000 zu verorten – die osmanische Armenier- und Griechenverfolgung, die „Judenverfolgung im Dritten Reich“, die sowjetischen Deportationen, die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa, schließlich die ethnischen Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien.⁴

Ähnlich unscharf bleibt Philipp Ther, der Naimarks restriktives Muster (Europa im 20. Jahrhundert) übernimmt, zugleich aber auf die „lange Vorgeschichte“ ethnischer „Säuberungen“ im 19. Jahrhundert zu sprechen kommt und mit Indien und Palästina „mehrere außereuropäische Regionen“ mit massiven ethnischen „Säuberungen“ behandelt, die „offensichtlich über die europäische Geschichte hinaus[weisen]“. Dabei kommt Ther zuweilen einem globalgeschichtlichen Ansatz ethnischer „Säuberung“ in der Moderne recht nahe, etwa wenn er betont, seine Fokussierung auf „Europa“ meine weniger den geografischen Raum als einen „akteurszentrierten Ansatz“, denn für die „Säuberungen“ in Indien und Palästina spielten der europäische Kolonialismus wie auch „die ursprünglich europäische Nationalstaatsidee“ eine „zentrale Rolle“.⁵ Das trifft die Sache einerseits, unterschätzt jedoch andererseits die Eigendynamik und das Gewicht endogener Akteure in der außereuropäischen Welt, wie wir sie nicht nur in Indien/Pakistan und in Israel/Palästina, sondern auch in der Türkei schon lange vor 1947/48 beobachten können.

So sehr man Naimarks These von den Wechselwirkungen ethnischer „Säuberungen“ auch folgen mag, so wenig lässt sich die Genese solcher „Säuberungs“-Politik zeitlich auf das 20. Jahrhundert oder räumlich auf Europa beschränken. Hier ist Andrew Bell-Fialkoff mit seiner mehrere Jahrhunderte weiter zurückgreifenden und räumlich auf die „alte Welt“ genannte Großregion aus Europa, Kleinasien und Mesopotamien konzentrierten Definition sehr viel exakter – und mit der Einbeziehung außereuropäischer kolonialer „Säuberungen“ vollständiger als Naimark oder Ther.⁶ Darüber hinaus kulminierten die von Naimark aufgelisteten kontextuellen Bedingungen für ethnische „Säuberung“ – moderner Nationalismus, durchdringende Staatlichkeit sowie moderne Wissenschaft und Technik – zwar im 20. Jahrhundert, weisen jedoch sämtlich eine lange Vorgeschichte im 19. Jahrhundert auf.

⁴ Norman M. Naimark, *Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004, S. 21.

⁵ Philipp Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa*, Göttingen 2011, S. 7–21, insb. S. 16, 20.

⁶ Andrew Bell-Fialkoff, *Ethnic Cleansing*, Houndmills/London 1996, S. 51–54.

Das gilt auch für die Anfänge moderner ethnischer „Säuberung“ selbst. Während Naimark diese Politik mit dem Genozid an den Armeniern von 1915 beginnen lässt, erscheinen Ther die Balkankriege von 1912/13 als „eigentlicher Auftakt“, obgleich er einräumen muss, dass sich die sehr viel frühere massenhafte „Flucht und Vertreibung von etwa zwei Millionen Muslimen aus Südosteuropa infolge der Kriege von 1876 bis 1878 nicht überzeugend von modernen ethnischen Säuberungen abgrenzen“ lassen.⁷ Dementsprechend hat Donald Bloxham sein „langes 20. Jahrhundert“ der Zwangsmigrationen mit diesen Balkan-Vertreibungen ab 1875 angesetzt⁸ – was aber immer noch zu kurz greift. Die italienischen Historiker Antonio Ferrara und Niccolò Pianciola haben die wiederum verkürzend als europäisch betrachtete – in Wahrheit ebenfalls eurasische – „Ära der Zwangsmigrationen“ auf das Jahrhundert zwischen 1853 und 1953 datiert und folglich mit dem Krimkrieg und den dadurch motivierten Vertreibungen und Deportationen eines Teiles der muslimischen Bevölkerung der Krim und im Kaukasus seitens Russlands beginnen lassen.⁹ Dabei beziehen sie sich auf ähnliche Vorgänge der Jahrzehnte zwischen 1804 und 1830, die bereits in Serbien, Griechenland, der Moldau und der Walachei (Rumänien) sowie im Kaukasus diese Politik moderner Zwangsmigration begründeten,¹⁰ sodass ihr zeitlicher Rahmen eigentlich vorverlegt werden müsste. Zwar ist in diesem Zusammenhang Thers Beobachtung zuzustimmen, dass das 1923 geschlossene Abkommen von Lausanne „erstmalig die flächendeckende ethnische Säuberung zweier Staaten, der Türkei und Griechenlands, mit sich“ brachte.¹¹ Zugleich muss man jedoch sehen, dass die erste ethnoreligiöse „Säuberung“ eines ganzen Staates bereits ein volles Jahrhundert zuvor erfolgte, und zwar im um seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich kämpfenden und daher die türkisch-muslimische Bevölkerungsminderheit massakrierenden oder vertreibenden Griechenland der Jahre 1821 bis 1830, worauf neben dem Verfasser jüngst auch Davide Rodogno hingewiesen hat.¹²

⁷ Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 17f.

⁸ Donald Bloxham, *The Great Unweaving: The Removal of Peoples in Europe, 1875–1949*, in: Richard Bessel/Claudia B. Haake (Hg.), *Removing Peoples. Forced Removal in the Modern World*, London 2009, S. 167–207, insb. S. 169, 196.

⁹ Antonio Ferrara/Niccolò Pianciola, *L'Età delle Migrazioni Forzate. Esodi e deportazioni in Europa 1853–1953*, Bologna 2012, S. 14f.

¹⁰ Ebenda, S. 40–42, 54–57.

¹¹ Ther, *Die dunkle Seite der Nationalstaaten*, S. 18.

¹² Michael Schwartz, *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2013; Davide Rodogno, *Against Massacre. Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire 1815–1914*, Princeton/Woodstock 2012, S. 63–90.

Nötig ist folglich eine globalgeschichtliche Perspektive ethnischer „Säuberungen“ im 19. und 20. Jahrhundert. Eine solche wird sich nicht allein auf die Wechselwirkung zwischen kolonialen „Säuberungen“ und europäischen Entwicklungen beschränken, sondern auch nach anti- oder postkolonialen Lerneffekten und Eigendynamiken in der außereuropäischen Welt im 20. Jahrhundert fragen. Kaum zufällig weisen sämtliche Hochphasen ethnischer „Säuberung“ im 20. Jahrhundert neben europäischen bzw. eurasischen Fallbeispielen stets auch außereuropäische Parallelfälle auf. Das gilt nicht nur für die beiden Weltkriege, sondern ebenso für die 1990er Jahre – wie die Stichworte Judendeportationen in Russisch-Polen und Armeniergenozid in Mesopotamien, Deutschen-Vertreibung in Osteuropa und Zwangsmigrationen in Indien/Pakistan, ethnische „Säuberungen“ in Jugoslawien und Genozid in Ruanda andeuten mögen. In allen Fällen ist von Verflechtungen zwischen den westlichen Zentren und den Peripherien auszugehen.

Das Verbindende dieser zeitlich und geografisch weit auseinanderliegenden Einzelfälle ist ihre Modernität – Modernität als Folge von Verwestlichungsprozessen und nicht etwa von „Barbarei“ oder „Rückständigkeit“. Bell-Fialkoff begreift die Ethnisierung der zu „säubernden“ Opfergruppen als entscheidenden Unterschied zwischen den modernen und den antiken oder mittelalterlichen Phänomenen der „Säuberung“.¹³ Der US-Soziologe Michael Mann betrachtet die ethnischen „Säuberungen“ der letzten beiden Jahrhunderte als zentrales Problem unserer Zivilisation, unserer Konzepte des Fortschritts – nicht zuletzt der Demokratisierung unserer Gesellschaften.¹⁴ Ethnische „Säuberung“ ist für Mann die dunkle Seite der Anfänge unserer Massendemokratie – eine Analogie zur von Naimark beobachteten Parallelentwicklung moderner Staatlichkeit in Form des Vertreiberstaates und des Wohlfahrtsstaates.¹⁵

Auf den ebenfalls signifikanten Zusammenhang von Krieg und Zwangsmigration hat schon 1948 Eugene M. Kulischer hingewiesen.¹⁶ James J. Sheehan hat unlängst den um 1900 – aber nicht im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts – wichtigen Unterschied zwischen innereuropäischen Kriegen und außereuropäischen Kolonialkriegen betont: Im Kolonialkrieg habe es stets auch Zugriff auf

¹³ Bell-Fialkoff, *Ethnic Cleansing*, passim.

¹⁴ Michael Mann, *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge 2004, S. 502.

¹⁵ Naimark, *Flammender Hass*, S. 17f.

¹⁶ Eugene M. Kulischer, *Europe on the Move. War and Population Changes, 1917–1947*, New York 1948.

die wehrlosen Familien der angeblich „unzivilisierten“ Feinde gegeben.¹⁷ Diese Form der *totalen Kriegführung* wurde seit dem Ersten Weltkrieg auch in Europa, zumal in Osteuropa, üblich, wo man es in beiden Weltkriegen überdies mit Staatszerfall und gesteigerter Rechtlosigkeit zu tun hatte.¹⁸ Doch ist für das 20. Jahrhundert generell die Bedeutung des Krieges als Kontext massenhafter ethnischer „Säuberung“ zu betonen. Laut Naimark ist der Krieg der „Deckmantel“, die günstige „Gelegenheit“, weil Krieg führende Gesellschaften ohnehin an Befehlsgehorsam und vielfältige Gewalt gewöhnt seien.¹⁹

II

Am Beispiel des Balkans lässt sich zeigen, dass dieser Konnex nicht erst im 20. Jahrhundert wirksam wurde, sondern bereits ein volles Jahrhundert zuvor. Nicht erst der jugoslawische Bürgerkrieg der 1990er Jahre zeigt diesen Zusammenhang, sondern schon die serbischen oder griechischen Unabhängigkeitskriege gegen die Türken im frühen 19. Jahrhundert. Es scheint, dass es in Europa mit dem „Balkan“ – oder besser: mit dem aus Südosteuropa, Kleinasien und dem Kaukasus bestehenden Großraum – eine Spannungszone gab, in der ethnische „Säuberung“ zwischen 1800 und 1914 zunehmend „erlernt“ wurde. Warum gerade dort? Samuel Huntingtons Kategorie kultureller „Bruchlinienkriege“ zwischen westlicher und islamischer Zivilisation bietet nur auf den ersten Blick eine Erklärung.²⁰ Denn er sieht weder eine innere Differenzierung zwischen den Zivilisationen (obschon etwa das Osmanische Reich als „muslimisch“ nicht hinreichend beschrieben wäre) noch einen Kulturtransfer zwischen dem Westen und dem Islam, kurz: Er weist einseitig dem Islam die Konflikturheberschaft zu, statt nach Wechselwirkungen zu fragen.

Dazu gehört die Wechselwirkung zwischen Balkanperipherie und den europäischen Zentren. Während das „eigentliche“ Europa den Balkan wegen seiner ethnonationalistischen Konflikte als „rückständig“ oder „barbarisch“ zu klassifizieren lernte (und in permanenten Schiedsrichterauftritten vom Berliner Kongress 1878 über die Carnegie-Kommission 1913 bis zur aktuellen EU-Integration

¹⁷ James J. Sheehan, *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*, München 2008, S. 74.

¹⁸ Jörg Baberowski, *Kriege in staatsfernen Räumen: Rußland und die Sowjetunion 1905–1950*, in: Dietrich Beyrau/Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche (Hg.), *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 291–309.

¹⁹ Naimark, *Flammender Hass*, S. 234f.

²⁰ Samuel P. Huntington, *Der Kampf der Kulturen – The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, 6. Aufl., München/Wien 1997, S. 411f.

immer wieder manifestierte), hat Maria Todorova das Gegenargument stark gemacht, die ethnischen „Säuberungen“ auf dem Balkan hätten dort das europäische Vorbild des homogenen Nationalstaates in die Tat umgesetzt, die von Europa kritisierten ethnischen „Säuberungen“ seien damit eigentlich der Königsweg des Balkans zu seiner Europäisierung gewesen.²¹ Tatsächlich hat Europa durch den Kulturtransfer seiner nationalistischen Ideologie diese gewalttätige „Europäisierung“ im Südosten erst ermöglicht.²²

Doch die Mitverantwortung der Zentren für die Gewalt an der Peripherie geht noch weiter: Europas Großmächte waren nie nur Zuschauer, sondern stets beteiligt und mitverantwortlich – nicht erst in Dayton 1995, als die Konfliktparteien in Bosnien-Herzegowina von den Großmächten nach Jahren des geduldeten Bürgerkriegs zum Frieden inklusive ethnisch „gesäuberter“ nationaler Zonen gezwungen wurden. Bereits 1827 wurde die Forderung der aufständischen Griechen, alle Muslime aus ihrem Staat zu entfernen, im Londoner Vertrag von Großbritannien, Frankreich und Russland übernommen und wenig später auch militärisch durchgesetzt. Dass hierbei erstmals in der europäischen Geschichte das Ziel ethnischer (bzw. ethnoreligiöser) „Säuberung“ verfolgt wurde, zeigte die Begründung, man wolle eine „vollständige Trennung der Individuen beider Nationen“ erreichen, um sonst unvermeidliche weitere Gewalteskalationen zu vermeiden.²³ Ähnlich organisierten und überwachten die Großmächte die zwischen 1862 und 1867 sich vollziehende ethnische „Säuberung“ Serbiens von den verbliebenen muslimischen Einwohnern. Dieselbe Logik – man müsse ethnische Konfliktparteien durch „Bevölkerungstransfer“ dauerhaft trennen, um Frieden zu schaffen – beeinflusste 1923 den unter Kontrolle der Großmächte Großbritannien, Frankreich und Italien vereinbarten griechisch-türkischen Bevölkerungstransfer von Lausanne und weitere zwei Jahrzehnte später auch die Potsdamer Transferbeschlüsse der alliierten Siegermächte über Hitler-Deutschland 1945.

III

Der Südosten Europas war vermutlich das wichtigste, aber beileibe nicht das einzige Labor für moderne ethnische „Säuberungen“. Bell-Fialkoff, aber auch der

²¹ Maria Todorova, *Imagining the Balkans*, New York/Oxford 1997, S. 13.

²² Cathie Carmichael, *Ethnic Cleansing in the Balkans. Nationalism and the Destruction of Tradition*, London/New York 2002, S. 10.

²³ F. W. Ghillany (Hg.), *Diplomatisches Handbuch. Sammlung der wichtigsten europaischen Friedenschluesse, Congressacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphaelischen Frieden bis auf die neueste Zeit*, 3 Bde., Nördlingen 1855–1868, insb. Bd. 2, S. 390.

Historiker Hunt T. Tooley oder der Philosoph Enzo Traverso verstehen den Kolonialismus als weiteres peripheres Erprobungsfeld für jene Methoden, die dann auf Europa selbst zurückschlugen.²⁴ Schon Hannah Arendt hat mit Blick auf den Holocaust auf diesen „Laboreffekt“ des imperialistischen Vorgehens Europas in der außereuropäischen Welt verwiesen,²⁵ und auch der Jurist und Genozidforscher Raphael Lemkin hat sich mit den Zusammenhängen zwischen den NS-Verbrechen in Europa und den kolonialistischen Praktiken europäischer Großmächte in Amerika, Afrika, Irland und Australien beschäftigt.²⁶ Selbst wenn man zugesteht, dass diese Verbindung „nicht in einer geradlinigen Weise“ gezogen werden kann,²⁷ wird man doch Wechselwirkungen im Sinne der Fortentwicklung europäischer „Gewaltpolitik“ diskutieren müssen. Michael Mann hat den ethnischen Terror in vielen außereuropäischen Siedlerkolonien europäischer Einwanderer als besonders gefährlich betrachtet und als demokratisch legitimierte Gewalt hervorgehoben: Je größer die Selbstbestimmung der Siedlerkolonien gegenüber ihrer europäischen Zentrale gewesen sei, desto vehementer seien die Siedler gegen indigene Bevölkerungsgruppen vorgegangen.²⁸ Die USA, aber auch die südamerikanischen Republiken oder Australien sind gute Belege für diese Beobachtung.

Neben der Vertreibung und Reservatinternierung oder dem vielfachen Genozid an Eingeborenen in europäischen Siedlerkolonien und Siedlerdemokratien überall auf der Welt wurden Massendeportationen ein verbreitetes Herrschaftsmittel des europäischen Kolonialismus. Kolonialgewalt vor 1914 – von der Deportation bis zum Genozid – war ein globales Phänomen mit zahlreichen Wechselwirkungen und Radikalisierungen. Schon vor Beginn des Ersten Weltkriegs existierte ein gemeinsames koloniales Gedächtnis („colonial archive“) sämtlicher Kolonialmächte – ein sich wechselseitig beeinflussendes Wissen „über die

²⁴ T. Hunt Tooley, *World War I and the Emergence of Ethnic Cleansing in Europe*, in: Steven Béla Várdy/T. Hunt Tooley/Agnes Huszár Várdy (Hg.), *Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, New York 2003, S. 63–98; T. Hunt Tooley, „All the People are now Guerillas“. The Warfare of Sherman, Sheridan, and Lincoln, and the Brutality of the Twentieth Century, in: *The Independent Review*, 2007, 11, S. 355–379; Enzo Traverso, *Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors*, Köln 2003.

²⁵ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus*, 10. Aufl., München u. a. 2005, S. 307.

²⁶ Raymond Evans, „Crime without a Name“. Colonialism and the Case for „Indigenocide“, in: A. Dirk Moses (Hg.), *Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*, New York/Oxford 2008, S. 133–147, insb. S. 136.

²⁷ Pascal Grosse, *Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850–1918*, Frankfurt am Main u. a. 2000, S. 16.

²⁸ Mann, *The Dark Side of Democracy*, S. 4–10, 522.

Herstellung, Behandlung, Ausbeutung und Vernichtung von „Untermenschen“, das bei Bedarf „immer wieder abgerufen werden“ konnte.²⁹ Im globalen Kontext kolonialer Gewalt nimmt sich der deutsche Herero-Genozid von 1905 alles andere als außergewöhnlich aus.³⁰ Im indonesischen Java hatten die Niederländer schon 1825 einen Eroberungskrieg geführt, der „weite Gebiete der Insel verwüstete und 200 000 Menschen das Leben kostete“. Zwischen 1898 und 1904 führten die Niederländer einen Krieg gegen das Sultanat Aceh, der ebenso an das Vorgehen des deutschen Generals von Trotha gegen die Herero erinnert wie an die gleichzeitige Niederschlagung von Aufständen in Rhodesien oder Nigeria durch die Briten. Die nach westlichem Vorbild modernisierte japanische Armee ging brutal gegen antikoloniale Aufstände in Korea vor. Was massenhafte Deportationen mit dem Effekt einer zumindest zeitweilig bewirkten ethnischen „Säuberung“ bestimmter Regionen betrifft, erreichten diese Kolonialkriege um 1900 mit den Kriegen der Spanier auf Kuba, der Briten in Südafrika, der USA auf den Philippinen und der Deutschen in Südwestafrika ihre Höhepunkte. Diese Kolonialkriege verursachten nicht nur viele Todesopfer, sie kombinierten auch das traditionelle Herrschaftsinstrument der Deportation mit dem neuartigen Instrument der Lagerinternierung³¹ und entwarfen damit sozusagen Modelle für die spätere Politik ethnischer „Säuberung“ in Europa. Die dadurch bewirkte „Säuberung“ bestimmter Regionen zielte freilich zumeist nicht auf einen dauerhaften Zustand, sondern diente temporär der Partisanenbekämpfung. All diese Kolonialkriege führten um 1900 in militärischen Krisenphasen zur Ernennung rücksichtsloser Kommandeure, um eine Politik der „eisernen Faust“ umzusetzen: Der berühmteste deutsche General von Trotha in Südwestafrika ähnelte hier fatal dem Spanier Weyler auf Kuba und dem Briten Kitchener in Südafrika.³²

Nicht nur Europa trug diese Kolonialgewalt nach „außen“, auch die US-Amerikaner externalisierten ihre interne Gewaltgeschichte der „säubernden“ Siedlerdemokratie, sobald sie in den Kreis der imperialistischen Großmächte eintraten.

²⁹ Robert Gerwarth/Stephan Malinowski, Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2007, 33, S. 439–466, insb. S. 447.

³⁰ Mark Levene, *Genocide in the Age of the Nation State. Volume 2: The Rise of the West and the Coming of Genocide*, London/New York 2005, S. 269.

³¹ Rudolf von Albertini, *Europäische Kolonialherrschaft. Die Expansion in Übersee von 1880–1940*, München 1982, S. 148f., 238, 199; Mark Levene, *Empires, Native Peoples, and Genocide*, in: A. Dirk Moses (Hg.), *Empire, Colony, Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*, New York/Oxford 2008, S. 183–204, insb. S. 192f.; Levene, *Genocide in the Age of the Nation State*, Bd. 2, S. 260.

³² Levene, *Genocide in the Age of the Nation State*, Bd. 2, S. 269.

Der US-Eroberungskrieg auf den Philippinen geriet ab 1898 zur „Fortsetzung der Indianerkriege“ in den USA, indem er auf dem kolonialen Bewusstsein basierte, „daß ‚unzivilisierte‘ Völker kein Recht hatten, sich dem Herrschaftsanspruch eines zivilisierten Volkes in den Weg zu stellen“.³³ US-Präsident Theodore Roosevelt verglich die aufständischen Philippinos explizit mit den Apache- oder Sioux-Indianern Nordamerikas.³⁴ General Jacob Smith, ein Veteran des letzten Indianermassakers von Wounded Knee im Jahre 1890, befahl zehn Jahre später, auf den Philippinen entsprechend zu verfahren – nämlich keine Gefangenen zu machen und jeden männlichen Philippino von über zehn Jahren zu erschießen. US-Brigadegeneral Samuel Young forderte (erfolgreich) die Anwendung derjenigen Methoden kolonialer Kriegführung, die schon „von den Spaniern und anderen europäischen Nationen“ erprobt worden seien. Bei der Einrichtung von Konzentrationslagern für Philippinos dachte man freilich nicht nur an das Vorbild des spanischen Generals Weyler, den die US-Presse nur wenige Jahre zuvor noch als „Schlächter“ auf Kuba angeprangert hatte, sondern auch an die eigenen Internierungslager während der US-Indianerkriege. General Youngs Hinweis auf „andere europäische Nationen“ zielte in dieselbe Richtung wie der Ratschlag des jungen britischen Journalisten Winston Churchill, die US-Amerikaner sollten die im Burenkrieg erprobten Konzentrationslager Lord Kitcheners nachahmen, um den Feind endlich zu besiegen.³⁵ Die massenhafte Internierung feindlicher Zivilbevölkerungen in solchen Lagern diente – anders als später im NS-Imperium – nicht der gezielten Ermordung dieser Menschen, obschon viele durch Unterernährung oder Epidemien zu Tode kamen, sondern primär der zeitweiligen „Säuberung“ umkämpfter Regionen von ihrer gesamten Bevölkerung, um den militärischen Widerstand gegen die jeweilige Kolonialmacht auszutrocknen.

Allerdings konnte – zumindest in der Theorie – diese zeitweilige „Säuberung“ sehr leicht in eine dauerhafte verwandelt werden. Die von Churchill angesprochene britische Kriegführung gegen die südafrikanischen Siedlerrepubliken um 1900 war hierfür ein wichtiges Beispiel. Die Briten hatten (wie die Amerikaner auf den Philippinen) die Kombination von Kolonialkrieg, Massendeportation und Lager-„Konzentration“ den Spaniern abgeschaut, die diese auf Kuba gegen

³³ Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*. [Bd. 1] Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 2009, S. 962f.; Levene, *Genocide in the Age of the Nation State*, Bd. 2, S. 267f.

³⁴ Niall Ferguson, *Colossus. The Rise and Fall of the American Empire*, London u. a. 2005, S. 51.

³⁵ Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 494, 700; Levene, *Genocide in the Age of the Nation State*, Bd. 2, S. 268f.

eine überwiegend „nicht weiße“ Bevölkerung angewendet hatten.³⁶ In Südafrika richtete sich eine solche Deportationsgewalt erstmals auch gezielt gegen feindliche „weiße“ Zivilisten, die man dem *eigenen* Kulturniveau zurechnete und nicht als barbarische „Untermenschen“ abzuqualifizieren gelernt hatte. Und der britische Kommandeur Kitchener plante zudem, diese zeitweilige Deportation der Buren in dauerhafte Verbannung und Enteignung umzuwandeln, scheiterte damit allerdings am Veto seiner Regierung in London. Der britische Oberbefehlshaber dürfte gewusst haben, dass seine „Säuberungs“-Pläne an Planspiele zur Enteignung und dauerhaften Deportation von „Südstaatlern“ erinnerten, die vier Jahrzehnte zuvor der prominente US-General William T. Sherman im Amerikanischen Bürgerkrieg gegen die secessionistische weiße Bevölkerung der besiegten „Konföderierten“ entworfen hatte.³⁷ Die Pläne Shermans waren international wohlbekannt: Dass der spanische Deportations-General auf Kuba, Weyler, ein Bewunderer seines US-Kollegen gewesen sein soll,³⁸ belegt diese „entangled history“ beginnender Massendeportationen. Auf Shermans Pläne sollte kurz vor Beginn des Amerikanisch-Spanischen Krieges auch der spanische Außenminister, der Herzog von Tetuán, anspielen, als er sich 1897 mit amerikanischen Protesten gegen die spanische Deportationspolitik auf Kuba konfrontiert sah. Madrid antwortete US-Außenminister John Sherman, der spanische General Weyler verfare auf Kuba doch nur ähnlich wie einst der Bruder des Ministers, General Sherman, im Amerikanischen Bürgerkrieg.³⁹

Solche auf dauerhafte Entfernung politisch unerwünschter feindlicher Bevölkerungsgruppen zielende „Säuberungs“-Pläne blieben im globalen Gedächtnis von Militärs und Politikern bewahrt und wurden möglicherweise – so jedenfalls Hunt T. Tooley – sogar zum Modell für jene bevölkerungspolitischen Umgestaltungspläne, die der deutsche Generalquartiermeister Erich Ludendorff im Ersten Weltkrieg für bestimmte osteuropäische Regionen in Polen und im Baltikum entwickelte.⁴⁰

³⁶ Wolfgang Reinhard, *Geschichte der europäischen Expansion*, 4 Bde., Stuttgart u. a. 1983–1990, insb. Bd. 4, S. 61; Tooley, *World War I and the Emergence of Ethnic Cleansing in Europe*, S. 72f.

³⁷ Isabell V. Hull, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca/N.Y. 2006, S. 186.

³⁸ Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, S. 699.

³⁹ William R. Everdell, *The First Moderns. Profiles in the Origin of Twentieth-Century Thought*, Chicago 1997, S. 118.

⁴⁰ Tooley, „All the People are now Guerillas“, S. 365; nicht gefolgt werden kann der Parallelisierung zwischen den Sherman-Plänen und den Deportationen Hitlers und Stalins, deren Gemeinsamkeit Tooley im Konzept der Kollektivschuld und daraus folgenden kollektiven Bestrafung sieht.

IV

Die außereuropäischen Deportationstechniken sprangen mit dem Ersten Weltkrieg auf Europa über. Dabei sind nicht nur die außereuropäischen kolonialen Peripherien Europas, sondern auch jene Russlands – namentlich der Kaukasus – zu beachten. Der Osteuropahistoriker Jörg Baberowski stellt treffend fest: „Was die Briten in Südafrika und Indien, die Franzosen in Algerien und die Spanier auf Kuba erprobten – dafür brachten die zarischen Generäle und Beamten großes Interesse auf.“⁴¹ Ähnlich wie die Jungtürken nach 1914 glaubten, sich gewaltsam – und partiell völkermörderisch – gegen eine imaginierte Allianz von äußeren und inneren Feinden (Armeniern, Griechen etc.) zur Wehr setzen zu müssen, agierte das zaristische Regime in Russland: Nicht nur die verachteten und diskriminierten Juden, nicht nur die seit Jahrzehnten von Vertreibung betroffenen Muslime an der russisch-osmanischen Grenzregion im Kaukasus, auch die bislang privilegierten und zum Teil zur Führungselite zählenden Russland- oder Baltendeutschen wurden ab 1914 als innere Feinde stigmatisiert – und in großem Ausmaß deportiert. Der US-Historiker Eric Lohr hat dabei einen raschen Wandel der Deportationsmotive von der militärischen Sicherung der Front hin zu dauerhafter Russifizierung durch unumkehrbare Bevölkerungstransfers beobachtet.⁴² Was Sherman oder Kitchener einst in Amerika oder Afrika vorgedacht hatten, fand plötzlich in Osteuropa statt.

Dass auch die nichteuropäische Welt an diesem Gewaltgedächtnis der transatlantisch aufgestellten Europäer partizipierte, musste 1915 US-Botschafter Henry Morgenthau in Konstantinopel erfahren. Als dieser beim osmanischen Innenminister Talaat Bey, einem Hauptverantwortlichen des Armeniergenozids, für eine humane Behandlung eintrat, erhielt er zur Antwort, die Jungtürken wollten die Armenier lediglich ebenso behandeln wie die Amerikaner ihre „Neger“. Mit Blick auf die vielen Todesopfer notierte Morgenthau, Talaat habe wohl eher die genozidale Behandlung der Indianer gemeint.⁴³ Je nach Bedarf dienten den Jungtürken auch die Deportationen in Russland oder deutsche Deportationen und Massaker an Belgiern zur Rechtfertigung ihrer mörderisch-modernen Nachahmung.

⁴¹ Jörg Baberowski, Diktaturen der Eindeutigkeit. Ambivalenz und Gewalt im Zarenreich und in der frühen Sowjetunion, in: Jörg Baberowski (Hg.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 37–59, insb. S. 48.

⁴² Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I*, Cambridge, Mass./London 2003, S. 151f.

⁴³ *United States Diplomacy on the Bosphorus: The Diaries of Ambassador Morgenthau 1913–1916*, hg. von Ara Sarafian, Princeton/London 2004, S. 297f.

Die Gewaltgeschichte beider Peripherien – sowohl des innereuropäischen Balkans als auch der außereuropäischen Welt – zeitigte in der Epoche der beiden Weltkriege zwischen 1914 und 1945 signifikante Rückwirkungen auf Europa. Mit dem Ersten Weltkrieg kehrte laut James J. Sheehan „die koloniale Gewalt ‚nach Hause‘ zurück, als immer größere Teile des Kontinents seiner nach wie vor instabilen Peripherie ähnelten“.⁴⁴ Sheehan vertritt die Ansicht, dass überall dort, wo im Ersten Weltkrieg eine Zivilbevölkerung einer feindlichen Besatzungsmacht ausgeliefert war – sei es im deutsch besetzten Belgien, im russisch besetzten Ostpreußen, im französisch besetzten Elsass, in den deutsch besetzten Teilen Frankreichs und Russlands – das inhärente „Potenzial für Gewalt, Brandstiftung, Vergewaltigung und Mord“ in Taten umgesetzt worden sei.⁴⁵ Laut Isabell V. Hull wurden europäische Zivilisten im Ersten Weltkrieg mit militärischen Begründungen auf eine Weise behandelt, die unübersehbare Ähnlichkeiten mit kolonialistischen Praktiken gegenüber „Eingeborenen“ aufweist. Dazu zählt Hull ausdrücklich auch das für Europa vor 1914 völlig neuartige Phänomen der Massendeportation von Zivilisten.⁴⁶

Sheehan betont in diesem Zusammenhang, dass „die schlimmsten Kriegsgräuel an Zivilisten“, gerade im Falle von Deportationen, „nicht von fremden Armeen, sondern von staatlichen Organen an den eigenen Bürgern begangen“ worden seien. Mit bekanntlich genozidalen Folgen führte die osmanische Regierung die kollektive Deportation der Armenier 1915/16 durch, doch auch andere als unzuverlässig verdächtige Minderheiten (Griechen, Assyrer, Juden) waren von Massendeportationen betroffen oder akut bedroht. Ohne genozidale Absicht wurde eine ähnliche Politik im Russischen Reich umgesetzt – insbesondere in den militärisch bedrohten Westprovinzen Polens und des Baltikums, wo Juden und Volksdeutsche kollektiv gen Osten deportiert wurden, und ebenso im von den Osmanen bedrohten Kaukasus, wo als illoyal eingestufte muslimische Völker nach Norden deportiert wurden.

Für die europäische Rückwirkung von Kolonialgewalt kann auch Belgien als Beispiel dienen. Historiker sehen Zusammenhänge zwischen den (allerdings nicht ethnisch motivierten) Deportationen von Belgiern und Franzosen im Ersten Weltkrieg zum Zweck der Unterstützung der deutschen Rüstungsindustrie und der Deportationspraxis gegen „Eingeborene“ in früheren deutschen Kolonialkriegen. Tatsächlich gibt es „strukturelle Ähnlichkeiten“, „Entwicklungslinien und Erfahrungshintergründe“ im kolonialen Zwangsarbeitssystem, die ab 1914

⁴⁴ Sheehan, *Kontinent der Gewalt*, S. 71 und S. 78.

⁴⁵ Ebenda, S. 116.

⁴⁶ Hull, *Absolute Destruction*, S. 4.

in Europa wirksam wurden.⁴⁷ Dasselbe gilt für Kolonialkriegsmuster: Dass der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke im August 1914 Deportationen in europäischen Frontgebieten als militärische Option anregen konnte, kann angesichts der fehlenden Deportationstradition deutscher Kriegführung in Europa mit Isabell V. Hull auf die deutsche Kolonialkriegstradition zurückgeführt werden.⁴⁸ Die deutsche Militärführung etablierte im Verein mit dem Rüstungsplaner Walter Rathenau in Belgien eine Koppelung von Deportation und Zwangsarbeit, wie sie in Europa bis dahin unbekannt war, jedoch in den Kolonien der Europäer praktiziert wurde.⁴⁹ Ein belgischer Industrieller brachte es 1915 auf den Punkt: „Für die Deutschen sind wir jetzt die Neger.“⁵⁰

Anders als Osmanen und Russen beließ es das Deutsche Reich bei wirklich ethnisch motivierten „Säuberungen“ jedoch bei Planspielen, die sich auf Teile Osteuropas nach einem deutschen Sieg im Ersten Weltkrieg bezogen. Im Unterschied zu den bereits während des Krieges realisierten Deportationen der Osmanen und Russen hätten die Deutschen von ihren „Säuberungen“ betroffene Minderheiten nicht innerhalb ihres Herrschaftsbereichs verschieben, sondern aus diesem Herrschaftsbereich restlos entfernen wollen. Doch auch bei den Deportationen des Osmanen- und des Zarenreiches lässt sich beobachten, wie ursprüngliche Motive der militärischen Sicherung von Frontgebieten gegen vermeintlich unzuverlässige Bevölkerungsgruppen rasch von Planungen überlagert wurden, die auf dauerhafte Völkerverschiebung (oder gar auf Völkermord) zielten. Der Erste Weltkrieg zerstörte damit die traditionelle Unterscheidung zwischen Außen- und Innenpolitik in Europa.⁵¹ Er enthemmte eine Kriegführung gegen eigene Bürger, Bevölkerungsgruppen des eigenen Staates mit unerwünschter ethnischer oder ethno-religiöser Identität – eine Tendenz zum „totalen Krieg“, wie sie der Zweite Weltkrieg auf die Spitze treiben sollte. Fortan konnte Europa ethnisch definierte „innere Feinde“, gegen die mit ethnischer „Säuberung“ gewalttätig vorgegangen werden konnte. Insofern „bildet der Erste Weltkrieg den entscheidenden Einschnitt“ zur Durchsetzung ethnischer „Säuberung“ in Europa.⁵²

⁴⁷ Jens Thiel, „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007, S. 29f.

⁴⁸ Hull, *Absolute Destruction*, S. 233, 132; dies wird relativiert durch den Verweis auf das europäische Vorbild der Polenausweisungen Bismarcks um 1886.

⁴⁹ Thiel, „Menschenbassin Belgien“, S. 23f.

⁵⁰ Zit. n. Thiel, „Menschenbassin Belgien“, S. 29.

⁵¹ Sheehan, *Kontinent der Gewalt*, S. 116f.

⁵² Immanuel Geiss, „Ethnische Säuberungen“, *Massaker und Genozid. Ein historischer Überblick*, in: *Sozial.Geschichte*, 2004, 19, S. 44–73, insb. S. 45.

Allerdings wurde diese Politik in der ersten Nachkriegszeit nach 1918 keineswegs schon zum „Königsweg“ europäischer Politik. Zwar wurden in Südosteuropa mehrere Transfer-Abkommen zur Entfernung unliebsamer Minderheiten geschlossen, doch insgesamt versuchte die Völkerbundpolitik das Gegenteil, nämlich durch völkerrechtlich festgeschriebenen Minderheitenschutz Entrechtung und Vertreibung von ethnischen Minderheiten zu verhindern. Erst im Zweiten Weltkrieg sollte Hitlers rücksichtslose Politik ethnischer „Säuberung“ ab 1939 eine Radikalisierung bewirken, die von den alliierten Gegnern und Siegern über Deutschland nachgeahmt und 1945 zum Grundprinzip der Neuordnung Osteuropas gemacht wurde. Doch schon die erwähnten Massendeportationen des Ersten Weltkriegs setzten zwei bislang unterschiedliche Machtdispositive in Wechselwirkung: zum einen die Praxis kolonialer Gewalt, die das Instrument der Massendeportation (nebst Lagerinternierung) bereitgestellt hatte; zum anderen die bisher auf den Balkan beschränkte Politik staatlich, binational oder international kontrollierter Zwangsmigrationen, die just vor dem Ersten Weltkrieg in erste „Transferverträge“ gemündet war.

V

Hinzu kam der in Europa schon vor 1914 entstandene, seither jedoch zunehmende und sich radikalisierende „Säuberungs“-Diskurs, der für ethnische Minderheiten nur noch die Alternativen Assimilation, Vertreibung oder Vernichtung bereithielt. Im Unterschied zur kolonialistischen Gewaltausübung war dieses Machtdispositiv bis 1914 rein diskursiv geblieben.

Hier spielten alldeutsche Intellektuellen-Diskurse zweifellos eine Vorreiterrolle. Bereits während der deutschen Befreiungskriege gegen das napoleonische Frankreich war die dauerhafte Deportation fremdnationaler Bevölkerungen von Nationalisten wie Heinrich Luden 1814 als Option zur Herstellung eines ethnisch homogenen Nationalstaats angesprochen, aber letztlich noch als inhuman und unklug (da Vergeltung gegen deutsche Minderheiten auslösend) abgelehnt worden. Ein Jahrhundert später jedoch gab es, wie die „Säuberungs“-Pläne der Kriegsziel-Denkschrift des Alldeutschen Heinrich Claß von 1914 demonstrieren, solche Bedenken auf dem rechten Flügel deutscher Intellektueller nicht mehr überall.⁵³ Um durchaus noch vorhandenen Widerspruch zu brechen, berief sich Claß auf öffentliche Heroen wie den preußischen Generalstabschef Helmuth

⁵³ Theodor Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1960, 8, S. 1–16, insb. S. 11.

von Moltke oder auf anerkannte nationalistisch-antisemitische Publizisten wie Paul de Lagarde. Außerdem verwies Claß auf das damalige Vorgehen des zaristischen Russland, das ethnische „Säuberungen“ durch Massendeportationen unter anderem von Deutschen bereits betrieb. Den Vorwurf der „Barbarei“ wies Claß mit dem Hinweis zurück, dass in seinen „Säuberungs“-Plänen durchaus „ein festgeordnetes Rechtsverfahren vorgesehen sei“. Seine publikumswirksame Parole „Land frei von Menschen“ gedachte Claß somit, ähnlich wie die späteren Autoren der Potsdamer Beschlüsse von 1945, möglichst „ordentlich und human“ durchzuführen. Doch war für ihn das Faktum der Durchführung entscheidend.⁵⁴

Trotz jahrzehntelanger Diskurstradition von Lagarde bis Claß waren solche Projekte ethnischer „Säuberung“ kein alldeutsches Monopol. 1915 legte der deutsch-jüdische Publizist Siegfried Lichtenstaedter unter dem Pseudonym Mehemed Emin Efendi eine „Studie für den Friedensschluß“ vor, die bewusst nicht auf einseitige Vertreibungen im Kontext eines deutschen „Siegfriedens“ à la Claß abhob, sondern wechselseitige Bevölkerungstransfers als Mittel für einen europäischen Verständigungsfrieden empfahl. Lichtenstaedter, der knapp drei Jahrzehnte später in Hitlers Konzentrationslagern zu Tode kommen sollte, forderte eine klare „Abgrenzung“ der Völker Europas durch neue Grenzziehungen und durch die ergänzende Entfernung nationaler Minderheiten aus allen Staaten. Lichtenstaedter sah diesen wechselseitigen „Bevölkerungsaustausch“ ansatzweise schon nach den Balkankriegen 1912/13 zwischen Griechen, Bulgaren und Türken umgesetzt, wodurch das Konfliktpotenzial zwischen diesen Völkern „für die Zukunft beträchtlich verringert“ worden sei.⁵⁵ Er erinnerte daran, dass er bereits seit 1898 – vermutlich als Erster überhaupt – einen solchen Bevölkerungsaustausch als Lösung der Balkanprobleme vorgeschlagen hatte. Doch müsse der Austausch nationaler Minderheiten nicht nur auf dem Balkan und in Kleinasien vervollständigt werden, sondern solle auch in Osteuropa zur Homogenisierung deutscher, polnischer und russischer Siedlungsgebiete dienen. Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn sollte laut Lichtenstaedter in national homogene Kerngebiete umgeformt werden, wobei auch die osteuropäischen Juden eine nationale Heimstätte in Galizien (und nicht in einem zionistischen Palästina) hätten erhalten sollen. Humanitäre Einwände gegen derart massenhafte Zwangsmigratio-

⁵⁴ Heinrich Claß, *Zum deutschen Kriegsziel*. Eine Flugschrift, 2. Aufl., München 1917; Heinrich Claß, *Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932, S. 323, 343, 361–364, 394.

⁵⁵ Dr. Mehemed Emin Efendi [i.e. Siegfried Lichtenstädter]: *Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsaustausch. Eine Studie für den Friedensschluß*, Dresden 1917, S. 9–11, 27, 39–42.

nen wurden unter Verweis auf die sonstigen Härten des Weltkrieges abgewiesen. Zugleich beruhigte der Planer die Skeptiker, ein vollständiger Austausch aller Minderheiten werde ohnehin nicht möglich sein und müsse daher durch Assimilationspolitik allerorten ergänzt werden. Als „Muster“ könne der Grundsatz des Augsburger Religionsfriedens von 1555 „cuius regio, eius religio“ dienen – natürlich nationalistisch modernisiert, „indem man statt der *Religion* die *Sprache* gelten läßt: „Cuius regio, ejus lingua“.⁵⁶

Zur selben Zeit hatte ein frankophoner Schweizer, der Anthropologe George Montandon, ein ebenfalls auf ganz Europa bezogenes Konzept für solche Bevölkerungstransfers angeregt. Dieser Vorschlag galt lange als erster seiner Art. Montandon, der sich als Wahl-Franzose später zum radikalen Antisemiten entwickelte und 1944 von der Résistance als NS-Kollaborateur ermordet wurde, veröffentlichte 1915 eine Abhandlung über „Nationale Grenzen“, deren Herstellung er als unerlässliche Bedingung für einen „dauerhaften Frieden“ begriff. Der Publikationsort Lausanne, der spätere Unterzeichnungsort des griechisch-türkischen Abkommens über „Bevölkerungstransfer“ von 1923, war 1915 eher ein Zentrum internationaler Minderheitenschutzdebatten. Montandon jedoch wollte nationale Minderheiten nicht schützen und bewahren, sondern durch systematische Zwangsumsiedlungen ein für alle Mal beseitigen. Eine solche „transplantation massive“ – eine umfassende chirurgische Entfernung aller Nichtangehörigen einer Staatsnation – sollte nach Kriegsende vor allem an der deutsch-französischen Grenze, an der deutsch-russischen Grenze und in Mazedonien erfolgen. Ein siegreiches Frankreich hätte demnach nicht nur die Vertreibung aller nach 1871 zugewanderten Deutschen aus Elsass-Lothringen ins Werk setzen sollen (was 1918/19 Realität wurde), sondern auch die vollständige Vertreibung („l’expulsion en bloc“) der deutschen Bevölkerung des zu annectierenden linksrheinischen Deutschland. Falls Russland seine Westgrenze auf Kosten Deutschlands nach Westen verschieben würde, hielt Montandon einen wechselseitigen Austausch von Deutschen und Polen für erforderlich. Das dritte Transfer-Projekt betraf die Aufteilung des umstrittenen Mazedonien unter den Anwärterstaaten Bulgarien, Griechenland und Serbien. Vorbild waren auch für Montandon die ersten Transfer-Verträge nach den Balkankriegen von 1912/13. Montandon war überzeugt, man dürfe in der Politik gegenüber Minderheiten nicht schwanken; entweder müsse man ihnen nach englischem Vorbild volle Gleichberechtigung gewähren oder man müsse sie vollständig vertreiben.⁵⁷

⁵⁶ Ebenda, S. 42–45, 47, 52.

⁵⁷ George Montandon, *Frontières Nationales. Détermination objective de la Condition primordiale nécessaire à l’Obtention d’une Paix durable*, Lausanne 1915, S. 9–11, 13.

Auch in Großbritannien wurde während des Ersten Weltkriegs eine ethnische Transferlösung als Friedenskonzept zumindest für Südosteuropa angeregt. Die Brüder Noel und Charles R. Buxton, zwei liberale Unterhausabgeordnete, plädierten 1915 für eine solche Neugestaltung („resettlement“). Die Lösung strittiger Territorialfragen müsse durch ein Diktat der Großmächte erfolgen. Und da trotz sorgfältiger Neufestlegung nationaler Grenzen nationale Minderheiten auch weiterhin existieren würden, müsse dieses Problem durch eine Mischung aus einem „organisierten System der Internmigration“ und Minderheitenschutzrechten gelöst werden. Zwar könne die Härte, die bisherige Heimat verlassen zu müssen, auch bei humaner Durchführung von Zwangsumsiedlungen nicht völlig vermieden werden, man könne sie jedoch erheblich mildern.⁵⁸ Ein Parlamentskollege der Buxtons, der Geografieprofessor und Geopolitiker Halford Mackinder, ließ sich 1919 von einem auf Kleinasien bezogenen Transfer-Vorschlag des griechischen Premierministers Eleftherios Venizelos anregen, solche Transferprojekte als Friedenslösung auch für andere Krisenregionen Europas zu diskutieren. Warum solle man nicht über einen Bevölkerungsaustausch zwischen dem deutschen Ostpreußen und dem polnischen Posen nachdenken oder zwischen Ungarn und Rumänien? Mackinders Transfer-Plädoyer wurde im Zweiten Weltkrieg nicht zufällig erneut veröffentlicht.⁵⁹

VI

Der Erste Weltkrieg erweist sich somit nicht nur allgemein als „Urkatastrophe“ Europas oder der modernen Welt insgesamt – er ist auch die Urkatastrophe der Ausbreitung ethnischer „Säuberungen“. Im Ersten Weltkrieg eskalierten Massendeportationen – zum Teil mit dem Ziel ethnischer „Säuberung“ – nicht nur in ihrer klassischen Anwendungszone (Balkan/Kaukasus), sondern auch in weiten Teilen Osteuropas (Polen, Baltikum, West-Russland) und bis hin zum Genozid in Kleinasien. In intellektuellen Planspielen etablierte sich ethnische „Säuberung“ als diskutabile Strategie für eine Neuordnung des gesamten Kontinents oder zumindest diverser „Krisenherde“. Briten und Franzosen lernten in der Nachkriegsphase, mit dieser neuen Sozialtechnologie umzugehen, wie ihre Mitwirkung am „Transfer“-Vertrag von Lausanne 1923 demonstriert. Lausanne, wo der griechische Unterhändler Venizelos mit dem türkischen Außenminister

⁵⁸ Noel Buxton/Charles R. Buxton, *The War and the Balkans*, London 1915, S. 36f., 47f., 95f., 101–104, 108–110.

⁵⁹ Halford Mackinder, *Democratic Ideals and Reality*, London 1919, ND 2008, S. 69f., 75.

Ismet (Inönü) unter Ägide dreier Großmächte (darunter neben den westeuropäischen Demokratien das faschistische Italien Mussolinis) die gewaltsame Entfernung nationaler Minderheiten aus Griechenland und der Türkei vereinbarte, wurde zum zwiespältigen Symbol für eine neue Handlungsalternative internationaler Politik. Bis zum Zerfall des Minderheitenschutz-Systems von Versailles, das die Siegermächte des Ersten Weltkriegs 1919/20 etablierten und zwei Jahrzehnte aufrechterhielten, galt das Modell von Lausanne allerdings nur als Notlösung für die südöstliche Peripherie, nicht als Königsweg für das „eigentliche“ Europa. Erst als Hitler die Versailler Ordnung zerschlug und in Osteuropa ein rassistisch-kolonialistisches Imperium über zivilisierten Nachbarvölkern wie Polen oder Tschechen errichtete, deren Bezeichnungen – „Generalgouvernement“, „Protektorat“ – eine Herabstufung auf das Niveau traditioneller Kolonialherrschaft zum Ausdruck brachte (und in Wahrheit noch schlimmer war), erodierte auch aufseiten der Gegner Hitlers alle zivilisatorischen Vorbehalte. Nicht zufällig wurden der Zweite Weltkrieg und sein alles andere als friedlicher „Nachkrieg“, d. h. der Zeitraum zwischen 1939 und 1950, zum globalen Höhepunkt ethnischer „Säuberung“.

Das Münchner Abkommen von 1938 leitete diese Enthemmung ein. Ein geschockter tschechischer Nationalist, der Jurist Zdeněk Peška, sandte 1939 eine Denkschrift über „Bevölkerungsaustausch“ an seinen zurückgetretenen Präsidenten Edvard Beneš ins Exil, die den griechisch-türkischen Transfer von Lausanne als Vorbild einer künftigen Neuordnung pries und die Entfernung aller illoyalen Deutschen aus der wiederherzustellenden Tschechoslowakei forderte.⁶⁰ Zur selben Zeit warb in Frankreich der Soziologe Bernard Lavergne dafür, das Transfer-Prinzip „in ganz Europa in großem Maßstab“ anzuwenden. Lavergne gab zu, dass die betroffene Generation unter dieser „Transplantation“ schwer zu leiden haben würde, doch für künftige Generationen werde in den fortan national homogenisierten Staaten eine glücklichere Zukunft geschaffen. Bei alledem unterstrich der französische Professor die bahnbrechende Rolle Hitlers: Bisher habe die Öffentlichkeit derart radikale Lösungen aus humanitären Gründen nicht erwägen wollen, doch ändere sich diese Haltung, seitdem Hitler in München ausdrücklich einen Bevölkerungsaustausch zwischen Deutschen und Tschechen vorgeschlagen habe.⁶¹ Der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Beneš machte sich Lavergnes Transfer-Projekt 1941 öffentlich zu eigen. Beneš bedau-

⁶⁰ Eagle Glassheim, National Mythologies and Ethnic Cleansing. The Expulsion of Czechoslovak Germans in 1945, in: *Central European History*, 2000, 33, S. 463–486, insb. S. 471.

⁶¹ Bernard Lavergne, Munich – Défaite des Démocraties, Paris 1939, S. 13–15.

erte, dass es nicht schon 1918/19 möglich gewesen sei, in Mittel- und Osteuropa national homogene Staaten zu errichten. Dazu hätte man schon damals jenen „extensiven Bevölkerungstransfer“ durchführen müssen, wie ihn Lavergne vorgeschlagen habe.⁶² Bei einer Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg müsse jedenfalls das Problem der Minderheiten „systematischer und radikaler“ gelöst werden als seinerzeit in Versailles.⁶³ Auch der griechische Politiker Nikolaos Politis – als Außenminister unter Eleftherios Venizelos einst am Vertrag von Lausanne beteiligt⁶⁴ – befürwortete im Pariser Exil 1940 die „Beseitigung von Minderheitenproblemen“ durch solche Bevölkerungstransfers. Dabei berief er sich nicht nur auf die aktuelle Zwangsumsiedlungspolitik Hitlers, sondern auch auf den 1923 vereinbarten „Austausch zwischen Griechenland und der Türkei“, der im Ergebnis „befriedigend gewesen“ sei.⁶⁵ Die polnische Exilregierung unter General Sikorski betonte vor allem das enthemmende Vorbild der von Hitler befohlenen Massenumsiedlungen (die gerade auch Angehörige der polnischen Nation massenhaft zu Opfern machten), verwies jedoch auch auf entsprechende Planungen Hindenburgs und Ludendorffs aus dem Ersten Weltkrieg. Warum sollten sich angesichts dessen die Gegner Deutschlands nach einem Sieg über Hitler zurückhalten? So dachte damals die Mehrheit der angelsächsischen Öffentlichkeit – allen voran der britische Premier Winston Churchill. Wiederholt verwies dieser auf den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch als Vorbild für eine Vertreibung von Millionen von Deutschen. Vor dem Unterhaus wertete Churchill 1944 „Vertreibung“ als das „befriedigendste und dauerhafteste Mittel“ zur Friedenssicherung im Osten Europas.⁶⁶ Auch US-Präsident Roosevelt glaubte an eine solche Friedenslösung durch Zwangstransfers. Den sowjetischen Diktator Stalin musste man davon nicht erst überzeugen; die sowjetische Herrschaftspraxis kannte schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg das Instrument der Massendeportation und hatte dieses ab Mitte der 1930er Jahre auch gezielt ethnisiert. Auch wechselseitige Transfers nach dem Muster von Lausanne hatte Stalin ab 1939 in Verträgen mit Hitler eingeübt, bevor er diese Methode vertraglich vereinbarter

⁶² Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, 2. Aufl., München 2005, S. 186.

⁶³ Zit. n. Oscar I. Janowsky, *Nationalities and National Minorities. With Special Reference to East-Central Europe*, New York 1945, S. 136.

⁶⁴ Der griechisch-bulgarische Transfervvertrag von 1919 basierte laut C.[arlile] A. Macartney, *National States and National Minorities*, Oxford/London 1934, S. 438, überwiegend auf einem Entwurf von Politis.

⁶⁵ Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 68.

⁶⁶ Ebenda, S. 141.

Zwangsumsiedlungen zwischen 1944 und 1946 auch im Kreis seiner osteuropäischen Vasallenstaaten zur Geltung brachte.

Neben dem Vorbild von Lausanne spielte für die von den Alliierten inszenierte Vertreibung von zwölf bis fünfzehn Millionen Deutschen, aber auch für zahlreiche weitere Bevölkerungsverschiebungen im Nachkriegseuropa Hitlers ebenso gewalttätige wie umfassend angelegte Zwangsumsiedlungspolitik im Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Rolle. Gemeint ist jene von Hitler im Oktober 1939 vor dem Reichstag angekündigte „neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ in Osteuropa, die zulasten von Millionen von Juden, Polen und Russen brutal durchgeführt wurde, die durch die NS-Planspiele des sogenannten „Generalplans Ost“ noch sehr viel mehr Menschen in Osteuropa zu Opfern von Zwangsmigration, Zwangsarbeit oder Vernichtungspolitik hätte machen wollen und die im Fall der jüdischen NS-Opfer auch Westeuropa erfasste und zur Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden führte. Die Alliierten ahmten diese völkermörderische Politik Hitlers nicht nach; nur im Bereich ethnischer „Säuberungen“ erfolgte auch von ihrer Seite eine großangelegte Zwangsumsiedlung. Der britische Historiker Tony Judt konstatierte, infolge dieses Unterschieds seien die deutschen Vertriebenen nach 1945 „lebendig und präsent“ geblieben, während die Opfer der Deutschen bis 1945, „vor allem Juden, fast alle tot waren“.⁶⁷

Was die massenhafte Vertreibung von zwölf bis fünfzehn Millionen erklärt, sollte sie jedoch nicht entschuldigen oder gar rechtfertigen. Doch bis heute ist, wie der irisch-amerikanische Historiker Ray M. Douglas feststellt, „bei deutschen wie nichtdeutschen Forschern“ ein „Widerwille“ spürbar, dieser Vertreibung jenen hohen Stellenwert einzuräumen, den sie in diversen „Nationalgeschichten“, aber auch in der „gesamteuropäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ verdient. Viele Deutsche tendieren laut Douglas dazu, das Thema zu umgehen, weil es unweigerlich eine Debatte über die NS-Vorgeschichte provoziere. „Für Polen, Tschechen und Slowaken“ untergrabe die Thematisierung der Deutschen-Vertreibung wiederum „eine Reihe nationaler Erzählungen, in denen Deutsche ausschließlich als Täter und die eigenen Völker ausschließlich als Opfer erscheinen“. Für Bürger der USA und Großbritanniens schließlich werfe die Vertreibung der Deutschen um 1945 unangenehme „Fragen nach der Mitwirkung ihrer Staatsführer und Völker an einem der größten Fälle massenhafter Men-

⁶⁷ Tony Judt, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, München/Wien 2006, S. 43; diese überpointierte Stellungnahme gilt zumindest für die große Mehrzahl der Vertriebenen, verharmlost allerdings die durchaus beachtliche Zahl von Todesopfern dieser massenhaften „Säuberungs“-Politik.

schenrechtsverletzungen in der modernen Geschichte“ auf. Douglas konstatiert hierbei „zumindest in einigen Aspekten eine verstörende Ähnlichkeit mit Teilen der Versuche NS-Deutschlands“ während des Zweiten Weltkriegs, „das demographische Gesicht des Kontinents zu verändern“.⁶⁸ Auch hierbei darf und kann, wie Douglas anhand seiner Analyse des osteuropäischen Systems von Internierungslagern für Deutsche zeigt, „keine stichhaltige Parallele selbst zwischen den schlimmsten Nachkriegslagern und den deutschen KZ der Kriegszeit“ mit ihrer NS-Massenmordpolitik gezogen werden. Und dennoch dürften die NS-Verbrechen umgekehrt nicht dazu instrumentalisiert werden, „massenhafte Menschenrechtsverletzungen“ der Sieger über Hitlers Deutschland nicht ihrerseits klar zu benennen: „Mit Ausnahme der Kriegsjahre hatte Europa westlich der UdSSR niemals ein so gewaltiges Ausmaß willkürlicher Internierung erlebt, bei dem Zehntausende von Menschen, darunter viele Kinder, starben.“⁶⁹

VII

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Ohne die ebenso gewalttätige wie umfassende Umsiedlungspolitik Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, die in Osteuropa zulasten von Millionen Juden, Polen und Russen rücksichtslos durchgeführt wurde und im Falle der jüdischen Opfer in millionenfachen Völkermord mündete, wäre die Enthemmung der alliierten Politik nicht möglich gewesen, die ihrerseits zur Vertreibung oder Zwangsumsiedlung von bis zu fünfzehn Millionen Deutschen und zahlreichen weiteren Bevölkerungsverschiebungen im Nachkriegseuropa geführt hat. Zusätzlich spielte hierfür – wie schon die sowjetisch-polnischen Umsiedlungsverträge von 1944 demonstrieren – die viel weiter zurückreichende, aber bis 1939 fast nur auf europäische Peripherien angewendete Sozialtechnologie ethnischer „Säuberung“ eine wichtige Rolle, wie sie im Transfervertrag von Lausanne 1923 modellhaft symbolisiert wurde. Wenn wir über die Ursachen dessen diskutieren, was ab 1939 oder ab 1945 geschehen ist, ist daher stets auch diese zwei Jahrhunderte zurückreichende Genealogie moderner ethnischer „Säuberungs“-Politik in ihren globalen Zusammenhängen und Wechselwirkungen zu berücksichtigen.

⁶⁸ Ray M. Douglas, „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012, S. 14f.

⁶⁹ Ebenda, S. 199.

Teil II

Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg

PATRICK WAGNER

Mitdenker der Vernichtung: Deutsche Wissenschaftler und die nationalsozialistische Eroberungspolitik in Osteuropa

Beschäftigt man sich mit dem Phänomen des Social Engineering und nimmt dabei die Rolle der Wissenschaft für Projekte ethnischer Homogenisierung in den Blick, konzentriert man sich in der Regel auf Disziplinen der Sozialwissenschaften, auf Historiker, Geografen, Rassenkundler oder Raumplaner. Auch in diesem Beitrag werden solche Fächer im Mittelpunkt stehen. Zunächst aber will ich mich kurz einer Disziplin zuwenden, die man hier nicht einreihen würde, nämlich der Physik. An ihrem Beispiel kann man sehr gut erkennen, wie auch vermeintlich politikferne Fächer Teil eines durch und durch politisierten Wissenschaftssystems wurden, wie sie sich in ihm einrichteten und arrangierten.

Die nationalsozialistische Machtübernahme im Jahre 1933 veränderte die Arbeitsbedingungen für Physiker einschneidend, zunächst einmal dadurch, dass einige ihrer profiliertesten Repräsentanten aus ihren Instituten und schnell auch aus dem Land vertrieben wurden – beginnend mit Albert Einstein. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in den folgenden Jahren unter den deutschen Physikern ein Grundsatzstreit über die künftigen Forschungspfade und die diesen zugrunde zu legenden Paradigmen. Die einen hatten zwar zur Vertreibung ihrer jüdischen und demokratischen Kollegen geschwiegen, weil sie hofften, sich mit

dem Regime arrangieren zu können, wollten aber daran festhalten, dass physikalische Forschung weiterhin auf der Basis von Relativitäts- und Quantentheorien und mithilfe mathematischer Thesebildung betrieben werden solle. Eine andere Fraktion dagegen sah die Chance gekommen, mithilfe des NS-Regimes eine sogenannte „Deutsche Physik“ zu etablieren, die auf dem vermeintlich rassebedingten experimentellen Geschick des „nordisch gearteten Menschen“ (so der Nobelpreisträger Philipp Lenard) beruhen und mathematisierte Theoriebildung vermeiden sollte.¹ Der Konflikt erreichte im Juli 1937 seinen Höhepunkt, als Johannes Stark, seit 1919 Physiknobelpreisträger und seit 1923 Anhänger Hitlers, in der SS-Zeitung *Das Schwarze Korps* die Mathematisierung der Physik als jüdische Forschungsmethode disqualifizierte und den theoretischen Physiker Werner Heisenberg als „Gesinnungsjuden“ beschimpfte. Heisenberg, so Stark, sei „nur ein Beispiel für manche andere. Sie allesamt sind Statthalter des Judentums im deutschen Geistesleben, die ebenso verschwinden müssen wie die Juden selbst“.²

Der Nationalsozialismus hatte die Konkurrenzregeln innerhalb einer vermeintlich politikfernen Disziplin wie der Physik also einschneidend verändert: Man konnte nun erstens eine wissenschaftliche Streitfrage dadurch zu entscheiden versuchen, dass man die Kontrahenten als Verkörperung des weltanschaulichen Hauptfeindes des Regimes – der Juden – denunzierte und sich zweitens mit einer Institution des Herrschaftsapparates – hier: der SS – verbündete. Aber: Die Vertreter der „Deutschen Physik“ unterlagen letztlich ihren Gegnern. Sie scheiterten beim Versuch, die Theoretiker aus ihren Instituten zu verdrängen und das eigene Paradigma verbindlich zu machen. Selbst an ideologischen Vorzeiguniversitäten wie den neu gegründeten Hochschulen in Straßburg und Posen wurden theoretische Physiker auf die Lehrstühle berufen, und mehrfach wurden die Vertreter der „Deutschen Physik“ zwischen 1940 und 1942 auf Fachtagungen gezwungen, Relativitätstheorie und Quantenphysik explizit anzuerkennen.³

¹ Lenard 1936 zit. n. Gabriele Metzler, *Internationale Wissenschaft und nationale Kultur. Deutsche Physiker in der internationalen Community 1900–1960*, Göttingen 2000, S. 189. Vgl. ebenda, S. 183–201. Alan D. Beyerchen, *Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich*, Köln 1980, passim; Mark Walker, *National Socialism and German Physics*, in: *Journal of Contemporary History*, 1989, 24, S. 63–89 sowie Steffen Richter, *Die „Deutsche Physik“*, in: Herbert Mehrrens/Steffen Richter (Hg.), *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reichs*, Frankfurt am Main 1980, S. 116–141.

² Zit. n. Metzler, *Internationale Wissenschaft und nationale Kultur*, S. 194.

³ Vgl. Walker, *National Socialism and German Physics*, S. 70–73, Helmut Rechenberg, *Einleitung*, in: ders. (Hg.), *Werner Heisenberg. Deutsche und Jüdische Physik*, München/Zürich 1992, S. 7–20, hier S. 12f. sowie Dieter Hoffmann, *Carl Ramsauer, die Deutsche Physikalische Gesellschaft und die Selbstmobilisierung der Physikerschaft im „Dritten Reich“*, in: Helmut Maier

Drei Faktoren hatten zum Erfolg der theoretischen Physiker geführt. Erstens war es ihnen besser als den „Deutschen Physikern“ gelungen, innerhalb der NS-Polykratie einflussreiche Institutionen für sich zu mobilisieren. Heisenberg zum Beispiel hatte sich nach Starks Attacken im *Schwarzen Korps* persönlich an Himmler gewandt, und dieser hatte daraufhin der SS-Zeitung weitere Angriffe auf die theoretischen Physiker verboten.⁴ Zweitens beruhte die Intervention von NS-Funktionären wie Himmler und auch Göring zugunsten der Theoretiker darauf, dass ihnen diese hatten klar machen können, dass eine moderne Rüstungstechnik auf Erkenntnisse der theoretischen Physik zurückgreifen musste. Und drittens schließlich hatten die Theoretiker dem Regime indirekt angeboten, sich zu seinen weltanschaulichen Prinzipien zu bekennen, solange man in der Forschung die Plausibilität einer These weiterhin nach wissenschaftsimmanenten Kriterien bewerten dürfe. Die meisten deutschen theoretischen Physiker verzichteten zum Beispiel in der ersten Hälfte der 1940er Jahre darauf, im Zusammenhang mit der Relativitätstheorie Albert Einstein namentlich zu erwähnen.⁵ Und Carl Ramsauer, Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, unterschied in einer Denkschrift von 1942 zwischen dem auch in seinen Augen „berechtigten Kampf gegen den Juden Einstein“ und der schon wegen ihrer Kriegswichtigkeit notwendigen Akzeptanz der „modernen theoretischen Physik“.⁶ Daran, dass sie ihre Forschung engagiert in den Dienst der deutschen Kriegsanstrengungen stellten, ließen die theoretischen Physiker bis 1945 ohnehin keinen Zweifel und waren in Schlüsselpositionen der Rüstungsforschung aktiv.

Die offizielle Pflege absonderlicher bis esoterischer Forschungszweige während des Nationalsozialismus darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine wichtigsten forschungspolitischen Entscheidungsträger – etwa die Spitzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Reichsforschungsrates – spätestens ab Kriegsbeginn ein radikal pragmatisches Verhältnis zur Wissenschaft pflegten: Gefördert wurde, wer sich zu einigen wenigen Prinzipien – Einsatz für den „Endsieg“, Loyalität zum „Führer“ und Antisemitismus – bekannte und zugleich nützlich erschien. Im Rahmen des Engagements für diese Prinzipien herrschte dann ein

(Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002, S. 273–304, hier S. 289f.

⁴ Vgl. Walker, *National Socialism and German Physics*, S. 65–68.

⁵ Vgl. ebenda, S. 73–76.

⁶ Ramsauers Denkschrift an Reichserziehungsminister Rust vom 20.1.1942, zit. n. Hoffmann, Carl Ramsauer, hier S. 288.

– natürlich durch eben diese Prinzipien eingegrenzter – „Meinungsspielraum“.⁷ Die überwältigende Bereitschaft deutscher Wissenschaftler, sich in diesem Rahmen für den Nationalsozialismus zu engagieren, hat die neuere Wissenschaftsgeschichte treffend als deren „Selbstmobilisierung“ bezeichnet und damit scharf von älteren Deutungen eines Abseitsstehens oder eines gegen ihren Willen erfolgten „Missbrauchs“ der Forschung abgesetzt.⁸

Zu jenen deutschen Wissenschaftlern, die das Regime nicht zur Mitarbeit drängen musste, sondern die aus eigenem Antrieb danach strebten, die sich also „selbst mobilisierten“, gehörte der Anthropologe Otto Carl Reche, Direktor des Instituts für Rassen- und Völkerkunde der Universität Leipzig. Schon wenige Wochen nach dem Überfall auf Polen, nämlich am 29. September 1939, ließ Reche der SS aus eigener Initiative eine Denkschrift zugehen, die er mit „Leitsätze zur bevölkerungspolitischen Sicherung des deutschen Ostens“ überschrieben hatte. SS-Chef Himmler konnte Reches Gutachten entnehmen, dass die Polen „für die Aufnahme in den Volkskörper des deutschen Volkes schon rassisch (...) völlig unbrauchbar“ seien. Schließlich seien sie „ein sehr unglückliches Gemisch von Elementen der ‚präslawischen‘ (...), der ‚ostbaltischen‘ und der ‚ostischen‘ Rasse, mit stellenweise sehr stark bemerkbaren mongolischen Einschlägen. Eine Vermischung dieser nur sprachlich, aber nicht rassisch ‚slawischen‘ Bevölkerung mit Deutschen ist auf alle Fälle zu vermeiden; das lässt sich nur durch Entfernung der Polen erreichen.“ Bei manchen Polen könnten „Fachrassenkundler“ – also Experten wie Reche selbst – vielleicht noch „rassisch brauchbar(e)“ Elemente finden. Aber uneingeschränkt müsse gelten: „Vor allen Dingen müssen abgeschoben werden – möglichst bald – die in dem abzutretenden Gebieten wohnenden ca. 2 Millionen Juden und Judenmischlinge.“⁹

Eine Woche später als Reche brachte auch der junge Historiker Theodor Schieder – in Zusammenfassung der Diskussionen einer Gruppe von Kollegen – Gedanken über „Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostge-

⁷ Lutz Raphael, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2001, 27, S. 5–40, hier S. 12. Vgl. ebenda, S. 30f.

⁸ Vgl. Klaus Fischer, Repression und Privilegierung: Wissenschaftspolitik im Dritten Reich, in: Dietrich Beyrau (Hg.), *Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler*, Göttingen 2000, S. 170–194, hier S. 176f.

⁹ Reches Denkschrift zit. n. Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993, S. 351f., hier: S. 353. Vgl. Katja Geisenhainer, Institut für Rassen- und Völkerkunde der Universität Leipzig, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen*, München 2008, S. 276–283.

bieten“ zu Papier.¹⁰ In Details – etwa der Frage, wo künftig die Grenze zwischen dem „Reich“ und einem „polnischen Reststaat“ verlaufen solle – war Schieder bescheidener als manch anderer Planer. Die von ihm formulierten Prinzipien jedoch entsprachen den Grundauffassungen der NS-Politik: Der künftig deutsche Osten müsse ethnisch homogenisiert werden – Schieder sprach von einer „klare[n] Abgrenzung von polnischem und deutschem Volkstum, die die Gefahren völkischer und rassischer Vermischung und der Unterwanderung vermeidet“ – und dies werde nur durch „Bevölkerungsverschiebungen allergrössten Ausmasses“ möglich sein.¹¹ Im verbleibenden polnischen Siedlungsgebiet müsse durch „Entjudung“ Platz für die hierhin zu vertreibenden Polen geschaffen werden, wobei man mit der „Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten“ beginnen müsse.¹²

Schieder und Reche waren keine Ausnahmen, sondern verkörperten den allgemeinen Trend ihrer Kollegen im Herbst 1939. Mit dem Überfall auf Polen sahen deutsche Geistes- und Sozialwissenschaftler die Gelegenheit gekommen, ihre theoretischen Abhandlungen über einen in Osteuropa liegenden deutschen „Volks- und Kulturboden“ in praktische Politik zu übersetzen. Auf die Gebietsverluste im Gefolge des Versailler Vertrages und auf die Entstehung eines polnischen Nationalstaates hatten diese Wissenschaftler ab 1919 nicht etwa „nur“ mit der Vorstellung reagiert, diese Entwicklungen wieder rückgängig zu machen. Vielmehr wurde in der sogenannten „Ostforschung“ schnell eine Strömung vorherrschend, die für ein künftiges deutsches Großreich zum einen jene Gebiete reklamierte, in denen aufgrund ihrer Muttersprache als „Deutsche“ klassifizierte Menschen einen großen Bevölkerungsanteil bildeten (den sogenannten „Volksboden“), zum anderen aber auch jene Regionen, die in den vergangenen Jahrhunderten durch die Kolonisationsleistungen deutscher Minderheiten geprägt worden seien (den sogenannten „Kulturboden“). Durch die Erforschung der Geschichte, der Sprachen und Kulturen Osteuropas hatten diese Forscher ab 1919 in der deutschen Öffentlichkeit ein Argumentationsmuster etabliert, das eine territoriale Expansion in weite Teile Polens, des Baltikums und Südosteuropas zu legitimieren schien.¹³

¹⁰ Der Text ist dokumentiert in: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polen-Denkschrift vom 7. Oktober 1939. Eingeleitet und kommentiert von Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, 1992, 7, S. 62–94, bes. S. 84–91.

¹¹ Ebenda, S. 86f.

¹² Ebenda, S. 90.

¹³ Vgl. Ingo Haar, „Ostforschung“ und „Lebensraum“-Politik im Nationalsozialismus, in: Doris Kaufmann (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2000, S. 437–467, hier S. 438f.;

Als Legitimationsinstanz verlor diese Forschung mit dem militärischen Sieg über Polen relativ an Bedeutung, auch wenn die vermeintlichen Nachweise einer historischen Kolonisationsleistung und -mission „der Deutschen“ in Osteuropa weiter gebetsmühlenartig wiederholt wurden. Doch eigentlich schien nun der militärische Sieg selbst bereits eine hinreichende Legitimation für den deutschen Herrschaftsanspruch zunächst über die 1939 besetzten Teile Polens, ab 1941 auch über weitere Regionen zu bieten. Die bisherigen Legitimationswissenschaftler aus den Reihen der „Ostforschung“ verstanden sich nun primär als Experten für die ethnische, staatliche und ökonomische Neuordnung „des Ostens“. Sie verfassten – wie Reche und Schieder – Denkschriften und Gutachten für die Entscheidungsträger, in denen sie konkrete Ratschläge für die Besatzungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik formulierten. Auf der Basis demografischer und ökonomischer Daten machten sie Vorschläge für die Ziehung neuer Grenzen. Sie arbeiteten direkt in Planungsstäben der beteiligten Ministerien, Behörden und SS-Ämter und entwickelten deren Zielhorizonte und Maßnahmenprogramme mit – darunter die verschiedenen unter dem Terminus „Generalplan Ost“ zu subsumierenden Blaupausen für ein „germanisiertes“ Osteuropa. Sie bereiteten Daten über die Bevölkerung der besetzten Länder auf und stellten sie für konkrete Selektionsverfahren bereit. Auch in den diversen An- und Umsiedlungsstäben der SS waren wissenschaftlich ausgebildete Experten präsent, die Millionen Menschen als mehr oder minder „deutsch“ kategorisierten und damit über deren Schicksal mitentschieden.¹⁴ Erbforscher nutzten derweil die vom NS-Regime in Lagern gequälten Menschen als Probanden für ihre (künftiger Rassenpolitik dienende) Forschung. Der Genetiker Otmar von Verschuer etwa bezog 1943/44 von seinem als Lagerarzt in Auschwitz tätigen Assistenten Josef Mengele Blutproben von Häftlingen aus „den verschiedensten Rassengruppen“ (so Verschuer), mit deren Hilfe er untersuchen wollte, ob man die Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Rasse anhand spezifischer Eiweißkörper in seinem Blut bestimmen könne.¹⁵

Michael Fahlbusch, Für Volk, Führer und Reich! Die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften und Volkstumspolitik, 1931–1945, in: ebenda, S. 468–489, hier S. 479–485; Willi Oberkrome, Geschichte, Volk und Theorie. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutstums“, in: Peter Schöttler (Hg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt am Main 1997, S. 104–127; Ingo Haar, Leipziger Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenstiftung, in: Haar/ Fahlbusch (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, S. 374–382. Zeitgenössisch vgl. Albrecht Penck, Deutscher Volks- und Kulturboden, in: Karl Christian von Loesch (Hg.), Volk unter Völkern, Band 1, Breslau 1925, S. 62–73.

¹⁴ Vgl. Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 195–201, 232–303.

¹⁵ Verschuer in einem Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft vom 20. März 1944, in: Bundesarchiv, R 73/15342, fol. 65. Vgl. Benoit Massin, Mengele, die Zwillingforschung und

Das Engagement dieser Wissenschaftler für die deutsche Eroberungs- und Vernichtungspolitik ist nicht auf Zwänge, Opportunismus oder „Verführung“ beziehungsweise „Missbrauch“ durch die NS-Machthaber zurückzuführen – so die nach 1945 immer wieder aufgewärmten Entlastungsformeln der Betroffenen. Vielmehr benennt auch hier der Begriff der „Selbstmobilisierung“ den eigentlichen Zusammenhang: Auf der Basis eines nationalistischen, territoriale Expansion zulasten anderer Völker bejahenden Grundkonsenses stellten sich die Wissenschaftler auch dann willig bis begeistert in den Dienst der nationalsozialistischen Eroberungspolitik, wenn sie mit Details dieser Politik nicht einverstanden gewesen sein mögen. Weder Reche noch Schieder lieferten auf Befehl Denkschriften ab, sie ergriffen selbst die Initiative. Verschuer bedurfte keines fremden Auftrags für sein Interesse an der Frage, mithilfe welcher Indikatoren man Menschen unterschiedlicher „Rassen“ identifizieren könnte und angesichts des Forschungsstandortes Auschwitz dürfte er keinen Zweifel gehabt haben, wozu solche Diagnosetechniken dienen würden.

Die grauenhaften Dimensionen und die radikale Gewalttätigkeit jener Politik, der diese Forscher zuarbeiteten, darf aber nicht zu dem Fehlschluss verführen, bei den hier relevanten wissenschaftlichen Ideen habe es sich um ein in sich kohärentes weltanschaulich-theoretisches Konzept gehandelt. Auch wenn die konsensuale Zielutopie mit dem Begriff der ethnischen Homogenität beschrieben werden kann, so waren doch die auf dieses Ziel hin orientierten wissenschaftlichen Denkstile alles andere als homogen. Selbst grundlegende Paradigmen der Rassen- und Volkstumswissenschaften blieben bis 1945 zwischen den Akteuren umstritten: Sollte die zentrale analytische wie normative Kategorie jene einer mit den Adjektiven „arisch“, „nordisch“ oder „germanisch“ zu umschreibenden „Rasse“ sein? In welchem Verhältnis standen dann aber hierzu „Volk“ und „Volkstum“? War die Zugehörigkeit zu einem „Volk“ eindeutig durch die Erbanlagen eines Menschen determiniert? Oder konnten Menschen auch deshalb zu einem Volk gehören, weil sie seine Sprache sprachen, sich seine Kultur angeeignet hatten oder sich ihm politisch zuordneten? Im Rahmen einer vagen, von Wissenschaftlern wie politischen Entscheidungsträgern geteilten rassistisch-völkischen Leitvision herrschte auch hier eine „geduldete Mehrstimmigkeit“ (so die treffende Charakterisierung der NS-Wissenschaftspolitik durch Georg Bollenbeck).¹⁶

die „Auschwitz-Dahlem Connection“, in: Carola Sachse (Hg.), *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten. Dokumentation eines Symposiums*, Göttingen 2003, S. 201–254, hier S. 229–232.

¹⁶ Georg Bollenbeck, *Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt „semantischer Umbau der Geisteswissenschaften“*, in: ders./Clemens Knobloch

Für die hieraus erwachsenden wissenschaftlich-politischen Kontroversen möchte ich kurz einige Beispiele geben. So erklärte der Volkskundler Walter Kuhn im August 1939 die in Oberschlesien lebende Mischbevölkerung der sogenannten „Schlonsaken“ für „nach Abstammung und Mundart polnisch, aber nach Kultur und Gesinnung deutsch“. Da „im Osten“ „die nationale Gesinnung das einzig entscheidende“ sei, müssten die Schlonsaken als Deutsche klassifiziert und behandelt werden.¹⁷ Konsequente Rassisten mussten hierin eine Gefahr für die vermeintliche rassische Substanz des deutschen Volkes sehen. Der Raumplaner Walter Christaller lieferte zwar mit dem Konzept der um „zentrale Orte“ organisierten Räume ein für den Generalplan Ost grundlegendes Raumordnungsprinzip, zog aber dennoch – hierin den theoretischen Physikern vergleichbar – Kritik von Kollegen auf sich, weil er das aus deren Sicht doch im Kern „organische“ Verhältnis von Menschen zu ihrem Raum mathematisierte und keinen normativen Bezug auf Größen wie die „Volksgemeinschaft“ oder die vermeintliche Verwurzelung des deutschen Menschen in seinem Boden erkennen lasse.¹⁸

Um ein drittes und letztes Beispiel zu geben: Wie Ulrike Jureit eindrucksvoll herausgearbeitet hat, stritten um 1940 verschiedene Denkschulen nationalsozialistischer Staatsrechtswissenschaftler darum, in welchem Verhältnis Kategorien wie „Raum“, „Staat“, „Reich“, „Volk“ und „Rasse“ zueinander stünden (Michael Stolleis spricht hier zu Recht von „inhaltlich offenen Begriffsketten“).¹⁹ Im Kern ging es – bei grundsätzlichem Konsens darüber, dass dem deutschen Volk die Herrschaft über den europäischen „Großraum“ zustehe – um die Frage, ob Europa politisch in der Form eines (so Carl Schmitt und Ernst Rudolf Huber) „hegemonialen Föderalismus“ geordnet werden könne oder ob die Beherrschung eines Raums durch ein von einer spezifischen Rasse geprägtes Volk dessen Koexistenz mit anderen (sprich: „andersrassigen“) Völkern im selben geografischen Raum ausschließe (so Reinhard Höhn und Herbert Krüger).²⁰ Der politische Kern dieser wissenschaftlich

(Hg.), *Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945*, Heidelberg 2001, S. 9–40, hier S. 12. Vgl. auch Raphael, *Ordnungsdanken*, S. 28f.

¹⁷ Zit. n. Eduard Mühle, *Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung*, Düsseldorf 2005, S. 365.

¹⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden die grundlegende Studie von Ulrike Jureit, *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012, S. 296–311 sowie Ariane Leendertz, *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2008, S. 168–173.

¹⁹ Michael Stolleis, *Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland*, Band 3: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in Republik und Diktatur, 1914–1945, München 1999, S. 383.

²⁰ Huber zit. n. Jureit, *Das Ordnen von Räumen*, S. 361, vgl. ebenda S. 357–373. Zur Kontroverse zwischen Schmitt und den völkischen SS-Intellektuellen, vgl. bereits zuvor Ulrich Herbert,

ausgetragenen Debatte bestand also letztlich in der Frage, ob das deutsche Volk nach seinem Endsieg andere europäische Völker wie etwa Polen, Tschechen oder Ukrainer „nur“ beherrschen, ihnen aber ein Territorium belassen würde, oder ob diese Völker aus dem deutschen Großraum gänzlich verschwinden müssten. Kennzeichnend für diese und ähnliche Debatten war, dass sie jeweils parallel auf den Ebenen wissenschaftlicher Kommunikation – also auf Tagungen, durch Aufsätze, Bücher und Rezensionen – und politischer Konkurrenz ausgetragen wurden. Wo immer möglich wurden die Gegner im Meinungsstreit als „unechte“ Nationalsozialisten denunziert – so wurde Christaller mit seiner Vergangenheit als Sozialdemokrat konfrontiert, musste Schmitt mit der Klassifizierung als politischer Katholik und der Historiker Hermann Aubin mit Anspielungen auf seine nach NS-Kriterien zu einem Achtel jüdischen Ehefrau leben.²¹ Und wer im Spiel bleiben wollte, tat – ähnlich den theoretischen Physikern in ihrer Konkurrenz zur „Deutschen Physik“ – gut daran, sich institutionell an eindeutig linientreue Nationalsozialisten zu binden, wie Christaller es durch seine enge Kooperation mit dem Berliner Raumplaner und Agrarwissenschaftler Konrad Meyer tat, der im Auftrag Himmlers den Generalplan Ost entwickelte und mit einem interdisziplinären Forschungsprogramm begleitete.

Wenn man nach den Gründen für die Selbstmobilisierung deutscher Wissenschaftler für das NS-Regime im Allgemeinen und der uns hier interessierenden, weil an der wissenschaftlichen Fundierung der Besatzungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik beteiligten Forscher im Besonderen fragt, so waren meines Erachtens vier Faktoren ausschlaggebend, wobei drei von ihnen wiederum ihrerseits jeweils durch die Rahmenbedingungen des Krieges geprägt waren: erstens die politische Homogenisierung des wissenschaftlichen Personals ab 1933, zweitens das neuartige Gestaltungsversprechen, welches das NS-Regime den Wissenschaftlern gab, drittens die Ruhigstellung von Konkurrenzverhältnissen unter den Wissenschaftlern und schließlich viertens ein alle Differenzen im Detail marginal erscheinender politischer Grundkonsens zwischen Regime und Wissenschaftlern.

Zwischen 1933 und 1938 wurde mindestens ein Fünftel der deutschen Hochschulwissenschaftler aus politischen beziehungsweise rassistischen Gründen aus ihren Positionen vertrieben.²² Die „geduldete Mehrstimmigkeit“, von der ich gesprochen habe, war also zum einen radikal begrenzt: Jene, die grundsätzlich Wi-

Best: Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996, S. 271–279.

²¹ Vgl. Mühle, Für Volk und deutschen Osten, S. 106f. sowie Karl R. Kegler, Walter Christaller, in: Haar/Fahlbusch (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, S. 89–93.

²² Vgl. den Überblick bei Fischer, Repression und Privilegierung, hier S. 170f.

derspruch gegen das NS-Regime hätten erheben können, waren spätestens 1938 konsequent ausgegrenzt. Zum anderen hatten sich die übrig Gebliebenen sehr häufig schon allein dadurch an das Regime gebunden, dass sie der Vertreibung ihrer Kollegen nicht widersprochen oder sogar von ihr profitiert hatten. Dies trifft nicht zuletzt für viele junge Wissenschaftler zu, die während ihrer Studienzeit in den 1920er Jahren eine Sozialisation im völkischen Studentenmilieu erfahren hatten und nach 1933 als gerade promovierte oder habilitierte Nachwuchswissenschaftler dank der Vertreibung älterer Kollegen Karrieren machen konnten, von denen sie zuvor kaum hätten träumen können.

Neben unerwarteten Karrieren eröffnete der Nationalsozialismus den Wissenschaftlern auch – zumindest konnten und wollten sie das glauben – völlig neue Chancen zur Mitgestaltung der Gesellschaft. Dies galt bereits für die Vorkriegsjahre, aber noch viel intensiver für die Jahre der militärischen Eroberungen zwischen 1939 und 1942. Wer – wie etwa Konrad Meyer – die „Wirkungsmöglichkeiten“ seiner Forschung an den Dimensionen des seiner Planung „zur Verfügung stehenden Raumes“ maß und sich in diesem Sinne nach „Planungsfreiheit“ sehnte, für den verband sich mit der deutschen Expansion die Vision uneingeschränkter Gestaltungsmöglichkeiten.²³ Versuche der Raum- und Rassenwissenschaftler, das sogenannte „Altreich“ mithilfe des NS-Regimes nach ihren Wünschen radikal umzugestalten, scheiterten immer wieder an den taktischen Rücksichtnahmen der Machthaber auf die Bevölkerungstimmung. Im Unterschied dazu glaubten Wissenschaftler wie der am Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau tätige Ökonom Helmut Meinhold, das eroberte Polen sei „nahe der Tabula rasa“.²⁴ Natürlich wusste Meinhold, dass in dem Land um ihn herum sehr wohl Menschen lebten, städtische und industrielle Strukturen vorhanden waren. Aber er ging eben davon aus, dass die deutschen Besatzungsbehörden auf all dies keine Rücksicht nehmen und das Land den Wünschen der Planer gemäß zur „Tabula rasa“ machen würden. Der Raumplaner Gerhard Isenberg, Mitarbeiter Meyers in der Reichsstelle für Raumordnung, verglich 1942 ganz offen die Gestaltungsspielräume im „Reich“ mit jenen im „Osten“: „Im alten deutschen Siedlungsgebiet [...] muß sich die künftige Agrarverfassung selbstverständlich mehr auf die gewachsenen Verhältnisse und auf die Eigenart der Menschen einstellen.

²³ Meyer zit. n. Lutz Raphael, *Sozialexperten in Deutschland zwischen konservativem Ordnungsdenken und rassistischer Utopie (1918–1945)*, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*, München 2003, S. 327–346, hier S. 336.

²⁴ So Meinhold in einem Artikel von 1942, zit. n. Götz Aly und Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main 1993, S. 198.

Wir müssen einen etwas milderen Maßstab anlegen als in den neuen Ostgauen, wo alles von Grund auf neu aufgebaut wird.²⁵ Solche Wissenschaftler nahmen die reale Gewalt gegen die Bevölkerung der besetzten Regionen nicht einfach in Kauf, sondern setzten sie als notwendige Voraussetzung zur Erfüllung ihrer Gestaltungsvisionen voraus.

Der Krieg trug auch dazu bei, die Konkurrenzkämpfe zwischen älteren Ordinarien und Nachwuchswissenschaftlern vorläufig dadurch zu beruhigen, dass sich gerade den Letzteren in den diversen neuen anwendungsorientierten Forschungsinstituten, Dienststellen und Beratergremien – und hier eben vor allem „im Osten“ – Chancen zu schnellem Aufstieg boten, welche die Positionen der älteren Kollegen vorerst noch nicht direkt bedrohten. Bei diesen jüngeren Wissenschaftlern verband sich die Erfahrung, vom Regime gebraucht zu werden, mit einer generationellen Selbstinszenierung als radikal „sachliche“ Elite, deren legitimierende Differenz zur älteren Generation in der uneingeschränkten Bereitschaft lag, die weltanschaulichen Einsichten in praktisches und ohne Skrupel auch in gewaltsames Handeln zu übersetzen. Die hieraus signifikant häufiger als bei den älteren Kollegen erwachsende Bindung an die SS erhöhte die Einflusschancen und dynamisierte zugleich die bereits vorhandene weltanschauliche Grunddisposition.²⁶

Aber Machthaber und Wissenschaftler teilten ohnehin einen zwar im Einzelnen nicht ganz eindeutigen, aus Sicht der Akteure aber dennoch bis in die Endphase des Krieges tragfähigen Grundkonsens. Erstens waren sich alle darüber einig, dass das (jenseits der oben skizzierten Differenzen) vage als Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft aufgefasste „deutsche Volk“ den entscheidenden normativen Bezugspunkt darzustellen habe. Zweitens deutete man moderne Gesellschaften als in vielerlei Hinsicht „pathologisch“ und sah die Aufgabe von Wissenschaft und Politik in der Heilung durch radikale sozialchirurgische Eingriffe.²⁷ Damit verbunden war die Vorstellung, dass im „Social Engineering“ konstruktive und destruktive Elemente in einem Nullsummenspiel verbunden seien: Die Verwirklichung einer als positiv verstandenen Sozialutopie, etwa der „deutschen Volksgemeinschaft“, sei nur möglich zulasten von Gruppen, die nicht dieser Volksgemeinschaft zugeordnet waren. Damit ergab sich drittens ein Verständnis des 1939 begonnenen Krieges als „Daseinskampf“ des eigenen Volkes, der nur durch notfalls radikale Gewalt gegen andere Völker gewonnen werden

²⁵ Zit. n. Leendertz, *Ordnung schaffen*, S. 151.

²⁶ Vgl. Raphael, *Ordnungsdenken*, S. 14f., 34f.

²⁷ Vgl. ebenda, S. 24f.

konnte und – da das eigene Volk ja den obersten normativen Bezugspunkt darstellte – auch gewonnen werden musste. Dass hierfür unbedingte Loyalität dem „Führer“ gegenüber notwendig sei, erschien auch ansonsten regimeferneren Wissenschaftlern zumindest bis 1944 evident.

Ein viertes und letztes Konsenselement betraf speziell das Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und den Juden. Gleichgültig, welche Position ein Wissenschaftler zu den theoretischen Fragen von Rasse, Volkstum und Kulturboden vertrat und welche konkreten Strategien im Umgang mit weder deutschen noch jüdischen Bevölkerungen Europas er propagierte – vom Genozid über Vertreibung und Helotenschicksal bis zum „hegemonialen Föderalismus“ –, so war er sich doch mit seinen Kollegen darin einig, dass in dem von Deutschen bewohnten und beherrschten Raum nach dem Krieg keine Juden mehr leben würden. Dies schien allen das unumstrittene Minimum an ethnischer Homogenisierung des künftigen deutschen Lebensraums zu sein. Manche äußerten dies explizit, andere setzten in ihren bevölkerungspolitischen Rechenoperationen oder Raumplanungen das Nichtmehrvorhandensein der jüdischen Bevölkerung nach dem Krieg schlicht voraus.

Abschließend gilt es nun zu überlegen, in welchem Verhältnis die wissenschaftlichen Gutachten, Denkschriften, Datensammlungen zu der konkret realisierten Besatzungs- und Vernichtungspolitik standen. In manchen Bereichen war diese Beziehung eine sehr direkte: Wissenschaftler lieferten Daten über die Bevölkerung einer Stadt, einer Region und auf dieser Basis selektierten Besatzungsbehörden Menschen, vertrieben oder ermordeten sie. Bei vielen Denkschriften und Gutachten aber, die Wissenschaftler für NS-Herrschaftsinstitutionen geschrieben haben und aus denen Historiker immer wieder zitieren, können wir nicht rekonstruieren, wer sie wann gelesen hat und ob sie konkret einen Entscheidungsträger veranlasst haben, so oder so zu handeln. Generell tut man wohl gut daran, die konkrete Wirkung dieser Texte nicht zu überschätzen. Viele politische Entscheidungsträger hatten letztlich eine sehr geringe Meinung von Wissenschaft, wenn es um Fragen ging, in denen sie sich selbst aufgrund ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung ohnehin für Experten hielten. Das *Schwarze Korps* etwa spottete 1941 über den „hundertköpfigen, sich gegenseitig auffressenden Professorenationalsozialismus“ und stellte klar: „Was der Staat ist, wissen wir vom Führer, was andere darüber schreiben, berührt uns nicht. Der Führer braucht keine Professoren, um das auszuführen, was er vorbedacht hat.“²⁸

²⁸ So *Das Schwarze Korps* vom 31.7.1941, zit. n. Michael Grüttner, Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und die Geisteswissenschaften, in: Holger Dainat/Lutz Danneberg (Hg.), *Literaturwissenschaft und Nationalsozialismus*, Tübingen 2003, S. 13–39, hier S. 33.

Gerade jene gläubigen „alten Kämpfer“, von Hitler selbst über Alfred Rosenberg und Hans Frank bis Himmler, für welche die Eroberung und Germanisierung Osteuropas bereits seit den frühen 1920er Jahren zum selbstverständlichen Kern ihrer Weltanschauung geworden war – und zwar weniger aufgrund der Lektüre wissenschaftlicher Literatur, sondern eher auf der Basis von antisemitischen Pamphleten, Romanen, persönlichen Erfahrungen im Baltikum oder in Oberschlesien –, glaubten längst zu wissen, was in Osteuropa zu tun sei, bevor sie die erste Professorendenkschrift erreichte. „Gerade im Schlachthaus der besetzten Ostgebiete“, so hat es Lutz Raphael formuliert, „waren die wissenschaftlichen Experten keineswegs die allgewaltigen Lenker der Vernichtung, sondern [...] ‚mussten‘ sich häufig mit der Rolle der Mitdenker, Begleiter oder Nachplaner bereits beschlossener [...] Maßnahmen begnügen.“²⁹

Nicht unterschätzen darf man aber zwei Funktionen solch wissenschaftlicher Zuarbeit, auf die Susanne Heim, Götz Aly und Lutz Raphael mehrfach hingewiesen haben. Zum einen trugen Denkschriften, Vorträge oder Aufsätze nicht an der Spitze, sehr wohl aber in den mittleren Ebenen des Herrschaftsapparates, so Susanne Heim, „zur Formulierung eines common sense bei, der moralische Hemmschwellen zu überwinden half, indem er Vertreibung und [...] Massensmord“ als notwendige Mittel für die planvolle Gestaltung einer für die Deutschen glänzenden Zukunft erscheinen ließ.³⁰ Zum anderen führten die wissenschaftlichen Experten, so Lutz Raphael, „den politischen Machthabern der NS-Diktatur immer wieder die Machbarkeit ihrer radikalen Ziele vor Augen“.³¹ Dass man alle europäischen Juden ermorden und die slawischen Völker vertreiben beziehungsweise zu Heloten machen sollte, wussten Hitler und sein Umfeld auch ohne wissenschaftliche Erläuterung. Dass beziehungsweise wie dies aber in Gegenwart und naher Zukunft realisierbar sein würde, lernten sie erst ab 1939 schrittweise aus der Praxis der SS-Einsatzkommandos und eben wohl auch aus der Arbeit von Wissenschaftlern.

²⁹ Raphael, *Ordnungsdenken*, S. 37f.

³⁰ Susanne Heim, „Vordenker der Vernichtung“. Wissenschaftliche Experten als Berater der nationalsozialistischen Politik, in: Kaufmann (Hg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, S. 77–91, hier S. 89.

³¹ Raphael, *Sozialenxperten*, S. 329.

MIRIAM Y. ARANI

Der Reichsgau Wartheland als Experimentierfeld der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik

Nach dem militärischen Überfall auf Polen im September 1939 teilte das nationalsozialistische Regime die deutsch besetzten Gebiete Polens zum 26. Oktober 1939 auf in einen westlichen Teil, der dem Deutschen Reich zugeschlagen wurde (die „eingegliederten Ostgebiete“), und einen östlichen Teil (das „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“). Der „Reichsgau Wartheland“ wurde mit 43 943 qkm zur größten Verwaltungseinheit (48 Prozent) der vom Deutschen Reich annektierten Gebiete Westpolens.¹ Die äußeren Grenzen dieser Verwaltungseinheit wurden mehrfach verändert. Am 9. November 1939 erfolgte die größte Grenzverschiebung, da Arthur Greiser die Einbeziehung des Lodzer Gebiets in den Reichsgau Wartheland Hans Frank und den Reichsbe-

¹ Czesław Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939–1945)*, Poznań 1996, S. 7f.; vgl. auch Michael Alberti, „Exerzierplatz des Nationalsozialismus“. Der Reichsgau Wartheland 1939–1941, in: Klaus-Michael Mallmann/Bogdan Musiał (Hg.), *Genesis des Genozids. Polen 1939–1941*, Darmstadt 2004, S. 111–126. Der Erlass Hitlers betreffend Angliederung der westpolnischen Gebiete an das Deutsche Reich vom 8.10.1939, der zum 26.10.1939 in Kraft trat, ist abgedruckt in: Werner Röhr (Hg.), *Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945)*. Dokumentenedition, Köln 1989, Dok. 20, S. 126–128.

hörden gegenüber durchsetzte.² Hitler hatte Greiser am 8. September 1939 zum Chef der Zivilverwaltung³ beim Militärbefehlshaber in Posen (Poznan) sowie anschließend zum NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter⁴ des Warthelandes ernannt. Der ehemalige Danziger Senatspräsident der NSDAP genoss das Vertrauen wichtiger Funktionsträger in der Führungsspitze des nationalsozialistischen Staates, die ihm weitreichende Handlungsfreiheit einräumten. Als Chef der Zivilverwaltung beim Militärbefehlshaber in Posen erhielt er seine Befehle direkt von Hitler und besetzte die wichtigsten Positionen in der Zivilverwaltung seines neuen Herrschaftsgebiets mit ihm blind ergebenen und bereits erprobten Parteimitgliedern.⁵

Greisers Bevölkerungspolitik im Reichsgau Wartheland zielte auf dessen vollständige „Germanisierung“ in zehn Jahren. Die von den nationalsozialistischen Propagandainstitutionen gelenkten Massenmedien,⁶ der Austausch der polnischen Straßen- und Ortsnamen gegen deutsche⁷ wie auch ein Verbot, die polnische Sprache im öffentlichen Raum zu nutzen, erzeugten schon nach wenigen Monaten den Anschein, dass das Gebiet seit Langem deutsch sei. Faktisch stellten jedoch Polen bis 1945 mit einem Anteil von über 80 Prozent unzweifelhaft die Mehrheit der Bevölkerung in der Verwaltungseinheit.

Die seit Dezember 1941 vom SS-Sonderkommando Lange durchgeführten Vergasungen von etwa 160 000 Juden im Vernichtungslager Kulmhof am

² Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 5f.; vgl. Bruno Wasser, *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944*, Basel u. a. 1993, S. 20.

³ Jedem der in Polen operierenden Armeekorpskommandos der Wehrmacht war ein Chef der Zivilverwaltung mit einem eigenen Stab von Verwaltungsfachleuten zugeordnet. Ihnen oblag die Organisation der Besatzungsverwaltung, des Verkehrswesens, der Wirtschaft und die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit; ihnen unterstanden auch die örtlichen und territorialen Behörden; siehe Hans Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens*, Stuttgart 1977, S. 129; Röhr, *Okkupationspolitik*, S. 35.

⁴ Maria Rutowska/Maria Tomczak (Hg.), *Okupowany Poznań i Wielkopolska w niemieckich fotografiach i dokumentach (1939–1945). Ze zbiorów Instytutu Zachodniego w Poznaniu*, Poznań 2005, Dok. 24, S. 85 (Ernennungsurkunden zum Gauleiter und Reichsstatthalter).

⁵ Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 11. Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, 2. überarb. Ausgabe, Frankfurt am Main/Hamburg 1965, S. 29; Edward Serwański, *Wielkopolska w cieniu swastyki*, Warszawa 1970, S. 31, 45, 67f.

⁶ Miriam Y. Arani, *Fotografische Selbst- und Fremdbilder von Deutschen und Polen im Reichsgau Wartheland 1939–45. Unter besonderer Berücksichtigung der Region Wielkopolska*, Hamburg 2008, S. 226–349 (Pressefotografie im Kontext der nationalsozialistischen Propagandamittel).

⁷ Georg Hansen, „Damit wurde der Warthegau zum Exerzierplatz des praktischen Nationalsozialismus“. Eine Fallstudie zur Politik der Einverleibung, in: Christoph Kleßmann (Hg.), *September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen*. Göttingen 1989, S. 55–67.

Ner⁸ und die von der deutschen Zivilverwaltung zielstrebig herbeigeführte Verschlechterung der wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Lage der Polen im Warthegau⁹ charakterisierte die ungehemmte Destruktivität der Bevölkerungspolitik Greisers gegenüber Polen und Juden hinter den allgegenwärtigen Fassaden germanophiler Propaganda. Von Beginn an profilierte sich die deutsche Zivilverwaltung unter Greiser im Reichsgau Wartheland als eine negative Avantgarde. Sie nutzte die neu geschaffene Verwaltungseinheit des Deutschen Reiches als ein Experimentierfeld nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik, um hier besonders radikale Maßnahmen vor ihrer Übertragung auf andere Gebiete zu erproben.¹⁰

Viele Maßnahmen setzte die deutsche Zivilverwaltung im Warthegau infolge mündlicher Besprechungen oder auf Anweisung Greisers in die Tat um, noch bevor eine schriftliche Rechtsfertigungsgrundlage oder ein Rahmenplan auf Reichsebene existierten. Nicht selten wurde das Handeln der Zivilverwaltung erst nachträglich „legalisiert“. So schloss und beschlagnahmte die Gestapo nach dem deutschen Einmarsch Mitte September 1939 in Posen alle polnischen Verlagshäuser und Druckereien, doch ein schriftliches Dokument zur Legalisierung dieses Vorgangs verfasste Arthur Greiser als Chef der Zivilverwaltung erst nach der Schaffung vollendeter Tatsachen im Oktober 1939.¹¹

Wiederholt gingen in Greisers Verantwortungsbereich veranlasste bevölkerungspolitische Maßnahmen den auf Reichsebene vorgenommenen Planungen voraus. Beispielsweise löste die deutsche Zivilverwaltung auf Anweisung Greisers vom 20. September 1939 im Militärbezirk Posen alle legalen polnischen Organisationen auf und beschlagnahmte ihr Eigentum.¹² Ein schriftlicher Rahmenplan, der solche Maßnahmen vorsah, wurde erst danach auf Reichsebene in

⁸ Die hier gerundete Zahl in Kulmhof ermordeter Juden orientiert sich an den Zahlenangaben von Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 46. Siehe ausführlicher: Michael Alberti, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*, Wiesbaden 2005.

⁹ Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 185–193.

¹⁰ Vgl. Alberti, „Exerzierplatz“, S. 118, 123; Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 302; Röhr, *Okkupationspolitik*, S. 26f.

¹¹ Karol Marian Pospieszalski, *Hitlerowskie prawo okupacyjne w Polsce. Cześć I*, Poznań 1952, S. 66; Stanisław Nawrocki, *Hitlerowska okupacja Wielkopolski w okresie zarządu wojskowego wrzesień–październik 1939*, Poznań 1966, S. 228; „Verordnung über die Einziehung des Vermögens deutschfeindlicher Druckereibetriebe und Verlagsanstalten“ vom 10. Oktober 1939 und Durchführungsverordnung, in: *Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung beim Militärbefehlshabers in Posen*, 13.10.1939, Nr. 38f., S. 30.

¹² Serwański, *Wielkopolska*, S. 44–47.

Form einer Denkschrift des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP vom 25. November 1939 unter dem Titel „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten“ in Umlauf gebracht.¹³ Diese von Dr. Günther Hecht und Dr. Erhard Wetzel¹⁴ verfasste Denkschrift schlug, unter Bezug auf eine „völkerpsychologisch-rassenseelische“ Klassifizierung von Deutschen und Polen, zahlreiche Maßnahmen zur Diskriminierung der Polen in allen Lebensbereichen vor, darunter auch die Auflösung aller polnischen Organisationen und eine systematische Diskriminierung der Polen im Wirtschaftsleben. Nahezu alle in dieser Denkschrift vorgeschlagenen Maßnahmen setzte die deutsche Zivilverwaltung unter Greiser zwischen 1939 und 1945 sukzessive in die Tat um.

Die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen hatte einen experimentellen Charakter, der auf zwei Ebenen betrachtet werden kann:

1. hinsichtlich des Modellcharakters der Besatzungspolitik im gesamten deutsch besetzten Polen

2. hinsichtlich des Modellcharakters der Besatzungspolitik speziell im Reichsgau Wartheland.

Zu den experimentellen und modellhaften Maßnahmen der nationalsozialistischen Besatzungsmacht im gesamten deutsch besetzten Polen, die später auf andere Gebiete übertragen wurden, zählen insbesondere antijüdische Maßnahmen wie die Kennzeichnung von Juden an ihrer Oberbekleidung, ihre Ghettoisierung und die Deportation in Vernichtungslager. Im Unterschied dazu ist die nahezu vollständige Umsetzung der oben genannten Denkschrift des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP speziell für die Bevölkerungspolitik im Warthegau charakteristisch. Hier wurde der politische Willen der NSDAP experimentell und modellhaft umgesetzt, der andernorts aus verschiedenen Gründen nicht verwirklicht werden konnte.

¹³ Das Dokument ist ungekürzt in deutscher Sprache abgedruckt in: Pospieszalski, Hitlerowskie prawo, S. 2–28. Vgl. zur Ahndung der „Schreibtischtäter“ Wetzel und Hecht in der Bundesrepublik: Ernst Klee, Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- und Judenmord, 11. Aufl., Frankfurt am Main 2001, S. 216–218.

¹⁴ Wetzel arbeitete ab 1941 als Referent für Rassenpolitik im Ministerium für die besetzten Gebiete im Osten. In dieser Funktion befasste er sich u. a. mit den für die „Lösung der Judenfrage erforderlichen [...] Vergasungsapparaten“ und begutachtete im April 1942 den vom Reichssicherheitshauptamt um die Jahreswende 1941/42 bearbeiteten „Generalplan Ost des Reichsführers SS“, der die Aussiedlung von 80 bis 85 % der Bevölkerung Polens nach Sibirien vorsah. Siehe Czesław Madajczyk, Der Generalplan Ost, in: Gert Gröning, Planung in Polen im Nationalsozialismus, Berlin 1995, S. 7–14, hier S. 8; vgl. Luczak, Pod niemieckim jarzmem, S. 52; Wasser, Himmlers Raumplanung, S. 52, S. 241, Anm. 37.

HERREN UND KNECHTE

Bereits in seiner ersten programmatischen Rede am 21. September 1939 in Posen formulierte Arthur Greiser das Ziel, in dem nun von ihm verwalteten Gebiet einen „Mustergau des Großdeutschen Reiches“ zu schaffen.¹⁵ Die von ihm durchgeführten Maßnahmen sollten als Modell nationalsozialistischer Politik für das gesamte Deutsche Reich dienen,¹⁶ wobei er besonders betonte, dass nun „deutsche Herren“ über „polnische Knechte“ herrschen werden. Die militärisch besiegte polnische Zivilgesellschaft sollte zu einer ungebildeten Masse willkürlich einsetzbarer Handlungsgehilfen ohne eigene Mitspracherechte und Entscheidungsbefugnisse umgeformt werden. Die hierarchische Ordnung zwischen den zwei Nationalitäten wurde erst im weiteren Zeitverlauf mit der nationalsozialistischen Rassenideologie verknüpft.

Um das bevölkerungspolitische Ziel zu erreichen, den Polen im Warthegau lediglich ein Lebensrecht in dienender Funktion zu gewähren, wurde die polnische Intelligenz direkt und indirekt vernichtet. Eine der ersten gegen die polnische Zivilgesellschaft gerichteten Gewaltmaßnahmen war die von Greiser in Kooperation mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA)¹⁷ in Berlin von der zweiten Septemberwoche 1939 an durchgeführte „politische Flurbereinigung“ im Gebiet des Warthegau: Im Schatten der Wehrmacht tätige „Einsatzgruppen der Sipo“ erschossen bis zum Jahresende 1939 rund 10 000 „führende“ Polen, die zuvor in „Sonderfahndungslisten“ des Sicherheitsdienstes (SD) der SS erfasst worden waren.¹⁸ Arthur Greiser nahm im Herbst 1939 als einziger Chef der Zivilverwaltungen der deutschen Militärbefehlshaber an den Besprechungen Reinhard

¹⁵ Rutowska/Tomczak, *Okupowany Poznań*, Dok. 25, S. 85 (*Posener Tageblatt* vom 22.9.1939).

¹⁶ Vgl. Alberti, „Exerzierplatz“, S. 113. Bezogen auf die Machtverhältnisse im Reichsgebiet fungierte der Warthegau beispielsweise als Experimentierfeld dafür, inwiefern die evangelische und katholische Kirche entmachtet werden könne.

¹⁷ Vgl. Reinhard Rürup (Hg.), *Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“*. Eine Dokumentation, 13. Aufl., Berlin 2001, S. 70–81; Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

¹⁸ Für die Durchführung der sogenannten politischen Flurbereinigung im Militärbezirk Posen war der Chef der Zivilverwaltung beim Militärbefehlshaber zuständig, vgl. Broszat, *Polenpolitik*, S. 20; Nawrocki, *Hitlerowska okupacja Wielkopolski*, S. 207; Stanisław Nawrocki, *Policja hitlerowska w tzw. Kraju Warty 1939–1945*, Poznań 1970, S. 35–45; Serwański, *Wielkopolska*, S. 48; vgl. Dorothee Weitbrecht, *Der Exekutionsauftrag der Einsatzgruppen in Polen*, Filderstadt 2001, S. 46f.

Heydrichs, dem Leiter des RSHA,¹⁹ mit den Leitern der „Einsatzgruppen“ zur Planung ihres Vorgehens in Polen teil.²⁰

Darüber hinaus zerstörte die deutsche Zivilverwaltung schon im September 1939 das gesamte polnische Bildungssystem im Gebiet des späteren Reichsgau Wartheland,²¹ um die polnische Bevölkerung in eine den deutschen Besatzern dienende Funktion zu zwingen. Sie wies den Polen nach der Verhängung eines Arbeitszwangs unabhängig von ihrer Qualifikation und ihrer vorausgehenden beruflichen Position über die deutschen Arbeitsämter ausschließlich Tätigkeiten als „ungelernte Arbeiter“ und Hilfskräfte zu.²²

REICHSKOMMISSAR FÜR DIE FESTIGUNG DEUTSCHEN VOLKSTUMS

Am 6. Oktober 1939 hatte Hitler in einer Reichstagsrede erstmals offiziell die Umsiedlung von „Volksdeutschen“ in das Gebiet des Deutschen Reiches angekündigt. Die Umsetzung dieser Aufgaben übertrug er dem Reichsführer SS und Chef der Polizei Heinrich Himmler, den er mit einem auf den 7. Oktober 1939 datierten Geheimerlass zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) ernannte. Himmler sollte für eine „neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ in den eroberten Ostgebieten sorgen und „bessere Trennungslinien“ zwischen den „Volksgruppen“ herstellen. RKF-Beauftragter im Warthegau wurde Arthur Greiser,²³ der alle damit verbundenen Aufgaben über den Höheren SS- und Polizeiführer in Posen in die Tat umsetzte. Die Aufgaben lauteten:

1. die „Gestaltung neuer Siedlungsgebiete durch Umsiedlungen“
2. die „Ausschaltung“ von „volksfremden“ Bevölkerungsteilen, die „eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“, sowie

¹⁹ Vgl. Rürup, *Topographie*, S. 63f., 70.

²⁰ Vgl. Weitbrecht, *Exekutionsauftrag*, S. 39, 58.

²¹ Bereits am 20.9.1939 verordnete Greiser eine Entlassung aller polnischen Lehrer; am 25.9.1939 folgte die Schließung aller polnischen Schulen; vgl. Serwański, *Wielkopolska*, S. 46, 203; ausführlich Hans-Christian Harten, *De-Kulturation und Germanisierung: Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945*, Frankfurt am Main 1996. Vor dem Krieg besuchten 85 % aller schulpflichtigen Kinder eine Schule und der Anteil der Analphabeten in Posen lag 1931 bei 2,8 %; ebenda, S. 191, Anm. 6.

²² Siehe Karol Marian Pospieszalski, *Polska pod niemieckim prawem 1939–1945*, Poznań 1946, S. 108f.; Serwański, *Wielkopolska*, S. 161–163, 179f.; Rutowska/Tomczak, *Okupowany Poznań*, Dok. 21, S. 64.

²³ Broszat, *Polenpolitik*, S. 64f.

3. die „Rückführung“ von „in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland“.²⁴

Wie eine direkte „Ausschaltung“ der „volksfremden“ Bevölkerungsteile kurzfristig verwirklicht wurde, wurde bereits skizziert: Potenzielle polnische Führungskräfte wurden umgebracht, in Konzentrationslager²⁵ bzw. Haftanstalten eingewiesen oder ins Generalgouvernement ausgesiedelt. Die Zerschlagung des polnischen Bildungswesens sollte längerfristig jegliches Nachwachsen gebildeter und intelligenter Polen verhindern, die zu einem politischen Widerstand gegen die nationalsozialistischen Besatzer fähig sein könnten.

DEUTSCHE VOLKSLISTE

In Hitlers Erlass vom 8. Oktober 1939 über die Angliederung der westpolnischen Gebiete an das Deutsche Reich war auch die rechtliche Unterscheidung ihrer Einwohner hinsichtlich ihres Anspruchs auf die deutsche Staatsbürgerschaft vorgesehen.²⁶ Unmittelbar nach Inkraftsetzung dieses Erlasses am 26. Oktober 1939 schuf die Zivilverwaltung des Reichsgau Wartheland – entsprechend dem für den NS-Staat charakteristischen „gesetzlichen Rechtsabbau“ (Martin Broszat) – ein rechtliches Instrument zur Ungleichbehandlung der ortsansässigen Bevölkerung: Gestützt auf einen Erlass des Reichsinnenministeriums vom 26. Oktober 1939 zur Erfassung der „ehemals polnischen Staatsangehörigen deutschen Volkstums“ ordnete Greiser am 28. Oktober 1939 die Einrichtung eines Büros der „Deutschen Volksliste“ (DVL) für sein neues Herrschaftsgebiet an. Als Leiter dieses Büros setzte er Dr. Karl Albert Coulon ein, der zugleich sein „Volkstumsreferent“ und Leiter des „Gauamts für Volkstumsfragen“ der NSDAP war; später ging die Leitung des DVL-Büros an Dr. Herbert Strickner über.²⁷

²⁴ Vgl. ebenda, S. 22; Serwański, Wielkopolska, S. 61, 116; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main 1991, S. 125; Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 13. Aufl., München 1992, S. 395–397; Hans Buchheim u. a., Anatomie des SS-Staates, 6. Aufl., München 1994, S. 182–200; Witte u. a., Dienstkalender, S. 50–54 u. Anm. 154; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 190–192. Auszüge aus dem Erlass vom 7.10.1939 in: Röhr, Okkupationspolitik, S. 55 u. Dok. 19, S. 126f.

²⁵ Rutowska/Tomczak, Okupowany Poznań, Dok. 13, S. 52 (Geheime Anordnung zur Errichtung von Konzentrationslagern im Regierungsbezirk Posen vom 27.11.1939).

²⁶ Vgl. Röhr, Okkupationspolitik, Dok. 20, S. 127–129, hier S. 128.

²⁷ Vgl. zur Deutschen Volksliste in Posen die früheste Quellenedition: Karol Marian Pospieszalski, Niemiecka Lista Narodowa w „Kraju Warty“. Wybór dokumentów z objaśnieniami w języku polskim i francuskim, Poznań 1949; Broszat, Polenpolitik, S. 115 u. Anm. 13; Röhr, Okkupationspolitik, S. 60f.

Das in Posen im Herbst 1939 entwickelte Verfahren zur Aufnahme in die „Deutsche Volksliste“ bezweckte auf den ersten Blick nur eine Erfassung von „Deutschen“. Doch faktisch bewirkte es eine Aussonderung aller „Fremdvölkischen“ und die Schaffung einer dauerhaften Rechtsungleichheit innerhalb der Bevölkerung nach „völkischen“ Kriterien.²⁸ Zeitlich parallel dazu verlief in der Verwaltungseinheit die Registrierung von Juden.²⁹ Im Reichsgau Wartheland führte das DVL-Verfahren zu einer Klassifizierung von lediglich 12 Prozent der Bevölkerung als „Deutschen“, während die anderen 88 Prozent damit *ex negativo* und *de facto* entrechtet wurden. Mithilfe dieses Verfahrens teilte die deutsche Zivilverwaltung die ortsansässige Bevölkerung in vier Kategorien auf³⁰:

1. „deutsche Reichsbürger“ mit allen Rechten
2. „Volksdeutsche“ als Staatsbürger auf Widerruf mit verminderten Rechten
3. rechtlich diskriminierte „Schutzangehörige polnischen Volkstums“³¹ sowie
4. „Juden“ und „Zigeuner“ als Menschen ohne Rechtsstatus.

Die „Deutsche Volksliste“ diente als ein „legalistisches“ Instrument zur Selektion und Segregation der Bevölkerung und entrechtete sowohl die polnische Mehrheit als auch die jüdische Minderheit. Über diese staatsangehörigkeitsrechtliche Unterscheidung von Deutschen, Polen und Juden hinaus erließ die Zivilverwaltung im Warthegau ab Herbst 1939 zahlreiche Vorschriften in Verbindung mit drakonischen Strafandrohungen, die jegliche freundschaftlichen oder verwandtschaftlichen Kontakte zwischen Deutschen, Polen und Juden verhindern sollten.³² Dazu kamen vielfältige Maßnahmen, um die nach völkisch-rassistischen Kriterien unterschiedenen Ortsansässigen in allen Lebensbereichen sozialräumlich voneinander zu trennen.³³ Zudem wurden die polnischen und jüdischen Bewohner des

²⁸ Siehe Broszat, Polenpolitik, S. 117.

²⁹ Anordnung Heydrichs vom 21.9.1939, vollständig abgedruckt in: Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hg.), Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkriegs, 2. Aufl., Berlin 1961, Dok. 1, S. 37–41: Zählung der jüdischen Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich durch die jüdischen Gemeinden bzw. „Ältestenräte“ der Juden.

³⁰ Vgl. Broszat, Polenpolitik, S. 124, 126; Röhr, Okkupationspolitik, S. 60.

³¹ Für Polen wurde der aus der deutschen Kolonialzeit übernommene Rechtsstatus eines „Schutzangehörigen“ des Deutschen Reiches eingeführt; siehe Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981, S. 323.

³² Czesław Łuczak (Hg.), Położenie ludności polskiej w tzw. Kraju Warty w okresie hitlerowskiej okupacji, Poznań 1990, S. 180f.

³³ Vgl. hierzu insbesondere die Quellenedition: Łuczak, Położenie ludności polskiej. Siehe bei-

Reichsgau Wartheland im weiteren Zeitverlauf in Analogie zur Judengesetzgebung im Reichsgebiet in wachsendem Maß einem diskriminierenden „Sonderrecht“³⁴ unterworfen, beispielsweise einem speziellen Strafrecht, das für Polen und Juden andere Straftatbestände und erheblich höhere Strafmaße vorsah als für Deutsche.³⁵

Das Rassenpolitische Amt der NSDAP und Hitlers Stellvertreter hielten das in den ersten Kriegsmonaten unter Greiser im Warthegau entwickelte DVL-Verfahren für vorbildlich. Heinrich Himmler erließ am 12. September 1940 seine Einführung im März 1941 in allen „eingegliederten Ostgebieten“ des Deutschen Reiches, wobei im Unterschied zum ursprünglichen Verfahren dem „rassischen“ Wert der Antragsteller ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen wurde.³⁶

Während im Reichsgau Wartheland mit dem DVL-Verfahren ab Ende 1939 eine Exklusion möglichst vieler Polen angestrebt wurde,³⁷ nutzten es andere Verwaltungseinheiten häufiger zu einer utilitaristisch motivierten Inklusion von Polen in die Kategorie der „deutschen Staatsbürgerschaft auf Widerruf“.³⁸ Im Anschluss wurde das DVL-Verfahren auch in Böhmen und Mähren, im Generalgouvernement, im Reichskommissariat Ukraine und im deutsch besetzten Nordfrankreich angewendet.³⁹ Das im Warthegau entwickelte Verfahren sollte – wie ein Vermerk aus dem Jahr 1943 unter dem Titel „Anregungen zur Lösung der Fremdvolkfrage im großdeutschen Raum (Europa)“ belegt⁴⁰ – wenn möglich Gültigkeit in allen Gebieten unter deutscher Herrschaft erlangen.

spielsweise auch Rutowska/Tomczak, *Okupowany Poznań*, Dok. 27, S. 91 (ausdrücklich wiederholtes Verbot des Reichsstatthalters vom 28.5.1941 betr. des außerdienstlichen Besuchs polnischer Gaststätten für deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte).

³⁴ Siehe Majer, „Fremdvölkische“, S. 337; vgl. auch Karol Jońca, *Nationalsozialistisches Recht im besetzten Polen (1939–1945)*, in: *Polnische Weststudien*, 1964, 3, S. 239–262.

³⁵ Broszat, *Polenpolitik*, S. 133–137; Röhr, *Okkupationspolitik*, Dok. 97, S. 209f.

³⁶ Vgl. Broszat, *Polenpolitik*, S. 118–123; Pospieszalski, *Niemiecka Lista Narodowa*, S. 261ff., 359; Majer, „Fremdvölkische“, S. 425; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 262, 264. Die Anordnung zur DVL für alle eingegliederten Gebiete ist abgedruckt in *Reichsgesetzblatt I*, 1941, S. 118.

³⁷ Die Antragsteller im DVL-Verfahren wurden im Warthegau ab 1941/42 zusätzlich einer „rassischen Musterung“ nach Maßgabe des RuSHA unterzogen; siehe Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“.

³⁸ Vgl. Röhr, *Okkupationspolitik*, S. 61, 385 (Tabelle 17: DVL in den annektierten Gebieten 1944); Harten, *De-Kulturation*, S. 105–107.

³⁹ Vgl. Broszat, *Polenpolitik*, S. 124; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 169, 276, 282.

⁴⁰ Vermutlich von Hermann Krumej, dem Leiter der „Umwandererzentralstelle“ im Reichsgau Wartheland, verfasstes Dokument vom 15.6.1943; nach Wasser, *Himmlers Raumplanung*, S. 22 u. Anm. 27.

UMSIEDLUNG, AUSSIEDLUNG, ANSIEDLUNG

Das Ende 1939 in Berlin eingerichtete RKF-Stabshauptamt zielte ebenfalls auf eine völkisch-rassische Segregation und Hierarchisierung der Bevölkerung im deutsch besetzten Osten. Anfangs bezogen sich die Gesamtplanungen dieses Amtes auf das annektierte Westpolen und hierbei insbesondere auf den Reichsgau Wartheland.⁴¹ Die als erster „Generalplan Ost“ geltende Denkschrift der RKF-Planungsabteilung mit dem Titel „Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete“ vom Januar 1940⁴² beschrieb den Istzustand und das bevölkerungspolitische Ziel folgendermaßen: In den „eingegliederten Ostgebieten“ leben 1,1 Millionen Deutsche, deren Zahl auf 4,5 Millionen erhöht werden soll, damit die deutsche Bevölkerung wieder auf den Stand von 1914 gebracht wird, d. h. auf einen Anteil von 50 Prozent Deutschen an der Gesamtbevölkerung. Zu diesem Zweck sollen 3,4 Millionen Polen vertrieben werden.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die deutsche Zivilverwaltung im Reichsgau Wartheland bereits Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis ergriffen. Nachdem Himmler am 30. Oktober 1939 als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ eine Anordnung zur „Germanisierung“ der „eingegliederten Ostgebiete“ erlassen hatte,⁴³ siedelte die Zivilverwaltung des Warthegaus umgehend in Kooperation mit dem RKF unterstellten Organisationen Personen deutscher Herkunft aus den sowjetisch beherrschten Gebieten an (ab November 1939) und Polen und Juden ins Generalgouvernement aus (ab Dezember 1939). Die Durchführung dieser Bevölkerungsverschiebungen wurde zwei Sonderstäben übertragen: der „Einwandererzentralstelle“ (EWZ) und der „Umwandererzentralstelle“ (UWZ).

Die EWZ wurde am 8. Oktober 1939 vom RSHA Amt III (SD) und dem Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) der SS in Berlin als Sammeldienststelle zur Einbürgerung von Personen deutscher Herkunft mit fremder Staatszugehörigkeit gegründet. Ein anfangs in Gdingen tätiger Sonderstab der EWZ verlegte seinen Sitz in der Folge nach Posen und schließlich in den Kreis und die Stadt

⁴¹ Vgl. Broszat, Polenpolitik, S. 64f.; Serwański, Wielkopolska, S. 61f.; Aly/Heim, Vordenker, S. 125f., 129, 147; Łuczak, Pod niemieckim jarzmem, S. 71; Peter Witte u. a. (Hg.), Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, Hamburg 1999, S. 51, 53f.

⁴² Czesław Madajczyk (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München u. a. 1994, Dok. 1, S. 3–14. Zur Datierung siehe Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 90, Anm. 208.

⁴³ *Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce*, 1960, XII, S. 9f. (Anordnung I/II des RFSS/RKF vom 30.10.1939).

Litzmannstadt, wo bereits Ende 1939 Fabrikhallen, Schulen und andere große Gebäude als „Übergangslager“ für Ansiedler deutscher Herkunft von der EWZ konfisziert worden waren.⁴⁴ Auf Greisers Betreiben hin wurden 85 Prozent aller in die „eingegliederten Ostgebiete“ umgesiedelten „Volksdeutschen“ – bis einschließlich November 1944 insgesamt etwa 537 000 Personen – in den Reichsgau Wartheland gebracht.⁴⁵

Die UWZ wurde im Unterschied zur EWZ am 11. November 1939 beim Höheren SS- und Polizeiführer in Posen als Sonderstab zur Umsiedlung von Polen und Juden gegründet und unterstand dem RKF und den RSHA-Ämtern III (SD) und IV (Gestapa) in Berlin. Dieser Sonderstab wurde im März 1940 umbenannt in „Umwandererzentralstelle“, nach Litzmannstadt verlegt und von da an von Hermann Krumej geleitet. Außer für die Aussiedlung der Polen und Juden war die UWZ auch zuständig für eine „rassische“ und politische Überprüfung der auszusiedelnden Polen.⁴⁶ Verglichen mit den anderen Gebietseinheiten im deutsch besetzten Polen wurde die größte Anzahl von Polen – bis Oktober 1944 rund 435 000 Personen – aus dem Reichsgau Wartheland ausgesiedelt. Davon wurden fast 300 000 ins Generalgouvernement abgeschoben, rund 125 000 zur Zwangsarbeit oder zur „Germanisierung“ ins Reichsgebiet und etwa 23 000 zur Zwangsarbeit nach Frankreich transportiert. Darüber hinaus siedelte die UWZ von Oktober 1939 bis einschließlich Februar 1940 über 100 000 als Juden klassifizierte polnische Staatsbürger aus dem Warthegau in das Generalgouvernement aus.⁴⁷ Bereits im ersten großen Sammellager der UWZ in Posen zur Aussiedlung von Polen, das nur von November 1939 bis Mai 1940 existierte, wurden einige von ihnen „rassisch“ untersucht⁴⁸ und die Transporte der Polen jüdischer Religion oder Herkunft in das Generalgouvernement von denen anderer polnischer Staatsbürger separiert.⁴⁹

⁴⁴ Vgl. Broszat, Polenpolitik, S. 67, 96; Serwański, Wielkopolska, S. 149; Aly/Heim, Vordenker, S. 151, 164; Łuczak, Pod niemieckim jarzmem, S. 71; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 196–248.

⁴⁵ Nach Łuczak, Pod niemieckim jarzmem, S. 70.

⁴⁶ Vgl. Broszat, Polenpolitik, S. 66, 85f., 89, 93, 95; Serwański, Wielkopolska, S. 119, 129; Röhr, Okkupationspolitik, S. 56, 128f., 238f., 356f.; Łuczak, Pod niemieckim jarzmem, S. 52–57; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 197f., 224f., 230.

⁴⁷ Łuczak, Pod niemieckim jarzmem, S. 53, 56; vgl. hierzu auch Maria Rutowska, Wyszczepienie ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939–1941, Poznań 2003; dies., Lager Głowna. Niemiecki obóz przesiedleńczy na Główniej w Poznaniu dla ludności polskiej (1939–1940), Poznań 2008.

⁴⁸ Rutowska, Lager Głowna, S. 59f. u. Dok. 7, S. 638.

⁴⁹ Siehe die „Judentransportlisten“ in: ebenda, S. 591–629 (13.12.1939), 630f. (2.4.1940), 632f. (6.4.1940).

Nachdem die EWZ und die UWZ im Frühjahr 1940 in Litzmannstadt ihren Sitz bezogen hatten, wo gleichzeitig eines der zwei größten Ghettos für Juden im deutsch besetzten Polen entstand, wurde diese Stadt zum administrativen und logistischen Zentrum der Bevölkerungsselektion und -dislokation im Auftrag des RKF. Im weiteren Verlauf dehnte die UWZ ihre Aktivitäten von Litzmannstadt auf Gebiete außerhalb des Reichsgau Wartheland aus, u. a. auf Oberschlesien und Ostpreußen. Ihr Vorgehen diente auch als Muster bei der Aussiedlung von Bauern in Kärnten und der Steiermark. Eine treibende Rolle spielte sie insbesondere 1942 bei der Übertragung von bevölkerungspolitischen Konzepten aus dem Reichsgau Wartheland auf den Distrikt Lublin⁵⁰ im Generalgouvernement, wo sie zusammen mit der EWZ und dem SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik im Kreis Zamość zwecks „Germanisierung“ mit ungeheuerlicher Brutalität in kürzester Zeit eine Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung erzwang.⁵¹

Auf einen Erlass Himmlers hin wurde im November 1940 aus der UWZ Litzmannstadt heraus eine spezielle „Rasse- und Siedlungs“-Dienststelle⁵² gegründet, um „rassisch wertvolle“ Menschen aus der polnischen Gesellschaft zu isolieren und sie zu Deutschen umzuerziehen. Dieses Selektionsverfahren zur Auswahl von Menschen mit „nordischen Rassemerkmalen“ unter den „Fremdvölkischen“ wurde in der Amtssprache der deutschen Zivilverwaltung euphemistisch als „Wiedereindeutschungsverfahren“ (WED) bezeichnet; es wurde später auch in anderen vom Deutschen Reich annektierten und besetzten Gebieten eingeführt.⁵³ Ab 1941 wurden auf diese Weise im deutsch besetzten Polen insbesondere „rassisch einwandfreie“ Dienstmädchen für deutsche Männer rekrutiert.⁵⁴

Den traurigen Höhepunkt der im Reichsgau Wartheland 1940 entwickelten Selektionsverfahren in Bezug auf vermeintliche „Träger germanischen Blutes“ stellt das Entreißen „rassisch wertvoller“ polnischer Kinder aus Waisenhäusern, von Pflege- oder Adoptiveltern usw. dar, die in verschiedenen geheimen Einrichtungen zu Deutschen umerzogen werden sollten bzw. wurden.⁵⁵ In der Folgezeit

⁵⁰ Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 53.

⁵¹ Czesław Madajczyk, *Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS*, Warszawa 1979; Wasser, *Himmlers Raumplanung*.

⁵² RuSHA-Außenstelle Litzmannstadt.

⁵³ Vgl. Broszat, *Polenpolitik*, S. 100, 123f.; Harten, *De-Kulturation*, S. 292f.; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 198ff., 251–254, 282–288, 292–300.

⁵⁴ Vgl. Harten, *De-Kulturation*, S. 312; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 288–291.

⁵⁵ Vgl. Broszat, *Polenpolitik*, S. 124; Majer, „Fremdvölkische“, S. 699; Harten, *De-Kulturation*, S. 300–307; Łuczak, *Położenie ludności polskiej*, S. 73f., 172ff., 177f.; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 171, 173, 180; Ines Hopfer, *Geraubte Identität. Die gewaltsame „Eindeutschung“ von polnischen Kindern in der NS-Zeit*, Wien u. a. 2010.

verschleppte ein Verbund mehrerer nationalsozialistischer Organisationen auch im Generalgouvernement, in den deutsch besetzten Gebieten der Sowjetunion und anderen Gebieten als „rassisch wertvoll“ klassifizierte Kinder.

SCHWÄCHUNG DES BIOLOGISCHEN POTENZIALS

Im Jahr 1941 ging die deutsche Zivilverwaltung im Reichsgau Wartheland von einer direkten Verminderung der polnischen Bevölkerung durch Hinrichtung, Haft, Aussiedlung und Zwangsarbeit im Reich über zu indirekten Methoden ihrer Verminderung. Bereits die Denkschrift des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP vom November 1939 enthielt verschiedene Vorschläge zur „biologischen Schwächung“ der Polen, beispielsweise durch eine Einschränkung ihrer medizinischen Versorgung und die Förderung der Geburtenbeschränkung.⁵⁶

In diese Richtung gehende bevölkerungspolitische Vorschläge wurden 1941 auf Reichs- und Gauebene verstärkt diskutiert: Sowohl das Reichsinnenministerium als auch der Reichsgesundheitsminister befassten sich im Mai 1941 mit der Frage, wie die Geburtenrate der Polen gesenkt werden könne, und favorisierten die Heraufsetzung des Heiratsalters für Polen.⁵⁷ Zwei im August und Oktober 1941 im Reichsgau Wartheland verfasste Denkschriften forderten darüber hinaus u. a. die Trennung von polnischen Ehepartnern durch eine Verschickung zur Zwangsarbeit an verschiedene Orte und breit angelegte Sterilisationen von Polen.⁵⁸ Im September 1941 ordnete Reichsstatthalter Greiser die Heraufsetzung des Heiratsalters für polnische Männer auf 28 Jahre und für polnische Frauen auf 25 Jahre an.⁵⁹ Zu diesem Zeitpunkt hatten die erschwerten Lebensbedingungen für Polen im Reichsgau Wartheland bereits zu einer niedrigeren Reproduktionsrate geführt: Während in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 auf 1000 Personen bei Deutschen 14,1 Geburten kamen, waren es bei Polen nur 8,6. Auch die Sterblichkeit der Kinder lag mit 14,9 Prozent bei den polnischen Kindern deutlich höher als bei den deutschen (7,9 Prozent).⁶⁰ Über den Reichsgau Wartheland hinaus wurde insbesondere bei den „Fremdarbeiterinnen“ und „Fremdarbeitern“

⁵⁶ Pospieszalski, *Hitlerowskie prawo okupacyjne*, S. 26f.

⁵⁷ Łuczak, *Położenie ludności polskiej*, S. 23.

⁵⁸ Es handelt sich um die Denkschrift über die „Bevölkerungspolitik des Polentums“ vom 25. August 1941 aus den Akten des Inspektors der Sipo und des SD in Posen sowie die Denkschrift über „Erb- und Rassenpflege“ von Dr. Herbert Grohmann, Obermedizinalrat beim städtischen Gesundheitsamt Litzmannstadt; nach Serwański, *Wielkopolska*, S. 187–189.

⁵⁹ Ebenda, S. 189.

⁶⁰ Ebenda, S. 190.

aus Polen und den besetzten Gebieten der Sowjetunion im Reichsgebiet eine biologische Reproduktion gezielt verhindert.⁶¹

Der Reichsgau Wartheland diente nicht nur als bevölkerungspolitisches Experimentierfeld. Greiser und die nationalsozialistische Führung erprobten hier auch wirtschaftspolitische Maßnahmen, die nach einem Test in dieser Verwaltungseinheit auf andere besetzte Gebiete übertragen wurden. Beispielsweise wurden von der Ostdeutschen Landbewirtschaftungsgesellschaft mbH („Ostland“) zunächst im Reichsgau Wartheland erprobte Verfahrensweisen mit konfiszierten Landgütern und Bauernhöfen anschließend im deutsch besetzten Norden Frankreichs angewendet. Auch das Aussiedlungsverfahren ortsansässiger Bauern in den Ardennen folgte dem Vorbild im Reichsgau Wartheland.⁶²

AKADEMIKER IM DIENST DER BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Das bevölkerungspolitisch ausgerichtete Social Engineering im Kontext der nationalsozialistischen Expansionskriege nach Osten war die Voraussetzung für eine Ausdehnung des Wirkungsbereichs von deutschen Akademikern, die der nationalsozialistischen Rassendoktrin im engeren und weiteren Sinn entsprachen. Die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik im Reichsgau Wartheland eröffnete für sie verschiedene außeruniversitäre und universitäre Tätigkeitsfelder. Neue außeruniversitäre Wirkungsmöglichkeiten entstanden beispielsweise in der Raum- und Siedlungsplanung. Da nicht nur die Städte Posen und Litzmannstadt, sondern auch Kleinstädte und Dörfer nun „deutsch“ gestaltet werden sollten, waren 1941 für den Warthegau über 100 Pläne für Neubauten ganzer Ortskerne bis hin zu Details der Innenausstattung einzelner Häuser in Arbeit.⁶³

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Bevölkerungspolitik im Reichsgau Wartheland gestaltete sich folgendermaßen: Die Wissenschaftler betätigten

⁶¹ Vgl. die drakonischen Strafen für die als „Sittlichkeitsverbrechen“ geahndeten sexuellen Kontakte mit der deutschen Bevölkerung, den diskriminierenden Ausschluss aus den Privilegien der Mutterschutzgesetze, die Förderung von Abtreibungen und frühem Kindstod. Siehe dazu beispielsweise Bernhild Vögel, „Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen“. Braunschweig, Broitzener Straße 200, Hamburg 1989; PDF-Ausgabe von 2005, verfügbar unter: <http://www.birdstage.net/images/entbindungsheim.pdf> [28.02.2014]; siehe auch Silke Schneider, *Verbotener Umgang. Ausländer und Deutsche im Nationalsozialismus. Diskurse um Sexualität, Moral, Wissen und Strafe*, Baden-Baden 2010.

⁶² Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 166.

⁶³ Niels Gutschow/Barbara Klain, *Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939–1945*, Hamburg 1994, S. 41–47 (Planungen im Reichsgau Wartheland), hier S. 46; siehe auch Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 89–92.

sich als „Mitdenker“ und „Nachplaner“ der von der NSDAP- und SS-Führung bereits beschlossenen Maßnahmen. Dabei verstanden sich die politischen Entscheidungsträger selbst als Experten und nutzten den Wissenschaftsbetrieb außer zur Datenbeschaffung zur öffentlichen Legitimation und wissenschaftlichen Bestätigung der „Machbarkeit“ ihrer Politikziele.⁶⁴

Diese Beziehung zwischen totalitärer Politik und Wissenschaft lag insbesondere der während des Krieges im Reichsgau Wartheland neu eröffneten „Reichsuniversität Posen“ zugrunde: Ihr feierlicher Gründungsakt fand am 20. April 1941, dem Geburtstag des „Führers“, statt und wurde von allen deutschen Radiosendern übertragen.⁶⁵ Die neue nationalsozialistische Universität sollte ein Zentrum deutscher Ostforschung werden und die im Warthegau betriebene Bevölkerungspolitik wissenschaftlich unterstützen. Ihre Forschungsaktivitäten sollten sich zunächst auf das ehemalige Westpolen konzentrieren, um anschließend weiter im Osten liegende Gebiete miteinzubeziehen.⁶⁶

Die Verquickung der wissenschaftlichen Forschung an der Reichsuniversität Posen mit der in wachsendem Maße rassenbiologisch verstandenen Bevölkerungspolitik im Reichsgau Wartheland fand deutlichen Ausdruck in der Auswahl ihres Gründungsrektors: Mit SS-Standartenführer Professor Peter Johannes Carstens wurde diese Position mit einer Person besetzt, die einerseits auf Agrarwissenschaft, Tierzucht und die Genetik der Haustiere spezialisiert war und andererseits als Stabsführer im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und Leiter des SS-Ansiedlungsstabes beim Höheren SS- und Polizeiführer in Posen fungierte.⁶⁷

⁶⁴ Siehe den Beitrag von Patrick Wagner „Wissenschaft im Dienst der totalitären Ideologie“ in diesem Band.

⁶⁵ Harten, *De-Kulturation und Germanisierung*, S. 157; vgl. Heinrich Schwendemann/Wolfgang Dietzsch, *Hitlers Schloß. Die „Führerresidenz“ in Posen*, Berlin 2003, S. 102f. Vgl. als Ego-Dokument eines bereits vor der offiziellen Gründung in der Universität tätigen Anthropologen, der seine Forschungsgegenstände von der Gestapo in Posen bezog: Götz Aly (Hg.), *Das Posener Tagebuch des Anatomen Hermann Voss*, in: *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Nr. 4: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie, Berlin 1987.

⁶⁶ Reichsuniversität Posen 1941 nach Harten, *De-Kulturation und Germanisierung*, S. 157f., vgl. Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Köln 1988, S. 343; Dariusz Matelski, *Ludność niemiecka w Kraju Warty (1939–1945)*, in: Andrzej Sakson (Hg.), *Polska – Niemcy – Mniejszość niemiecka w Wielkopolsce. Przeszłość i teraźniejszość*, Poznań 1994, S. 117; Schwendemann, *Hitlers Schloß*, S. 102. Zuletzt: Błażej Biłkowski, *Utopie einer besseren Tyrannis. Deutsche Historiker an der Reichsuniversität Posen (1941–1945)*, Paderborn 2011.

⁶⁷ Madajczyk, *Okkupationspolitik*, S. 343; Matelski, *Ludność niemiecka*, S. 117; Harten, *De-Kulturation und Germanisierung*, S. 157; Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 297 (mit weiteren Literaturangaben); vgl. Schwendemann, *Hitlers Schloß*, S. 102f.

Diese Personalie lässt erkennen, dass und wie die SS ihre Bevölkerungspolitik in Zusammenarbeit mit der Reichsuniversität Posen wissenschaftlich zu legitimieren bestrebt war.⁶⁸

Mit der neuen Universität waren weitere wissenschaftliche Einrichtungen im Warthegau verbunden, deren Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit einer möglichst schnellen Verwirklichung der bevölkerungspolitischen Ziele der NSDAP im Osten standen. Beispielsweise befasste sich eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe für „Ostsiedlung“ der „Reichsstiftung für deutsche Ostforschung“ mit Plänen zur weiteren „Germanisierung“ des Warthegaus und der Bevölkerungselektion nach völkisch-rassischen Kriterien.⁶⁹ Als außeruniversitäre Forschungseinrichtung im Warthegau wurde u. a.⁷⁰ die „Arbeitsgemeinschaft Posen-Litzmannstadt“ geführt, in der seit Mai 1942 u. a. Himmler, Greiser und der Arzt der Waffen-SS, Dr. Kurt Blome, die Durchführbarkeit der Ermordung von 35 000 tuberkulosekranken Polen diskutierten.⁷¹

Der „Volkstumsspezialist“ des SD Herbert Strickner, der inzwischen das DVL-Büro in Posen⁷² leitete, suchte ebenfalls die Nähe zum Universitätsbetrieb, um die von der DVL bewirkte Hierarchisierung nach ethnischer Herkunft wissenschaftlich besser untermauern zu können. Er hatte bereits in einem 1942 veröffentlichten Bericht seine „rasse- und völkerkundlichen“ Erkenntnisse bei der Umsetzung des Volkslistenverfahrens zusammengefasst, wobei er sich insbesondere den aus Sicht der nationalsozialistischen Rassendoktrin inakzeptablen deutsch-polnischen „Mischehen“ im Warthegau widmete.⁷³

⁶⁸ So Harten, *De-Kulturation und Germanisierung*, S. 108.

⁶⁹ Ebenda, S. 162f.; Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 296; vgl. auch Madajczyk, *Okkupationspolitik*, S. 343.

⁷⁰ Diese außeruniversitären Forschungseinrichtungen operierten teilweise unter Tarnbezeichnungen. Nach außen hin als „Krebsforschung“ deklariert wurden beispielsweise in einer streng bewachten Einrichtung nahe Posen unter Leitung des Arztes der Waffen-SS Dr. Kurt Blome in baulich abgesicherten Räumen Kampfstoffe zur biologischen Kriegsführung (Gase, Bakterien) an Menschen erforscht. Das Institut beschäftigte 86 Wissenschaftler. Siehe Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 297; vgl. Schwendemann, *Hitlers Schloß*, S. 103 u. Anm. 97.

⁷¹ Vgl. Harten, *De-Kulturation und Germanisierung*, S. 162. Die Korrespondenz zwischen Greiser, Himmler und Blome ist abgedruckt in: Łuczak, *Położenie ludności polskiej*, Dok. I–43, S. 40–46.

⁷² Vgl. Pospieszalski, *Niemiecka Lista Narodowa*; Broszat, *Polenpolitik*, S. 115 u. Anm. 13; Röhr, *Okkupationspolitik*, S. 60f.; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 261 u. Anm. 221.

⁷³ Er gelangte darin zu dem Ergebnis, dass „rassisch höherwertige“ deutsche Männer Verführungskünsten „minderwertiger“ polnischer Frauen erliegen würden und dass das DVL-Verfahren eine weitere Aufnahme von „ostischem Blut“ verhindern müsse.

Wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur weitergehenden Professionalisierung der Selektion der Bevölkerung in der Verwaltungseinheit lieferte 1942/43 der „Völkerpsychologe“ Rudolf Hippius. Er führte im Jahr 1942 an der Reichsuniversität Posen in Zusammenarbeit mit Konrad Lorenz als Biologen und SS-Sturmbannführer Herbert Strickner als Verbindungsmann zur Zivilverwaltung ein Forschungsprojekt durch, dessen Gegenstand „eignungspsychologische und charakterologische Wertigkeitsuntersuchungen“ an Polen und deutsch-polnischen „Mischlingen“⁷⁴ waren. Seine 1943 unter dem Titel „Volkstum, Gesinnung und Charakter“ veröffentlichten Untersuchungsergebnisse⁷⁵ entsprachen der bevölkerungspolitischen Zielsetzung, Polen und deutsch-polnische „Mischlinge“ allen als „deutsch“ klassifizierten Menschen gegenüber mit psychologischen Argumenten abzuwerten. Im gleichen Jahr untersuchte Hippius mit seinen Mitarbeitern von der Universität im Auftrag der „Reichsstiftung für Ostforschung“ zusammen mit Herbert Strickner und der RuSHA-Außenstelle Litzmannstadt im Rahmen einer Probeerfassung die Einwohner mehrerer Landkreise des Warthegaus „rasse- und völkerpsychologisch“.⁷⁶

Die Forschungsgegenstände und -ergebnisse von Rudolf Hippius zeigen, wie die Fachwissenschaft Psychologie im bevölkerungspolitischen Kontext des Warthelands genutzt wurde, um das nationalsozialistische Ideal der „Reinrassigkeit“ mithilfe einer wissenschaftlichen Legitimation über diese Verwaltungseinheit hinaus durchzusetzen. Die Fragestellung und der Geltungsbereich seiner Aussagen sollten – der Zielsetzung der Reichsuniversität Posen entsprechend – über den Reichsgau Wartheland hinausreichen.

Im Hinblick auf die Akzeptanz der bevölkerungs- und siedlungspolitischen Zielvorstellungen der nationalsozialistischen Führung in der deutschen Gesellschaft sind die Ergebnisse einer zu einem früheren Zeitpunkt durchgeführten Untersuchung von Rudolf Hippius und seinem Mitarbeiter J. G. Feldmann besonders aufschlussreich. Sie untersuchten von Herbst 1940 bis ins Frühjahr 1941 hinein die Siedlungsbereitschaft deutscher Soldaten im Osten und befragten zu diesem Zweck 4697 in Posen stationierte deutsche Soldaten. 20 Prozent der Sol-

⁷⁴ Die „Mischlings“-Untersuchungen betrafen die Gruppen III und IV der DVL; vgl. Harten, De-Kulturation und Germanisierung, S. 168.

⁷⁵ Ab 1942 war Hippius Mitarbeiter des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete und lehrte an der Deutschen Universität Prag Sozial- und Völkerpsychologie (Heydrich-Stiftung); nach Harten, De-Kulturation und Germanisierung, S. 161, 165.

⁷⁶ Vgl. Pospieszalski, Niemiecka Lista Narodowa, S. 206f. (vorläufiger Abschlussbericht der Probeerfassung); Harten, De-Kulturation und Germanisierung, S. 105, 108–110, 137; Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 265–268, 274–279.

daten beurteilten die Perspektive, sich im Reichsgau Wartheland anzusiedeln, positiv im Hinblick auf mögliche materielle Vorteile und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, 10 Prozent äußerten sich dazu unentschieden und 70 Prozent negativ. Die Aussiedlung der Polen beurteilten 50 Prozent der Soldaten positiv und 50 Prozent negativ. Für ihre Siedlungsbereitschaft war ein „nationalpolitisches“ Motiv unter den Befragten mit Abitur stärker ausgeprägt als bei den Befragten mit mittlerer Reife oder Volksschulabschluss, bei denen materielle Gründe als Motiv überwogen. Während die beruflichen Aufstiegswünsche der Abiturienten mit dem Wunsch korrespondierten, die Polen auszusiedeln, bezogen die beruflichen Zukunftsentwürfe der Volks- und Mittelschüler die polnische Bevölkerung als „helfenden Faktor“ mit ein; zum Teil äußerten sie Empathie für deren Heimatgefühle.⁷⁷ Die Ergebnisse dieser Untersuchung stimmen überein mit anderen, verstreut überlieferten Quellen aus dem Reichsgau Wartheland, die auf eine stärkere bevölkerungspolitische Radikalisierung der Deutschen mit höherem Bildungsgrad schließen lassen. Selbstverständlich bedürfte dieser Sachverhalt einer weiteren Untersuchung, die im gegebenen Rahmen nicht vorgenommen werden kann.

In diesem skizzenhaften Überblick zur Bevölkerungspolitik im Reichsgau Wartheland sollte jedoch deutlich geworden sein, wie eng diese einerseits mit den Planungen auf Reichsebene und andererseits mit einer wissenschaftlichen Begleitung vor Ort verknüpft war.

⁷⁷ Hippus/Feldmann 1942 nach Harten, *De-Kulturation*, S. 161–166; vgl. Łuczak, *Pod niemieckim jarzmem*, S. 73.

MAGDALENA GAWIN

„Flurbereinigung“. Der Zusammenhang zwischen der Vernichtung der polnischen Intelligenz und der nationalsozialistischen Rassenhygiene

„So sind die Entstehung der modernen Wissenschaft und das
Aufbrechen der Mystik zwei sich bedingende,
aber gegensätzliche Vorgänge.“
Edgar Julius Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen¹

Als Raphaël Lemkin, ein aus Polen stammender Jurist, nach einem neuen Wort zur Beschreibung der verbrecherischen Politik der Deutschen im besetzten Europa suchte, entschied er sich, auf dieselbe Etymologie zurückzugreifen, derer sich einst Francis Galton, der Autor des Terminus Eugenik, bedient hatte. Sein Vorschlag „genocide“ – Völkermord –, den er in seinem Buch „Axis Rule in Occupied Europe“² machte, ist zum anerkannten Terminus für die Beschreibung einer Politik geworden, die eine biologische Ausrottung oder Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen zum Ziel hat. Lemkin schrieb:

¹ Edgar Julius Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich, Berlin 1930, S. 375.

² Raphaël Lemkin, Axis Rule in Occupied Europe. Laws of Occupation, Analysis of Government, Proposals for Redress, New York 1973.

„In the occupied countries of ‚people of non-related blood‘, a policy of depopulation is pursued. Foremost among the methods employed for this purpose is the adoption of measures calculated to decrease the birthrate of the national groups of non-related blood, while at the same time steps are taken to encourage the birthrate of the *Volksdeutsche* living in these countries. Thus in incorporated Poland marriages between Poles are forbidden without the special permission of the Governor (*Reichsstatthalter*) of the district [...]. The birthrate of the undesired group is being further decreased as a result of the separation of males from females by deporting them for forced labor elsewhere. Moreover, the undernourishment of the parents, because of discrimination in rationing, brings about not only a lowering of the birthrate, but a lowering of the survival capacity of children born of underfed parents. As mentioned above, the occupant is endeavoring to encourage the birthrate of the Germans. Different methods are adopted to that end. Special subsidies are provided in Poland for German families having at least three minor children. Because the Dutch and Norwegians are considered of related blood, the bearing, by Dutch and Norwegian woman, of illegitimate children begotten by German military men is encouraged by subsidy.“³

Das Problem des Einsatzes verschiedener biologischer Instrumentarien und Techniken mit dem Ziel einer Selektion oder Ausrottung von Bevölkerungsgruppen wurde bisher vor allem aus der Sicht Westeuropas beschrieben. Hier ist insbesondere eine Strömung der deutschen Historiografie zu erwähnen, für die unter anderem die deutschen Forscher Detlev Peukert, Schmuhl Hans-Walter und Werner Röhr repräsentativ sind. Bei ihrer Suche nach den Gründen für die Massenmorde an der Zivilbevölkerung griffen sie auf eine modernisierungstheoretische Interpretation des Nationalsozialismus und der Veränderungen zurück, die in der deutschen Wissenschaft vor sich gingen.⁴ In ihren Untersuchungen zur wissenschaftstheoretischen Evolution, den Paradigmen in der modernen Psychiatrie und Anthropologie kamen sie zu dem Schluss, dass die nationalsozialistische und vor dem Jahr 1933 die deutsche Version der Eugenik/Rassenhygiene die wichtigste theoretische Grundlage des Holocausts war. Ihre Aufmerksam-

³ Ebenda, S. 86f.

⁴ Vgl. Werner Röhr, *Rasizm, polityka i ekonomia a ludobójstwo niemieckich faszystów. O utylitarystycznej funkcji eksterminacji dla „modernizacji” i „nowego porządku” okupowanej przez nazistów Europy*, in: *Nazizm, Trzecia Rzesza a procesy modernizacji*, hg. von Hubert Orłowski, Poznań 2000, S. 535–563; Hans-Walter Schmuhl, *Zreformowana psychiatria a masowa zagłada*, in: *ders.*, S. 381–418; Detlev J. K. Peukert, *Codziennosc i barbarzyństwo. O normalności Trzeciej Rzeszy*, in: *ebenda*, S. 150–166; *ders.*, *Geneza „rozwiązania ostatecznego” wyprowadzona z ducha nauki*, in: *ebenda*, S. 205–233.

keit konzentrierte sich auf die sogenannte Euthanasie von deutschen Patienten in psychiatrischen Krankenhäusern und Kliniken (die Aktion trug den Decknamen T4), die dem Holocaust vorausgegangen war. Man stellte fest, dass den Massenmorden an psychisch Kranken die von Juristen und Ärzten geprägten Kategorien Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ oder Beseitigung von „Ballastexistenzen“ zugrunde lagen, die anschließend auf eine bedeutend größere Gruppe übertragen wurden – auf die europäischen Juden. An psychisch Kranken wurde, wie die deutschen Forscher zeigten, in mehreren Euthanasie-Anstalten in Deutschland die Technik des effizienten Tötens in Gaskammern getestet, die später bei der Vernichtung eines Großteils der sechs Millionen europäischen Juden eingesetzt wurde. Dieselben Expertengruppen, die die Selektion der psychisch Kranken durchführten, wurden anschließend in den Vernichtungslagern eingesetzt. Die Analogie zwischen der Aktion T4 zur Judenvernichtung bzw. die bewusste Nachahmung der Aktion T4 führte Peukert zu der lapidaren Feststellung, dass „Hadamar Auschwitz voranging“ und dass diesen beiden geplanten Morden das wissenschaftliche Paradigma der nationalsozialistischen Eugenik/Rassenhygiene zugrunde lag.

Die modernisierungstheoretische Interpretation des Genozids erlangte an Bedeutung angesichts der Karrieren führender Theoretiker der deutschen Eugenik, die in entscheidenden Institutionen des Nazisystems Posten besetzten, die Schirmherrschaft über die Zwangssterilisation oder die verbrecherische Aktion T4 innehatten und „wissenschaftliche“ Argumente für die Vernichtung von Zigeunern, Juden oder Slawen lieferten. Die Namen Ernst Rüdin, Otmar Freiherr von Verschuer, Erwin Baur, Fritz Lenz oder Eugen Fischer sind der Beginn einer langen, unrühmlichen Liste deutscher Wissenschaftler, die einen unbestreitbaren Anteil an den verbrecherischen Praktiken des Dritten Reiches hatten und die nach dem Krieg – mit wenigen Ausnahmen – strafrechtlich nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.⁵

Nicht ohne Bedeutung für die Erforschung der Eugenik und Rassenhygiene war in den 1990er Jahren die Erschließung von Archivmaterialien zu den 30 000

⁵ Ein Beispiel dafür ist die wissenschaftliche Nachkriegskarriere von Verschuer. Vor dem Krieg war er Genetiker und Pionier auf dem Gebiet der Zwillingsforschung. Er wurde als parteiloser Fachmann angesehen, der NSDAP trat er erst im Jahr 1940 bei. Drei Jahre später, im Jahr 1943, schickte er seinen Assistenten Dr. Josef Mengele nach Auschwitz, mit dem er gemeinsame Forschungsprojekte im Bereich der Genetik und Vererbungslehre durchführte. Nach dem Krieg wurde Verschuer an der Universität Münster angestellt, wo er seine wissenschaftliche Karriere als Genetiker fortsetzte. Vgl. Benno Müller-Hill, *The Blood from Auschwitz and the Silence of the Scholars*, in: *History and Philosophy of the Life Sciences*, 1999, Bd. 21, S. 331–365.

Opfern des sogenannten Euthanasie-Programms im Dritten Reich. Die Analyse des Archivmaterials ermöglichte Korrekturen der bisherigen Befunde, dass die Selektion Arbeitsunfähige und Juden betroffen hatte. Es zeigte sich, dass das wichtigste Kriterium der Selektion von Kranken für die Vernichtung nicht eugenische Indikationen waren, sondern ökonomische.⁶ Eine beträchtliche Anzahl von Büchern, Artikeln, größeren oder kleineren Beiträgen beweist das zunehmende Interesse am Schicksal der psychisch Kranken im Dritten Reich, das als eine Art Präludium des Holocaust behandelt wird.

Kaum Beachtung geschenkt wird in den deutschen und österreichischen Studien jedoch dem Beginn, der Dynamik und den mit der Vernichtung von psychisch Kranken in den besetzten Gebieten, darunter auch in Polen, einhergehenden Prozessen. Die Liquidierung der Krankenhäuser in den Gebieten, die direkt dem Deutschen Reich einverleibt wurden – in Pommern, Schlesien, dem Warthe-land –, wird als Teil der Aktion T4 behandelt, diejenigen auf dem Territorium des Generalgouvernements (GG) hingegen nur als ihr Abklatsch.

Das Füllen dieser „polnischen Lücke“ erlaubt nicht nur, die bisherigen Forschungen auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Eugenik in den Jahren des Zweiten Weltkriegs zu ergänzen, sondern stellt ein wichtiges Korrektiv für die zwischen dem Holocaust und der Aktion T4 gezogenen Vergleiche dar. Auf diese Weise kann auch die gezielte, planmäßige Vernichtung der polnischen Intelligenz mit in den Blick genommen werden, ein Prozess, der nicht nur eng mit der Vernichtung der Kranken im besetzten Polen zusammenhängt, sondern sich aus denselben biopolitischen Annahmen der nationalsozialistischen Eugenik/Rassenhygiene ableitete.

DIE VERNICHTUNG DER POLNISCHEN INTELLIGENZ IN LOKALEN GEMEINSCHAFTEN

Für die Ausrottung der polnischen Intelligenz gab es verschiedene Bezeichnungen. Im GG (Generalgouvernement) war es die „Aktion AB“ (Außerordentliche Befriedungsaktion), in Großpolen, der Region Lodsch, und dem westlichen Masowien die „Intelligenzaktion“ und in Pommern die „Direkte Aktion“. Die Ausrottung der Intelligenz erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1939 bis 1940. Diese Daten sind symbolischer Natur, denn die Vernichtung der gebildeten Schichten war bis zum Ende der Okkupation Teil der deutschen Politik. Es

⁶ Vgl. Maike Rotzoll u. a. (Hg.), Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart, Paderborn 2010.

wird geschätzt, dass infolge der Ausrottungsaktion in den polnischen Gebieten in den ersten beiden Jahren der Okkupation 100 000 Menschen umkamen, darunter Frauen, Studenten, Gymnasialschüler und Kinder.⁷ Etwa 50 000 Vertreter der polnischen Intelligenz starben bei Exekutionen, noch einmal so viele in Konzentrationslagern und Gefängnissen.

Die bekanntesten Hinrichtungsstätten waren der Wald von Spengawskan (las Szpegawski), Mischke (Mniszek), Piasnitz (Piaśnica) in Pommern, das Fort VII bei Posen in Großpolen, Palmiry in Masowien, darüber hinaus Hunderte abgeschiedener, meist im Wald gelegener Orte in der Nähe von Städten und Städtchen in ganz Polen. Einsatzgruppen durchkämmten polnische Städte und Städtchen auf der Suche nach den Personen auf den schwarzen Listen: Pädagogen, Ärzten, Juristen, Geistlichen, Verwaltungsbeamten, Politikern, gesellschaftlichen Aktivisten. Fünfzehn der fünfundzwanzig Führer der Einsatzgruppen und kleinerer Einsatzkommandos, die die Ausrottung der polnischen Intelligenz überwachten, besaßen eine solide Ausbildung und konnten sich mit einem Dokortitel schmücken.⁸ Timothy Snyder bemerkte dazu: „In gewisser Hinsicht töteten sie ihre Kollegen.“⁹

Das größte Ausmaß nahmen die Verbrechen in den Gebieten an, die direkt dem Deutschen Reich eingegliedert worden waren, insbesondere in Pommern, wo 40 000 Menschen ermordet wurden, die Hälfte davon bei Massensexekutionen in Piasnitz, den Wäldern von Spengawskan und in Mischke. Die Verhafteten wurden in geschlossenen Lastwagen an die Hinrichtungsorte gebracht.¹⁰ Diejenigen, die zuerst eintrafen, mussten für sich selbst und die anderen die Gräber ausheben. Tief genug, dass Platz für mehrere Schichten von Leichen war. Die nächsten Häftlinge knieten mit hinter dem Rücken zusammengebundenen Händen an der Grube nieder. Sie wurden mit einem Schuss in den Hinterkopf ermordet, sodass die Körper mit dem Gesicht voran in die Gräber fielen. Die Aktionen wurden geheim gehalten, die Hinrichtungsorte von einem Kordon der Armee gesichert. Menschen, die zufällig Zeugen der Verbrechen wurden, ereilte dasselbe Schicksal. Die Spuren des Verbrechens wurden systematisch verwischt.

⁷ Maria Wardzyńska, *Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce „Intelligenzaktion”*, Warszawa 2009, S. 8.

⁸ Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, aus dem Englischen von Martin Richter, Bonn 2011, S. 142.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Im Generalgouvernement gab es 39 Orte, an denen (wiederholt) Exekutionen durchgeführt wurden, in den Gebieten, die zum Reichsgau Danzig-Westpreußen gehörten, waren es sogar 69. Vgl. Wardzyńska, *Był rok 1939*.

Auf erhaltenen Fotografien aus Piasnitz schießen Zivilisten des Selbstschutzes, der sich aus der deutschen Minderheit – kurze Zeit davor noch polnische Staatsangehörige und Nachbarn der Opfer – rekrutierte, auf in Reihen aufgestellte Menschen. Am 24. Oktober 1939 verhafteten Gestapo-Leute die Oberin des Resurrektionisten-Ordens von Neustadt in Westpreußen während des Gebets im Haus der Resurrektionisten. Die Schwestern wussten, dass einer der Arbeiter, der für den Orden arbeitete, Volksdeutscher war. Bevor sie das Haus verließ, gelang es der Ordensschwester zu sagen: „Ich vergebe Franciszek alles.“¹¹ Ein anderer Verhafteter rief seiner Familie zu: „Unser lieber Nachbar ist ein Verräter.“¹² Die schwarzen Listen waren vor Ausbruch des Krieges erstellt worden und wurden während des Krieges laufend ergänzt. Dies weist auf den planmäßigen Charakter der von oben angeordneten Aktion hin.

In Pommern hatte man sich entschieden, in erster Linie diejenigen zu verfolgen, die zum staatlichen Verwaltungsapparat gehört oder am Aufbau der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der Zweiten Republik Anteil gehabt hatten. Die Aktion traf präzise die in intellektueller und politischer Hinsicht aktivsten Kreise der Intelligenz. Im GG, wo man über weitaus weniger Kenntnisse verfügte, verlief die Aktion weniger präzise. Der die Aktion leitende Bruno Streckenbach bemerkte in einem seiner Berichte, dass sich schon zu Beginn der durchgeführten „Säuberungsaktion“ 2000 Männer und mehrere Hundert Frauen in den Händen der Politischen Polizei befanden:

„Es handelt sich um die Blüte der polnischen Intelligenz und der Widerstandsbewegung. Natürlich beschränkt sich die intellektuelle Führungsschicht nicht

¹¹ Ein Zeugenbericht von der Verhaftung Margerita Niemczyks und Adela Mankiewicz findet sich in dem Dokumentarfilm „W lasach Piaśnicy“ [dt. „In den Wäldern von Piasnitz“], Regie: Lech A. Kujawski (wissenschaftliche Beratung: Dr. Piotr Szubarczyk, Institut für Nationales Gedenken), M.K. Production 2008; vgl. die Literatur zu diesem Thema: Barbara Bojarska, Piaśnica – miejsce martyrologii i pamięci. Z badań nad zbrodniami hitlerowskimi na Pomorzu, Wejherowo 2009; Regina Osowiecka, Piaśnica. Miejsce martyrologii i pamięci, Wejherowo 2001; Donald Steyer, Eksterminacja ludności polskiej na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945, Gdynia 1967; Mirosław Krajewski, Płock w okresie okupacji 1939–1945, Płock – Włocławek 2001; Marek Tadeusz Frankowski, Zbrodnie niemieckie wobec ludności polskiej na północnym Mazowszu, 1939–1945, Warszawa 2009; Anna Piekarska (Hg.), Zagłada polskich elit. Akcja AB-Katyń, Warszawa 2006; Czesław Madajczyk, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, Bd. 1–2, Warszawa 1970; Zygmunt Mańkowski (Hg.), Außerordentliche Befriedungsaktion 1940: Akcja AB na ziemiach polskich. Materiał z sesji naukowej, 6–7 listopad 1986, Warszawa 1992; ders. (Hg.), Hitlerowskie więzienia na zamku w Lublinie 1939–1944, Lublin 1988.

¹² Bericht von Stanisława Lewińska-Prancz im zitierten Dokumentarfilm W lasach Piaśnicy.

auf diese zweitausend Personen. In den Akten unseres Geheimdienstes befindet sich eine Liste mit weiteren zweitausend Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit und ihres Verhaltens ausnahmslos den oben genannten sofortigen Anordnungen unterliegen. [...] die Verhaftungsaktion hat schon begonnen, die dem summarischen Vorgehen alle bisher nicht erfassten, aber verdächtigen Personen zuführen soll. Die Ergebnisse der Verhaftungen sind nicht bekannt. Ich rechne mit einem Ergebnis von etwa 75 Prozent.“¹³

Die wissenschaftliche Analyse der Stenogramme und Protokolle von Konferenzen und Sitzungen, an denen die Befehlshaber des Dritten Reiches – Adolf Hitler, Heinrich Himmler, Hans Frank – zur Zeit der gegen die polnische Intelligenz gerichteten Repressionen teilgenommen haben, ergibt, dass die Ziele der Aktion weit über eine Liquidierung der Widerstandsbewegung hinausgingen.¹⁴ Die Aktionen begannen ab September 1939, als sich die Gesellschaft nach dem verlorenen Verteidigungskrieg in einem Zustand des Schocks und der organisatorischen Auflösung befand, drei Jahre vor der Gründung der Heimatarmee (Armia Krajowa, AK) im Februar 1942 sowie dem Ausbau der Strukturen des Untergrundstaates. Der Kampf galt also einer potenziellen Opposition, die de facto noch nicht existierte.

DIE ZERSCHLAGUNG DER UNIVERSITÄTEN UND DIE MORDE AN POLNISCHEN WISSENSCHAFTLERN

Je mehr höhere Kreise der Intelligenz, d. h. universitäre Einrichtungen, von den Repressionen betroffen waren, desto intimer wurde der Charakter der Verbrechen. Ebenso wie die Intelligenz in Pommern auf ihre deutschen Nachbarn als mutmaßliche Denunzianten und Helfer, mit denen der Plan zur Vernichtung der gebildeten Schicht realisiert wurde, verweisen konnte, so kannten auch die polnischen Wissenschaftler die Inspiratoren und Theoretiker der nationalsozialistischen Ideologie. Anders als weithin angenommen wird, brachen die polnischen Wissenschaftskreise ihre Kontakte mit deutschen Wissenschaftlern nach 1933 nicht komplett ab. Die Gründe waren vielfältig, vor allem machte man sich die Ausmaße des Engagements deutscher Professoren für die theoretische Recht-

¹³ Zit. n. Mańkowski (Hg.), *Akcja AB*, S. 15. Übersetzung Benjamin Voelkel.

¹⁴ „Aus der Perspektive des Völkerrechts ist für uns die Bemerkung von entscheidender Bedeutung, dass der ‚Außerordentlichen Befriedigungsaktion‘ im Grunde genommen eine ‚Flurbereinigung‘ zugrunde liegt, also eine Konzeption von der Ausrottung der polnischen Intelligenz [...]“, vgl. ebenda, S. 12.

fertigung der Ausrottung von gesellschaftlichen Gruppen, die als unerwünscht betrachtet wurden, nicht bewusst. In den 1930er Jahren nahmen die Kontakte unter Juristen und Humanisten ab, aber nicht unter Ärzten, Anthropologen und Psychiatern. Der Grund dafür war eine mangelnde Kenntnis der im Dritten Reich herrschenden Situation sowie das hohe Ansehen der deutschen Universitäten in der internationalen Wissenschaft.

Um diese schwierige Art von Zusammenhängen und gegenseitigen Beziehungen zwischen polnischen und deutschen Wissenschaftlern, insbesondere zwischen Vertretern der biologischen Fächer, verstehen zu können, muss man den Ideentransfer aus dem Westen einbeziehen und mehrere Hundert Jahre in die Vergangenheit zurückblicken. Betrachtet man die Herkunft von Ideen und Lebensstilen, die mit der polnischen Intelligenz nach Polen gelangten, stehen Italien, Frankreich und England im Vordergrund.¹⁵ Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts versuchte man, Strukturen aus England zu übernehmen, das dem gesamten Kontinent mit seinem Konkurrenz- und Unternehmergeist imponierte; Architekturstile, die Form der Inneneinrichtung und die Mode wurden erst von Italien und im 19. Jahrhundert von Frankreich diktiert. Die kulturellen Einflüsse aus Deutschland wirkten sich im 19. Jahrhundert stärker auf die unteren Gesellschaftsschichten aus: Saisonarbeiter verdienten ihr Brot in deutschen Industriezentren oder auf deutschen Landgütern.

Im Prinzip bestanden diese Kanäle des Transfers von kulturellen Mustern bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts – mit einer Ausnahme: der Wissenschaft. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in staatlichen Gymnasien, im Privatunterricht, in staatlichen und religiösen Lehranstalten auf dem russischen Teilungsgebiet und den sogenannten geraubten Gebieten, abgesehen vom Pflichtfach Russisch, vor allem zwei Fremdsprachen unterrichtet: Französisch und Deutsch. Man ging nämlich davon aus, dass die französische Sprache eine Art *lingua latina* sei, die Kenntnis des Deutschen jedoch den Weg für die nächste Etappe der Ausbildung freimache. Die Philosophie, die historische Synthese, die Rechtswissenschaft, aber auch die Medizin, Psychiatrie, Demografie, Anthropologie wurden mit der deutschen Kultur assoziiert. Es genügt, die Biografien polnischer Gelehrter, die ihre Universitätskarrieren im unabhängigen Polen begannen oder fortsetzten, zur Hand zu nehmen, und man kann jenes dominierende Schema einer höheren Bildung im deutschen Sprachraum erkennen. Für die

¹⁵ Vgl. zum Thema des Ideentransfers aus dem Westen: Maciej Janowski, *Narodziny inteligencji, 1750–1831*, Warszawa 2008; Magdalena Micińska, *Inteligencja na rozdwożach, 1864–1918*, Warszawa 2008; Jerzy Jedlicki, *Błędne koło, 1832–1864*, Warszawa 2008.

polnische Intelligenz war Deutschland vor allem das Land der Universitäten, die deutsche Sprache war die Sprache der Wissenschaft.

Dieser spezielle Kontext bewirkte, dass die Jagd auf die Dozenten der Jagiellonen-Universität (Uniwersytet Jagielloński, UJ) im November 1939, die unter dem Namen Sonderaktion bekannt ist, ein Gefühl des Schocks gemischt mit Ungläubigkeit auslöste. Als der Führer des Einsatzkommandos den Professoren der Jagiellonen-Universität befahl, sich im Hörsaal des Collegium Novum einzufinden, erregte das keinen größeren Verdacht. Die Mehrzahl der Professoren sprach fließend Deutsch, der deutschen Wissenschaft und Kultur waren sie seit Jahren verbunden, die älteren Generationen von Professoren waren nach den in der Habsburger Monarchie herrschenden Regeln ausgebildet worden. Nach einer kurzen Erklärung wurde der Saal von Gestapo-Leuten umstellt, die die Professoren brüllend, Fußtritte und Kolbenschläge verteilend auf den Hof führten. Dort wurden sie in Lastwagen verladen und nach einem kurzen Aufenthalt im Gefängnis in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Insgesamt wurden 183 Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter von der Jagiellonen-Universität und der Akademie für Bergbau und Hüttenwesen in Krakau deportiert. Hans Frank, der Gouverneur des GG, traf einen Tag nach den Verhaftungen in Krakau ein. Er war Doktor der Rechte und Begründer der Akademie für Deutsches Recht, der einige polnische Juristen angehörten, unter anderem Prof. Fryderyk Zoll. Vor 1939 hatte Frank zwei Gastvorträge in Warschau und Krakau gehalten, nicht als Politiker, sondern als Vortragender und Repräsentant der deutschen Wissenschaft.¹⁶

Der Häftling Prof. Kazimierz Stołyhwo, ein Anthropologe von der UJ, erinnerte sich in Sachsenhausen auf seinem dreckigen Strohsack an die Jahrzehnte der Zusammenarbeit mit deutschen Gelehrten. Unmittelbar nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager schrieb er sehr offen:

„Mit deutschen Gelehrten unterhielt ich 36 Jahre lang einen gegenseitigen wissenschaftlichen Austausch und freundliche Beziehungen. Ich habe auch wiederholt an Kongressen deutscher Anthropologen teilgenommen, zu denen ich eingeladen worden war. Ein Zeichen der Anerkennung meiner wissenschaftlichen Arbeit seitens deutscher Gelehrter war zum Beispiel die Verleihung des Ehrentitels eines Korrespondierenden Mitglieds der Anthropologi-

¹⁶ Im Jahr 1936 war Dr. Hans Frank Gast der Polnischen Kommission des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit. In seinen Vorträgen brachte er dem polnischen Volk seine Ehrerbietung für das heldenhafte Überdauern der jahrhundertelangen Knechtschaft zum Ausdruck, er kündigte auch ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen an. Vgl. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy*.

schen Gesellschaft in Wien [...]. Meine kritische Einstellung gegenüber der rassistischen Doktrin führte weder zum Abbruch noch zu einer Verminderung meiner Kontakte mit deutschen Wissenschaftlern. Ganz im Gegenteil, in der letzten Zeit vor dem Krieg intensivierten sie sich deutlich, denn Dr. Valentin Müller aus Dresden und Dr. Richard Odenwald aus Berlin kamen sogar in unser Institut, um bestimmte wissenschaftliche Fragen mit mir zu besprechen. Auf dem letzten Internationalen Kongress für anthropologische und ethnologische Wissenschaften im Jahr 1938 in Kopenhagen [...] gratulierte mir Prof. Eugen Fischer, der Vorsitzende der deutschen Delegation, sogar zu meinem Vortrag, in dem es im Wesentlichen um den Beweis ging, dass über die wahre Größe eines Volkes weder seine zahlenmäßige Stärke noch die Größe seines Territoriums noch seine militärische Macht entscheidet, sondern die Qualität und der Wert seines Schaffens auf dem Gebiet von Wissenschaft und Kunst, das ein bestimmtes Volk zum allgemeinen internationalen Schatz der menschlichen Kultur beigetragen hat. Aufgrund des oben genannten Faktus hätte man davon ausgehen können, dass ich nicht als Feind Deutschlands gelten würde, dass ich das Vertrauen deutscher Wissenschaftskreise genieße. Es ist mir somit gänzlich unverständlich, weshalb ich von der NSDAP als gefährlicher politischer Verbrecher behandelt wurde – als Feind Deutschlands.¹⁷

Neben Hans Frank traf ein weiterer Vertreter der deutschen Wissenschaft kurz nach der Verhaftung der Professoren von der UJ ein: Dr. Fritz Arlt, ein Anthropologe, mit dem Stołyhwo in langjährigem Kontakt gestanden hatte.¹⁸ Als Leiter der Abteilung für Bevölkerungswesen und Volksfürsorge der Regierung des GG sollte er die rassistische Sektion am frisch entstandenen Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau gründen. Die Sektion sollte sich mit dem „Abfangen von deutschem Blut“ aus den Bergdörfern sowie anthropologischen Massenuntersuchungen der Bevölkerung im GG befassen. Arlt besuchte Stołyhwo im Montelupich-Gefängnis und machte ihm vermutlich schon damals das Angebot, im Institut für Deutsche Ostarbeit zu arbeiten, aber dieser lehnte ab. Spät kam offenbar die Erkenntnis über die Rolle, die die Repräsentanten der deutschen Wissenschaft für

¹⁷ Vgl. Zakład Antropologiczny, Kazimierz Stołyhwo, in: *Relacje pracowników Uniwersytetu Jagiellońskiego o ich losach osobistych i dziejach uczelni w czasie drugiej wojny światowej*, hg. von Jerzy Michalewicz, Kraków 2005, S. 495.

¹⁸ Fritz Arlt hatte folgende Ämter inne: Leitung des Gauamts für Rassen- und Bevölkerungsfragen, unabhängiger Gaubeauftragter des Rassenpolitischen Amtes im Gau Schlesien. Einem Bericht Adam Kleczkowskis zufolge gehörte Arlt der Gestapo an und unterhielt enge Beziehungen zu Himmler. Er leitete die Aussiedlungsaktionen von Polen aus Schlesien und die Ansiedlung von Deutschen. Vgl. Adam Kleczkowski in: *Relacje pracowników*, S. 734.

die nationalsozialistische Ideologie spielten. Davon zeugt auch das Beispiel des polnischen Psychiaters Dr. Karol Mikulski (1901–1940).

Mikulski, der Chefarzt der psychiatrischen Klinik in Gostynin, ein Pionier der Zwillingforschung, besuchte 1936 dank einem wissenschaftlichen Stipendium deutsche Forschungseinrichtungen. Ihn interessierten die deutschen Kliniken mit ihrer überwiegend reformierten, patientenfreundlichen Psychiatrie ohne vergitterte Fenster und stickige Isolierzimmer. In Heidelberg lernte er Prof. Karl Schneider kennen und in der Münchner Klinik Prof. Ernst Rüdin. Im Jahr 1939 wurde er in die Armee eingezogen und geriet in sowjetische Gefangenschaft. Er floh aus einem Transport, der polnische Offiziere nach Koselsk brachte, und kehrte mehrere Wochen später nach Hause zurück, wo er wieder seinen Posten in der Klinik von Gostynin einnahm. Am 17. März 1940 erschien bei ihm eine deutsche Kommission mit der Forderung, er möge eine Liste von Kranken, die keine „Besserung versprechen“, zwecks deren Vernichtung erstellen. Die Liste sollte er unter Androhung von Inhaftierung innerhalb von 24 Stunden anfertigen. Mikulski selbst war polnischer Eugeniker, aber kein Mörder, er wollte sich nicht an einem Verbrechen an Unschuldigen beteiligen. Am Morgen des 18. März 1940 nahm er in seinem Büro eine tödliche Dosis Gift. In seinem Buch findet man herzliche Danksagungen an Prof. Ernst Rüdin, den Inspirator der Aktion zur Ermordung von Kranken, der Mikulski kurz darauf selbst zum Opfer fiel.¹⁹

Der Mord an den Lemberger Professoren vom Juli 1941 war in großem Maße durch die Erfahrungen bei der Sonderaktion Krakau motiviert. Die Deutschen fürchteten eine Wiederholung der Krakauer Ereignisse, nachdem sich die internationale Öffentlichkeit für die nach Sachsenhausen deportierten Professoren eingesetzt hatte. Diesmal wurde eine „Direkte Aktion“ durchgeführt. Am Morgen des 4. Juli 1941 wurden auf den Wulecki-Hügeln 37 Personen erschossen, überwiegend wissenschaftliche Mitarbeiter der Jan-Kazimierz-Universität in Lemberg: Professoren der Medizin, Juristen, Mathematiker und Literaturwissenschaftler. Dasselbe Schicksal hatte zwei Jahre zuvor die Dozenten der Katholischen Universität Lublin (KUL) ereilt. Im November 1939 waren dort 16 Professoren der KUL, 36 Gymnasiallehrer, 24 Rechtsanwälte, 44 Volksschullehrer, sieben Richter und etwa 100 Geistliche erschossen worden.

¹⁹ Vgl. Karol Mikulski, *Krótki zarys nauki o bliźniętach (gemeliologia)*, Płock 1937, S. 6. Die ersten Opfer der Säuberungen in Gostynin noch vor der Vernichtung der psychisch Kranken waren Vertreter der dortigen polnischen und jüdischen Intelligenz. Am 10. November 1939 wurden etwa 140 Personen verhaftet, ein Teil wurde erschossen, andere wurden in Gefängnisse gebracht und von dort in Lager. Nach dem Krieg lebten davon noch 33 Personen. Vgl. Barbara Konarska-Pabianiak (Hg.), *Dzieje Gostynina. Od XI do XXI wieku*, Gostynin 2010, S. 483–488.

Es war bezeichnend, dass die Morde an der polnischen intellektuellen Elite – angefangen bei der lokalen Intelligenz der Volksschullehrer bis hin zu den führenden Dozenten der Universitäten – während des Krieges als gezielte Aktion zur Zerstörung der Elite und nicht des politischen Widerstands interpretiert wurden. Diese Meinung teilten auch manche Vertreter der assimilierten polnischen Intelligenz mit jüdischen Wurzeln, die im Ghetto interniert waren. Besonders interessant sind die Erinnerungen von Prof. Ludwik Hirszfeld (1884–1954), die er zur Zeit der Okkupation im Jahr 1943 Stelle niederschrieb.

Der Name von Prof. Ludwik Hirszfeld, einem hervorragenden Serologen, war auf der ganzen Welt bekannt. Er war ein Pole, der in der romantischen Tradition der Kämpfe seines Vaters und Onkels für die Unabhängigkeit aufgewachsen war, und verstand sich als tief gläubigen und praktizierenden Christen. Den Nürnberger Gesetzen zufolge war er Jude, der als Vertreter der „niedrigeren Rasse“ gezwungen wurde, eine Armbinde mit dem Davidstern zu tragen, und der dann ins Ghetto getrieben wurde. Paradoxerweise erfreute sich dieser Vertreter der „niedrigeren Rasse“ noch immer der Anerkennung deutscher Gelehrter, die sich eigens ins Ghetto bemühten, um ihm einen Besuch abzustatten und ihre Ehrerbietung zu bekunden. Als das Ghetto liquidiert werden sollte, half ihm keiner dieser Gelehrten.²⁰ Nach der Flucht aus dem Ghetto versteckte sich Hirszfeld unter falschem Namen; ohne Zugang zu seinem Arbeitsplatz, ohne ein Zuhause kümmerte er sich um seine sterbende Tochter. Durch die Vermittlung des Geheimdienstes der Heimatarmee nahm er Einblick in die Liste der ermordeten Professoren der oben genannten Hochschulen, seiner Kollegen und Freunde. In seinen Memoiren notierte er: „[...] es gibt keinen Flecken in Polen, der diese Hölle nicht durchgemacht hätte. Es ist unnötig, über das zu schreiben, was alle wissen. Es muss in der Form von Fakten und Zahlen festgehalten werden, und diese Pflicht obliegt nicht mir, sondern den Historikern unserer Zeit. Aus diesem Grund werde ich nicht über das Martyrium der Region Lublin, die Aussiedlung ganzer Dörfer, die Erschießung ganzer Familien schreiben. Meine Pflicht ist es, mich mit der Tragödie der Wissenschaftler zu beschäftigen. Die furchtbarste Tragödie ist in Lemberg geschehen. Schon wenige Tage nach dem Einmarsch in Lemberg verhafteten die Deutschen alle Professoren der Medizin, sie hatten eine namentliche Liste, die, wie ich hörte, von Ukrainern erstellt worden sein soll. Die Professoren der medizinischen Fakultät wurden fast ausnahmslos umgebracht, zum Teil mit ihren Kindern und Bediensteten. [...] So ging der

²⁰ Zur Haltung der deutschen Gelehrten in Bezug auf polnische und jüdische Wissenschaftler: Ludwik Hirszfeld, *Historia jednego życia*, Warszawa 1957, S. 400f.

furchtbarste und zynischste Plan der Nazis in Erfüllung; *der Plan zur Vernichtung der gesamten polnischen Intelligenz*. Sie haben zwar nicht die gesamte umgebracht, aber die von ihnen zugefügten Wunden sind so schrecklich, dass sie leider nicht werden verheilen können. Niemand von uns zweifelte daran, dass nach dem Krieg, selbst einem erfolgreichen, die polnische Kultur von Grund auf wieder errichtet werden müsste. *Diese gezielte Vernichtung der Intelligenz, und das eiskalt, gemäß einem bestimmten wahnwitzigen Konzept ist die größte Schuld des deutschen Volkes, die nie zu verzeihen sein wird.*²¹

Neben der Dezimierung der Intelligenz durch Verhaftungen, Exekutionen und Transporte in Konzentrationslager kam es gleichzeitig auch zur Degradierung des verbliebenen Rests. Barbara Czocher hat in ihrer Beschreibung des Alltagslebens im besetzten Krakau festgehalten, dass die Repräsentanten der gebildeten Gesellschaftsschichten zu körperlich Arbeitenden herabgesetzt wurden, zu Fahrern, Müllmännern, Hausmeistern, Arbeitern in Steinbrüchen. Wenige wurden vorübergehend in der staatlichen Verwaltung beschäftigt:

„Die Bewohner des GG sollten Arbeitsmenschen werden, und zwar körperlich Arbeitende. Intellektuelle Tätigkeiten und die Ausübung freier Berufe sollten vorübergehend toleriert werden, solange der Okkupant noch nicht in der Lage war, alle Stellen mit Personen zu besetzen, die dem deutschen Volk angehörten. Das Schulwesen, das offiziell auf die Volks- und Berufsschule beschränkt wurde, war an die Zukunft des polnischen Volkes als Arbeiter und Handwerker angepasst.“²²

Ebenso schnell schritt die Pauperisierung der Intelligenz in Warschau voran. In einer verhältnismäßig besseren Situation befanden sich Ärzte, Rechtsanwälte und Lehrer, die legal ihren Beruf ausüben durften, schlechter erging es Staatsbeamten, der künstlerisch tätigen Intelligenz, Wissenschaftlern, Architekten und Journalisten, die dem Vorwurf der Kollaboration mit dem Feind ausgesetzt waren.²³ In großem Stil wurden Bücher, Bilder, Haushaltsgeräte und Wertpapiere verkauft, man verlegte sich auf körperliche Arbeiten. In den dem Deutschen Reich angeschlossenen Gebieten kam das verlegerische Leben zum Stillstand, Theater, Museen, Chöre und Musikkonservatorien wurden geschlossen.

Die Verfolgung und Bekämpfung der Intelligenz war eine notwendige Bedingung für die Eindeutschung der dem Deutschen Reich angeschlossenen Ter-

²¹ Ebenda, S. 399 [Hervorhebungen M. G.].

²² W okupowanym Krakowie: codzienność polskich mieszkańców miasta 1939–1945, Gdańsk 2011, S. 73.

²³ Vgl. Tomasz Szarota, Okupowanej Warszawy dzień powszedni, Warszawa 1988, S. 87–133.

ritorien, und in den übrigen Gebieten des GG dienten sie dazu, aus den Polen eine passive biologische Masse und ein Reservoir an körperlicher Arbeitskraft zu machen. Hinter der Vernichtung der polnischen Intelligenz stand eine konkrete Absicht: Der polnischen Gesellschaft sollte ein neues biopolitisches Gesicht gegeben werden, ohne Führungsschichten, ohne die verhasste jüdische Bevölkerung, die anfällig war für kulturellen und zivilisatorischen Druck von außen.²⁴

Der Rassismus war somit eine Ideologie, die zwei scheinbar gegensätzliche Ebenen umschloss – die reine Biologie und die Kultur. Natürlich gab es nicht *eine* rassistische Ideologie, sondern ein ganzes Bündel verschiedener Theorien des Nordischen, Arischen, vermengt mit einer Mystik der deutschen Seele. „Von jeher war im Gesamt der Kräfte beim Deutschen die Seele in einem Maße betont, wie es bei europäischen Völkern sonst nicht zu finden ist“, erklärte Edgar Julius Jung.²⁵ Ihm zufolge ist der „Deutsche als seelenhaftes Wesen allen anderen Völkern überlegen durch die Tiefe seiner Besinnung, den Reichtum seiner weitgespannten Natur, die Kraft und Hintergründigkeit seiner Triebe“.²⁶ Das nordische Aussehen war nur Ausdruck jener ursächlichen Kraft der deutschen Seele, des Willens zu führen und zu dominieren, die im Mittelalter die Deutschen dazu gebracht hatte zu kolonisieren, Städte und Dörfer zu bauen, östliche Lande zu besiedeln und Preußen zu gründen. Beide Formen des Rassismus schöpften ihre Kraft aus derselben Quelle – der größtenwahnsinnigen Überzeugung von der historischen Mission der Deutschen in der Geschichte Europas. Die Voraussetzung zum Gelingen dieser Mission in den von den Deutschen besetzten Gebieten war die Säuberung sowohl des politischen Terrains (Kampf mit der potenziellen Opposition) als auch des biologischen Terrains (Vernichtung) von der polnischen Intelligenz, die Träger eines anderen kulturellen Codes war.²⁷

DIE DOPPELTE „FLURBEREINIGUNG“ – DIE VERNICHTUNG DER INTELLIGENZ UND DER „BALLASTEXISTENZEN“

Polnische Wissenschaftler bemerkten, dass sich die Vernichtung der polnischen Intelligenz mit der Vernichtung einer anderen Gruppe überschneidet: den psychisch Kranken. Maria Wardzyńska schreibt:

²⁴ Vgl. die Übersicht über die Definitionen von Biopolitik in: Thomas Lemke, *Biopolityka*, übersetzt von Tomasz Dominiak, Warszawa 2010.

²⁵ Jung, *Die Herrschaft der Minderwertigen*, S. 378.

²⁶ Ebenda, S. 379.

²⁷ Timothy Snyder schreibt: „Die Existenz einer solchen Institution und einer solchen Geschichte war ebenso wie die Existenz einer polnischen Bildungsschicht ein Hindernis für die deutschen Pläne, aber auch ein Problem für die NS-Ideologie“; vgl. Snyder, *Bloodlands*, S. 146.

„Die Morde an psychisch Behinderten verübte die Schutzpolizei im Rahmen der sogenannten Euthanasie-Aktion, die den Decknamen T4 trug. Im besetzten Polen wurde die ‚Euthanasie‘-Aktion von der deutschen Polizei zur selben Zeit durchgeführt wie die ‚Intelligenz‘-Aktion. Wiederholt wurden Massenexekutionen an Behinderten und psychisch Kranken an denselben Orten wie die Massenexekutionen an der ‚Führungsschicht‘ vorgenommen.“²⁸

Gemeinsame Hinrichtungsorte der Intelligenz und Behinderter (die auch aus deutschen psychiatrischen Anstalten auf dem Gebiet des Dritten Reiches dorthin transportiert wurden) waren unter anderem die Wälder von Spengawskan, Piasnitz, Mischke, Dolina Igielska, das Fort VII bei Posen, die Wälder von Lućmierz. Tadeusz Nasierowski schätzt die Zahl der Euthanasie-Morde auf etwa 20 000 psychisch Kranke, Insassen von Altenheimen, Wohlfahrtseinrichtungen und behinderte Kinder.²⁹ Die Kranken wurden mit Autoabgasen, durch Erschießungskommandos oder das Spritzen von Luminal ermordet. Ein anderes Schicksal war den Kranken aus der psychiatrischen Klinik in Owińska und dem städtischen Krankenhaus in Posen im November 1939 bestimmt. Im Bunker 17 auf dem Gelände des Forts VII wurden sie in der ersten regulären Gaskammer vergast. In vielen Fällen waren Ärzte Opfer der Aktionen zur Ermordung von Kranken. Die Krankenhäuser erlebten eine Welle von Selbstmorden, einige Ärzte wurden zusammen mit den Kranken umgebracht. Der Chefarzt der psychiatrischen Klinik in Schwetz weigerte sich, die Kranken allein zu lassen. Er wurde im Oktober 1939 in Mischke erschossen.

Die Analogien zwischen der Vernichtung der Intelligenz und kranker Menschen im besetzten Polen – Prozesse, die zur gleichen Zeit und am selben Ort (an denselben Hinrichtungs- und Begräbnisorten) stattfanden – sind noch größer, wenn man die Begrifflichkeiten betrachtet, mit denen sie bezeichnet wurden. In Pommern bekamen die Massenmorde an der Intelligenz den Namen: „Säuberung Pommerns von Polen“.³⁰ Die Aktion AB wurde im GG „politische Flurbereinigung“ genannt.³¹ Mit demselben idiomatischen Euphemismus wurde die Aktion zur Ermordung Behinderter bezeichnet: „Säuberung psychiatrischer Kliniken“.

²⁸ Wardzyńska, *Był rok 1939*, S. 151.

²⁹ Tadeusz Nasierowski, *Zagłada osób z zaburzeniami psychicznymi w okupowanej Polsce. Początek ludobójstwa*, Warszawa 2008.

³⁰ „Westpreußen müsse von Polen gesäubert werden“ – so benannte der Kommandeur des Selbstschutzes in Pommern, SS-Oberführer Ludolph von Alvensleben, das Hauptziel der deutschen Staatsorgane bei Besprechungen mit Bezirksführern. Mehr zu diesem Thema in: Wardzyńska, *Był rok 1939*, S. 144.

³¹ Maria Wardzyńska schreibt, dass die gesamte auf die Intelligenz abzielende Aktion „politische Flurbereinigung“ genannt wurde, vgl. ebenda, S. 67.

Die Massenmorde an den beiden gesellschaftlichen Gruppen wurden somit als Säuberungsmaßnahmen bezeichnet. Eine besondere Bedeutung erlangte die eugenische Kategorie „Säuberung“ nach 1941, als die Entscheidung über die Endlösung der Judenfrage getroffen worden war.

Das politische Ziel dieser „Säuberungsmaßnahmen“ im besetzten Polen, die Ausrottung von gesellschaftlichen Gruppen, die als „unerwünscht“ betrachtet wurden – die Intelligenz, die Juden, kranke Menschen –, war die „Festigung des deutschen Volkstums“.

DIE FESTIGUNG DES DEUTSCHEN VOLKSTUMS UND DIE SELEKTION DER POLEN

Im Oktober 1939 übertrug Hitler Himmler eine neue Aufgabe, er wurde „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“. Die deutsche Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik war nicht groß, sie betrug nicht mehr als eine Million. In den dem Dritten Reich neu angeschlossenen Gebieten war die Zahl der Polen rund fünfzehnmal so hoch.³² Die Annexionen zulasten von Polen und der Tschechoslowakei bewirkten, dass Deutschland, das einen Kreuzzug für die Reinheit der Rasse führte, zum zweitgrößten Vielvölkerstaat des Kontinents wurde.³³

Die Losung „Festigung des deutschen Volkstums“ bewirkte eine Welle von Zwangsdeportationen aus dem Wartheland. Bei der ersten Deportation aus dem Wartheland ins GG, die vom 1. bis zum 17. Januar 1940 dauerte, machten polnische Staatsangehörige unter den 87 000 Menschen die deutliche Mehrheit aus. Bei der zweiten Deportation, die zwischen dem 10. Februar und dem 15. März 1940 durchgeführt wurde, entledigte man sich weiterer über 40 000 Menschen, wieder waren es überwiegend Polen. Während des Transports in Zügen, die stundenlang auf Nebengleisen abgestellt wurden, erfroren Tausende Menschen. Die deutschen Siedler, die in die polnischen Gebiete kamen, sollten eine breite staatliche Unterstützung erhalten. Zur gleichen Zeit versuchte man, mithilfe von Selektionsmaßnahmen in der polnischen Bevölkerung deutsches Blut aufzuspüren. Dazu diente unter anderem die sogenannte Deutsche Volksliste (DVL), deren Prototyp auf Befehl von Hans Frank im Januar 1940 erstellt wurde.

Für die Rassentrennung im Wartheland war Herbert Grohmann verantwortlich, der Direktor des Städtischen Gesundheitsamtes in Lods. Grohmann war

³² Vgl. Snyder, *Bloodlands*, S. 146.

³³ Ebenda, S. 147.

Anthropologe vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie (KWI) und Assistent von Prof. Eugen Fischer. Im Jahr 1936 wurde er Mitarbeiter des Amtes für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitspflege, ein Jahr später besuchte er einen erbbiologischen Kurs am Kaiser-Wilhelm-Institut. Grohmann wachte über den ordnungsgemäßen Verlauf der deutschen Kolonisation in Polen. Im Jahr 1941 äußerte er seine Vision, wie mit der polnischen und deutschen Bevölkerung nach den Umsiedlungen zu verfahren sei. Ihm zufolge sollte das angesiedelte deutsche Volk durch eine großzügige und wohlwollende Politik unterstützt werden. Dieser Frage maß er eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung jener Gruppe bei. Die rassisch und völkisch wertvollen Bevölkerungsklassen sollten sich flächendeckend vermehren.

Darüber hinaus war er der Meinung, die fremden Einwohner, insbesondere die Polen, sollten nicht zu schnell entfernt werden, vielmehr sollten Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine Beschränkung ihrer Fortpflanzungsmöglichkeit zielten. Die Menschen seien in Gruppen einzuteilen, um sie anschließend der „Ausmerzung“ zuzuführen bzw. der „Auslese“ zu unterziehen. So sollte das Anwachsen einer ersten Gruppe verhindert werden, und eine zweite, entsprechend geeignete Gruppe sollte zur Zeugung von Nachkommen ermuntert werden. Das fremde Blut sollte aus dem deutschen Volk eliminiert werden, um so eine Flurbereinigung im Warthegau zu erzielen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen entsprach dem Ziel der Politik, nämlich dass das Volk im Warthegau ein deutsches Volk sei.³⁴

Grohmann empfahl, Polen und Polinnen im fortpflanzungsfähigen Alter bis ins hohe Alter hinein in getrennten Arbeitslagern unterzubringen, alleinstehenden und kinderlosen Männern Privilegien zu erteilen, verheiratete Männer zur Zwangsarbeit nach Deutschland zu verschicken, rücksichtslos die „primitive polnische Klasse“ zu sterilisieren, alle polnischen Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren in Internate zu stecken und Kinder unter zwei Jahren, nach einer positiven Rassen- und Gesundheitsuntersuchung, deutschen Familien zu geben. In den Jahren 1940 bis 1942 wurden unter der Leitung Grohmanns Rassenuntersuchungen an knapp 80 000 Personen aus dem Wartheland durchgeführt.

Eine entsprechende Selektion wurde in Pommern durchgeführt. Gegen Ende des Jahres 1940 lud Forster den Anthropologen und rassistischen Theoretiker Prof. Hans F. K. Günther von der Universität in Jena nach Pommern ein, der eine Denkschrift über die rassische Zusammensetzung der Bevölkerung Pommerns

³⁴ Vgl. Gretchen Engle Schafft, *Od rasizmu do ludobójstwa: antropologia w III Rzeszy*, Kraków 2006, S. 121, 127.

verfasst hatte.³⁵ Daraufhin wurde eine Liste mit den Gruppen eins bis vier erstellt, auf deren Grundlage die Kommission den rassischen Wert der Bewohner Pommerns einschätzte. Dem Programm zur Eindeutschung der in Pommern lebenden Polen vom 14. Dezember 1940 zufolge sollten von der Germanisierung ausgeschlossen werden die Einwohner Großpolens, Asoziale, Erbkrankte sowie strafrechtlich Verurteilte.³⁶ Die Kenntnis von Sprache und Religion spielte keine Rolle. Die Kommission traf ihre Einschätzung auf der Grundlage einer Befragung (gefragt wurde nach deutschen Familienangehörigen, Verwandten im Deutschen Reich, der Einstellung zur Arbeit, Reinlichkeit und Ordnung im Haushalt) sowie anthropologischen Untersuchungen. Letztere umfassten eine Gesundheitsbefragung, die Bestimmung des Haltungstyps und die Klassifikation der anthropologischen Rasse. „Grundsätzlich wurden in die DVL“, so schreibt Czesław Madajczyk, „keine Krüppel, geistig Behinderte, schwer oder unheilbar Kranke sowie alte Menschen aufgenommen, die sich nicht zur Arbeit eigneten.“³⁷

Mit dem „Abfangen“ von deutschem Blut auf dem Gebiet des GG befasste sich auch eine wissenschaftliche Institution: die Sektion für Rasse- und Volkstumforschung am schon erwähnten Institut für deutsche Ostarbeit in Krakau. Der Generalgouverneur kündigte in seiner Eröffnungsrede bei der Einweihung der Arbeitsstelle an, dass das Institut die historische Mission des deutschen Volkstums erfüllen werde und dass man sich all das zurückholen werde, was sich die Polen vom deutschen Geist und den deutschen Einflüssen in dieser Region einverleibt hätten.³⁸ Deutsche Eugeniker, darunter auch Eugen Fischer selbst, hatten sich seit Langem für die Besiedlung nach Magdeburger Recht in Mitteleuropa interessiert. Es quälte sie die Frage, ob die deutschen Nachfahren sich in diesen Gebieten unter dem Einfluss von Rassenkreuzung, einer selbstständigen Entwicklung oder Umweltveränderungen gewandelt hätten.³⁹ Diese Fragen sollte die Sektion für Rasse- und Volkstumforschung in Krakau beantworten. Anthropologische Trupps nahmen unter der Führung des Anthropologen Anton Plügl anthropologische Messungen und eugenische Untersuchungen an Tausenden Erwachsenen und Kindern aus Dörfern in der Region Podhale vor, die nach Magdeburger Recht gegründet worden waren. Kinder und Erwachsene zwischen zwei und 90 Jahren mussten vor der anthropologischen Kommission erscheinen. Nach

³⁵ Madajczyk, *Polityka III Rzeszy*, Bd. 1, S. 401.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda, S. 414.

³⁸ Vgl. Lemkin: „restitution of all that which the Poles took away from the German spirit and German influences in this place“, Lemkin, *Axis Rule*, S. 230.

³⁹ Vgl. Schafft, *Od rasizmu do ludobójstwa*, S. 127.

einer Erhebung der Körpermaße wurden Haarproben genommen und Fingerabdrücke gemacht, die Erwachsenen wurden einem Intelligenztest unterzogen. Sie wurden wie Repräsentanten eines von den Deutschen erfundenen Volkes behandelt: des „Goralenvolks“. Eine der Mitarbeiterinnen der Sektion für Rasse- und Volkstumforschung, die Anthropologin Elfriede Fliethmann, legte in ihrer privaten Korrespondenz die Hoffnung der deutschen Anthropologen dar, aus ihnen „wertvolles“ Material zu gewinnen. Die Bewohner des Dorfes Hańczowa bezeichnete sie nicht ohne leichtes Mitgefühl als „primitive, unglückliche osteuropäisch-dinarische Mischung“.⁴⁰ Von den Nordländern waren sie unendlich weit entfernt.

Neben der rassischen und eugenischen Klassifikation waren die Polen einer biologischen Vernichtungspolitik ausgesetzt. Besonders drastische Formen nahm der Hunger in den überfüllten jüdischen Ghettos an, in denen sich die Leichen von Erwachsenen und Kindern auf den Straßen türmten. Den Juden wurde sogar der Zugang zu frischer Luft verwehrt: Es war ihnen nicht erlaubt, Parks zu betreten. Für die Polen bedeutete die räuberische Landwirtschaftspolitik in vielen ländlichen Regionen Hunger und Unterernährung, und die lückenlose Abspernung der Städte machte eine Befriedigung der Bedürfnisse auf dem freien Markt unmöglich. Die 1932 von einem Komitee des Völkerbunds festgelegte Kaloriennorm, die zur Ernährung eines Menschen notwendig ist, betrug 2 400 Kalorien am Tag, im Warschauer Ghetto hingegen lag sie 1941 im Durchschnitt zwischen 400 und 700 Kalorien, im Jahr 1943 fiel dieser Wert unter 400 Kalorien.⁴¹ Zu den durch die Unterernährung hervorgerufenen Problemen kamen Schwierigkeiten durch die unzureichende Versorgung mit Heizmaterial, Waschmittel, Medikamenten, ärztlichen Behandlungen (ambulant und in Krankenhäusern) hinzu. Dies führte zu stark sinkenden Geburtenzahlen, einer Zunahme von Erkrankungen und, bei älteren Menschen und Kindern, zu einer hohen Sterbeziffer.⁴² Die Erschwernis von Eheschließungen zwischen Polen in den dem Deutschen Reich angeschlossenen Gebieten, die Deportationen zur Zwangsarbeit und Pläne zur

⁴⁰ Zit. n. ebenda, S. 100.

⁴¹ Zygmunt Mańkowski, *Zbrodnie ludobójstwa w Generalnym Gubernatorstwie 1939–1945. Teoria – praktyka*, Warszawa 1983, S. 13. Nach Lemkins Berechnung sah die proportionale Verteilung der Fleischrationen in den besetzten und den Kerngebieten des Dritten Reiches folgendermaßen aus: Deutsche – 100 %, Tschechen – 86 %, Dänen – 71 %, Polen in den dem Deutschen Reich angeschlossenen Gebieten – 71 %, Litauer – 57 %, Franzosen – 51 %, Belgier – 40 %, Serben – 36 %, Polen im GG – 36 %, Slowenen – 29 %, Juden – 0 %. Lemkin, *Axis Rule*, S. 87.

⁴² In Warschau kam es zu einem drastischen Rückgang der Geburtenzahlen und zugleich zu einer höheren Zahl von Eheschließungen. Zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Warschau vgl. Szarota, *Okupowanej Warszawy*, S. 75–83.

Trennung von Frauen und Männern im fortpflanzungsfähigen Alter spiegelten die allgemeine Tendenz wider, den natürlichen Bevölkerungszuwachs der polnischen Bevölkerung gezielt zu begrenzen.

ZUSAMMENFASSUNG

Einer Sprache der Rassenhygiene/Eugenik bedienten sich seit den 1930er Jahren nicht nur Ärzte und Anthropologen, sondern vor allem deutsche Politiker. Während nationalsozialistische Rassenhygieniker in jenen Jahren Menschen selektierten, um ihnen das Recht auf Fortpflanzung abzuerkennen, so erweiterten sie zur Zeit des Zweiten Weltkriegs in den besetzten Gebieten ihre Kompetenzen dahingehend, dass sie nun darüber entschieden, wer weiterhin das Recht hatte zu leben. Hygienisch-rassische Kategorien waren immanenter Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und stellten das Fundament der Sozialpolitik in den während des Krieges eroberten Gebieten dar. Die Kategorisierung der polnischen Bevölkerung in Bezug auf deutsches Blut, anthropologische Rasse und Gesundheit war verbunden mit verschiedenen Formen der Diskriminierung.

In den ersten zwei Jahren der nationalsozialistischen Okkupation wurden an der polnischen Gesellschaft chirurgische Eingriffe „von oben“ (an der Intelligenz) und „von unten“ (an psychisch kranken Menschen) vorgenommen, was ihr neues biopolitisches Antlitz prägte. Die Gesellschaft wurde „gesäubert“ von Führungsschichten (der Intelligenz) und dem „unproduktiven gesellschaftlichen Ballast“, den psychisch kranken Menschen. Die am Leben bleibende passive „biologische Masse“ sollte ein Reservoir an Arbeitskräften sein, einer Trennung (auf rassischer und eugenischer Grundlage) unterzogen und zum Teil sterilisiert werden.

Die militärische Unterwerfung Polens ermöglichte die Durchführung einer Reihe von experimentellen Massenmorden an Hunderttausenden von Zivilisten. Der Vektor des Verbrechens und der Mordtechnik führte demnach nicht von Deutschland nach Polen, also von Hadamar nach Auschwitz, denn die Massenvernichtung von Kranken im besetzten Polen begann früher, sie war schon seit September 1939 im Gange. Der Polenfeldzug mit seiner Kette von Diskriminierung, Selektion und Vernichtung ermöglichte es, die Methoden und Techniken des Tötens zu vervollkommen, und er war es, der den Weg zur Aktion T4 auf deutschem Gebiet wies.

Doch sollte man die Rassenhygiene/Eugenik nicht getrennt von der Gesamtheit der Gesellschaftspolitik und politischen Handlungen gegenüber konkreten Volksgemeinschaften, getrennt von dem, was wir biopolitischen Volkskörper

nennen, betrachten. Die Theoretiker der Rassenhygiene lehnten, indem sie die Fragen der Vererbung innerhalb einer Gruppe (die Übertragung von Krankheiten und rassische Merkmale) in den Vordergrund stellten, den Begriff des Volkes als solchen nicht ab. Wenn sie darüber hinaus „psychisch Kranke“ außerhalb der traditionellen völkischen Klassifikation ansiedelten, dann taten sie dies aus dem Grund, weil sie die Kranken als „leere menschliche Hüllen“ betrachteten, die nicht dazu in der Lage waren, die völkischen und rassischen Bande zu erleben und zu empfinden. Dieselbe Rassenhygiene sagte den Juden ein Übermaß an gemeinschaftlichen Wurzeln nach, das aus einer nationalen Verbundenheit resultierte, die sie besonders gefährlich machte. Das heißt, dass eine Nebeneinanderstellung von Juden und deutschen Patienten psychiatrischer Kliniken aus dem diskursiven Kontext der Epoche gerissen ist.

Zweitens sollte erwähnt werden, dass sich die deutsche Rassenhygiene, genau wie die übrigen eugenischen Bewegungen in Europa, nie auf Fragen der Psychiatrie und Genetik beschränkte. Demografische, ethnografische, ökonomische und statistische Studien machen die Rassenhygiene/Eugenik zu einer Wissenschaft, die die Bewegung einer bestimmten Population verwaltet. Betrachtet man die Rassenhygiene als Instrument zur Kontrolle eines biopolitischen Volkskörpers, können wir ihr folgende Handlungen zuordnen: in Bezug auf die Juden – gänzliche Vernichtung, in Bezug auf die Polen – Vernichtung und Selektion, schließlich in Bezug auf die Deutschen – eugenische Korrektur. In jedem dieser Worte verbarg sich das Grauen der Vernichtung. Bis auf die eine Gruppe aber, die aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen war, bewahrte die nationalsozialistische Rassenhygiene ein affirmatives Verhältnis zum deutschen Volkskörper.⁴³ Die Implementierung einer geburtenfreundlichen Sozialpolitik führte zu einem gewaltigen Anstieg der Geburtenzahlen im Dritten Reich. In Deutschland beobachtete man einen „Babyboom“, der mit größeren oder kleineren Schwankungen bis zum Jahr 1943 anhielt.⁴⁴ Insofern schöpften die „Erbgesundheit“ und die Aktion T4, das Hilfswerk Fürsorgesystem für Mutter und Kind, die Geburtszuchthäuser des Lebensborn, die Suche nach Lebensraum (die in der Siedlungsaktion in Polen unter entscheidender Beteiligung der deutschen Eugeniker und Experten Eugen

⁴³ Vgl. Herwig Czech, *From Welfare to Selection: Vienna's Public Health Office and the Implementation of Racial Hygiene Policies under the Nazi Regime*, in: Marius Turda/Paul J. Weindling (Hg.), *Blood and Homeland. Eugenics and Racial Nationalism in Central and Southeast Europe, 1900–1940*, Budapest/New York 2006, S. 317. Czech erwähnt die drei Pfeiler der nationalsozialistischen Politik: den Volkskörper, die Reinheit der Rasse und die Erbgesundheit.

⁴⁴ Zum Thema Eugenik und geburtenfreundliche Politik vgl. Richard Grunberger, *Historia społeczna Trzeciej Rzeszy*, übersetzt von Witold Kalinowski, Warszawa 1971.

Fischer und Fritz Lenz realisiert wurde) aus derselben ergiebigen Quelle: der positiven Einstellung der nationalsozialistischen Rassenhygiene zum biopolitischen Körper des deutschen Volkes.

Der Initiationsmoment der Spirale von Massenmorden im besetzten Mitteleuropa ist der politische Plan zur „Festigung des deutschen Volkstums“. Mit der Konzeption der „Festigung des deutschen Volkstums“ begann die Massenvernichtung der polnischen Intelligenz, der Juden, der psychisch Kranken und anderer „unerwünschter Gruppen“.⁴⁵ In den besetzten Gebieten verwandelte sich das Ziel der nationalsozialistischen Eugenik, die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ (Behinderte, psychisch kranke Menschen), in die „Vernichtung wertvollen Lebens“ (der Intelligenz – der Elite der Gesellschaft) als notwendige Bedingung für eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Das Exekutionskommando im Wald von Spengawken, vor dem die polnischen Gymnasiallehrer standen, und die Gaskammern in Hadamar fallen unter dasselbe Paradigma der nationalsozialistischen Eugenik: Zerstörung einer politischen Gemeinschaft bzw. Vernichtung von Behinderten mit dem Ziel, die andere Gemeinschaft zu stärken.

Pierre Nora hat unsere Zeit die Epoche des Gedenkens genannt.⁴⁶ In letzter Zeit entstehen in Deutschland durch die Auseinandersetzung mit dem Problem der Rassenhygiene Museen und Denkmäler, die an die Vernichtung von psychisch Kranken im Dritten Reich erinnern. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch polnische Bürger, die in den Jahren von 1939 bis 1940 umgebrachten Patienten von Kliniken, endlich ein eigenes Denkmal erhalten werden. Ich denke jedoch nicht, dass eine solche Form des Gedenkens für die polnische Intelligenz notwendig wäre. Dieser wurde von den Künstlern der Nachkriegszeit – Regisseuren, Schriftstellern, Musikern und Wissenschaftlern – ein Denkmal errichtet. Sie waren es, die Zeugnis darüber ablegten, dass jener „wahnwitzige Plan“, über den Prof. Ludwik Hirszfeld zur Zeit der deutschen Okkupation schrieb, der Plan zur Ausrottung der polnischen Intelligenz, nicht in Erfüllung ging. Doch sollte die Vernichtung dieser hunderttausend polnischen Staatsbürger, verdienstvoller Spezialisten auf dem Gebiet von Bildung, Kultur, Wirtschaft und Politik, als Gegenstand von Archivanfragen, Untersuchungen und Interpretationen im Rahmen von Paradigmen der nationalsozialistischen Eugenik, rassistischen Anthropologie sowie Politik in die polnische Historiografie zurückkehren. Diese

⁴⁵ Lemkin verwendet den Begriff „undesired people“ zur Beschreibung der Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen, darunter auch der polnischen Intelligenz.

⁴⁶ Epoka upamiętniania. Rozmowa z Pierrem Nora, in: Jacek Żakowski, *Rewanż pamięci*, Warszawa 2002, S. 59.

Forschungen müssten vor einem möglichst breiten Vergleichshorizont durchgeführt werden. Welche Länder haben eine ähnliche Vernichtung der gebildeten Schichten durchgemacht? Welches Ausmaß, welche Dynamik und Intensität besaßen diese Erscheinungen? Wurden sie auch – wie in Polen – von einer Vernichtung Kranker begleitet, die als gesellschaftlicher „Ballast“ angesehen wurden? Wie wurden diese Prozesse von den führenden nationalsozialistischen Eugenikern kommentiert? Diese und andere Fragen sollten die Historiker beantworten.

Die Erinnerung ist immer selektiv, auch die Erinnerung an die Opfer. Die Auswahl fällt nur auf wenige Namen, sie verurteilt Zehntausende andere, weniger bekannte Repräsentanten der polnischen Intelligenz zur Anonymität. In Piasnitz, Mischke, den Wäldern von Spengawskan, Fort VII bei Posen, Palmiry und Dutzenden anderen polnischen Städten und Städtchen starben keine Zahlen, sondern konkrete Menschen. Die Ordensschwester aus Neustadt, die am 24. Oktober 1939 verhaftet wurde und die, bevor sie das Gebetshaus verließ, die Worte der Vergebung sprach, war die vierzigjährige Alicja Jadwiga Kotowska, die Oberin des Resurrektionisten-Ordens, Direktorin des örtlichen Gymnasiums und der Mädchenschule. Sie hatte Medizin, später Chemie studiert, war im Ersten Weltkrieg Mitglied der Polnischen Militärorganisation und Sanitäterin gewesen. Für ihre Verdienste um Polen war sie im Jahr 1932 mit dem Orden Polonia Restituta ausgezeichnet worden. Einer der in Piasnitz erschossenen Dozenten von der Staatlichen Meeres-Schule in Gdingen war Stanisław Dłuski, Hochseeschiffahrts-Kapitän und Leiter des Staatlichen Meteorologischen Instituts. Unter den ermordeten Juristen befand sich Jarosław Czarliński, der Vorsitzende des Kreisgerichts in Gdingen sowie der örtlichen Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft. Der Arzt, der erschossen wurde, weil er sich weigerte, die Patienten der psychiatrischen Klinik in Schwetz während der Exekution allein zu lassen, war Józef Bednarz, er war Sozialist und ein hervorragender Psychiater.

Der Kampf mit einer potenziellen politischen Opposition in den Jahren 1939 bis 1940 war für die nationalsozialistischen Politiker ein bequemer Vorwand, der genutzt wurde, um die Vernichtungspolitik gegenüber der polnischen Intelligenz zu begründen. Die große Mehrheit der Opfer war unbewaffnet, verübte keine Sabotageakte und gehörte keiner Widerstandsorganisation an. Ihre einzige Schuld war die Zugehörigkeit zur polnischen Elite, einer Schicht, die zur biologischen Ausrottung verurteilt war.

JAN DANILUK

Aspekte zur Ansiedlung von Volksdeutschen im Reichsgau Danzig-Westpreußen

Der bedeutende polnische Historiker Czesław Madajczyk schrieb 1990 in seinem Vorwort zu einer Quellensammlung mit Dokumenten über den Generalplan Ost (GPO): „Das Wissen vom Generalplan Ost ist bisher sehr spärlich, das betrifft sogar Historiker. Über das Thema wurden bisher nur ein paar Dutzend Artikel und die Texte einiger Quellen veröffentlicht.“¹ Heute, mehr als zwei Jahrzehnte später, kann man die Feststellung wagen, dass Madajczyks Worte zum Großteil überholt sind, was in erster Linie der Arbeit weniger Forscher zu verdanken ist, die sich in ihren Publikationen mit dem GPO befasst haben.²

¹ Czesław Madajczyk (Hg.), *Generalny Plan Wschodni. Zbiór dokumentów*, Warszawa 1990, S. 1.

² An erster Stelle sind zu erwähnen: Bruno Wasser, *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen*, Basel/Berlin/Boston 1993; Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993; Andrzej L. Szcześniak, *Plan zagłady Słowian. Generalplan Ost*, Radom 2001; Beata Maćior-Majak, *Generalny Plan Wschodni. Aspekty ideologiczny, polityczny i ekonomiczny*, Kraków 2007. Besonders wertvoll auf diesem Gebiet ist die Arbeit von Isabel Heinemann von der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (vgl. Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003).

Und dennoch, wenn man sich Arbeiten aus dem weiten Themenfeld der Nationalitätspolitik unter deutscher Okkupation, insbesondere in Bezug auf die polnischen Gebiete, genauer ansieht, kann man immer noch eine Dissonanz bei den von den Wissenschaftlern behandelten Themen feststellen. Der überwiegende Teil der derzeit vorliegenden Publikationen konzentriert sich auf die Aussiedlungen und die Eindeutschung von Polen, den Betrieb von Einrichtungen oder Lagern für die ausgesiedelte polnische Bevölkerung sowie die Vernichtungspolitik des deutschen Okkupanten, also auf jene Maßnahmen, die man dem sogenannten Kleinen Plan des GPO zu-rechnen kann. Die reiche Fachliteratur auf diesem Gebiet stellt unter anderem Maria Rutowska im Vorwort zu einer der wichtigeren Publikationen vor, die der Aussiedlung der Polen aus dem Wartheland ins Generalgouvernement (GG) in den Jahren 1939 bis 1941 gewidmet ist.³ Im Hinblick auf den Reichsgau Danzig-Westpreußen müsste diese Liste einzig um jüngere Arbeiten von Autoren wie zum Beispiel Elżbieta Rojowska und Monika Tomkiewicz⁴ oder Tomasz Ceran⁵ ergänzt werden.

Immer noch verhältnismäßig selten entstehen Einzelpublikationen, die sich ausführlicher mit der Tätigkeit einzelner Behörden des deutschen Siedlungsapparates⁶ oder mit den deutschen Siedlern selbst befassen, insbesondere in den administrativen Einheiten, denen sie in den Jahren des Zweiten Weltkriegs angehörten. Die grundlegenden und allgemein zugänglichen Arbeiten polnischer Historiker entstanden im Grunde genommen in den 1960er und 1970er Jahren – vor allem muss hier die Arbeit von Janusz Sobczak⁷ erwähnt werden, aber auch die zu Beginn dieses Artikels in Erinnerung gerufenen Auszüge aus Arbeiten von Czesław Madajczyk und Czesław Łuczak.⁸

³ Maria Rutowska, *Wysiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa w latach 1939–1941*, Poznań 2003, S. 9–12.

⁴ Elżbieta Rojowska, Monika Tomkiewicz, *Gdynia 1939–1945 w świetle źródeł niemieckich i polskich. Aresztowania – egzekucje – wysiedlenia ludności cywilnej narodowości polskiej*, Gdynia 2009.

⁵ Tomasz Ceran, „Szmalcówka“. *Historia niemieckiego obozu w Toruniu (1940–1943) na tle ideologii nazistowskiej*, Bydgoszcz/Gdańsk 2011.

⁶ Neben der schon erwähnten Arbeit von Isabel Heinemann stellt das neueste Buch von Andreas Strippel auf diesem Gebiet eine Ausnahme dar: Andreas Strippel, *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945)*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2011.

⁷ Janusz Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia ludności niemieckiej w dobie II wojny światowej*, Poznań 1966.

⁸ Zum Beispiel Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. I, Warszawa 1970, S. 348–366; Czesław Łuczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979, S. 192–203.

Hinsichtlich des Reichsgaus Danzig-Westpreußen sieht die Sache im Prinzip ähnlich aus – die grundlegenden Arbeiten von Jan Sziling⁹ und Włodzimierz Jastrzębski¹⁰ sind mehrere Jahrzehnte alt. Obwohl auch in den darauf folgenden Jahren einige Artikel entstanden, die sich mit der Siedlungspolitik des deutschen Okkupanten im Reichsgau Danzig-Westpreußen befassen, behandeln sie jedoch nur einzelne, verhältnismäßig überschaubare Themen.¹¹ Die Frage der deutschen Besiedlung zur Zeit der Okkupation wird sporadisch auch in Synthesen der Geschichte einzelner Städte oder Regionen von Pommerellen und Kujawien aufgegriffen.¹²

Unter Berücksichtigung des Vorstehenden ist der vorliegende Artikel ein Versuch, das gegenwärtige, verstreute und immer noch längst nicht komplette Wissen über die Ansiedlung von Volksdeutschen im Reichsgau Danzig-Westpreußen zu systematisieren. Die Verifizierung bisheriger Befunde wird nicht nur auf der Grundlage einer Gegenüberstellung bestehender wissenschaftlicher Arbeiten vorgenommen, sie basiert auch zum Großteil auf einer Analyse erhaltener Berichte der regionalen Filiale der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi).¹³ Zugleich

⁹ Jan Sziling, *Hitlerowska polityka osadnicza w rejencji bydgoskiej w latach 1939–1943*, in: *Prace Komisji Historii Bydgoskiego Towarzystwa Naukowego*, 1964, Bd. 2, S. 127–156.

¹⁰ Einen eigenen Teil widmete Włodzimierz Jastrzębski in seiner 1977 erschienenen Arbeit der deutschen Bevölkerung im Reichsgau Danzig-Westpreußen, darunter auch den deutschen Siedlern aus dem Osten, vgl. Włodzimierz Jastrzębski, *Polityka narodowościowa w Okręgu Rzeszy Gdańsk – Prusy Zachodnie (1939–1945)*, Bydgoszcz 1977, S. 165–173.

¹¹ Vgl. Marek Romaniuk, *Napływ ludności niemieckiej do Bydgoszczy w latach 1939–1945*, „Kronika Bydgoska“ 1990, Bd. XII, S. 21–27; Danuta Wróbel, *Osadnictwo Niemców ze Wschodu na terenie Okręgu Rzeszy Gdańsk–Prusy Zachodnie*, in: Katarzyna Minczykowska/Jan Sziling (Hg.), *Władze i społeczeństwo niemieckie na Pomorzu Wschodnim i Kujawach w latach okupacji niemieckiej (1939–1945)*, Toruń 2005, S. 53–76; Wiesław Trzeciakowski, *Niemiecka polityka wysiedlenia Polaków oraz osadnictwa Niemców w latach 1939–1945 w Okręgu Gdańsk-Prusy Zachodnie, powiat świecki*, „Przegląd Zachodni“ Jahrgang LXV, 2009, Nr. 2, S. 158–173.

¹² Üblicherweise wird dieses Thema nur erwähnt – vgl. zum Beispiel Bogusław Breza, *Wejherowo w okresie międzywojennym i okupacji*, in: Józef Borzyszkowski (Hg.), *Historia Wejherowa, Wejherowo 1998*, S. 387; Józef Borzyszkowski, *Pod okupacją hitlerowskiej III Rzeszy (1939–1945)*, in: Kazimierz Ostrowski (Hg.), *Dzieje Chojnic, Chojnice 2003*, S. 550; Aleksander Czarniecki, *Terytorium gminy Wąbrzeźno pod okupacją niemiecką (1939–1945)*, in: Roman Czaja (Hg.), *Historia gminy Wąbrzeźno*, Bd. I, Wąbrzeźno 2006, S. 198, 202. Rühmliche Ausnahmen in dieser Hinsicht sind Teile der Arbeiten über die Region Kociewie (Józef Milewski, *Kociewie w latach okupacji hitlerowskiej 1939–1945*, Warszawa 1977, S. 88–91) und der Monografie über Toruń (Jan Sziling, *Germanizacja Torunia*, in: Marian Biskup [Hg.], *Historia Torunia*, Bd. 3, Teil 2: *W czasach Polski Odrodzonej i okupacji niemieckiej [1920–1945]*, Toruń 2006, S. 586–590).

¹³ Bundesarchiv-Lichterfelde in Berlin (im Folgenden: BArch), Bestand Volksdeutsche Mittelstelle (im Folgenden: VoMi). Die zugänglichen Berichte beziehen sich auf den Zeitraum von Oktober 1940 bis Januar 1944. Die Dokumente betreffen vor allem die Migration deutscher

wird die Tätigkeit der VoMi im Reichsgau Danzig-Westpreußen etwas ausführlicher dargestellt. Es muss jedoch betont werden, dass es keinesfalls beabsichtigt ist, die genannten Themen erschöpfend zu behandeln. Den vorliegenden Artikel gilt es eher als Ausgangspunkt für weitere, mit Sicherheit unverzichtbare Forschungen über die Ansiedlung von Deutschen in Pommerellen und Kujawien zur Zeit des Zweiten Weltkriegs zu betrachten.¹⁴

Aus dem im Verlauf des Polenfeldzugs 1939 eingenommenen Großteil der Wojewodschaft Pomorze (Pommern)¹⁵ in den Grenzen der Vorkriegszeit sowie einem kleinen Teil der Wojewodschaft Warschau,¹⁶ dem unrechtmäßig annektier-

Umsiedler aus Litauen und der UdSSR, also jene Volksdeutschen, die in die Lager der VoMi im Reichsgau Danzig-Westpreußen kamen (für die übrigen Siedlergruppen, die nach Pommerellen und Kujawien gelangten, befanden sich die Lager der VoMi in anderen Regionen, überwiegend im Reichsgau Wartheland).

¹⁴ Ein Teil der im Folgenden präsentierten Daten (insbesondere der Zahlen) beruht auf Schätzungen sowie auf bisher ungenutztem Quellenmaterial. Es ist jedoch denkbar, dass angesichts recht bedeutender Lücken in Bezug auf bestimmte Fragen (zum Beispiel werden die deutschen Umsiedler aus dem Generalgouvernement in den analysierten Dokumenten kein einziges Mal erwähnt) eine gründlichere Suche, insbesondere in deutschen Sammlungen, eine Vervollständigung des heutigen Wissensstandes möglich machen wird.

¹⁵ Das Gebiet der Wojewodschaft Pomorze (Pommern) wurde insgesamt zwischen vier Regierungsbezirken aufgeteilt. Der kleinste Teil (etwa 6000,3 km²) fiel dem Regierungsbezirk Marienwerder zu, dem folgende Kreise angeschlossen wurden: Kreis Strasburg, Stadt- und Landkreis Graudenz, Kreis Lipno (später auch: Leipe), Kreis Löbau (später auch: Neumark, heute powiat nowomiejski), Kreis Rypin und Kreis Briesen. Die Gebiete der ehemaligen Wojewodschaft Pommern von vergleichbarer Größe wurden dem Regierungsbezirk Danzig (etwa 7000,4 km²) sowie dem Regierungsbezirk Bromberg (etwa 7000,5 km²) zugeteilt. Zu Ersterem zählten die Kreise Konitz, Kartaus, Berent, Neustadt (während der Okkupation: Neustadt [in Westpreußen], heute powiat wejherowski), Pr. Stargard, Dirschau und Gotenhafen-Stadt. Der Regierungsbezirk Bromberg setzte sich zusammen aus dem Stadt- und Landkreis Bromberg, den Kreisen Kulm, Zempelburg, Schwetz, Tuchel, Wirsitz sowie dem Stadt- und Landkreis Thorn. Der verbliebene Teil der Wojewodschaft Pommern in den Grenzen der Vorkriegszeit (die Kreise Hohensalza-Stadt und Hohensalza-Land, Nեսsau, Schubín sowie Leslau) wurden dem Regierungsbezirk Hohensalza im benachbarten Reichsgau Wartheland angeschlossen, vgl. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches und das Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete in statistischen Angaben, Publikationstelle Berlin-Dahlem, Berlin 1940, S. 23–36. Ausführlicher über Entstehung der zivilen und militärischen Verwaltung im Jahr 1939 in Pommerellen und Kujawien vgl. Jan Sziling, Organizacja i struktura administracji okupacyjnej, in: Włodzimierz Jastrzębski/Jan Sziling, Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939–1945, Gdańsk 1979, S. 46–56; Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/1939. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polen, Stuttgart 1977, S. 85f.

¹⁶ Ein kleiner Teil der Wojewodschaft Warschau in den Grenzen der Vorkriegszeit wurde dem Regierungsbezirk Bromberg zugeschlagen. Es handelte sich um ein Stück des Kreises Soldau mit der Stadt Lautenburg sowie drei Landgemeinden: Kiełpiny/Kiełpin, Lidzbark i Rybno, Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, S. 26.

ten Territorium der Freien Stadt Danzig¹⁷ und den sechs westlichsten Kreisen der Regierungsbezirke Westpreußen¹⁸ schufen die deutschen Behörden zum 26. Oktober 1939 eine neue administrative Einheit, die am 2. November endgültig den Namen Reichsgau Danzig-Westpreußen erhielt.¹⁹ Der auf diese Weise abgesteckte Gau war in Wirklichkeit ein Konglomerat zweier Bereiche, die sich durch diametral gegensätzliche Nationalitätsverhältnisse auszeichneten.²⁰ Während auf dem Gebiet der sechs westpreußischen Kreise und dem Gebiet der ehemals Freien Stadt Danzig die deutsche Bevölkerung überwog, so dominierten auf einem Gebiet von über 81 Prozent des neuen Gaus²¹ zahlenmäßig die Polen. In 23 Kreisen (ehemaligen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik), aufgeteilt auf drei Regierungsbezirke des neuen Gaus, lebten 1939 insgesamt 1 393 717 Polen, 158 371 Deutsche, 14 458 Juden, 1 648 Ukrainer sowie 9 902 Vertreter anderer Nationen.²² Das Verhältnis der deutschen zur polnischen Bevölkerung betrug im gesamten Gau in etwa 38 zu 61 Prozent²³ (1939 lebten im Gau schätzungsweise 2,2 bis 2,3 Millionen Menschen²⁴). Diese Situation war für den deutschen Okkupanten nicht hinnehmbar.

¹⁷ Das Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig setzte sich aus fünf Kreisen zusammen: den zwei Stadtkreisen Danzig und Zoppot sowie den drei Landkreisen Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großer Werder, ebenda, S. 27.

¹⁸ Die zwei Kreise Elbing-Stadtkreis und Elbing-Landkreis wurden dem Regierungsbezirk Danzig angeschlossen, die verbliebenen vier Kreise (Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Westpreußen sowie der Kreis Stuhm) gehörten dem Regierungsbezirk Marienwerder an, ebenda, S. 23 und 27.

¹⁹ Sziling, *Organizacja i struktura administracji okupacyjnej*, S. 51; Stephan Deutinger, *Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland (1939–1945)*, in: Walter Ziegler (Hg.), *Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung*, Bd. 1, München 1999, S. 260.

²⁰ Jastrzębski, *Polityka narodowościowa*, S. 146–147.

²¹ Der Reichsgau Danzig-Westpreußen setzte sich zu 81,5 % aus ehemals polnischen Gebieten (21 237,02 km², die in 23 Stadt- und Landkreise aufgeteilt waren), zu 11,2 % aus Westpreußen ausgegliederten Gebieten (2925,93 km²) sowie zu 7,3 % aus Gebieten der ehemals Freien Stadt Danzig (1892,90 km²) zusammen, vgl. *Die Ostgebiete des Deutschen Reiches*, S. 5.

²² Madajczyk, *Polityka III Rzeszy*, S. 72.

²³ Ebenda, S. 69.

²⁴ Die größte Bevölkerungszahl des Gaus für das Jahr 1939 – 2 351 166 Personen – findet sich bei Jan Sziling in einer Arbeit aus dem Jahr 1979 (Sziling, *Organizacja i struktura administracji okupacyjnej*, S. 51). Sie ist vermutlich zu hoch angesetzt. Czesław Madajczyk, der sich auf statistische Daten von Volkszählungen – bezüglich der polnischen Gebiete aus dem Jahr 1931, der Freien Stadt Danzig aus dem Jahr 1929 und des westpreußischen Teils aus dem Jahr 1933 – stützt, bezifferte die Einwohnerzahl des Gaus mit etwa 2 179 000 Personen (Madajczyk, *Polityka III Rzeszy*, S. 69). Sabine Rehm wiederum korrigierte die Einwohnerzahl des Gaus

Neben der direkten Vernichtung von Polen²⁵ und späteren Germanisierungsmaßnahmen²⁶ war es, um die Worte des Reichsführers-SS Heinrich Himmler zu paraphrasieren, das prinzipielle Vorgehen des Okkupanten, aus dem Gau durch die Aussiedlung der nichtdeutschen Bevölkerung²⁷ und die gleichzeitige

in einem 1999 veröffentlichten Artikel für das erste Kriegsjahr auf 2 287 394 (Sabine Rehm, Die Bevölkerung in den östlichen Reichsgebieten und in Danzig, in: Walter Ziegler (Hg.), Die Vertriebenen vor der Vertreibung, Bd. 1, München 1999, S. 53). Interessanterweise findet sich bei Sziling in einer früheren Arbeit aus dem Jahr 1964 eine ähnliche Schätzung (Sziling, *Polityka osadnicza*, S. 137), d. h. ungefähr 2,2 Millionen Einwohner im Gau, wobei er sich unter anderem auf den Befund von Janusz Deresiewicz stützt (Janusz Deresiewicz, *Okupacja niemiecka na ziemiach polskich włączonych do Rzeszy [1939–1945]*, Poznań 1950, S. XVI) und auch Daten anführt, die im Sommer 1940 vom deutschen Statistischen Reichsamt veröffentlicht wurden (etwa 2 203 000 Einwohner, vgl. Ludwik Landau, *Kronika lat wojny i okupacji*, Bd. 1, Warszawa 1962, S. 575). In dieser Hinsicht interessante Informationen sind auch in einem der von der Rüstungsinspektion des Wehrkreises XX erstellten Dokumente erhalten geblieben, in dem unter anderem das Gebiet und die Bevölkerung des Reichsgaus Danzig-Westpreußen behandelt werden. Für Herbst 1939 wurde die Bevölkerungszahl mit etwa 2,27 Millionen beziffert, ein Jahr später hingegen (Stand Ende September 1940) schon nur noch mit ungefähr 1,9 Millionen Menschen (!) (vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau, Rüstungsinspektion XX [Zoppot], RW 20-20/8, Geschichte der Rüstungsinspektion des Wehrkreises XX. [1 IX] 1. November 1939 bis 30. September 1940, ohne Datum, Bl. 8). Besonders diese zweite Zahl ist fragwürdig, wenn man berücksichtigt, dass wir für denselben Zeitraum (d. h. Ende 1940) über eine andere Quelle verfügen. Dem Oberbürgermeister von Danzig Otto Lippke zufolge, der zugleich die Funktion des Gauamtsleiters der NSDAP Danzig-Westpreußen ausübte, lebten in Pommerellen und Kujawien gegen Ende des zweiten Kriegsjahres insgesamt 2 298 527 Menschen, vgl. Archiv des Instituts für Nationales Gedenken in Warschau (Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, im Folgenden: AIPN), Höchstes Nationalgericht (Najwyższy Trybunał Narodowy, im Folgenden: NTN), Prozess Albert Forster, GK 196/189/DVD, Gauamtsleiter Lippke an den Herrn Beauftragten für den Vierjahresplan (HTO), 30. September 1941, S. 28.

²⁵ In der Literatur finden sich geschätzte (wahrscheinlich aber überhöhte) Zahlen von 30 000 bis 50 000 Opfern der Okkupation in Pommerellen und Kujawien, vgl. Bogdan Chrzanowski, *Dotychczasowe próby ustalenia strat na terenie Pomorza Gdańskiego w latach II wojny światowej*, in: Doro- ta Kromp/ Katarzyna Minczykowska/Jan Sziling (Hg.), *Wokół strat ludności pomorskiej w latach 1939–1945. Materiały z XVII sesji naukowej w Toruniu w dniu 21 XI 2007 roku*, Toruń 2008, S. 178.

²⁶ Jastrzębski zufolge war der Prozentsatz der germanisierten („eingedeutschten“) Polen im Reichsgau Danzig-Westpreußen recht hoch und betrug im Mai 1944 59,5 Prozent – *Administracja, ludność, gospodarka, kultura i oświata na ziemiach polskich wcielonych do Trzeciej Rzeszy w świetle niemieckich dokumentów z 1944 r.*, hg. von Włodzimierz Jastrzębski, Bydgoszcz – Poznań 1999, S. 15.

²⁷ In der Fachliteratur werden die aus Pommern Ausgesiedelten meist mit 120 000 bis 170 000 beziffert (vgl. Chrzanowski, *Dotychczasowe próby*, S. 179). Maria Rutowska führt konkretere Zahlen an: 41 262 von Dezember 1939 bis März 1941 aus dem Gau ins Generalgouvernement ausgesiedelte Menschen sowie 70 000 (bis zum Jahr 1944) innerhalb des Gaus Umgesiedelte und Vertriebene, vgl. Rutowska, *Wysiedlenia*, S. 37.

Ansiedlung sogenannter Volksdeutscher aus den östlichen Regionen Europas eine „blonde Provinz“²⁸ zu machen. Die größten Ausmaße nahm dieser Prozess im Reichsgau Wartheland an, wo der Statthalter Arthur Greiser, auch wenn er anfangs von der Eile bei der Repatriierung der Baltendeutschen im Jahr 1939 überrascht war, sie letztlich in seinem Gau ansiedelte, worauf weitere Wellen deutscher Siedler folgten.²⁹ Anders gestaltete sich die Situation im Reichsgau Danzig-Westpreußen. Dies war nur in verhältnismäßig geringem Maße eine Konsequenz dessen, dass der Gau zum Teil auch aus deutschen oder Danziger Gebieten geschaffen worden war (das Wartheland entstand gänzlich auf polnischem Gebiet), sondern resultierte vor allem aus der geringen Bedeutung, die der Statthalter des Reichsgaus Danzig-Westpreußen Albert Forster den deutschen Umsiedlern für seine eigenen Ziele beimaß. Darüber hinaus war er davon überzeugt, dass es ihm gelingen würde, eine entsprechende Zahl der „wertvollsten“ Reichsdeutschen aus dem sogenannten Alten Reich nach Pommerellen und Kujawien zu holen.³⁰

Seine ablehnende Haltung gegenüber einer breiteren Ansiedlungsaktion von Deutschen aus dem Osten machte Forster schon relativ schnell deutlich, indem er das Heinrich Himmler gegebene Versprechen brach, im Jahr 1939 rund 25 000 bis 30 000 Siedler aus Lettland und Estland in seinem Gau aufzunehmen.³¹ Dabei kam zu Beginn ihrer Irrfahrt der entschiedene Großteil der ihre Heimat verlassenden Baltendeutschen gerade in den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Bis Ende 1939 gingen von fast 62 000 Umsiedlern, die auf insgesamt 87 Schiffen aus Lettland und Estland kamen, über 39 000 (63,5 Prozent) Baltendeutsche in den Häfen von Gdingen und Danzig an Land.³² Von dieser Zahl blieb jedoch anfangs ein verhältnismäßig geringer Teil auf dem Gebiet des Gaus, nur etwa 8000. Die übrigen Umsiedler wurden hauptsächlich ins Wartheland und in geringerem Maße in das Gau Pommern geleitet, wo in den am Meer gelegenen Kurorten für die Umsiedler temporäre Versorgungsstellen und provisorische Unterkünfte eingerichtet wurden.³³ Darüber hinaus deutet alles darauf hin, dass etwa 2000 wei-

²⁸ Diese Worte äußerte der Reichsführer-SS zum ersten Mal über das Reichsgau Wartheland, vgl. Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“, S. 195.

²⁹ Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 164.; Łuczak, *Polityka ludnościowa*, S. 195.

³⁰ Jastrzębski, *Polityka narodowościowa*, S. 166–167.

³¹ Ebenda, S. 168.

³² Małgorzata Stepko, *Die „wartende Stadt“*. Gdynia-Gotenhafen (1926–1945), Herrsching/Tübingen 2011 (Dissertation), S. 78.

³³ Die genannten Zahlen stammen aus einem geheimen Bericht des Sicherheitsdienstes der SS, der auf den 24. November 1939 datiert ist, vgl. Meldungen aus dem Reich. Die geheimen La-

tere Baltendeutsche im Verlauf der nächsten Monate (d. h. schon im Jahr 1940) Pommerellen und Kujawien verließen.³⁴

Auch von der zweiten Welle deutscher Umsiedler aus dem Osten – diesmal stammten sie aus den westlichen Gebieten Weißrusslands und der Ukraine – gelangte ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz in den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Ihre Repatriierung begann noch im Dezember 1939. Der entschiedene Großteil (etwa 65 Prozent) der Gesamtzahl von rund 128 000 deutschen Umsiedlern aus Wolhynien (Wolhyniendeutsche), Ostgalizien (Galiziendeutsche) und aus dem Narewgebiet (Narewdeutsche) wurde wieder ins Wartheland geleitet.³⁵ Mit großer Sicherheit kann man heute sagen, dass bis zum Ende des Jahres 1940 aus den genannten Gebieten mindestens 4910 deutsche Umsiedler in den Gau gelangten.³⁶ Eine Analyse der zugänglichen Informationen erlaubt jedoch die Schlussfolgerung, dass es vielleicht sogar 4000 mehr waren. Denn Ende 1940 waren mindestens 14 876 deutsche Umsiedler aus dem Osten im Reichsgau Danzig-Westpreußen eingetroffen.³⁷ Folgt man den Zahlen, die Sobczak anführt (5966 Baltendeutsche wurden bis Oktober 1940 definitiv im Reichsgau Danzig-Westpreußen angesiedelt³⁸), dann müssen der Rest (d. h. 8910) zwangsläufig Umsiedler aus dem westlichen Weißrussland und der Ukraine gewesen sein.

Zum überwiegenden Teil ließen sich die Umsiedler in Städten und deren altnächster Umgebung nieder – die meisten in Gdingen, Thorn, Bromberg, verhältnismäßig viele in Kulm (an der Weichsel) und Graudenz.³⁹ Eine bedeutende Anzahl gelangte auch ins südliche Weichselland und die Region Kociewie,⁴⁰

geberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 3: Berichte zur innenpolitischen Lage Nr. 15 vom 13. November 1939; Nr. 25 vom 6. Dezember 1939, Meldungen aus dem Reich Nr. 26 vom 8. Dezember 1939; Nr. 65 vom 13. März 1940, hg. von Heinz Boberach, Herrsching 1984, S. 495–496.

³⁴ Vgl. Fußnote 38.

³⁵ Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 177.

³⁶ Vgl. Bevölkerungsgeschichte des Reichsgaus Danzig-Westpreussen. Reihe B: Bevölkerungsgeschichte der Landschaften und Kreise im Reichsgau Danzig-Westpreussen, hg. von Erich Keyser, Hefte 1–16, 1941–1944, Köln. Es ist zu beachten, dass in den genannten 16 Heften der unvollendeten Serie Daten über die Bevölkerung von nur 18 Kreisen des gesamten Gaus enthalten sind.

³⁷ Stanisław Waszak, *Liczba Niemców w Polsce w latach 1931–1959, Przegląd Zachodni*, 1959, Nr. 6, S. 339.

³⁸ Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 164.

³⁹ Im Dezember 1940 befanden sich 3 224 Volksdeutsche aus dem Osten in Gdingen, 1 573 in Thorn, 1 457 in Bromberg, 1 335 im Kreis Thorn, 1 041 in Kulm, 938 im Kreis Graudenz, 347 in Graudenz und 283 im Kreis Bromberg. Vgl. Waszak, *Liczba Niemców*, S. 339.

⁴⁰ Kociewie ist eine ethnisch-kulturelle Region, die sich über den östlichen Teil der Tucheler Hei-

ebenfalls in die Kreise Briesen (powiat wąbrzeski) und Strasburg (powiat brodnicki).⁴¹ Die deutliche Mehrheit der neuen Siedler waren Händler und Handwerker.⁴² Geschlossene Siedlungen in Städten entstanden, wie es scheint, nur in Gdingen, wo die Siedler in den Häusern der ausgesiedelten Polen einquartiert wurden, insbesondere in dem am Meer gelegenen Stadtteil Adlerhorst (Orłowo). Manche Gdingener Villen wurden auch der deutschen Verwaltung übertragen – in ihnen wurden Dienstwohnungen für Beamte des SS-Apparats eingerichtet.⁴³ Kurz darauf entstand in diesem Stadtteil das sogenannte Haus der Balten, das zum Zentrum des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Umsiedler wurde.⁴⁴ Ebenfalls in diesem Bezirk wurde ein Schulungszentrum der Wachmannschaften des Lagers Stutthof betrieben; die Rekruten, die hierherkamen, waren zum größten Teil Volksdeutsche.⁴⁵

Bis Ende 1940 gelangten jedoch nur 59 734 Deutsche aus dem sogenannten Alten Reich⁴⁶ in den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Damit war das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur polnischen in den ehemaligen polnischen Gebieten (aus der Perspektive des Okkupanten) immer noch sehr unvorteilhaft. Das geringe Interesse der Deutschen aus dem sogenannten Alten Reich an der Möglichkeit einer Ansiedlung im Reichsgau zwang Forster zu einer teilweisen Änderung seiner Politik in Bezug auf die deutschen Siedler aus dem Osten. In diesem Zusammenhang fiel schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 die Entscheidung über eine Ausweitung der Ansiedlungsaktion in den Gebieten Pommerellen und Kujawien. Es ist jedoch zu betonen, dass in den Plänen von Forster die Idee beibehalten wurde, Siedler aus dem sogenannten Alten Reich nach Pommerellen und Kujawien zu holen, wobei die Umsetzung dieser Idee einfach auf die

de, am linken Ufer der Weichsel, die Kreise Preuß. Stargard, Dirschau und den nördlichen Teil des Kreises Schwetz erstreckt.

⁴¹ Vgl. Waszak, *Liczba Niemców*, S. 339; *Bevölkerungsgeschichte des Reichsgaues Danzig-Westpreussen*. Reihe B: *Bevölkerungsgeschichte der Landschaften und Kreise im Reichsgau Danzig-Westpreussen*, hg. von E. Keyser, Hefte 1–16, 1941–1944.

⁴² Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 163.

⁴³ Vgl. BArch, Reichsschatzministerium, NS 1/2417, Übereignung von Liegenschaften und anderen Vermögenswerten aus dem sog. Feindvermögen in den Ostgauen auf die NSDAP, hier: Gotenhafen, Adlerhorst, Helablick 3, 20. Februar 1941, Bl. 12; BArch, Reichsschatzministerium, NS 1/2417, Gutachten über den Wert des Grundstückes Gotenhafen-Adlerhorst, Promenade 13, ohne Datum, ohne Seite; BArch, Reichsschatzministerium, NS 1/2417, Erwerb der Grundstücke in Gotenhafen-Adlerhorst, Helablick 1–5 und Promenade 13, 10. August 1944, Bl. 48.

⁴⁴ *Danziger Vorposten*, 3. November 1940.

⁴⁵ Marek Orski, *Filie obozu koncentracyjnego Stutthof w latach 1939–1945*, Gdańsk 2004, S. 181.

⁴⁶ Jastrzębski, *Polityka narodowościowa*, S. 147.

Zeit nach dem Krieg verschoben wurde.⁴⁷ Ungefähr zur selben Zeit begannen die Verhandlungen zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR, infolge derer im September 1940 und im Januar 1941 Abkommen über die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen, Bessarabien und der nördlichen Bukowina unterzeichnet wurden.⁴⁸ Im Zusammenhang mit den neuen Plänen im Reichsgau stand die Gründung einer neuen regionalen VoMi-Filiale im September 1940, deren Aufgabe die Organisation und Leitung eines Netzes von Lagern war, in denen die Umsiedler während der Beobachtung (Überprüfung) und bis zur Zuteilung eines beschlagnahmten Gutes⁴⁹ (worauf ich im Folgenden eingehen werde) unterkommen sollten.

Zu Beginn des Jahres 1941 lief die Aktion zur Aufnahme der Litauendeutschen an. Der erste Transport mit Umsiedlern aus Litauen erreichte am 7. Februar 1941 den Reichsgau Danzig-Westpreußen; die nächsten beiden am 26. Februar und 1. März.⁵⁰ In den Lagern der VoMi befanden sich damit etwa 9600 Litauendeutsche.⁵¹ Zur Jahresmitte hatte sich ihre Zahl unbedeutend auf etwa 10 000 erhöht.⁵² Um sie gründlich zu überprüfen, wurden sie in ein paar Dutzend Beobachtungslagern der VoMi untergebracht. Im Gegensatz zu den Umsiedlern davor musste die Mehrzahl von ihnen bis zu mehreren Jahren warten, bis sie ein Stück Land zugeteilt bekam und sich auf einem Hof niederlassen konnte. Die Aktion zur Überprüfung der Umsiedler (Durchschleusung) begann im April 1941.⁵³ Diejenigen Deutschen, die bei der von der Einwanderungszentralstelle (EWZ) durchgeführten Überprüfung die Kategorie „A“ („A-Fall“) bekamen, verließen in den folgenden Monaten die Lager und fuhren in das sogenannte Alte Reich (erste Prognosen hatten etwa 5000 bis 6000 solcher Personen vorausgesehen),⁵⁴

⁴⁷ Ebenda, S. 169.

⁴⁸ Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 180, 212.

⁴⁹ BArch, VoMi, R 59/109, Tätigkeitsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle für die Zeit vom 1. Oktober 1940 bis zum 31. März 1941 über die Vorbereitung zur Litauen-Umsiedlung im Gau Danzig-Westpreussen [im Folgenden: TB VoMi 1.10.1940–31.3.1941], 4. April 1941, Bl. 1.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ BArch, VoMi, R 59/109, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. April bis zum 15. Juni 1941 über die Litauen-Umsiedlung im Gau Danzig/Westpreussen [im Folgenden: TB VoMi 1.4.–15.6.1941], Bl. 4.

⁵² BArch, VoMi, R 59/109, Tätigkeitsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle im Gau Danzig-Westpreussen für die Zeit vom 1. Juli 1941 bis zum 15. April 1942 über die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Litauen und Russland, 16. April 1942 [im Folgenden: TB VoMi 1.7.1941–15.4.1942], Bl. 14.

⁵³ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.4.–15.6.1941, Bl. 10.

⁵⁴ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.7.1941–15.4.1942, Bl. 16.

letztlich führen zwischen Juni und Dezember 1941 nicht ganz 3700 Umsiedler aus den Lagern der VoMi im Reichsgau Danzig-Westpreußen in das sogenannte Alte Reich).⁵⁵ Die deutschen Siedler aus dem Osten hingegen, denen die Kategorie „O“ zugewiesen wurde („O-Fall“), sollten sich nach den ursprünglichen Plänen schon im August 1941 in ausgewählten Bauernhöfen des Gaus niederlassen.⁵⁶ Der Ausbruch des Krieges mit der UdSSR durchkreuzte diese Pläne, denn es entstand die Idee, die Litauendeutschen mit der Kategorie „O“, die es noch nicht geschafft hatten, die Lager zu verlassen, im Rahmen der sogenannten Rücksiedlung nach Litauen zurückzuschicken.⁵⁷ Letztlich begann die Ansiedlung der Litauendeutschen im Reichsgau Danzig-Westpreußen erst im Spätsommer 1942.⁵⁸ Bis Anfang 1943 hatten sich auf dem Gebiet Pommerellens und Kujawiens vermutlich rund 4300 Litauendeutsche angesiedelt.⁵⁹ Im Verlauf des nächsten Jahres folgten ihnen nicht mehr als 800 Litauendeutsche.⁶⁰

Erste Umsiedler aus Bessarabien kamen nicht ganz drei Wochen nach Beginn der Umsiedlungen der Litauendeutschen in den Reichsgau – schon am 1. März traf der erste Transport mit 125 deutschen Familien aus Bessarabien ein, die sich in der Region von Rippin und Strasburg in Westpreußen ansiedelten.⁶¹ Bis April

⁵⁵ Zu Beginn des Jahres 1942 waren in den Lagern der VoMi 6322 Litauendeutsche, BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 der Volksdeutschen Mittelstelle im Gau Danzig-Westpreussen über die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Litauen und Russland, 2. Januar 1942 [falsches Datum, es müsste heißen 1943] [im Folgenden: Jahresbericht 1942 VoMi], Bl. 24.

⁵⁶ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.7.1941–15.4.1942, Bl. 15–16.

⁵⁷ Ausführlicher zur sogenannten Rücksiedlung der Litauendeutschen Sobczak, Hitlerowski przesiedlenia, S. 247–259.

⁵⁸ BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 VoMi, Bl. 25.

⁵⁹ Dies ergibt sich aus der Differenz zwischen der Zahl der Litauendeutschen in den Lagern der VoMi auf dem Gebiet des Reichsgaus zu Beginn des Jahres 1942 (etwa 6400 Menschen) und zu Beginn des Jahres 1943 (etwa 2100 Menschen), vgl. ebenda, Bl. 24f. In der erhaltenen Dokumentation finden sich keine Zahlen, die darauf hinweisen, dass es im Jahr 1942 Volksdeutsche gab, die die Lager der VoMi verließen und sich anschließend auf dem Gebiet des sogenannten Alten Reiches ansiedelten.

⁶⁰ Wenn man den Zahlen in den Berichten Glauben schenkt, dann verblieben von einer Gesamtzahl von etwa 6200 deutschen Umsiedlern (rund 2100 Litauendeutsche und 4100 Russlanddeutsche) aus den Lagern der VoMi im Gau zu Beginn des Jahres 1943 etwa 5400 Personen (vgl. Fußnote 80). Zieht man die Tatsache in Betracht, dass Russlanddeutsche noch nicht in den dem Reich einverleibten Gebieten angesiedelt wurden, steht der Unterschied vielleicht für die Zahl der Litauendeutschen, die sich 1943 im Reichsgau angesiedelt haben.

⁶¹ „Danziger Vorposten“, 1. März 1941. Damit muss die Behauptung als falsch gelten, dass die ersten deutschen Siedler aus Bessarabien im Oktober 1941 im Reichsgau eintrafen (vgl. Jastrzębski, *Polityka narodowościowa*, S. 171).

waren es schon fast 3000 deutsche Umsiedler aus Bessarabien.⁶² In den folgenden eineinhalb Jahren (d. h. bis zum Oktober 1942) wuchs ihre Zahl auf über 40 000 an.⁶³ Fast die Hälfte von ihnen siedelte sich im Laufe des ersten Halbjahrs 1942 im Gau an. Bei dieser Gelegenheit lohnt es sich, darauf hinzuweisen, dass dies die einzige Gruppe von deutschen Umsiedlern aus dem Osten war, deren Anzahl im Gebiet des Reichsgaus Danzig-Westpreußen der Zahl der im Reichsgau Wartheland Angesiedelten ähnelte.⁶⁴

Nach den Umsiedlern aus Bessarabien waren die nächsten Volksdeutschen, die ins Reichsgau Danzig-Westpreußen kamen, Russlanddeutsche, die von Wehrmachtstruppen aus Frontgebieten evakuiert worden waren. Mitte Februar 1942 traf der erste Transport mit rund 2500 Russlanddeutschen, die überwiegend aus dem Leningrader Bezirk stammten, in Pommerellen ein. Entsprechend den Empfehlungen der zentralen Behörden wurden alle im größten VoMi-Beobachtungslager des Gaus, in Konitz, versammelt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die deutschen Behörden aufgrund dieser Entscheidung die bisher in Konitz untergebrachten fast 2000 Litauendeutschen in andere Lager verlegen mussten, um den Kontakt der Russlanddeutschen mit einer anderen deutschen Volksgruppe zu unterbinden.⁶⁵ Kurz darauf wurden weitere Russlanddeutsche antransportiert, sodass sich bis Mitte April 1942 schon rund 6600 auf dem Gebiet des Gaus befanden, die insgesamt in drei Lagern der VoMi zusammengefasst waren: zwei in Konitz und einem in Neustadt (in Westpreußen).⁶⁶ Innerhalb der folgenden Wochen verringerte sich ihre Zahl jedoch auf wenig mehr als 4100,⁶⁷ und aller Wahrscheinlichkeit nach änderte sie sich nicht mehr bis zum Ende des Jahres 1942.

Am 1. Januar 1943 befanden sich in allen Lagern der VoMi auf dem Gebiet des Gaus insgesamt nur etwa 5400 Personen.⁶⁸ Jedoch trafen im Verlauf der folgenden 13 Monate (d. h. bis Ende Januar 1944) in Pommerellen und Kujawien insgesamt über 11 300 evakuierte Russlanddeutsche in mehr als 160 Transporten

⁶² Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 191.

⁶³ Ebenda, S. 192.

⁶⁴ Im Reichsgau Danzig-Westpreußen waren am 1. Oktober 1942 40 836 Deutsche aus Bessarabien, im Reichsgau Wartheland 40 164, ebenda.

⁶⁵ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.7.1941–15.4.1942, Bl. 18.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 19.

⁶⁷ Vermutlich wurden sie in einen anderen Gau gebracht, BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 VoMi, Bl. 24.

⁶⁸ BArch, VoMi, R 59/109, Tätigkeitsbericht der Volksdeutschen Mittelstelle im Gau Danzig-Westpreussen für die Zeit vom 1. Januar 1943 bis zum 31. Januar 1944 [Fehler, es müsste heißen 1943] über die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen, Südrussland und Nordrussland, 10. Februar 1944 [im Folgenden: TB VoMi 1.1.1943–31.12.1944], Bl. 31.

ein.⁶⁹ Die Evakuierung der deutschen Bevölkerung (in der deutschen Propaganda wurde sie als „Rückführungsaktion“ bezeichnet) aus den von den vorrückenden sowjetischen Einheiten bedrohten Gebieten umfasste (von Winter 1942 bis Frühling 1944) alles in allem sieben Aktionen. Die Transporte der evakuierten Russlanddeutschen gelangten wahrscheinlich im Rahmen der vierten Aktion („Russlandaktion“), die von Oktober 1943 bis Mitte März 1944 betrieben wurde, in den Gau.⁷⁰ In Pommerellen und Kujawien trafen Transporte mit Russlanddeutschen aus den Regionen Saporoschje (rund 3900), Kiew und Schitomir (rund 2000), Charkow (1880) und Pskow (850) ein. Alle weiteren Evakuierten (d. h. etwa 2600 Personen), die in die Lager gelangten, wurden schnell in andere Gaue weitergeleitet, da sie nicht untergebracht werden konnten.⁷¹

Zugleich verließen im Verlauf des Jahres 1943 7201 deutsche Siedler die Lager der VoMi im Reichsgau Danzig-Westpreußen, nur ein kleiner Teil von ihnen – 1080 Litauendeutsche – nahm an der erwähnten sogenannten Rücksiedlungsaktion nach Litauen teil. Der restliche Teil (3000) wurde in den Reichsgau Pommern weitergeleitet, um Platz zu machen für die besagten Transporte der evakuierten Russlanddeutschen aus der Region Saporoschje. Wieder andere (1260 Personen) wurden nach vorhergehender Klassifizierung mit der Kategorie „A“ ins Reich verschickt, um sie dort anzusiedeln. Leider ist nicht bekannt, aus welchem Grund der restliche Teil der Umsiedler (1861 Personen) die Lager der VoMi verließ.⁷² Schließlich trafen zu Beginn des Jahres 1944 zusätzlich zu den in den Lagern verbliebenen rund 6829 Umsiedlern weitere Transporte mit evakuierten Russlanddeutschen ein, sodass sich Ende Januar, Anfang Februar 1944 in den Lagern der VoMi in Pommerellen und Kujawien über 10 000 Volksdeutsche befanden.⁷³

In Hinblick auf die Tatsache, dass die Tätigkeit der VoMi unmittelbar mit der Ansiedlung der Volksdeutschen in Pommerellen und Kujawien in Zusammenhang stand, und in Hinblick auf das mangelnde Interesse der Forscher für die Tätigkeit dieser Behörde und der ihr unterstellten Lager in dem untersuchten Gebiet⁷⁴ lohnt es sich, an dieser Stelle darauf einzugehen. Die regionale Filiale

⁶⁹ Ebenda, Bl. 34.

⁷⁰ Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 332.

⁷¹ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.1.1943–31.12.1944, Bl. 34.

⁷² Ebenda, Bl. 34f.

⁷³ Ebenda, Bl. 31.

⁷⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass zum Beispiel Andrzej Szefer den Lagern der VoMi in dem genannten (heute zu Polen gehörenden) Territorium relativ viel Raum gegeben hat, A. Szefer, *Przesiedleńcy niemieccy na Górnym Śląsku w latach 1939–1945*, Katowice 1974, S. 87–122.

der VoMi im Reichsgau Danzig-Westpreußen entstand gegen Ende September des Jahres 1940.⁷⁵ Obwohl sich das zentrale Büro der VoMi in Zoppot⁷⁶ befand, konzentrierte sich die Tätigkeit dieser Einheit auf den Betrieb der über den Gau verteilten Lager für Umsiedler. In erster Linie wurden schon bestehende Gebäude von Sanatorien und Wohlfahrtseinrichtungen in Konitz, Konradstein und Golluschütz, aber auch Klosteranlagen in Kulm, Topolno (seit 1942 Pappeln) sowie Pniewitten zu Lagern umfunktioniert.⁷⁷ Eine Ausnahme stellte der große Kasernenkomplex der SS in Matzkau bei Danzig dar, der wenige Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs für die Einheiten der SS-Heimwehr errichtet worden war, dann jedoch den Danziger Truppen der Allgemeinen SS als Kaserne diente.⁷⁸

Die für die Lager in Beschlag genommenen Einrichtungen reichten jedoch keinesfalls aus, um die erwartete Welle neuer Siedler unterzubringen – zu Beginn des Herbstes 1940 verfügte die VoMi nur über 8000 Plätze für Umsiedler, in den folgenden Monaten wurden jedoch mindestens 14 000 Ankömmlinge erwartet. Man entschied sich, die fehlenden Plätze zu schaffen, indem man fünf neue Lager baute: in Neustadt (in Westpreußen) und Thorn sowie weitere in Konradstein, Kulm und Konitz.⁷⁹ In allen neuen Lagern sollten bis zu tausend Umsiedler Platz finden, nur Letzteres war für 2000 Personen angelegt. Schon im November 1940 hatte deren Bau begonnen, wobei diese Investitionen Teil eines groß angelegten Projekts waren (im ganzen Reich begann man zu jener Zeit, insgesamt 45 ähnliche Lager zu bauen).⁸⁰ Das idealtypische Lager war für tausend Umsiedler angelegt und bestand aus acht Wohn- und zwei Waschbaracken, einem Verwaltungsgebäude, Krankenhaus (Krankenbaracke) und Magazin (Wirtschaftsbaracke), sowie einem Gebäude, das die Funktion des Gemeinschaftsraums und der Kantine erfüllte.⁸¹ Etwas später (d. h. vermutlich im Verlauf des ersten Quartals 1941) wurden auch zwei kleinere Lager im nördlichen Teil des Gaus eingerichtet, im Kreis Berent – in Gartschin und Groß Klinsch.⁸² Damit

⁷⁵ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.10.1940–31.3.1941, Bl. 1.

⁷⁶ Bis 1943 in der Bülloallee 5/7 (heute: ul. Mickiewicza).

⁷⁷ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.10.1940–31.3.1941, Bl. 1.

⁷⁸ Ausführlicher zu diesem Lager: Jan Daniluk, *Obóz karny SS i policji w Maćkowach pod Gdańskiem*, „Pamięć i Sprawiedliwość“ 2011, Nr. 2 (18), S. 217–232.

⁷⁹ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi, 1.10.1940–31.3.1931, Bl. 1.

⁸⁰ BArch, Reichsfinanzministerium, R 2/13916, Verzeichnis der für die Volksdeutsche Mittelstelle zu erbauenden Lager, 17. Dezember 1940, Bl. 20–25.

⁸¹ Vgl. BArch, VoMi, R 59/109, Tätigkeitsbericht der VoMi 1.10.1940–31.3.1941, Bl. 1; BArch, VoMi, R 59/109, Tätigkeitsbericht der VoMi 1.7.1941–15.4.1942, 16 April 1942, Bl. 15.

⁸² BArch, Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums [im Folgenden: RKFDV],

besaß die VoMi im Reichsgau Danzig-Westpreußen Ende März 1941 insgesamt 14 Lager.⁸³ Zwar wurde das Lager in Matzkau ab Mitte 1941 für andere Zwecke genutzt, doch zu dieser Zeit war schon das neue Lager in Preußisch Stargard in Betrieb.⁸⁴ Im Hinblick auf die Entwicklung der Situation bis Ende 1941 entstand noch ein zusätzliches Lager (seine Lage ist nicht bekannt), sodass die VoMi Anfang 1942 über 15 Einrichtungen verfügte – die fünf größten in Kulm, Preußisch Stargard, Konitz, Thorn und Neustadt (in Westpreußen) sowie zehn kleinere. Sie wurden alle in den Jahren 1941 bis 1942 zusätzlich ausgestattet (zuvor waren nicht alle für einen Aufenthalt im Winter geeignet), ein Teil von ihnen ausgebaut (Barackenlager, die ursprünglich 1000 Siedler aufnehmen konnten, verfügten 1942 über 1200 Plätze, und das größte Lager im Gau, eines der Lager aus Kulm, wurde für die Unterbringung von 3000 Personen ausgebaut).⁸⁵ Das Ende des Jahres 1942 und der Beginn des Jahres 1943 brachten jedoch wichtige Änderungen in der bisherigen Siedlungspolitik mit sich. Anfang 1943 war die Mehrzahl der damals existierenden 14 Lager nicht einmal zur Hälfte gefüllt.⁸⁶ Die Anzahl der

R 49/3083, Liste der Umsiedlerlager im Gau Danzig-Westpreussen (Stand: 2. Hälfte März 1941), Bl. 9.

⁸³ In der Aufstellung für die zweite Märzhälfte 1941 wurde jedoch die Zahl von 13 Lagern angegeben (ebenda), wobei die Einrichtung in Thorn übergangen wurde. Vielleicht liegt der Grund dafür in der Tatsache, dass dieses Lager eines der letzten war, in dem die Bauarbeiten noch nicht gänzlich abgeschlossen waren.

⁸⁴ Im Juli 1941 wurde das Lager der VoMi in Matzkau bei Danzig vom Hauptamt SS-Gericht übernommen. Das Lager wurde ausgebaut und an die Nutzung als Strafvollzugslager der SS und Polizei angepasst, Daniluk, *Obóz karny SS*, S. 220. Der Bau des Lagers in Preußisch Stargard war schon im November 1940 geplant, wurde aber aus unbekanntem Gründen in der Aufstellung von März 1941 nicht erwähnt (die fehlende Information über die abschließende Bauphase, genau wie im Fall des Thorner Lagers, könnte darauf hinweisen, dass das Lager in Preußisch Stargard später als die bisher erwähnten Einrichtungen der VoMi entstand und erst im späten Frühling in Betrieb genommen wurde, möglicherweise Ende Juni, Anfang Juli 1941, vgl. BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi, 1.7.1941–15.4.1942, Bl. 14.).

⁸⁵ BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 VoMi, Bl. 24.

⁸⁶ Ende Januar 1943 befanden sich auf dem Gebiet des Reichsgaus Danzig-Westpreußen Lager der VoMi in Konradstein (2), in Konitz (2), Kulm (2), Groß Klinsch, Golluschütz, Pappeln, Neustadt (in Westpreußen), Thorn und Pniewitten (aus unbekanntem Gründen wurde das Lager in Preußisch Stargard, das jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach noch in Betrieb war, in der Aufstellung nicht erwähnt). Diese Lager waren nicht einmal zur Hälfte belegt. Zur selben Zeit wurde übrigens schon das Lager in Gartschin aufgelöst. Eine neue (sicherlich provisorische) Einrichtung entstand im Hotel Imperial in Zoppot (heute: ul. Kordeckiego 10), in die übrigens auch das Regionalbüro der VoMi-Zentrale umzog, vgl. BArch, RKFDV, R 49/3083, Liste der Umsiedlerlager im Gau Danzig-Westpreussen (Stand: 2. Hälfte März 1941), Bl. 9; ebenda, Verzeichnis [handschriftliche Hinzufügung: Ende Januar 1943], Bl. 10.

VoMi-Lager ist aufgrund des Zusammenbruchs der deutschen Siedlungstätigkeit bis zum Ende des Krieges vermutlich nicht mehr angestiegen.⁸⁷

Erste Transporte mit Litauendeutschen trafen (wie bereits erwähnt) im Februar 1941 ein. In vielerlei Hinsicht waren die Stellen damals noch nicht ganz auf die Aufnahme der Umsiedler vorbereitet – manche der Lager waren noch nicht fertig (die Bauarbeiten dauerten bis weit in den Frühling hinein), nicht überall gab es fließendes Wasser und nicht alle Lager waren an das Stromnetz angeschlossen. Auch das Aufbringen der Ausstattung in der entsprechenden Anzahl (Strohsäcke, Betten, Geschirr usw.) sowie von Vorräten, insbesondere des im Winter unverzichtbaren Heizmaterials (Kohle), gelang nicht ohne Probleme.⁸⁸

Die deutschen Behörden hatten ursprünglich angenommen, dass der Aufenthalt der Umsiedler in den Lagern der VoMi nicht länger als drei Monate dauern würde. Dieser Zeitrahmen konnte aber praktisch von Beginn an nicht eingehalten werden. Schon im Frühjahr 1941 blieb die Mehrzahl der Volksdeutschen, die in den Gau kamen, vier Monate in den Lagern. Unter Berücksichtigung der realen Möglichkeiten revidierten die deutschen Behörden ihre eigenen Prognosen, man ging von einem durchschnittlichen Lageraufenthalt der Umsiedler von acht bis zwölf Monaten aus.⁸⁹ In Wirklichkeit dauerte der Zwangsaufenthalt im Lager noch länger, manchmal sogar fast zwei Jahre.⁹⁰

Große Bedeutung wurde der ideologischen Einflussnahme auf die Umsiedler beigemessen. Es wurden Vorträge gehalten und Schulungen durchgeführt, nicht nur in den Lagern selbst, sondern auch in Parteizentralen.⁹¹ Schon nach einigen Wochen Aufenthalt im Lager wurden an die Umsiedler kostenlose Exemplare von „Mein Kampf“ verteilt. Propagandafilme wurden gezeigt, Treffen und Diskussionen abgehalten. Die Teilnahme an den Vorträgen war obligatorisch. Es wurde auch auf Sprachunterricht und einer Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse bestanden, was sich im Fall vieler Umsiedler aus Litauen, insbesondere aber der Russlanddeutschen, als unerlässlich erwies. Mit dem Ziel einer mög-

⁸⁷ Im Januar 1944 gab es im Reichsgau Danzig-Westpreußen 14 Lager der VoMi, vgl. BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.1.1943–31.1.1944, Bl. 31.

⁸⁸ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.10.1940–31.3.1941, Bl. 1–2; BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.4.–15.6.1941, Bl. 4–5.

⁸⁹ Ebenda, Bl. 5 u. 10.

⁹⁰ Vgl. BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.7.1941–15.4.1942, Bl. 15; BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 VoMi, Bl. 25.

⁹¹ Unter anderem in der Adolf-Hitler-Schule in Jenkau bei Danzig oder in der Robert-Ley-Schule in Wordel, auf der Neuen Binnennehrung (heute: Wyspa Sobieszewska), dem sich am weitesten nach Osten erstreckenden Bezirk Danzigs.

lichst schnellen Einflussnahme, insbesondere auf die Kinder und Jugendlichen, arbeitete man dabei eng mit der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel zusammen. Mithilfe dieser zwei Organisationen wurden in den zwei Lagern auf dem Gebiet der Kaschubischen Schweiz im Sommer mehrwöchige Spezialkurse für die Jüngsten aus dem Kreis der Umsiedler veranstaltet.⁹²

Die deutschen Behörden bemühten sich, den Aufenthalt der Umsiedler in den Lagern möglichst attraktiv zu gestalten – es wurden Filme gezeigt, Theaterstücke aufgeführt und Auftritte von Musikgruppen organisiert. Jeder erwachsene Umsiedler bekam kostenlose Verpflegung (die Tagesrationen waren theoretisch um 20 Prozent höher als beim Durchschnitt der Deutschen⁹³), Bekleidung und, wenn er nicht arbeitete, auch ein wenig Geld (ein sogenanntes Taschengeld), das zum Überleben unverzichtbar war. Die Volksdeutschen hatten in den Lagern der VoMi auch ein kostenloses Gesundheitswesen. Diejenigen, denen es nicht gut ging, wurden manchmal in kleinere Lager an einem besseren Standort (zum Beispiel an einem See oder in einem Wald) verlegt. Besonders kümmerte man sich um die kleinsten Kinder (in den Lagern gab es spezielle Einrichtungen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt [NSV] für Neugeborene und Säuglinge).⁹⁴

Auch die nationalsozialistische Presse widmete den Siedlern viel Aufmerksamkeit, wobei sie die Tatsache ihrer Ansiedlung im Gau geschickt ausnutzte. Hervorgehoben wurden beispielsweise die Aufopferung und Hilfe der weiblichen Mitglieder des NSV für die Umsiedler, das vermeintliche Engagement der örtlichen deutschen Bevölkerung für eine schnelle Akklimatisierung der Siedler, die vorzüglichen Bedingungen, die für die Umsiedler geschaffen wurden, die Offenheit der Verwaltungsbehörden etc.⁹⁵ Die deutschen Siedler aus dem Osten verfügten darüber hinaus über ein Periodikum, das allein für sie vorgesehen war⁹⁶ und es gab eine spezielle Informationsbroschüre mit praktischen Hinweisen.⁹⁷

⁹² BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 VoMi, Bl. 28–30; BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.1.1943–31.12.1944, Bl. 36.

⁹³ Valdis O. Lumans, *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933–1945*, Chapel Hill/London 1993, S. 193.

⁹⁴ Por. BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.4.–15.6.1942, Bl. 7–10; BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.7.1941–14.4.1942, Bl. 19–23; BArch, VoMi, R 59/109, Jahresbericht 1942 VoMi, Blätter 25–28.

⁹⁵ Eine Reihe von Auszügen aus der deutschen Presse der Jahre 1940 bis 1943 (aus Zeitungen wie: *Danziger Neueste Nachrichten*, *Danziger Vorposten*, *Deutsche Rundschau*, *Elbinger Zeitung*, *Marienburger Zeitung*, *Thorner Freiheit* oder *Westpreussische Zeitung*), die den deutschen Siedlern aus dem Osten gewidmet waren, wird zum Beispiel in Berlin aufbewahrt (vgl. BArch, R 49/3084).

⁹⁶ Mitteilungsblatt für Umsiedler im Reichsgau Danzig-Westpreußen.

⁹⁷ Zum Beispiel wurde für die deutschen Umsiedler aus Bessarabien ein Leitfaden erstellt – Wegweiser in die neue Heimat Danzig-Westpreußen, Danzig 1941.

In Wirklichkeit war die Situation der deutschen Umsiedler nicht ganz so rosig, wie sie manchmal in der Presse dargestellt wurde. Die Lagerverwaltung hatte während der gesamten Kriegszeit verhältnismäßig große Probleme, alle Vorräte in ausreichender Menge bereitzustellen. In den Lagern selbst kam es wiederholt zu Diebstählen. Zu Problemen führten jedoch vor allem die Tatsache des zu langen Aufenthalts in den Lagern der VoMi, das Warten auf das Ergebnis der Überprüfung und anschließend die Zuteilung eines Hofes. Das Leben in den Lagern war einer militärischen Ordnung unterworfen. Zwar waren sie keine Gefängnisse, aber manchmal wurde die Bewegungsfreiheit der Umsiedler eingeschränkt. Die Entscheidungsbefugnis in dieser Frage oblag immer dem Lagerkommandanten, der für die Ordnung in der ihm unterstellten Einrichtung verantwortlich war,⁹⁸ deshalb wurden die Lager bewacht (aufgrund von personellen Problemen bei der Bereitstellung von Wachleuten aus Einheiten der Polizei oder Allgemeinen SS wurden Umsiedler als Wachleute eingesetzt).⁹⁹

Darüber hinaus war, nach der Zuteilung eines Hofes, auch die Rolle der Vertrauensleute Stein des Anstoßes. Diese überwachten die Arbeit der Umsiedler auf den zum Gebrauch überlassenen Gütern. Es kam zu zahlreichen Missverständnissen und Konflikten. Mit der Zeit spitzte sich die Situation so sehr zu, dass zum Beispiel ein Teil der Umsiedler aus Bessarabien, der in den Kreis Schwetz gekommen war, sich schon 1942 offen über die Situation beschwerte, die Arbeit niederlegte und immer lauter den Wunsch zum Ausdruck brachte, in die alte Heimat zurückzukehren.¹⁰⁰

In den Städten wiederum stellte die dominierende Position der deutschen Bevölkerung, die noch im Herbst 1939 aus Danzig oder dem sogenannten Alten Reich in die polnischen Städte gekommen war und dadurch bis zum Ende des Krieges die deutliche Mehrheit der Führungspositionen in der Verwaltung innehatte, ein Problem dar. Die Umsiedler aus dem Osten empfanden deutlich die Distanz, mit der ihnen die Deutschen aus Danzig oder dem sogenannten Alten Reich begegneten, mit der sie aber auch – was einen verwundern kann – den Deutschen gegenübertraten, die die entsprechenden Gegenden vor dem Jahr 1939, noch als Bürger des polnischen Staates, bewohnt hatten. Ausführlicher hat sich mit diesem Phänomen bisher nur Marek Romaniuk am Beispiel von Bromberg beschäftigt,¹⁰¹ aber es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass sich die Situation in anderen

⁹⁸ Lumans, *Himmler's Auxiliaries*, S. 192–194.

⁹⁹ BArch, VoMi, R 59/109, TB VoMi 1.4.–15.6.1942, Bl. 7.

¹⁰⁰ Trzeciakowski, *Niemiecka polityka*, S. 173.

¹⁰¹ Romaniuk, *Napływ ludności*, S. 23.

Städten wie Gdingen, Thorn oder Graudenz in dieser Hinsicht unterschieden hätte. Es sollte darüber hinaus darauf hingewiesen werden, dass es auch zwischen einzelnen Gruppen von deutschen Siedlern aus dem Osten zu Konflikten kam.¹⁰²

In absoluten Zahlen stellte sich die Bevölkerung des Reichsgaus Danzig-Westpreußen im Frühling 1944 folgendermaßen dar: 1 041 486 (42,3 Prozent) wurden als Deutsche betrachtet, 800 511 (32,5 Prozent) gehörte der dritten Gruppe auf der Deutschen Volksliste (DVL) an, 557 520 (23,4 Prozent) hingegen gaben sich als Polen aus. Der Rest waren Ausländer, in erster Linie Zwangsarbeiter in Arbeitslagern, die über den gesamten Gau verteilt waren.¹⁰³

In der Literatur finden sich verschiedene Schätzungen der Zahl deutscher Siedler aus dem Osten, die in den Jahren des Zweiten Weltkriegs in den Reichsgau Danzig-Westpreußen kamen: etwa 50 000,¹⁰⁴ 52 000 (bis Januar 1944),¹⁰⁵ 55 000 (bis 1943, jedoch ohne Berücksichtigung der Litauendeutschen),¹⁰⁶ 57 000.¹⁰⁷ Der Vollständigkeit halber sollten auch die Zahlen erwähnt werden, die der deutsche Historiker Max Aschkewitz 1942 in seinem Artikel anführte, auch wenn sie ungläubwürdig sind. Aschkewitz schätzte die Zahl der Ende 1941, Anfang 1942 im Gau angesiedelten Volksdeutschen auf 89 000 bis 99 000 (!).¹⁰⁸

Berücksichtigt man die im vorliegenden Artikel angeführten Daten, so erscheint ein kritisches Urteil über die bisherigen Schätzungen gerechtfertigt. Die Zahl der Volksdeutschen, die in den Jahren des Zweiten Weltkriegs in den Reichsgau Danzig-Westpreußen gelangten (sich auf seinem Gebiet niederließen oder sich noch in den Lagern der VoMi aufhielten), betrug zu Beginn des Jahres 1944 nach zurückhaltenden Berechnungen mindestens um die 70 000 Menschen.¹⁰⁹ Bezieht man die letzten exakten Daten (von Mai 1944) über die Bevöl-

¹⁰² Łuczak, *Polityka ludnościowa*, S. 199.

¹⁰³ Włodzimierz Jastrzębski, *Ludność niemiecka i rzekomo niemiecka na ziemiach polskich włączonych do Rzeszy Niemieckiej (1939–1945)*, ders. (Hg.), *Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939–1945 i jej powojenne losy*, Bydgoszcz 1995, S. 14–16.

¹⁰⁴ Łuczak, *Polityka ludnościowa*, S. 194.

¹⁰⁵ Madajczyk, *Polityka III Rzeszy*, S. 352.

¹⁰⁶ Sobczak, *Hitlerowskie przesiedlenia*, S. 320; Sziling, *Hitlerowska polityka*, S. 151.

¹⁰⁷ Jastrzębski, *Polityka narodowościowa*, S. 173.

¹⁰⁸ Insgesamt sollen sich bis Ende 1941 im Gau angesiedelt haben: 11 000 Baltendeutsche, 3000 Deutsche aus der westlichen Ukraine und Weißrussland, 50 000 bis 60 000 Deutsche aus Bessarabien sowie etwa 25 000 Litauendeutsche, vgl. Max Aschkewitz, *Der Reichsgau Danzig-Westpreussen*, *Deutsche Monatshefte. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwart des Ostdeutschums*, 1941/1942, Jahrgang 8 (18), Heft 6/7, S. 219.

¹⁰⁹ Baltendeutsche sowie Wolhynien-, Galizien- und Narewdeutsche – nicht ganz 15 000 (aller Wahrscheinlichkeit nach entsprechend rund 6000 und 9000); Deutsche aus Bessarabien – min-

kerung im gesamten Gau ein, so betrug die Zahl der Volksdeutschen in Pommerellen und Kujawien in der ersten Jahreshälfte 1944 nicht mehr als 3 Prozent. Eine präzise Darstellung, wie sich die Verteilung der deutschen Umsiedler in den einzelnen Kreisen des Reichsgaus Danzig-Westpreußen verhielt, ist aufgrund der derzeit zugänglichen Quellen leider unmöglich.¹¹⁰ Denn die Deutschen aus dem Osten wurden meist kollektiv in einer Kategorie mit anderen Deutschen aus dem sogenannten Alten Reich (darunter waren Umsiedler aus den von alliierten Bombenangriffen bedrohten Städten im Dritten Reich), aus dem Gebiet der ehemals Freien Stadt Danzig und schließlich Vertretern der ehemaligen deutschen Minderheit aus der Zeit der Zweiten Polnischen Republik zusammengefasst.

Die Ansiedlung der Volksdeutschen aus dem Osten im Reichsgau Danzig-Westpreußen führte nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Der Anteil der Deutschen in den Kreisen, die vor Kriegsbeginn zur Zweiten Polnischen Republik gehört hatten, überstieg im Jahr 1944 meist immer noch nicht mehr als ein gutes Dutzend Prozent; nur in manchen Fällen betrug er zwischen 20 und 30 Prozent,¹¹¹ und nur in einem Fall (Zempelburg) erreichte er 45 Prozent.¹¹² Die deutsche Bevölkerung dominierte also in Wirklichkeit nur in den Gebieten, die schon vor 1939 stark deutsch geprägt waren (d. h. in den ehemaligen ostpreußischen Kreisen und der Freien Stadt Danzig).

destens 40 000; Litauendeutsche – vermutlich etwa 5000; außerdem deutsche Umsiedler (vor allem aus Russland), die immer noch Anfang 1944 in den Lagern der VoMi eintrafen – über 10 000. Die um etwas mehr als 50 % niedrigeren Schätzungen ergeben sich zumindest zum Teil aus der Tatsache, dass bis dato nur der Zeitraum von 1939 bis Anfang 1943 berücksichtigt wurde, nicht aber die ersten Monate des Jahres 1944.

¹¹⁰ Unter den erhaltenen Berichten aus dem Jahr 1944 sind die Daten für den Landkreis Thorn und Tuchel in dieser Hinsicht die einzige Ausnahme (d. h. nur für diese Kreise wurde neben der allgemeinen Zahl der deutschen Bevölkerung die Kategorie „Umsiedler“ getrennt ausgewiesen). Den Daten von Mai 1944 zufolge hielten sich im Landkreis Thorn 2560 deutsche Umsiedler aus dem Osten auf (4,83 % der Bevölkerung des gesamten Kreises), im Kreis Tuchel hingegen 1300 (2,98 % der Bevölkerung des gesamten Kreises), vgl. *Administracja, ludność, gospodarka*, S. 34 u. 38.

¹¹¹ Der Anteil der deutschen Bevölkerung betrug in Gdingen 20,4 %, Dirschau 22,5 %, Schwetz 23,9 %, Bromberg (Stadt) 27 %, Kulm 28 %, Landgemeinde Bromberg 28,8 %, vgl. *Jastrzębski, Ludność niemiecka i rzekomo niemiecka*, S. 14–16.

¹¹² Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass Zempelburg ein verhältnismäßig kleiner Ort war, der im Mai 1944 eine Gesamteinwohnerzahl von 32 599 hatte, vgl. ebenda, S. 15.

ISABEL HEINEMANN

„Germanisierung“, Umsiedlung, Massenmord: Der „Generalplan Ost“ und die Konzepte zur ethnischen Neuordnung Osteuropas im Zweiten Weltkrieg

Tamara aus Podhajce in Ostgalizien war sieben Jahre alt, als sie 1943 gemeinsam mit ihren beiden jüngeren Brüdern Waldemar und Anatol zur sogenannten Eindeutschung ausgewählt wurde. Ihr Vater war von der SS erschossen worden, ihre Mutter in einem Lager gestorben. Die drei Kinder, laut ihrer Umsiedlungspapiere bisher sowjetische Staatsbürger, wurden von SS-Rasseprüfern als „guttrassig“ bewertet. Sie waren für eine Adoption durch Pflegeeltern im Altreich vorgesehen.

Man brachte sie zunächst in ein Kinderheim in der Westukraine, wo sie Deutsch lernen mussten, und verteilte sie dann getrennt in SS-Kinderheime im Warthegau und im Deutschen Reich. Tamara kam von dort zu einer deutschen Pflegefamilie, der man gesagt hatte, bei dem Mädchen handle es sich um ein deutsches Waisenkind aus Odessa, dessen Eltern von den Russen erschossen worden seien – eine übliche Lüge zur Vertuschung des Kinderraubes. Noch heute sucht Tamara S. nach dem genauen Schicksal ihren Eltern.¹

¹ Brief T. S. an die Verfasserin, 16.6.2005. Kopien von Umsiedlerausweis der EWZ und EWZ-Karteien im Besitz der Verfasserin. Ich danke T. S. für die Bereitschaft, mir von ihrem Schicksal zu berichten und mir Informationen und Dokumentkopien zur Verfügung zu stellen.

Ryszard war drei Jahre alt, als er mit seinen Eltern und seiner kleinen Schwester Mitte Dezember 1939 aus Kowalew im Kreis Jarotschin im Warthegau vertrieben wurde. Dort hatte sein Vater als Landwirt, seine Mutter als Lehrerin gearbeitet. In das Schulhaus, welches die Familie bis dahin bewohnt hatte, zog nun eine volksdeutsche Familie ein. Gemeinsam mit anderen polnischen Familien wurden Ryszard und seine Eltern per Zug ins Generalgouvernement deportiert. Dort kamen sie zunächst in dem Dorf Zarnow im Kreis Tomaszow im Haus des örtlichen Lehrers unter. Für ihren beschlagnahmten Besitz erhielten sie keinerlei Entschädigung, sondern waren in Bezug auf ihr Überleben völlig auf sich selbst gestellt bzw. auf die Hilfe der örtlichen Bevölkerung angewiesen.²

Ich möchte diese beiden Lebensgeschichten (die mir Tamara und Ryszard persönlich berichtet haben) – gerade auch mit Blick auf die Opfer und menschlichen Kosten der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik – zum Ausgangspunkt nehmen, um in der Folge einige knappe Überlegungen zum Generalplan Ost im Kontext der ethnischen Neuordnungsbestrebungen im Zweiten Weltkrieg anzustellen. Ein erster kurzer Abschnitt dieses Beitrags beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Germanisierung, Umsiedlung und Massenmord. Ein zweiter Teil beschreibt Abfolge und Inhalt der verschiedenen Varianten des Generalplan Ost. Ein dritter Abschnitt diskutiert, inwiefern der Generalplan Ost als prototypisches Beispiel von Social Engineering in der Moderne gelten kann und fragt, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind.

KONTEXT: GERMANISIERUNG – UMSIEDLUNG – MASSENMORD

Weder das Schicksal von Tamara noch das von Ryszard war ein Einzelfall. Während des Zweiten Weltkriegs wurden mehrere Millionen Menschen Opfer der deutschen Germanisierungs- und Umsiedlungspolitik.³ Die Überlegung, dass die

² Brief R. W. an die Verfasserin, Oktober 2006. Kopie der Umsiedlungspapiere der Familie W. im Besitz der Verfasserin. Ich danke R. W. für die Bereitschaft, mir von seinem Schicksal zu berichten und mir Informationen und Dokumentkopien zur Verfügung zu stellen.

³ Hierzu vgl. Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, 2. Aufl., Göttingen 2003. In den letzten Jahren sind einige wichtige neue Studien zur nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik erschienen, u. a. Markus Leniger, Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933–1945 von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006; Andreas Strippel, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939–1945), Paderborn 2011; Gerhard Wolf, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012.

besetzten und annektierten Regionen Osteuropas dauerhaft „dem Deutschtum gesichert“ (also: germanisiert) werden müssten, gehörte zum Kerngedankengut der NS-Bewegung, ebenso, dass dies durch Vertreibung, Umsiedlung und notfalls Mord zu geschehen hätte. Bereits wenige Tage nach dem Überfall auf Polen hatte Adolf Hitler in einer Reichstagsrede erklärt, es gelte, umgehend eine „Neuordnung der ethnographischen Verhältnisse“ durch Umsiedlung herbeizuführen.⁴ Die Kompetenz hierfür übertrug er seinem SS-Chef Heinrich Himmler, der als Amtsbezeichnung den Titel „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (kurz: RKF) wählte.⁵ Erste Aufgabe des RKF war die Ansiedlung der sogenannten Volksdeutschen aus Osteuropa, die auf der Grundlage von bilateralen Verträgen, die das Deutsche Reich mit den baltischen Staaten und der Sowjetunion geschlossen hatte, von 1939 bis 1941 ihre Heimat verlassen mussten. Während des Zweiten Weltkriegs waren insgesamt mehr als eine Million Volksdeutsche unterwegs „Heim ins Reich“. Noch während des Krieges wurde ein Teil dieser Menschen in den besetzten Gebieten auf Bauernhöfen und Betrieben angesiedelt. Hierfür vertrieb die SS die ursprünglichen Bewohner aus ihren Häusern und Höfen, wie es auch Ryszards Familie widerfuhr. Allein im besetzten Polen verloren etwa 800 000 Personen ihren Besitz und nicht wenige auch ihr Leben.⁶

Die Praxis der gewaltsamen Umsiedlung von Polen zum Zwecke der Volksdeutschen-Ansiedlung und die Germanisierungspolitik allgemein waren aufs Engste mit dem Massenmord an sechs Millionen europäischer Juden verbunden. Auf der Planungsebene galt die restlose Entfernung der jüdischen Bevölkerung den Experten als Grundvoraussetzung jeder gelungenen ethnischen Neuordnung. Praktisch bedeutete dies die Schaffung „unhaltbarer Zustände“ durch Vertrei-

⁴ Michael Wildt, „Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3 (2006), H. 1, verfügbar unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Wildt-1-2006> [13.2.2014]. Reichstagsrede Adolf Hitlers vom 6.10.1939, Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. II,1 Wiesbaden 1973, Bd. II,1, S. 1377–1393.

⁵ Robert L. Koehl, RKFDV. German Settlement and Population Policy. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom. Cambridge, Mass. 1957. Eine Studie zum RKF auf dem neuesten Stand der Forschung ist ein Desiderat. Bislang vgl. die Arbeiten von Alexa Stiller, Przemoc i codzienność w polityce narodowościowej. Aparat Komisarza Rzeszy ds. Umacniania Niemczyzny i inni aktorzy przemocy, która stała się codziennością, in: Tomasz Chinciński (Hg.), Przemoc i dzień powszedni w okupowanej Polsce, Gdańsk 2011, S. 73–94; Alexa Stiller, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, München 2008, S. 531–540.

⁶ Heinemann, Rasse, S. 303.

bung, Deportation und Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung. An ihre längerfristige Ansiedlung war nicht gedacht, keiner der deutschen Machthaber in Polen wollte die vertriebenen Juden in seinem Machtbereich dauerhaft dulden. Die so geschaffenen vermeintlichen Sachzwänge von Hunger, Krankheit und Verelendung der Menschen in den überfüllten Ghettos drängten in den Augen der Verantwortlichen auf eine dauerhafte, eine „Endlösung“. Die Siedlungsplaner stimmten in diesen Konsens ein und kalkulierten, dass alsbald das „Judenproblem gelöst“ würde und die Juden folglich keine Siedlungsgebiete mehr benötigten. Die Planungen einer ethnischen Neuordnung ohne jüdischen Bevölkerungsanteil wirkten in diesem Prozess radikalisiert und legitimierend zugleich.⁷

Da sich die angestrebte Neugestaltung Polens und später Gesamteuropas immer auch als rassistische Restrukturierung verstand, wurden nicht nur die rund 1,2 Millionen Volksdeutschen, sondern auch mindestens 1,5 Millionen Bewohner der besetzten Regionen einem rassenanthropologischen Screening unterworfen, um herauszufinden, wer von ihnen qua positiver „Rassemerkmale“ als „deutsch“ beziehungsweise „wiedereindeutschungsfähig“ gelten konnte. Die solchermaßen ausgewählten Menschen wurden, wie im dargestellten Fall von Tamara, einem Zwangsgermanisierungsprogramm unterworfen – ihr persönlicher Wille galt dabei als unerheblich.⁸

DER GENERALPLAN OST – PLANUNGSVARIANTEN UND ZIELE

Welche Gebiete Osteuropas als „deutscher Lebensraum“ komplett „germanisiert“ werden und welche Territorien als Abschieberäume für die „Unerwünschten“ dienen sollten, legten verschiedene Stufen von Umsiedlungsplänen fest. Autor – beziehungsweise verantwortlicher Koordinator – der meisten dieser Ausarbeitungen, die unter dem Titel „Generalplan Ost“ oder „Generalsiedlungsplan“ bekannt wurden, war der Berliner Agrarwissenschaftler und Raumplaner Professor Dr. Konrad Meyer.⁹

⁷ Zum Zusammenhang zwischen Judenmord und Germanisierungspolitik vgl. u. a. Peter Longerich, *Holocaust: The Nazi Persecution and Murder of the Jews*, Oxford 2010; Christopher Browning, *The Origins of the Final Solution. The evolution of Nazi Jewish policy, September 1939–March 1942*, Lincoln, NE 2004.

⁸ Zum Prozedere vgl. Heinemann, *Rasse*, S. 282–301. Isabel Heinemann, *Uprzywilejowanie i przemoc. Polacy „zdatni do ponownego niemczenia“ w narodowosocjalistycznej polityce przesiedleńczej*, in: Tomasz Chinciński (Hg.), *Przemoc i dzień powszedni w okupowanej Polsce*. Muzeum II Wojny Światowej, Gdańsk 2011, S. 115–137.

⁹ Zu Konrad Meyer und seinem politischen wie wissenschaftlichen Lebenslauf vgl. ausführlich Isabel Heinemann, *Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa*: Konrad

Konrad Meyer, Jahrgang 1901 und SS-Mitglied seit 1933, hatte sich seit Beginn der 1930er Jahre nicht nur als Wissenschaftler einen Namen gemacht, sondern sich auch zielstrebig eine bedeutsame Machtposition an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik geschaffen. Neben seinem Lehrstuhl für „Agrarwesen und Agrarpolitik“ an der heutigen Humboldt-Universität zu Berlin (damals Friedrich-Wilhelms-Universität) leitete Meyer verschiedene Forschungsverbände und unterhielt gute Kontakte zur NS-Regierung. Er wirkte 1936 als einer der Vizepräsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft und leitete von 1937 bis Kriegsende die Fachsparte „Landbauwissenschaften und allgemeine Biologie“. Für das anvisierte Großplanungsprojekt erschien Meyer folglich als geeigneter Wissenschaftler, der nicht nur theoretisch versiert war, sondern auch die nationalsozialistische Politik explizit mit formulieren wollte.

In der Allgemeinen SS brachte Meyer es, obwohl stets nur ehrenamtliches Mitglied, bis zum SS-Oberführer (1942, entsprechend einem Generalmajor der Wehrmacht). Seinen Angaben nach faszinierte ihn am „schwarzen Orden“ nicht nur der Gedanke eines neuen, „blutlich bestimmten“ soldatischen Adels, sondern die explizite Zielsetzung ländlicher Siedlung ebendieser politischen Führerschicht.¹⁰

Kurz nach Ende des Polenfeldzugs bekam Meyer im Herbst 1939 Gelegenheit, seine Visionen von Besiedlung und Kolonisation des „deutschen Ostens“ in großem Stil zu verwirklichen. SS-Chef Heinrich Himmler beauftragte ihn mit der Erstellung eines Gesamtentwicklungsplans zur Ansiedlung der Volksdeutschen aus dem Osten und zur Eindeutschung sowie ländlichen Besiedlung der „eingegliederten Ostgebiete“. Zu diesem Zweck konnte sich Meyer eine eigene Forschungsabteilung aufbauen, die Hauptabteilung „Planung und Boden“ bei der Umsiedlungsinstanz der SS, dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Da Meyer sich seine Mitarbeiter nach Gutdünken und fachlicher Qualifikation auswählen durfte und keine Rücksicht auf Kriegsdienstverpflichtungen zu nehmen brauchte, stand ihm für die Ausarbeitung der Umsiedlungsplanungen ein beträchtliches Reservoir interdisziplinärer Experten zur Verfügung. Ohne deren Expertise wären derart umfangreiche Umsiedlungs- und Neuordnungspläne nicht denkbar gewesen.

Meyer, Der „Generalplan Ost“ und die DFG, in: Patrick Wagner/Isabel Heinemann (Hg.), Wissenschaft, Planung, Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 45–72.

¹⁰ Konrad Meyer, Über Höhen und Tiefen. Ein Lebensbericht (unveröffentlichtes Manuskript, ohne Jahr, Universitätsarchiv Hannover), S. 94.

Der erste Entwurf aus Meyers Planungsabteilung waren die sogenannten „Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete“ des RKF von Anfang 1940.¹¹ Sie projektierten die Eindeutschung und bodenpolitische Neuordnung der eroberten westpolnischen Gebiete durch ausgedehnte Zwangsumsiedlungen, wovon etwa Ryszard und seine Familie betroffen waren. Nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion war diese Selbstbeschränkung auf die Germanisierung des ehemaligen Westpolen überholt. Meyer legte dem Reichsführer-SS bereits Mitte Juli 1941 einen neuen Generalplan Ost vor, worin er zusätzlich zur Germanisierung der annektierten westpolnischen Gebiete auch die Eindeutschung des Generalgouvernements und der östlich angrenzenden Regionen plante. Im November 1941 ließ auch das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eine Planungsvariante erstellen, über die wir durch die Zusammenfassung des Referenten aus dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Erhard Wetzel, unterrichtet sind. Dieser Plan kalkulierte kühl die „Evakuierung nach Sibirien“, also die Vernichtung von mindestens 31 Millionen Slawen von insgesamt 45 Millionen Einwohnern der zu germanisierenden Gebiete (Westpolen, Generalgouvernement, Region Białystok, Baltikum, Westukraine, Weißruthenien) als Kollateralschaden der ethnischen Neuordnung. Wetzel selbst hielt diese Zahl für zu niedrig gegriffen. Er rechnete mit 60 bis 65 Millionen Bewohnern der Regionen, von denen er 46 bis 51 Millionen evakuiert sehen wollte – wobei sich die Aussiedlung der fünf bis sechs Millionen Juden „mit der Lösung der Judenfrage“ erübrige.¹²

Im Juni 1942 schließlich, also fast genau vor 70 Jahren sandte Konrad Meyer ein ausführliches Planungswerk an Heinrich Himmler, das in der Forschung als *der* eigentliche „Generalplan Ost“ des RKF bezeichnet wird.¹³ Sein Titel laute-

¹¹ Zur Abfolge der verschiedenen Planungsvarianten vgl. den Aufsatz von Karl-Heinz Roth, „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, in: Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993, S. 25–117. Alle verfügbaren Dokumente zum Generalplan Ost sind gedruckt bei Czesław Madajczyk, *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, München u. a. 1994.

¹² Erhard Wetzel, „Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführer SS“ vom 27.4.1942. Dok. Nr. NG-2325. Abgedruckt bei Helmut Heiber, *Der Generalplan Ost*, in: *VfZG*, 1958, 6, S. 281–324, hier S. 297–324.

¹³ Zu unterscheiden sind zwei Versionen, einmal die sogenannte „Kurze Zusammenfassung der Denkschrift Generalplan Ost“, die als Anlage einem Schreiben Konrad Meyers an den RFSS Heinrich Himmler vom 28.5.1942 beilag. Der eigentliche Generalplan Ost in seiner Langversion („Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“) datiert ebenfalls vom 28.5.1942 und wurde am 2.6.1942 in Meyers Auftrag von Ulrich Greifelt, dem Chef des RKF, dem RFSS übersandt. Beide abgedruckt bei Madajczyk, *Generalplan Ost*, S. 85–130.

te: „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“. In nur 25 Jahren sollten neben den annektierten Gebieten und dem Generalgouvernement auch Teile des Baltikums, der Ukraine und der Region Leningrad eingedeutscht werden. Mittel hierzu war nicht die flächendeckende deutsche Siedlung, sondern die Anlage dreier sogenannter „Siedlungsmarken“ (Memel-Narew-Gebiet, Ingermanland, Gotengau) und eine Kette von 36 Siedlungsstützpunkten als befestigte Siedlungszentren und SS- und Polizeistützpunkte (im Generalgouvernement, im Baltikum, in der Ukraine). Den hierzu benötigten insgesamt 4,8 Millionen Siedlern stellten Meyer und seine Fachleute eine gedachte Siedlerreserve von insgesamt 5,6 Millionen Menschen gegenüber. Letztere setzte sich zusammen aus „Altreichsiedlern, Volksdeutschen, germanischen Siedlern, Baltenvölkern und Goralen“. Die nicht-deutsche Zivilbevölkerung hingegen sollte durch eine Kombination von Zwangseindeutschung, Vertreibung, Versklavung und Ermordung stark dezimiert werden.

Der Plan war das Resultat eines interdisziplinär angelegten Forschungsprogramms von der Agrarwissenschaft bis zur Raumforschung und Rassenanthropologie: Er sah eine großräumige Umgestaltung von Bevölkerungszusammensetzung, Siedlungs-, Verwaltungs- und Infrastruktur sowie von Industrie- und Agrarproduktion in einem Zeitraum von 25 Jahren vor. Die Planer betrachteten Osteuropa als „Tabula rasa“, als Raum, den sie ohne jede Rücksicht auf die dort lebenden Menschen neu gestalten konnten. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde im Generalplan Ost vorausgesetzt, Millionen von Opfern unter der nicht jüdischen Zivilbevölkerung waren vorgesehen. Letztere galt nur zu einem geringen Prozentsatz als „eindeutschungsfähig“ – was den Rassismus des gesamten Programms unterstreicht. Im Gegensatz zu den früheren Eindeutschungsentwürfen ging man nun nicht mehr von der Vertreibung der örtlichen Bevölkerung durch gewaltsame Deportationen als Grundlage für die Germanisierung aus. Die Menschen sollten stattdessen einerseits auf Kolchose- und Sowchoseland „umgesetzt“ werden und Besitzrechte an diesem Boden erhalten. Andererseits drohte ihnen nun Dezimierung durch immense Zwangsarbeitsprojekte und forcierte „Entstädterung“. Allein für die Region Leningrad war eine Reduktion der Bevölkerung um nicht weniger als drei Millionen Menschen vorgesehen. Von „Vernichtung“, „Verhungern“ oder „Sonderbehandlung“ war im Planungswerk nicht die Rede – die Menschen wurden schlicht und einfach aus der Statistik herausgerechnet, ihr weiteres Schicksal nicht explizit erwähnt. Diese aseptische Nüchternheit des Dokuments erlaubte es Konrad Meyer später, die von ihm verfassten oder in Auftrag gegebenen Planungen als rein theoretische Friedens- und Wiederaufbaupläne darzustellen, ohne jede Verbindung zur NS-Vernichtungspolitik. Dass sie

aber die Vernichtung der „Unerwünschten“ stillschweigend voraussetzen, wird deutlich, wenn man die dem Planungswerk beigefügten Statistiken betrachtet und die Ist- und Sollzahlen bei der Bevölkerungszahl einander gegenüberstellt.

Es ist wichtig, den Generalplan Ost nicht als realitätsferne Utopie – als welche die Verantwortlichen ihn nach 1945 erfolgreich darstellten – zu betrachten, sondern als systematisches Konzept, in dem die Vorstellungen der Nationalsozialisten über die ethnische Neuordnung Osteuropas gebündelt wurden. Meyer betrachtete die Ostsiedlung keineswegs als Himmlersches Hirngespinnst, sondern als historische Langzeitaufgabe: Es ging ihm darum, „erstmalig die nördliche und südliche Richtung der historischen Germanenzüge zu einem in der Mitte geschlossenen Raum zu verbinden und [diesen] damit endgültig der europäischen Kultur zu sichern.“¹⁴

Dass dies ohne gravierende Opfer unter der Zivilbevölkerung nicht zu erreichen war, stand Meyer klar vor Augen: Bereits im Jahr 1941 hatte er für die Zeitung des Münchner Nationalsozialistischen Studentenbundes folgende Überlegungen angestellt:

„Wir müssen uns heute darüber im klaren sein, dass der Osten erst in dem Augenblick wirklich für alle Zeiten deutsch bleiben wird, in dem aus dem geschlossenen deutschen Siedlungsraum alles fremde Blut, das die einheitliche Geschlossenheit des grenzdeutschen Volkstums irgendwie gefährden könnte, restlos entfernt ist.“¹⁵

Wäre der Generalplan Ost komplett umgesetzt worden, so hätte dies die Ermordung von mehreren Millionen Menschen aus Osteuropa bedeutet. Erste Ansätze wurden jedoch bereits während des Krieges verwirklicht, wie beispielsweise von 1942 bis 1943 die Vertreibung von etwa 50 000 Polen aus der Gegend um Zamość im Generalgouvernement zum Zwecke der Germanisierung der Region (etwa 8000 Menschen wurden dabei ermordet). Daneben wurden in der besetzten Sowjetunion zahlreiche SS- und Polizeistützpunkte als befestigte deutsche „Siedlungsperlen“ – wie sie der Plan vorsah – angelegt und die Volksdeutschen auf der Krim, am Schwarzen Meer und im Generalkommissariat Shitomir in

¹⁴ Konrad Meyer, Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues, Juni 1942, Original, BArch Berlin, R 49/157a. Ähnlich äußerte sich Meyer bereits 1940 in einer Rede vor der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Konrad Meyer, Bodenordnung als volkstumpolitische Aufgabe und Zielsetzung nationalsozialistischen Ordnungswillens. Festrede am Leibniztag der Preußischen Akademie der Wissenschaften am 27.6.1940, in: Preußische Akademie der Wissenschaften. Vorträge und Schriften, Heft. 2, Berlin 1940, S. 1–25, hier S. 16.

¹⁵ Konrad Meyer, Siedlungs- und Aufbau im deutschen Osten, in: Münchner Studentenzeitung *Die Bewegung*, Folge 8, 1941, S. 7.

eigenen Siedlungen zusammengefasst. All diese Projekte begutachtete Konrad Meyer auch vor Ort, er war eben nicht nur Ideengeber und Koordinator der Umvolkungspläne, sondern kontrollierte auch deren Umsetzung.¹⁶

Aufbauend auf den Generalplan Ost bestellte Himmler Mitte 1942 bei Konrad Meyer eine weitere Ausarbeitung, die nun auch das gesamte Baltikum sowie Teile Südost- und Westeuropas in das Germanisierungsprogramm miteinbeziehen sollte. Der Besiedlungs- und Eindeutschungszeitraum sollte von 25 bis 30 auf nur 20 Jahre herabgesetzt werden. Himmler verlangte einen Gesamtplan unter Einbeziehung der eingegliederten Ostgebiete, der Gebiete Elsaß-Lothringen, Oberkrain, Südsteiermark sowie Böhmen und Mähren. Des Weiteren ordnete er die vollständige Eindeutschung Estlands und Lettlands sowie des Generalgouvernements an, lediglich Litauen mit seiner stärker „minderrassigen“ Bevölkerung wurde nicht berücksichtigt.¹⁷

Die erhaltenen Fragmente dieses Planungswerks, das den Titel „Generalsiedlungsplan“ trug, offenbaren ein hohes Maß an Arbeitsteilung unter den Planern, welche die einzelnen Abschnitte des Konzepts je nach ihrer Spezialisierung bearbeiteten. Doch die Kriegslage, der immer stärker zutage tretende Widerspruch zwischen Siedlerbedarf und Siedlungswilligen sowie die Tatsache, dass den Siedlungsplanern durch die Flucht der Volksdeutschen vor der Roten Armee die Grundlage ihrer Konzepte gewissermaßen unter den Füßen wegbrach, führten zur offiziellen Einstellung der Planungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1943. Allerdings wurden einzelne Teilprojekte zur Sozial-, Wirtschafts-, Verkehrs-

¹⁶ Hierzu vgl. die Einträge in Himmlers Dienstkalender vom 9. und 10.8.1942 (Besichtigung der volksdeutschen Siedlung „Hegewald“ im Generalkommissariat Shitomir durch Himmler in Anwesenheit von Meyer), 12.9.1942 (Meyer in Himmlers Feldkommandostelle in der Ukraine), 29.–31.12.1942 (Meyer bei Himmler in seinem Feldhauptquartier „Hochwald“ in Ostpreußen). Vgl. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42. Im Auftrag der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg bearbeitet, kommentiert und eingeleitet von Peter Witte, Michael Wildt, Martina Voigt, Dieter Pohl, Peter Klein, Christian Gerlach, Christoph Dieckmann und Andrej Angrick. Hamburg, 1999, S. 509–512, 546–547, 658–660.

¹⁷ Dieses Planungswerk wurde kriegsbedingt nicht vollendet. Ab Sommer 1942 wurde in der Planungsabteilung des RKF auf Anweisung Himmlers an der Erstellung eines Generalplans gearbeitet. Wichtige Fragmente und Berechnungen sind erhalten, so ein Vermerk vom 29.10.1942, die Inhaltsübersicht vom 9.11.1942 sowie eine ausgedehnte Materialsammlung zum Generalsiedlungsplan von Ende Dezember 1942. Am 15.2.1943 legte Konrad Meyer dann dem RFSS noch einmal revidierte Karten und Berechnungen vor. Abgedruckt bei Madajczyk, Generalplan Ost, S. 202–204, 208–210, 235–257. Vgl. auch Roth, Generalplan Ost, S. 96–117. Vom 29.12. bis 31.12.1942 besprachen Meyer und Himmler in dessen Feldhauptquartier in Ostpreußen Himmlers Wünsche für den „Generalsiedlungsplan“. Vgl. dazu: Witte et al, Dienstkalender, S. 658–660.

und ethnischen Struktur Osteuropas noch bis Kriegsende fortgeführt.¹⁸ Noch am 29.3.1945, im Angesicht der sicheren Kriegsniederlage, ließ Konrad Meyer bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft weitere 100 000 Reichsmark für die „Durchführung planungswissenschaftlicher Arbeiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ im Rechnungsjahr 1945/46 beantragen.¹⁹

Insgesamt zeichnen sich alle dieser Neuordnungsentwürfe für Ost- respektive Gesamteuropa, wie der polnische Historiker Czesław Madajczyk herausgearbeitet hat, durch drei gemeinsame Grundlinien aus: durch extremen Rassismus und geplante umfangreiche Deportationen „rassisch unerwünschter Menschen“, durch die vorgesehene Ansiedlung von Deutschen, Deutschstämmigen und Angehörigen „germanischer Völker“ und durch die angestrebte Versklavung der lokalen Bevölkerung.²⁰ Ein weiteres wesentliches Kennzeichen ist darüber hinaus die Tatsache, dass die Ermordung der europäischen Juden die Grundvoraussetzung aller Planungen bildete. Dieser Befund zeigt, dass Judenmord und Germanisierungspolitik einander gegenseitig bedingten und inhaltlich aufs Engste verzahnt waren. So erhöhte der Ressourcenbedarf der Volksdeutschen-Ansiedlung den Druck auf die jüdische Minderheit zusätzlich und lieferten die „Neuordnungspläne“ nicht nur das konstruktive Gegenbild zur Vernichtung, sondern boten auch die finale Legitimation für die Auslöschung der jüdischen Bevölkerung Osteuropas. Gleichzeitig profitierten Volksdeutsche und „Wiedereindeutschungsfähige“ in einem gigantischen Umverteilungsprozess gleichermaßen von den Besitztümern der Ermordeten – von der Immobilie bis zum Babystrumpf. Und schließlich waren es zumeist dieselben Planer, die Umsiedlung und Massenmord konzipierten, und dieselben Siedlungsexperten, die sie umsetzten.²¹

DER GENERALPLAN OST ALS TOTALITÄRERE VARIANTE DES SOCIAL ENGINEERING

Insbesondere der Generalplan Ost von Mai/Juni 1942 gilt in der zeithistorischen Forschung als Symbol für den verbrecherischen Charakter der nationalsozialisti-

¹⁸ Vgl. die Liste der Projekte zur Vorbereitung des Generalsiedlungsplans, die zwischen Juni und Oktober 1944 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft genehmigt wurden, BAK R 73/13127.

¹⁹ Schreiben des RKF, der Chef des Planungsamtes, gez. Dr. Gebert, an den Präsidenten der DFG, Prof. Dr. Menzel, vom 22.3.1945. BAK R 73/13127.

²⁰ Madajczyk, Generalplan Ost, S. XIII.

²¹ Götz Aly, „Endlösung“: Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main 1995. Roth, Generalplan Ost.

schen Umsiedlungspolitik.²² Ich möchte im Folgenden kurz die Frage stellen, ob wir es hier mit einem besonders radikalen Beispiel für Social Engineering, also für den Versuch der Umgestaltung einer Gesellschaft durch die Intervention von Experten zu tun haben. Thomas Etzemüller hat in seinen Publikationen zentrale Merkmale des Social Engineering herausgearbeitet: Experten als zentrale Akteure, datenbasierte Handlungsmodelle, sozialorganisatorische Tendenz, biopolitische Optimierung der Bevölkerung, Gefühl von Krise und Pflicht zur Intervention – um nur ein paar wenige Aspekte zu nennen.²³ Für den Generalplan Ost als zentrale Planungsutopie der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik möchte ich demgegenüber drei wesentliche Faktoren, die seine Entstehung und partielle Umsetzung überhaupt erst ermöglicht haben, diskutieren: erstens die maßgebliche Beteiligung deutscher Wissenschaftler und Experten, zweitens ihre Einbettung in eine rassistische, auf Exklusion der „Gemeinschaftsfremden“ gerichtete Ideologie und drittens die Bedingungen des Zweiten Weltkriegs als weltanschaulichem Vernichtungskrieg.

Erstes Charakteristikum der Planungen war tatsächlich die Beteiligung einer Vielzahl von Wissenschaftlern und Experten. Die Pläne kamen nicht vom politisch radikalisierten Rand der Disziplinen, sondern waren das Projekt einer anwendungsorientierten, politisch engagierten Wissenschaft. Dabei konnten wissenschaftlicher Anspruch und nationalsozialistische Weltanschauung nahtlos miteinander verknüpft werden, während sich staatliche Interessen und individuelles Karrierestreben effektiv ergänzten. Für die Selbstindienstnahme der Raumplaner war zusätzlich eine intensive Forschungsförderung von Bedeutung: Zwischen 1941 und 1945 erhielt Konrad Meyer als verantwortlicher Koordinator von der DFG insgesamt 510 000 Reichsmark für seine planungswissenschaftliche die Grundlagenforschung – jährlich zwischen 100 000 und 150 000 Reichsmark. Zur Einordnung dieses Betrags: Der Jahresetat der DFG 1941 betrug 6 Millionen Reichsmark, davon erhielt Konrad Meyer 2,5 Prozent. Übertragen auf den derzeitigen Jahresetat der DFG von rund 2,5 Milliarden Euro (2011) wären das etwa 62,5 Millionen Euro – jährlich.²⁴

²² Rössler/Schleiermacher, GPO; Norman Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Harvard, 2002; Peter Longerich, *Heinrich Himmler. Biographie*, München 2008.

²³ Thomas Etzemüller (Hg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009; ders., *Die Romantik des Reißbretts. Social engineering und demokratische Volksgemeinschaft in Schweden: Das Beispiel Alva und Gunnar Myrdal (1930–1960)*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2006, 32, S. 445–466, ders., *Social Engineering. Version 1.0.*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, verfügbar unter: http://docupedia.de/zg/Social_engineering?oldid=84654 [11.2.2010].

²⁴ Die Höhe der Förderung seitens der DFG für „planungswissenschaftliche Aufgaben zur Festigung deutschen Volkstums“, also zur Grundlagenforschung für den Generalplan Ost, errechnet

Besonders bedeutsam war dabei erstens die unmittelbare Praxisrelevanz der Forschungen, die der DFG bekannt war: Konrad Meyer stand als SS-Oberführer der zuständigen SS-Planungshauptabteilung vor und empfing seine Aufträge direkt von Himmler. Zweitens fällt der klare Sprachgebrauch auf: Die Fördergelder wurden beantragt für „planungswissenschaftliche Arbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“ und als solche auch genehmigt. Die DFG wusste also genau, was sie hier förderte.

Die Expertise der beteiligten Wissenschaftler war so vielfältig und weitreichend wie ihre Pläne zur umfassenden Neugestaltung der eroberten Gebiete Osteuropas selbst. Neben den Agrarwissenschaftlern aus seinem Universitätsinstitut verpflichtete Meyer zahlreiche renommierte Wissenschaftler für die vorbereitende Grundlagenforschung: Dazu gehörten der Geograf Walter Christaller, bekannt durch seine bis heute einflussreiche Theorie der zentralen Orte ebenso wie der Staatsrechtler Reinhard Höhn, die Finanzwissenschaftler Felix Boesler und Max Rolfes sowie die Landesplaner Erhard Mäding und Franz Doubek. Sie erstellten Kartenmaterial zur Umgestaltung des Altreichs, prüften rechtliche Fragen des Siedlungsaufbaus und der Finanzierung, stellen Überlegungen an zur Siedlungsstruktur, Städteplanung und rassischen Zusammensetzung der Bevölkerung. Darüber hinaus prüften sie ganz praktische Fragen: von der Anlage der Verkehrswege bis zu Tonaufkommen für die Herstellung von Ziegeln und der Verfügbarkeit von Baustoffen. Was die Wissenschaftler hier unter Meyers Ägide vorantrieben, war nichts weniger als ein interdisziplinär angelegtes Forschungsprogramm von der Agrarwissenschaft bis zur Raumforschung und Rassenanthropologie.

Für die beteiligten Wissenschaftler (um Konrad Meyer) galt, dass ihr Engagement für die politischen Ziele des Nationalsozialismus freiwillig erfolgte, sie profitierten gleichermaßen von sich neu eröffnenden Karrierechancen wie von Fördergeldern. In der Forschung hat sich hierfür der Begriff der „Selbstmobilisierung“ durchgesetzt.²⁵ Konrad Meyer verstand sich selbst explizit als politischer Wissenschaftler, der jenseits des Elfenbeinturms auf eine praktische Umsetzung seiner Expertisen hinarbeitete. So

sich aus den Angaben der Bewilligungsschreiben an Konrad Meyer in BAK, R 73/13127. Hierzu im Detail Heinemann, *Wissenschaft*, S. 55–63.

²⁵ Für eine instruktive Verwendung des Begriffs vgl. Dieter Hoffmann, Carl Ramsauer, *Die Deutsche Physikalische Gesellschaft und die Selbstmobilisierung der Physikerschaft im Dritten Reich*, in: Helmut Maier (Hg.), *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus, Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung in den Technikwissenschaften*. Göttingen 2002, S. 273–303; Noyan Dinçkal/Christof Dipper/Detlev Mares (Hg.), *Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich“*, Darmstadt 2009; Karin Orth/Willi Oberkrome (Hg.), *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*, Stuttgart 2010.

beschrieb er 1940 die Wissenschaft bewusst als „Mitgestalter am großen Geschehen der Zeit“.²⁶ In Bezug auf den Generalplan Ost formulierte einer der beteiligten Wissenschaftler, der Landesplaner Erhard Mäding, nach 1945, dieser hätte „eine bedeutende Aufwertung der fraglichen Gebiete und damit eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards der Bewohnerschaft einschließlich der darin verbliebenen polnischen Volksteile bedeutet“.²⁷ Meyer selbst meinte, es sei Ziel des Generalplan Ost gewesen, „die volkliche Gemengelage zwischen Deutschen und Polen durch planmäßige Umsiedlungen zu bereinigen und durch ein langfristiges Landesentwicklungsprogramm die ‚Teufelsgrenze‘ im Osten, die immer wieder in der Geschichte Konfliktstoff geboten hatte, endgültig abzubauen“.²⁸ Solcherlei Verweise auf den gesellschaftsverbessernden Charakter im Sinne eines positiv verstandenen Social Engineering hatten zur Folge, dass Meyer im achten Nürnberger Nachfolgeprozess vom Vorwurf der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit freigesprochen wurde, womit der Grundstein für seine Nachkriegskarriere gelegt war.²⁹

Dass eine zutiefst rassistische Ideologie als Grundlage aller Planungen diene, offenbart sich zunächst dadurch, dass diese die systematische Vertreibung und später Vernichtung der Juden zum Ausgangspunkt nahmen. Gleichfalls basierten die Pläne auf ausgedehnten rassenanthropologischen Erhebungen, die überhaupt erst klären sollten, wer als Siedler für die Germanisierung Osteuropas infrage komme. Konrad Meyer selbst hat bei zahlreichen Gelegenheiten diese biopolitische Fundierung der Planungen betont, ganz im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung: So informierte er die Honoratioren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin im Jahr 1942, es gelte der „Gefahr fremdvölkischer Unterwanderung [...] mit der zahlenmäßigen Überlegenheit besseren Blutes“ zu begegnen.³⁰

²⁶ Meyer, Über Höhen, S. 189.

²⁷ Erhard Mäding, Eidesstattliche Versicherung vom 22.11.1947. Dokument Meyer-Hetling Nr. 120. BAK All. Proz 1, Rep 501, XXXXIV M4, S. 99a.

²⁸ Meyer, Über Höhen, S. 159.

²⁹ Das Urteil gegen Konrad Meyer im Fall VIII der Nürnberger Nachfolgeprozesse findet sich u. a. im BAK All. Proz 1, Rep 501, XXXXIV M 7. Gedruckt dagegen in *Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10. (TWC). Nürnberg 1946–1949. Case VIII. Bd. IV, 2, S. 156–157.* Mechthild Rössler, Konrad Meyer und der „Generalplan Ost“ in der Beurteilung der Nürnberger Prozesse, in: Mechthild Rössler/ Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“.* Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993, S. 356–367, hier S. 366–367.

³⁰ Konrad Meyer, Planung und Aufbau in den eingegliederten Ostgebieten. Vortrag gehalten am 28.1.1942 vor der KWG in Berlin-Dahlem, in: *Jahrbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.* Leipzig 1942, S. 250–275, hier S. 272.

Auch wenn Konrad Meyer und die beteiligten Wissenschaftler nach dem Krieg betonten, beim Generalplan Ost habe es sich um einen reinen Friedensplan gehandelt, war der Krieg konstitutiv für die Erstellung und ansatzweise Umsetzung der Pläne. Unmittelbar im Kontext des Polenfeldzugs rief Himmler Konrad Meyer zu sich und erteilte ihm den Auftrag zur Erarbeitung entsprechender Planungen. Nur durch die Eroberung Polens und später den Angriff auf die Sowjetunion standen überhaupt Räume zur Verfügung, die als „Tabula rasa“ ohne Rücksicht auf die dort lebenden Menschen neu geordnet und verplant werden konnten. Und nur unter den Bedingungen eines Weltanschauungs- und Vernichtungskrieges waren Zwangsmaßnahmen wie die Umsiedlung und geplante Ermordung durch Hunger und Zwangsarbeit großer Teile der Bevölkerung in den eroberten respektive vorgesehenen Gebiete überhaupt erst denkbar.

An diesem letzten Kriterium des Vernichtungskrieges schließlich erweisen sich die Grenzen des Begriffs Social Engineering mit Blick auf den Generalplan Ost. Thomas Etzemüller hat geschrieben: „Das *social engineering* war also *tendenziell total*, was seinen erfassenden und steuernden Anspruch betraf, aber nicht *notwendig totalitär*.“³¹ Dem gegenüber kann jedoch die im Generalplan Ost grundlegende Vorstellung von Social Engineering ob ihrer Radikalität und ihrem Anspruch auf fundamentale Umgestaltung ganzer Regionen – ohne jegliche Rücksicht auf die dort lebende Bevölkerung – nur als totalitär bezeichnet werden. In Abgrenzung von den Ordnungsvorstellungen demokratischer Staaten, wie Schweden, wo die Sozialreformer Gunnar und Alva Myrdal in den 1930er Jahren eine rationale Neuordnung der Gesellschaft durch Bevölkerungspolitik, Eugenik und kollektivistische Elemente planten und damit den Grundstein für den schwedischen Wohlfahrtsstaat legten, oder den USA der 1930er Jahre, wo Franklin D. Roosevelt mittels staatlicher Großplanung im „New Deal“ versuchte, die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden und damit auch massiv in die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes eingriff, könnte man den Generalplan Ost vielleicht treffender als Blaupause für ausgedehnte biopolitisch fundierte ethnische Säuberungen im Kontext eines weltanschaulichen Vernichtungskrieges verstehen.³²

Die eingangs erwähnten Biografien von Tamara und Ryszard verdeutlichen die Tragweite der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik für individuel-

³¹ Thomas Etzemüller, *Social engineering* als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze, in: ders (Hg.), *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2009, S. 11–39, hier S. 29.

³² Norman Naimark, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe*, Harvard 2002; Philipp Ther, *Die dunkle Seite des Nationalstaates. Ethnische Säuberungen im modernen Europa*, Göttingen 2011.

le Lebenswege: Tamara, die zur Zwangsgermanisierung ins Reich verschleppt wurde, sucht heute noch nach ihrer Identität und dem genauen Schicksal ihrer mutmaßlich von den Besatzern ermordeten Eltern. Ryszards Familie verlor ihre Heimat und ihre Lebensgrundlage, sie lebt heute nicht mehr in Polen. Auch wenn Konrad Meyer nicht direkt verantwortlich war, so projektierten und definierten seine Pläne doch die angestrebte bevölkerungspolitische Neuordnung Osteuropas, in deren Namen Tamara und Ryszard als „rassisch erwünscht“ verschleppt respektive als „rassisch unerwünscht“ vertrieben wurden.

ZUSAMMENGEFASST

1. Obwohl der Generalplan Ost nur in Teilen verwirklicht wurde und der Generalsiedlungsplan selbst Fragment blieb, wurden während des Zweiten Weltkriegs Millionen von Menschen in den von Deutschland besetzten Gebieten Opfer von Vertreibung, Umsiedlung und Mord. Auch der Genozid an mehr als sechs Millionen europäischer Juden erhielt durch die angestrebte ethnische Homogenisierung eine zusätzliche Dynamik. Zugleich förderten Planung und Forschung ein Selbstverständnis unter den deutschen Eliten, dass ethnische Neuordnung mittels Vertreibung und Genozid nicht nur politisch wünschenswert, sondern auch wissenschaftlich planbar und praktisch machbar sei. In ihrer weltanschaulichen wie praktischen Radikalität unter den Bedingungen des Krieges stellten Entwürfe wie der Generalplan Ost ein besonders radikales Beispiel eines „totalitären Social Engineering“ dar.

2. Ohne die unter anderem von der DFG finanzierte Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Raumplanung, der Agrar- und Bevölkerungswissenschaften hätten der Generalplan Ost und seine Nachfolger nicht erstellt werden können. Die Umsiedlungspläne fußten entscheidend auf der Arbeit engagierter Wissenschaftler wie Konrad Meyer, welche die Pläne nicht nur konzipierten und für ihre inhaltliche Ausgestaltung verantwortlich zeichneten, sondern ihnen auch den Anschein wissenschaftlicher Seriosität verliehen. Durch eine großzügige Forschungsförderung machte die DFG ein Großprojekt wie den Generalplan Ost überhaupt erst möglich.

3. Wie ist nun zu erklären, dass sich mit Konrad Meyer (aber auch Erhard Mäding, Max Rolfes, Walter Christaller – anders als Meyer vermutlich nicht einmal ein Nationalsozialist) fähige Wissenschaftler bereitwillig in den Dienst der Umgestaltung Europas basierend auf Vertreibung und Mord stellten? Zum einen traf die Neuordnung des eroberten Ostens im Zweiten Weltkrieg, verstanden als ein Amalgam aus Kolonisierung, Zivilisierung und Modernisierung, in breiten Tei-

len von Bevölkerung und Wissenschaftlern auf Zustimmung. Zweitens stand das Projekt in der Tradition deutscher Lebensraumkonzeptionen, konzipiert als konsequente Umsetzung des deutschen Drangs nach Osten, der durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg einen traumatischen Rückschlag hatte hinnehmen müssen. Drittens gewann die angestrebte „völkische Flurbereinigung“ einen Teil ihrer Überzeugungskraft aus dem weithin akzeptierten Paradigma einer unterschiedlichen ethnischen wie rassistischen Wertigkeit der Völker Europas. Man musste kein radikaler Nationalsozialist sein, um diese Positionen zu teilen und für das eigene Handeln zu verinnerlichen. Praktisch bedeutete dies, dass relevante Teile der deutschen Eliten dazu bereit waren, das Schicksal von Menschen wie Tamara und Ryszard bereitwillig dem Anspruch auf ein deutsches, rassistisch fundiertes Ostraumimperium unterzuordnen.

AGNIESZKA JACZYŃSKA

Die deutsche Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość 1941–1943. Eine Übersicht über die polnische Fachliteratur

Die deutsche Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość wird in der Historiografie unterschiedlich datiert. Die am häufigsten genannten Eckdaten, also die Jahre 1942 bis 1943, beziehen sich auf die Phase der Hauptaktion, die am 27. November 1942 begann und Mitte August 1943 endete. Es scheint jedoch begründet zu sein, das Anfangsdatum auf November 1941 zu verschieben, denn zu dieser Zeit wurden probeweise sieben nahe Zamość gelegene Dörfer umgesiedelt. Den Umsiedlungen war eine Reihe von Ereignissen vorausgegangen, infolge derer im Verlauf weniger Monate nach dem Besuch Heinrich Himmlers in der Region Zamość, im Juli 1941, Entscheidungen getroffen und Aktivitäten unternommen wurden, die über den Plan zur Nutzung des Gebiets für die deutsche Ansiedlung entschieden.

Für diese Ereignisse interessierten sich viele polnische Historiker. Eigentlich hatte man sofort nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs damit begonnen, Dokumentationsmaterial zusammenzutragen, und das Ergebnis dieser Aktivitäten waren viele Publikationen. Ich möchte jedoch auf die historiografischen Arbeiten aufmerksam machen, die nach dem Jahr 1990 erschienen sind, denn so werde ich auf die Motive eingehen können, die in den früheren Abhandlungen nur ein As-

pekt bei der Beschreibung von Genese, Verlauf und Folgen der Aktion „Zamość“ waren.

Es lohnt sich, an dieser Stelle auf Dr. Zygmunt Klukowski zu verweisen, einen in lokalen und wissenschaftlichen Kreisen bekannten Regionalhistoriker, der Wegbereiter der Forschungen über die Aussiedlungen im Raum Zamość war. Zur Zeit der deutschen Okkupation war er in den konspirativen Strukturen der Heimatarmee (Armia Krajowa, AK) im Inspektorat Zamość tätig. Er stand in Kontakt mit den Kommandostellen im Kreis und im Inspektorat, wodurch er über deren Tätigkeiten gut informiert war. Als Arzt hatte er auch Kontakt mit vielen Soldaten. Er war ein aufmerksamer Beobachter des Lebens unter der Okkupation. Im Bewusstsein vom Wert einer systematischen Beschreibung der Besatzungswirklichkeit führte er ein Tagebuch, in dem er über alle möglichen Erscheinungen jener Zeit berichtete und diese kommentierte.

Nach Kriegsende entschied sich Klukowski, das von ihm gesammelte Material, das er in den ersten Nachkriegsjahren ergänzt hatte, zu bearbeiten. Für die verlegerische Reihe „Veröffentlichung von Materialien aus der Geschichte der Region Zamość in den Kriegsjahren 1939–1944“¹ sammelte er Berichte von ehemaligen Untergrundsoldaten sowie von Menschen, die an den ihn interessierenden Ereignissen direkt beteiligt waren. In der Absicht, die mit den Aussiedlungen aus der Region Zamość in Zusammenhang stehenden Ereignisse zu beschreiben und quantitativ zu erfassen, führte er eine breit angelegte schriftliche Umfrage durch, aufgrund derer er Informationen über die Reichweite, den Charakter und die Auswirkungen der deutschen Aktion erhob. In den folgenden Bänden der Reihe rekonstruierte er, soweit das damals möglich war, den deutschen Entscheidungsprozess bei den Vorbereitungen auf die Aktion sowie ihren Verlauf. Er stellte auch die Entstehungsbedingungen und die Funktionsweise der Übergangslager in Zamość und Zwierzyniec, die vom Okkupanten durchgeführten Pazifizierungsaktionen im Raum Zamość und die Reaktionen des polnischen Untergrunds auf dieses Phänomen dar. Dank Klukowskis Erörterung der oben

¹ Die Materialien wurden in den Jahren 1945–1947 publiziert. In dieser Zeit erschienen vier Bände: Bd. 1: Terror niemiecki w Zamojszczyźnie 1939–1944, Zamość 1945; Bd. 2: Zamojszczyzna w walce z Niemcami 1939–1944, Zamość 1946; Bd. 3: Niemcy i Zamojszczyzna 1939–1944, Zamość 1946; Bd. 4: Dywersja w Zamojszczyźnie, Zamość 1947. Zygmunt Klukowski hatte die Herausgabe von weiteren drei Bänden geplant: Powiat zamojski za rządów niemieckich (Zarys dziejów, kronika wydarzeń i imienny wykaz ofiar); Partyzantka w Zamojszczyźnie; Powiat biłgorajski za rządów niemieckich. Die verlegerische Tätigkeit wurde unter anderem dadurch zum Stillstand gebracht, dass im Rahmen der Amnestie des Jahres 1947 die Tätigkeit Klukowskis für die Heimatarmee publik wurde.

genannten Probleme konnte schon damals eine erste Schätzung der von der Aussiedlungsaktion betroffenen Einwohner der Region Zamość in Höhe von etwa 110 000 abgegeben, ein Verzeichnis der betroffenen Dörfer mit 297² Einträgen erstellt und die Zahl der deutschen Siedler, die von der Umwandererzentralstelle (UWZ) in Lodsch in die Region Zamość geschickt wurden, beziffert werden. Auf diese Größen bezogen sich Wissenschaftler, die sich später mit dem Problem befassten, ohne sie grundsätzlich infrage zu stellen. Die ersten Schätzungen betrafen auch diejenigen Häftlinge des Übergangslagers in Zamość, die in die Lager in Auschwitz oder Majdanek deportiert wurden. Klukowski rekonstruierte überdies die Anzahl des Lagerpersonals in Zamość und in Zwierzyniec sowie den Ablauf der Selektion der Häftlinge.

Es muss hinzugefügt werden, dass Zygmunt Klukowski zu jener Zeit mit der Hauptkommission für die Untersuchung von deutschen Verbrechen in Polen zusammenarbeitete, für die er als Berater tätig war. Aus diesem Grund hatte er auch Einblick in die Dokumentation des deutschen Verwaltungs- und Polizeiapparats, der die Aussiedlungen aus der Region Zamość vorbereitete und anschließend durchführte. Folglich beruhte seine Erörterung auf differenziertem Material, in dem normative Quellen durch Zeugenberichte über Ereignisse und Fragebogen-Erhebungen ergänzt wurden.³ Im Jahr 1947 wurde Zygmunt Klukowski als Zeuge zu einem der Nürnberger Prozesse berufen, wo er zu den NS-Verbrechen in der Region Zamość aussagte.

Czesław Madajczyk unterzog die Ereignisse in der Region Zamość in vielen Arbeiten einer gründlichen historischen Analyse, es seien hier nur einige wenige genannt: „Das Generalgouvernement in den NS-Plänen. Studien“⁴ und „Der Faschismus und die Okkupation 1938–1945, Bd. 2: Mechanismen bei der Verwirklichung der Okkupation“.⁵ Besonders wertvoll an diesen beiden Publikationen ist die Verortung der Aussiedlungen aus der Region Zamość in der Politik und den Plänen des Dritten Reiches für die unterworfenen und besetzten Gebiete. Dies ermöglicht eine ausgezeichnete Vergleichsperspektive und erlaubt es, die Besonderheit der Ereignisse in der Region Zamość zu erkennen. Kaum zu überschätzen ist die von Madajczyk vorbereitete zweibändige Quellenedition „Die Region Zamość – Sonderlaboratorium SS. Sammlung polnischer und deutscher

² Zygmunt Klukowski, *Zbrodnie niemieckie na Zamojszczyźnie*, Warszawa 1947, S. 52.

³ Derzeit befinden sich diese Fragebögen im Bestand des Staatsarchivs in Lublin.

⁴ Czesław Madajczyk, *Generalna Gubernia w planach hitlerowskich*. *Studia*, Warszawa 1961.

⁵ Ders., *Faszizm i okupacje 1938–1945*, Bd. 2: *Mechanizmy realizowania okupacji*, Poznań 1984.

Dokumente aus der Zeit der NS-Okkupation”.⁶ Neben Quellen polnischer Provenienz, darunter auch primäre Quellen, enthält die Auswahl eine Vielfalt an deutschen, ins Polnische übersetzten Dokumenten, die es ermöglichen, die Vorbereitungen, den Verlauf, die Auswirkungen der Aktion und – was ebenso wichtig ist – die prinzipiellen Differenzen zwischen den deutschen Beamten und den höchsten Führungskreisen bei der Bewertung der Zweckmäßigkeit, des Durchführungszeitpunkts und der unbeabsichtigten Auswirkungen zu rekonstruieren. Mit Hauptaugenmerk auf der Analyse der deutschen Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik hat sich auch Czesław Łuczak mit diesem Problem befasst.⁷

Ein anderer Wissenschaftler, der die Frage der Aussiedlungen aus der Region Zamość in vielen seiner Publikationen – unter anderem in den Publikationen „Die NS-Aussiedlungsaktion im Raum Zamość (Modell oder Improvisation)”⁸ und „Zwischen Weichsel und Bug 1939–1944”⁹ – analysiert hat, war Zygmunt Mańkowski. Viel Platz räumte er auch dem bewaffneten Widerstand gegen die deutschen Aussiedlungen und Pazifizierungen ein, der im Raum Zamość von Abteilungen der Heimatarmee und den Bauernbataillonen (Bataliony Chłopskie, BCh) organisiert wurde, sowie dem zu jener Zeit, überwiegend im Kreis Biłgoraj, entstehenden kommunistischen Partisanenkampf.¹⁰ Dieses Thema wurde auch von Jerzy Markiewicz aufgegriffen.¹¹

Die Frage der Kinder aus der Region Zamość behandelten ausführlicher Autoren wie Roman Hrabar und Józef Wnuk.¹² Sie beschäftigen sich mit deren Si-

⁶ Czesław Madajczyk (Hg.), *Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej*, Warszawa 1979.

⁷ Czesław Łuczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Poznań 1979.

⁸ Zygmunt Mańkowski, *Hitlerowska akcja wysiedleń na Zamojszczyźnie (model czy improvisacja)*, in: *Przesiedlenia ludności przez III Rzeszę i jej sojuszników podczas II wojny światowej*, Lublin 1974.

⁹ Ders., *Między Wisłą, a Bugiem 1939–1944*, Lublin 1978.

¹⁰ Ders., *Zamość w latach wojny i okupacji hitlerowskiej*, Zamość 1980; ders., *Związek Walki Zbrojnej i Armia Krajowa w okręgu lubelskim 1939–1944*, Lublin 1971; Ireneusz Caban/Zygmunt Mańkowski, *Związek Walki Zbrojnej i Armia Krajowa w okręgu lubelskim 1939–44*, Lublin 1971; ders., *Materiały źródłowe do historii polskiego ruchu ludowego*, Bd. 1–2, Warszawa 1964; *Gwardia Ludowa i Armia Ludowa na Lubelszczyźnie (1942–1944)*. Źródła, Lublin 1960.

¹¹ Vgl. zum Beispiel: *Nie dali ziemi skąd ich ród*. Zamojszczyzna 27 XI 1942–31 XII 1943, Lublin 1947.

¹² Vgl. zum Beispiel: Roman Hrabar, *Hitlerowski rabunek dzieci polskich (1939–1945)*, Katowice 1960; ders., *Przeciwko światu przemocy*, „Śląsk”, Katowice 1982; Józef Wnuk, *Losy dzieci polskich w okresie okupacji hitlerowskiej*, Warszawa, 1980.

tuation während der Aussiedlungen und auch mit der Bestimmung eines Teils der Kinder zur Germanisierung. Dabei führen sie folgende, damals in Kreisen von Historikern geläufige Zahlen an: Etwa 30 000 Kinder wurden ausgesiedelt, 4500 ins Dritte Reich deportiert und 10 000 getötet. Das ist nur ein flüchtiger Abriss der bis Mitte der 1980er Jahre erschienenen polnischen historiografischen Werke, die sich mit der deutschen Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość befassen.

Die Übersicht über die Publikationen, die der deutschen Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość gewidmet sind, beginne ich mit der Veröffentlichung von Quellen unter der Redaktion von Czesław Madajczyk, die den Titel „Der Generalplan Ost. Eine Dokumentensammlung“¹³ trägt. Diese mit einer ausführlichen Einleitung versehene Auswahl von Dokumenten enthält überwiegend bisher noch unbekannte Dokumente, was für am Thema interessierte Wissenschaftler äußerst wertvoll ist. Außerdem, so der Herausgeber: „Es war die Absicht des Herausgebers, die Dokumentationen des GPO (Generalplan Ost) und des GSP (Generalsiedlungsplan) in einer Publikation unterzubringen und den Forschern die Möglichkeit zu geben, die Expansion des Dritten Reichs im Osten in ihrer Gesamtheit zu analysieren.“¹⁴ Im Hinblick auf die Aussiedlungen im Raum Zamość im Kontext des GPO bezieht sich Madajczyk auf einen Ausschnitt aus einer Beschreibung der Aktion „Zamość“ von Friedrich Wilhelm Krüger, einem Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement (GG), von Januar 1943, in dem jener – wie es Madajczyk formuliert – sagt, dass „die Aussiedlungen eine erste Etappe der geplanten Aktion darstellten und dazu dienen sollten, Erfahrungen in Bezug auf Schwierigkeiten, Widerstand, wirtschaftliche, politische und andere Konsequenzen zu sammeln“.¹⁵ U. a. damit bestätigt Madajczyk den Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Raum Zamość und den deutschen Plänen im Rahmen des GPO.

Im Jahr 1995 erschien Janina Kielbońs Doktorarbeit „Bevölkerungsmigration im Distrikt Lublin in den Jahren 1939–1944“.¹⁶ Diese Publikation ist bedeutsam in Hinsicht auf die Frage nach dem Ausmaß der deutschen Aussiedlungen im Raum Zamość, worauf im ersten und zweiten Kapitel des Buches Bezug genommen wird. Die Autorin stimmt der Einschätzung zu, dass von den Aktionen des deutschen Repressionsapparates im Verlauf der Aussiedlungen fast 52 000 Polen

¹³ Czesław Madajczyk (Hg.), *Generalny Plan Wschodni. Zbiór dokumentów*, Warszawa 1990.

¹⁴ Madajczyk (Hg.), *Generalny Plan Wschodni*, S. 47.

¹⁵ Ebenda, S. 38. Übersetzung Benjamin Voelkel.

¹⁶ Janina Kielboń, *Migracje ludności w dystrykcie lubelskim w latach 1939–1944*, Lublin 1995.

betroffen waren und es rund 58 000 gelang, zu fliehen und so eine Internierung im Lager und andere Maßnahmen samt Folgen zu umgehen. Die zweite Frage, der die Autorin in konkreten Übersichten nachgeht, ist die Anzahl der Häftlinge, die Durchgangs- und Konzentrationslager durchliefen. Gestützt auf deutsche Daten, nimmt Kielboń an, dass 47 914¹⁷ Aussiedler in drei Phasen der Aktion in die Lager in Zamość, Zwierzyniec und Budzyń gelangten. Die Anzahl der Häftlinge im Durchgangslager in Zamość schätzt sie auf der Grundlage verschiedener Quellen und Arbeiten auf 31 536 Personen, die im Lager in Zwierzyniec auf 12 000.¹⁸ Die fehlenden Informationen zur Anzahl der Häftlinge des Lagers in Budzyń beruhen höchstwahrscheinlich auf einem Mangel entsprechender Informationen in den verfügbaren Quellen, worauf die Autorin jedoch nicht eingeht. Was die Anzahl der Transporte aus dem Lager in Zamość nach Auschwitz betrifft, benennt Kielboń zwei vom Dezember 1942, die zusammen 768 Menschen umfassten, sowie zwei Transporte Anfang 1943. Zugleich betont sie, dass es Differenzen in den Angaben nicht nur zwischen der deutschen und der polnischen Dokumentation, sondern auch zwischen der vom deutschen Aussiedlungsapparat und der vom Lagerapparat erstellten Dokumentation gibt. Zusammenfassend stellt sie fest, dass nach deutschen Angaben in den Jahren 1942 und 1943 insgesamt 2086 Aussiedler aus Zamość nach Auschwitz transportiert wurden.¹⁹ Für das Konzentrationslager Majdanek führt sie die geschätzte Zahl von 16 000 bis 18 000 Häftlingen aus der Region Zamość an, die überwiegend im Juli 1943 im Lager eintrafen, darunter sollen sich nach ihren Angaben etwa 4 000 Kinder befunden haben.²⁰

Im Anschluss versucht Kielboń, den Umfang der Gruppe von Aussiedlern zu bestimmen, die in sogenannte Rentendörfer auf dem Gebiet des Distrikts Warschau geschickt wurde. Sie nennt die Zahl von 5 342 Personen, wovon 2 151 Kinder im Alter von bis zu zehn Jahren waren, die Ende 1942, Anfang 1943 mit mehreren Transporten in diesen Bezirk geschickt wurden. Zugleich bemerkt sie, dass sich ihre Schätzungen auf der Grundlage der erhaltenen Transportlisten von den Zahlen unterscheiden, die von Czesław Madajczyk angegeben werden, der diese Gruppe auf etwa 4 258 Personen beziffert.²¹

Eine andere für das von Kielboń behandelte Thema entscheidende Kategorie von Aussiedlern sind diejenigen, die zur Zwangsarbeit ins Dritte Reich depor-

¹⁷ Ebenda, S. 45.

¹⁸ Ebenda, S. 46.

¹⁹ Ebenda, S. 47f.

²⁰ Ebenda, S. 50.

²¹ Ebenda, S. 51, Tab. 8.

tiert wurden. Sie weist darauf hin, dass diese Transporte in der ersten Phase der Aussiedlungen – also Ende 1942, Anfang 1943 – direkt vom Lager in Zamość abfuhren.²² Im Sommer 1943 wurde auf ähnliche Weise ein Teil der Häftlinge aus den Lagern Zamość und Zwierzyniec weggebracht sowie aus dem Lager an der Krochmalna-Straße in Lublin, in das die Aussiedler in der dritten Phase der Aussiedlungsaktion vor dem Transport zur Zwangsarbeit kamen, und zwar 34 450 Menschen. Die Gesamtzahl der aus der Region Zamość Deportierten beziffert die Autorin mit mindestens 32 000 Personen,²³ darunter ungefähr 4 500 Kinder, während die von ihr angeführten Daten der Umwandererzentralstelle (UWZ) 33 324 Personen nennen.²⁴

In ihrer Analyse der Migrationsbewegungen führt Kielboń auch Angaben über die Menschen an, die aus den Lagern in Zamość, Zwierzyniec und Majdanek entlassen wurden. Sie erlebten verschiedene Schicksale, ein Teil von ihnen musste, wie die Autorin darstellt, gehen, weil die Lager überfüllt waren. Dies geschah etwa im Sommer 1943: Ein Teil der Arbeitsunfähigen und Kranken wurde in verschiedene Landkreise des Distrikts Lublin geschickt (die deutsche Verwaltung hatte zu jener Zeit aufgehört, die Aussiedler im Distrikt Warschau anzusiedeln), zum Beispiel in den Kreis Puławy, in den 3 822 Menschen aus den Lagern in Lublin kamen. Ein Teil der aus dem Lager Entlassenen wurde zur Zwangsarbeit im Distrikt Lublin herangezogen, und andere, so beispielsweise eine 550 Personen zählende Gruppe von Förstern und ihren Familien, kam infolge des deutschen Bedarfs an Facharbeitern frei. Insgesamt beziffert Kielboń diese Gruppe auf 6 000 Personen.²⁵

Im weiteren Teil der Arbeit befasst sich Kielboń mit der überaus wichtigen Frage nach den Auswirkungen der „Ukraineraktion“, also der zweiten Etappe der Aussiedlungen, die von Mitte Januar bis zum 6. März 1943 andauerte. Sie bezieht sich auf Dokumente, die vom deutschen Aussiedlungsapparat erstellt wurden, sowie auf ukrainische Quellen, darunter Materialien des Ukrainischen

²² Ebenda; aus der genauen Analyse von Kielboń geht der Unterschied zwischen den Angaben Ernst Zörners, des Chefs des Distrikts Lublin, der von einer geringen Zahl von aus dem Lager in Zamość zur Zwangsarbeit ins Dritte Reich Deportierten spricht, und den Zahlen Globocniks, des Polizeichefs im Distrikt Lublin, der eine Zahl von 6000 ins Dritte Reich Deportierten angibt, hervor. Der Unterschied ist wahrscheinlich das Ergebnis eines Streits über den Sinn und die Auswirkungen der im Raum Zamość durchgeführten Aussiedlungen.

²³ Die Autorin beruft sich an dieser Stelle auf die Daten, die Józef Kasperek in seinem Artikel anführt: *Wywóz na przymusowe roboty do Rzeszy z dystryktu lubelskiego 1939–1944*, „Zeszyty Majdanka” 1980, Bd. X.

²⁴ Kielboń, *Migracje ludności*, S. 55.

²⁵ Ebenda, S. 60.

Zentralkomitees (UZK). Den von ihr genannten Zahlen zufolge wurden aus dem Landkreis Hrubieszów 12 224 Polen ausgesiedelt und anstelle von ihnen noch im Jahr 1942 aus dem Landkreis Zamość umgesiedelte und in Übergangslagern in der Gegend von Hrubieszów untergebrachte Ukrainer angesiedelt. Die Autorin nennt keine Zahl der Umsiedler nach Beendigung der Aktion, sondern vom Mai 1943, die sie auf 7 072 Menschen schätzt.²⁶ Zur nächsten Etappe bei der Umsiedlung der ukrainischen Bevölkerung im Raum Zamość kam es mit der Aktion „Werwolf“, also der dritten und letzten Etappe der Aussiedlungen. In Anlehnung an die Dokumente des UZK spricht Kielboń von 11 000 Ukrainern,²⁷ die im Landkreis Biłgoraj von den Umsiedlungen betroffen waren. Mit dieser Aktion wollte man einen weiteren Ring schaffen, um die von „Volksdeutschen“ besiedelten Dörfer vor den Aktivitäten der Partisanen zu schützen. Die Aktion hatte im Grunde genommen keinen Erfolg, weil die angesiedelten Ukrainer nicht lange blieben, ein Teil der Umgesiedelten kam gar nicht vor Ort an, weil sie sich der Bedrohung und der wahren Absicht der Deutschen bewusst waren, andere verließen unter dem Einfluss des polnischen Widerstands von sich aus die Gegend. Abschließend beziffert Kielboń die Zahl der von der Maschinerie der deutschen Aus- und Ansiedlungsaktion erfassten Ukrainer im Raum Zamość mit 18 492 Menschen.²⁸

Im zweiten Kapitel versucht die Autorin, den Ansiedlungsprozess der deutschen Bevölkerung im Raum Zamość in den Jahren 1942 bis 1943 sowie ihre Evakuierung unter dem Einfluss der sich im Sommer 1944 nähernden Ostfront zu analysieren. Sie beschreibt den gesamten Vorbereitungsprozess, der, im Einklang mit Himmlers Direktive, in der Durchführung einer im Juli 1941 begonnenen Aktion zur „Suche nach deutschem Blut“ im Raum Zamość durch dazu auserwählte Institutionen unter der Kontrolle von Odilo (Otto) Globocnik bestand.²⁹ Das Ergebnis dieser Unternehmungen war die Niederschrift einer Abhandlung und die Benennung von sieben Dörfern in der Umgebung von Zamość, die im November 1941 ausgesiedelt wurden. Anstelle der deportierten Polen und zum Teil Ukrainer wurden Volksdeutsche aus der Gegend von Radom angesiedelt. Nach den Probe-Umsiedlungen wurde die Arbeit in diesem Gebiet fortgesetzt. Kielboń weist unter anderem auf die Durchführung einer breit angelegten Erkundung hin, infolge derer der SS-Untersturmführer Wilhelm Gradmann erklär-

²⁶ Ebenda, S. 63f.

²⁷ Ebenda, S. 65.

²⁸ Ebenda, S. 65.

²⁹ Ebenda, S. 114.

te, dass im Kreis Zamość keine rein deutschen Dörfer gefunden wurden und die Nachfahren der einstigen deutschen Kolonisten meist nicht einmal mehr die deutsche Sprache beherrschen würden. Unter diesen Umständen empfahl Globocnik, einen Plan zur Re-Germanisierung dieser Gruppe zu entwerfen. Man begann auch, in großem Maße Volkszählungen durchzuführen, in der Absicht, die Anzahl der Einwohner deutscher Abstammung zu bestimmen, die nach den Umsiedlungen der Volksdeutschen aus dem Raum Zamość in den dem Dritten Reich 1940 angeschlossenen Gebieten zurückgeblieben waren. Die Autorin gibt an, dass im Mai 1942 auf diese Weise 8 000 Menschen benannt wurden, die hinsichtlich ihrer Abstammung zu untersuchen waren.³⁰ In der Zusammenfassung dieses Teils ihrer Betrachtungen führt Kielboń Informationen über die Pläne Himmlers für die Ansiedlung von 50 000 bis 60 000 „germanischen“ Siedlern aus unterschiedlichen Teilen Europas, darunter Bosnien, den baltischen Ländern, Wolhynien ja sogar Dänemark und Holland, bis Ende 1943 im Raum Lublin und Zamość an.³¹ Im Sommer 1942 beschleunigte sich die Aktion, weil sich damals in den Umsiedlerlagern etwa 10 000 Deutsche aus Bessarabien und der Bukowina befanden und schnell ein Ort für ihre Ansiedlung gefunden werden musste. An dieser Stelle ihrer Abhandlung weist die Autorin auch mit Nachdruck auf bestehende Differenzen zwischen den Aktivitäten verschiedener deutscher Institutionen des Aussiedlungsapparates hin, die zu mangelhafter Koordination führten und infolgedessen den Prozess bremsen konnten. In der ersten Phase der Aussiedlungen bis Ende des Jahres 1942 wurden im Raum Zamość 5515 Kolonisten angesiedelt. Die unerwartete Intensität der Aktionen polnischer Partisanen, die besiedelte Dörfer angriffen und eine Fortsetzung der Operation erschwerten, führte zu scharfer Kritik an Globocnik, hauptsächlich von Hans Frank und Josef Bühler, aber auch von Ernst Zörner. Trotzdem setzte der von Himmler unterstützte Globocnik die Aktion fort. Bei dem Versuch, die bis Ende März 1943 im Raum Zamość angesiedelten Deutschen quantitativ zu bestimmen, stützt sich die Autorin auf die Darstellung Zörners vom 23. Februar 1943 und gibt eine Zahl von 9000 Siedlern an, die auf 40 000 Hektar angesiedelt wurden und überwiegend aus Bessarabien und Südosteuropa stammten.³² Aus den Daten der Dokumentationen unter anderem der UWZ geht hervor, dass von November 1942 bis

³⁰ Ebenda, S. 115.

³¹ Ebenda, S. 116.

³² Ebenda, S. 119; zugleich führt sie die Daten aus einer Abhandlung Globocniks von März 1943 an, in der eine Zahl von 8500 zu jener Zeit im Raum Zamość angesiedelten deutschen Kolonisten fällt.

Ende Juli 1943 126 Ortschaften kolonisiert wurden, allein im Landkreis Zamość wurden 12 909 Menschen angesiedelt.³³

Es ist symptomatisch, dass Himmler im Verlauf der „Großaktion“ im Juli 1943 eine Fortsetzung der Aktion ankündigte, infolge derer bis zum Jahr 1944 eine völlige Eindeutschung des Landkreises Zamość und der Städte Zamość und Lublin eintreten sollte. In der Zusammenfassung dieses Teils ihrer Betrachtungen stimmt die Autorin mit den Thesen vieler Historiker überein, die sich zuvor mit eben jenen Fragen beschäftigt hatten, beispielsweise Czesław Madajczyk oder Zygmunt Mańkowski: Die Aussetzung der Massenansiedlung erfolgte aufgrund des Zusammenbruchs der Ostfront, insbesondere nach der Niederlage bei Kursk, sowie der immer noch zahlreichen Aktivitäten von Partisanen. Auf der Grundlage eines Briefes von Greifelt von März 1944 bezüglich der Evakuierung im Angesicht der näher rückenden Front nennt Kielboń folgende Zahlen: 8 000 Umsiedler, 5 300 Volksdeutsche und 10 500 Deutschstämmige.³⁴ Zum Ende dieses Kapitels skizziert sie das Schicksal der deutschen Siedler im Raum Zamość im Kontext ihrer Evakuierung, die in mehreren Phasen verlief. Unter Auslassung der selbst initiierten Flucht erwähnt sie die organisierte Evakuierung von Frauen und Kindern in ein Lodscher Lager Mitte März 1944, dann die Einberufung der im Raum Zamość verbliebenen und in größeren Ortschaften befindlichen Männer in kampfbereite Polizeieinheiten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde von Jacob Sporrenberg ein Regiment zur Selbstverteidigung von Zamość geschaffen. Zugleich erhielten alle Männer den Befehl, an Ort und Stelle zu bleiben, und die nach Lodsch evakuierten Frauen wurden wieder zu ihren Familien zurückgebracht.³⁵ Die Mehrzahl der Siedlerfamilien verblieb auf Beschluss der deutschen Verwaltung fast bis zum Einmarsch der Roten Armee im Raum Zamość. Die Evakuierung wurde erst in der zweiten Julihälfte des Jahres 1944 eingeleitet. Widerstand gegen die Evakuierung leisteten Volksdeutsche sowie Volksstämmige.³⁶

Die Lektüre des Buches von Janina Kielboń ermöglicht es auch, die Existenz zweier verschiedener Standpunkte in Bezug auf den Verlauf und die Fortsetzung

³³ Ebenda, S. 122.

³⁴ Ebenda, S. 122f.; die Autorin weist darauf hin, dass die Zahlen aus dem Brief von Ulrich Greifelt niedriger sind als die Zahl derjenigen 25 000 Deutschen, die im Mai 1944 im Raum Zamość gelebt haben sollen, wie Richard Wendler, der damalige Gouverneur des Distrikts Lublin, in einem Bericht angab. Andererseits kann man die Frage stellen, ob dieser Unterschied nicht zum Beispiel auf die Evakuierung einer Gruppe von Frauen und Kindern nach Lodsch im März 1944 zurückzuführen ist, die anschließend wieder in die Region Zamość gebracht wurden.

³⁵ Ebenda, S. 123f.

³⁶ Ebenda, S. 125.

der Aussiedlungen aus dem Raum Zamość zu verfolgen, die sowohl auf zentraler Ebene der Machthaber des Dritten Reiches als auch innerhalb der Besatzungsinstitutionen des GG vertreten waren. Die Analyse der Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość im Kontext der Bevölkerungsmigration im Raum Lublin während des Zweiten Weltkriegs erlaubt es, diese Problematik als Teil einer allgemeineren deutschen Bevölkerungspolitik im Distrikt Lublin darzustellen. Einerseits ist es einfach, so die Besonderheit der Problematik zu zeigen, die auf einer Häufung bestimmter Handlungen in einem genau abgegrenzten Gebiet und mit einer konkreten ideologischen Botschaft beruht. Andererseits verweist die Analyse unzweifelhaft auf eine erste Phase, in der Aussiedlung und Vernichtung im Vordergrund standen, und eine zweite, für die Aussiedlung und Pazifikation kennzeichnend waren. Damit bestätigt die Autorin die These Czesław Madajczyks. Sie bestätigt auch die Feststellungen ihrer Vorgänger in Bezug auf die instrumentelle Behandlung der ukrainischen Minderheit, die einerseits durch ihre Präsenz in Polizeieinheiten aktiv an der Aussiedlung der Polen beteiligt wurde, andererseits jedoch dazu benutzt wurde, die Aufmerksamkeit von den deutschen Siedlern abzulenken. All das geschah mit der Absicht, die beiden auf diese Weise zerstrittenen Seiten leichter zu kontrollieren und zu unterwerfen. Darüber hinaus gelingt es Janina Kielboń in ihrer Darstellung hervorragend, die Prozesse als ungemein dynamische Erscheinung darzustellen, die sich oft den Vorgaben der eigentlichen Pläne entzogen und von den äußeren Bedingungen, etwa der Situation an der Front oder auch der Entwicklung eines zivilen und bewaffneten Widerstands gegen die Aussiedlungsaktion, abhingen.

Unter den neuesten Arbeiten finden wir auch Publikationen über die vom Stab der Aussiedlungsaktion im Raum Zamość genutzten deutschen Lager. Im Jahr 1993 kam die Arbeit von Czesław Służewski über das Lager in Zwierzyniec heraus,³⁷ und 2003 erschien eine entsprechende Arbeit über das Umsiedlerlager in Zamość von Henryk Kajtel.³⁸ Auf der Grundlage von deutschen und polnischen Quellen, darunter auch solchen, die vom polnischen Untergrund erstellt worden waren, Geständnissen aus nach dem Krieg geführten Prozessen zu NS-Verbrechen im Raum Zamość sowie den Berichten ehemaliger Häftlinge rekonstruierten die Autoren die Umstände während der Errichtung und dem Betrieb der Lager sowie die Situation der Ausgesiedelten, die in diesen inhaftiert wurden.

Das Lager in Zwierzyniec hatte, wie Służewski angibt, zu Beginn der Okkupation die Funktion eines Stützpunktes der Organisation Todt, die Bauarbeiten und

³⁷ Czesław Służewski, *Hitlerowski obóz przejściowy w Zwierzyniu, Zwierzyniec 1993*.

³⁸ Henryk Kajtel, *Hitlerowski obóz przesiedleńczy w Zamościu, Biłgoraj 2003*.

Straßenreparaturen mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern durchführte – Juden, Polen und Russen. Zu Beginn des Jahres 1942 wurden im Lager sechs Baracken abgetrennt und mit Stacheldraht und Wachtürmen umgeben, bis Dezember 1942 erfüllte das Lager die Funktion einer Strafkompagnie für 320 französische Kriegsgefangene. Ab Januar 1943, mit zunehmendem bewaffneten Widerstand der AK und der Bauernbataillone (BCh) gegen die begonnenen Aussiedlungen, wurden die Bewohner der pazifizierten Dörfer in das Lager deportiert. Im Februar wurde eine Gruppe von 280 in den umliegenden Dörfern verhafteten Männern in das Lager gebracht, und daraufhin eine Gruppe von Männern, Frauen und Kindern aus der Gegend von Józefów. Gegen Ende März, nach der Pazifizierung des Dorfes Rózaniec, wurden aus dem niedergebrannten Dorf und seiner Umgebung 800 Einwohner, darunter Frauen und Kinder, in das Lager in Zwierzyniec getrieben, es folgten weitere aus Wywłoczka. Insgesamt passierten von Februar bis April 1943 etwa 2500 Menschen das Lager in Zwierzyniec.³⁹ Ein Teil von ihnen wurde dank der Bemühungen des Majoratsherren Jan Tomasz Zamoyski freigelassen, die übrigen wurden in die Lager in Zamość und Majdanek transportiert.⁴⁰

Wie in der Studie des Weiteren zu lesen ist, stand das Lager im Frühjahr 1943 leer, und das Lagerpersonal begann, es auf die Ankunft von einer deutlich höheren Anzahl von Aussiedlern, den Opfern der Pazifizierungs- und Aussiedlungsaktion, die von den Deutschen unter dem Decknamen „Werwolf“ durchgeführt wurde, vorzubereiten. Anfang Juli 1943 wurde der Unterscharführer Artur Schutz, der Kommandant des Lagers in Zamość, nach Zwierzyniec geschickt, um einen Ort für die Aussiedlung zu organisieren. Zum Personal des Lagers in Zwierzyniec gehörten unter anderem: der Kommandant Hauptsturmführer Hahn (er hatte zuvor in Auschwitz gedient), die Gestapo-Leute Waldemar Trautwein, Albert Zeiga und Leon Arendt. Als Wachmänner waren im Lager auch Ukrainer tätig.⁴¹ Gegen Ende Juni 1943 begannen die Opfer der letzten Phase der Aussiedlungen aus über 200 Dörfern der Umgebung im Lager einzutreffen. Der erste größere Transport kam am 20. Juni aus dem Dorf Bukownica. Nach dem 15.

³⁹ Diese Informationen stammen aus Służewski, *Hitlerowski obóz przejściowy*, S. 11–15.

⁴⁰ Die Information über Transporte von Häftlingen aus dem Lager in Zwierzyniec in das KL Majdanek vor Juli 1943 ist von Interesse in Bezug auf unterschiedliche Angaben über die Zahl der Einwohner des Raums Zamość, die zur Zeit der Aussiedlungen im KL Majdanek inhaftiert waren. Eine Bestimmung der Ausmaße dieser Transporte würde eine Bezugnahme auf die, beispielsweise von J. Kielboń, genannten Daten möglich machen.

⁴¹ Der Autor gibt keine Quellen an, aufgrund derer er die Zusammensetzung des Lagerpersonals rekonstruiert hat. Informationen zu diesem Thema finden sich in verschiedenen Berichten, die im Buch enthalten sind.

Juli waren es kleine Gruppen von Aussiedlern, was mit dem Stopp der Aktion zusammenhing. Der Autor schätzt, dass während der „Großaktion“ etwa 12 000 Menschen das Lager in Zwierzyniec passierten, Männer, Frauen und Kinder. Die Häftlinge wurden auf unterschiedliche Weise ins Lager transportiert: Aus den umliegenden Ortschaften wurden sie zu Fuß dahin getrieben, manchmal wurden Pferdefuhrwerke bereitgestellt. Aus abgelegeneren Ortschaften wurden sie mit Lastwagen oder mit dem Zug antransportiert.⁴²

Zur Zeit seiner größten Auslastung setzte sich das Lager aus 21 Baracken, darunter neun Wohnbaracken, zusammen. Es gab drei abgetrennte Bereiche, die jeweils mit Stacheldraht umgeben waren. Im ersten Bereich standen Gebäude der Verwaltung und des Lagerpersonals, im zweiten befanden sich die Gefangenen, die verdächtigt wurden, den Partisanen anzugehören, und der dritte Bereich war für die übrigen Ausgesiedelten vorgesehen. Zu dieser Zeit wurde das Lager eine Weile von mehreren Kampfeinheiten und Stellungen mit schweren Maschinengewehren bewacht. Im Lager herrschten außergewöhnlich harte Lebensbedingungen. Es gab keine sanitären Gebäude. Die Baracken waren für die Unterbringung von etwa 400 Personen vorgesehen, dabei waren im Lager durchschnittlich 2 000 bis 4 000 Häftlinge anwesend, und es gab Zeiten, in denen ihre Zahl bis auf 7 000 anstieg.⁴³

Das Durchgangslager in Zamość, so schreibt Kajtel, erfüllte anfangs die Funktion eines Kriegsgefangenenlagers für sowjetische Soldaten. Vor Beginn der Aussiedlungen wurde seine Infrastruktur ausgebaut, zusätzlich zu den bestehenden zwei Stallbaracken entstanden 15 Wohnbaracken. Der Kommandant des Lagers war Unterscharführer Artur Schutz, im Juni 1943 hatte der SS-Sturmbannführer Hermann Krumey die Leitung des Lagers in Zamość inne. Die Entscheidung über das weitere Schicksal der Häftlinge traf Riel im Verlauf der russischen Untersuchung. Ein anderes Mitglied der Belegschaft, das den Häftlingen in Erinnerung blieb, war Grunert, Mitglied der SA, genannt „Kanarienvogel“, der die Häftlinge nach der Durchführung der russischen Untersuchung einteilte. Ihn und den Kommandanten Schutz bezeichneten die Häftlinge als die Grausamsten aus den Reihen des Personals.⁴⁴

⁴² Służewski, *Hitlerowski obóz przejściowy*, S. 26.

⁴³ Ebenda; der Autor führt diese Daten unter anderem unter Berufung auf die von Jan Zamoyski am 30. Dezember 1984 in Warschau verfassten Notizen über das Lager in Zwierzyniec sowie folgende Abhandlung von Czesław Madajczyk an: *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*, Bd. I, Warszawa 1970, S. 327–328.

⁴⁴ Der Autor hat die Zusammensetzung des Lagerpersonals aufgrund von Berichten der Häftlinge rekonstruiert.

Die ersten Ausgesiedelten aus Skierbieszów und den umliegenden Dörfern gelangten zwischen dem 27. und dem 30. November 1942 in das Lager. Bis Ende Dezember waren dort fast 27 000⁴⁵ Bewohner aus 62 Dörfern inhaftiert. Der Autor der Studie unterscheidet verschiedene Phasen im Betrieb des Lagers in Zamość. Bis Ende Januar 1943 wurde die Mehrzahl der seit dem 27. November 1942 Inhaftierten aus dem Lager abtransportiert: zur Zwangsarbeit ins Dritte Reich, in sogenannte Rentendörfer oder nach Auschwitz. Ab Februar kamen Soldaten des Bauernbataillons und der AK in das Lager, die an bewaffneten Aktionen teilgenommen hatten mit dem Ziel, die Durchführung der Aussiedlungsaktion zu erschweren, sowie Männer (Geiseln) die nach Auffassung der Okkupanten potenziell Abteilungen des bewaffneten Widerstandes hätten beitreten können. Sie waren in zwei speziell abgegrenzten Baracken untergebracht und wurden schweren Verhören unterzogen.

Am 29. Februar wurden etwa 1000 Häftlinge in Richtung Mińsk Mazowiecki abtransportiert, Mitte März ging ein Transport nach Berlin. In dieser Zeit wurden die Massenaussiedlungen vorübergehend eingestellt, und die damals im Lager in Zamość befindlichen über 1 000 Häftlinge wurden als Zwangsarbeiter im Lager oder außerhalb davon eingesetzt. Nach dem Abtransport von über 700 Häftlingen im Mai 1943 verblieben dort noch 500 Häftlinge. Anfang Juni, nach der Vorbereitung auf die Aufnahme der nächsten großen Gruppe Ausgesiedelter, der Opfer der dritten Aussiedlungsphase, der „Großaktion“, stand das Lager praktisch leer. Nach Beginn dieser Aktion wurden allein zwischen dem 24. Juni und dem 5. Juli 12 070 Personen von deutschen Einsatzkräften ins Lager gebracht. Dabei handelte es sich um Einwohner der vielen Ortschaften des Kreises Biłgoraj. Ab Anfang Juli selektierte die Häftlinge, im Grunde genommen wurden ständig Transporte nach Majdanek und ins Dritte Reich geschickt. Aufgrund der totalen Überfüllung des Lagers mussten die eintreffenden Häftlinge zeitweise unter freiem Himmel leben.

Im August 1943 wurde die Aussiedlungsaktion eingeschränkt. Die Lageradministration konzentrierte sich auf die Vorbereitung der nächsten Transporte auf das Gebiet des GG. Im Lager verblieben rund 700 Häftlinge, von denen ein Teil nach Majdanek deportiert wurde. Schließlich verblieben 200 Häftlinge, die die

⁴⁵ Nach deutschen Angaben waren über 7000 Häftlinge in dem von Kajtel angegebenen Zeitraum interniert. Vgl. die vom Chef der Umwandererzentralstelle in Lods, Hermann Krumej, unterzeichnete Meldung über die Tätigkeit der Filiale Zamość der Umwandererzentralstelle für den Zeitraum 27. November bis 31. Dezember 1942, in: Madajczyk, (Hg.), *Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS*, Bd. I, S. 261.

Deutschen für Arbeiten im Lager benötigten, das sich in Auflösung befand. Im November und Dezember hielt sich Krumey zeitweilig im Lager auf, der die Überführung des Lagers nach Lodsch vorbereitete. Als Datum der Lagerauflösung gilt der 19. Januar 1944, auch wenn es Gründe für die Annahme gibt, dass kurzzeitig noch eine gewisse Anzahl sowjetischer Kriegsgefangener interniert wurde. Auf der Grundlage deutscher Dokumente kommt der Autor zu der Feststellung, dass allein in der Zeit der Aussiedlungen aus dem Raum Zamość 31 536 Bewohner der Region in dem Lager interniert waren.⁴⁶

Beide Arbeiten über die Durchgangslager im Raum Zamość sind seit Klurowskis Abhandlung der erste Versuch einer monografischen Darstellung der Geschichte der während der deutschen Aussiedlungsaktion genutzten Lager im Raum Zamość. Neben einer Systematisierung der Informationen, die bis dahin nur verstreut in der Literatur zu finden waren, haben Czesław Służewski und Henryk Kajtel die Daten in Bezug auf die herrschenden Bedingungen, versuchte Hilfeleistungen von außen sowie das Ausmaß der Erkrankungen und Sterblichkeit der Inhaftierten erheblich konkretisiert. Interessant sind auch die Informationen über die frühere Funktion der beiden Lager. Ganz allgemein gewinnt man auch den Eindruck, dass die Infrastruktur der Lager in der Phase der intensivsten Aussiedlungen absolut unzureichend war, was zu einer abrupten Änderung der zuvor vorbereiteten Pläne für die inhaftierten Aussiedler führte (insbesondere im Juli 1943).

Im Jahr 2004 erschien eine Publikation von Helena Kubica, einer Mitarbeiterin des Staatlichen Museums in Auschwitz, mit dem Titel „Die Vernichtung der in den Jahren 1942–1943 aus dem Raum Zamość ausgesiedelten Polen im KL Auschwitz“.⁴⁷ Der Autorin ist es gelungen, eine fast vollständige Namensliste der Aussiedler aus den Dörfern der Region Zamość, die nach Auschwitz⁴⁸ deportiert wurden, zu rekonstruieren und ihre Schicksale zu beschreiben. Sie stützt sich auf verschiedene Verzeichnisse, die von der Lageradministration erstellt wurden, Kopien von Dokumenten, die vom Suchdienst des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Arolsen zugänglich gemacht wurden, zum Teil auf die Häft-

⁴⁶ Kajtel, *Hitlerowski obóz*, S. 18–27. Die vom Autor angeführten Zahlen beruhen auf Zeugenaussagen von Deutschen sowie auf vom polnischen Untergrund und dem Zentralen Wohlfahrtsrat (Rada Główna Opiekuńcza, RGO) erstellten Dokumenten.

⁴⁷ Helena Kubica, *Zagłada w KL Auschwitz Polaków wysiedlonych z Zamojszczyzny w latach 1942–1943*, Oświęcim/Warszawa 2004.

⁴⁸ Die Autorin gibt eine Zahl von 1028 Häftlingen an, die aus dem Raum Zamość nach Auschwitz deportiert wurden und deren Namen sich feststellen ließen. Die übrigen, deren Personalien nicht rekonstruiert werden konnten, starben vermutlich wenige Tage nach ihrer Ankunft im Lager, deshalb fehlen ihre Daten in weiteren Lagerdokumenten. Vgl. die Information in: ebenda, S. 32.

lingskartei im Konzentrationslager (KL) Mauthausen, auf Daten der UWZ und auf Materialien, die von der Widerstandsbewegung im KL Auschwitz angefertigt wurden. Viele Informationen stammen aus den im Museumsarchiv gesammelten Berichten von Häftlingen und ihren Zeugenaussagen, die sie in Gerichtsverfahren nach dem Krieg machten.⁴⁹

Aus der Darstellung Kubicas erfahren wir, dass es drei Transporte in das Lager gab: im Dezember 1942, im Januar und Februar 1943 (leider sind die Transportlisten der erwähnten drei Transporte nicht erhalten). Wir können ihr entnehmen, welchen Weg die Aussiedler aus der Region Zamość im Lager ab dem Moment der Ankunft des Transportes nahmen und wie ihre Geschlechter- und Altersstruktur war. Und aus dem präsentierten Material geht unter anderem hervor, dass aus dem Übergangslager in Zamość diejenigen nach Auschwitz deportiert wurden, die bei der zuvor durchgeführten Selektion der Gruppe IV⁵⁰ zugewiesen worden waren, darunter auch ganze Familien, Schwangere, Kinder und Alte, also das gesamte Spektrum dieser Gruppe. Die Autorin hebt den sehr hohen Grad der Sterblichkeit – in einem ausgesprochen kurzen Zeitraum – unter den Aussiedlern hervor. Von den in Auschwitz eingetroffenen und registrierten 1301 Häftlingen aus der Region Zamość starben 1072 infolge der Lagerbedingungen oder direkter Gewalteinwirkung, also über 80 Prozent. Es ist auch symptomatisch, dass die Mehrzahl von ihnen innerhalb weniger Monate nach der Ankunft im Lager ums Leben kam. Die Übrigen erlebten die Befreiung des Lagers im Jahr 1945 oder wurden in andere Lager versetzt, unter anderem nach Mauthausen.⁵¹ In diesem Fall ist es schwierig, ihr weiteres Schicksal zu verfolgen.

Kubicas Untersuchung bestätigt ebenfalls, dass aus der Region Zamość verschleppte Knaben zu pseudo-medizinischen Experimenten benutzt wurden, unter anderem zur Tötung durch eine Phenolinjektion ins Herz. Ein ähnliches Schicksal ereilte einige Frauen und ihre Säuglinge, die kurz nach der Ankunft im Lager geboren worden waren.⁵² Viele Häftlinge starben infolge der zu dieser Zeit häufig

⁴⁹ Vgl. das Dokumentenverzeichnis in: ebenda, S. 63.

⁵⁰ Nach dem Dokument Handreichung des SS-Obersturmbannführers Hermann Krumej zur Klassifikation der Aussiedler im Lager in Zamość vom 21. November 1942 sollten der Gruppe VI alle Familien und Personen angehören, die für die Deutschen keinen rassistischen Wert besaßen, d. h. der Großteil der Kinder bis 14 Jahre und Personen über 60 Jahre. Ein Teil von ihnen wurde nach Auschwitz deportiert, der Großteil kam in sogenannte Rentendörfer. Vgl. Madajczyk (Hg.), *Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS*, Bd. 1, S. 175–178.

⁵¹ Kubica, *Zagłada w KL Auschwitz*, S. 32.

⁵² Die Autorin beschreibt die Umstände dieser Morde am Beispiel einer Gruppe von Jungen, die mit dem ersten Transport im Lager eintrafen, sowie an 32 Jungen, die am 28. Februar und am 1. März 1943 getötet wurden. Vgl. ebenda, S. 24, 27, 31.

durchgeführten Selektionen in den Gaskammern. Dieses Schicksal ereilte automatisch alle Kranken und Behinderten.⁵³ Die Autorin erwähnt ebenfalls, dass in Zeugenberichten von einer größeren Zahl von Transporten aus der Region Zamość die Rede ist, was auch eine größere Anzahl von Häftlingen bedingt. Dies lässt sich jedoch durch die zugänglichen deutschen Dokumente nicht bestätigen.

Der große Wert des Buches besteht darin, dass die Opfer von Auschwitz, die aus dem Raum Zamość deportiert wurden, nicht mehr anonym sind. Die Ergebnisse der Studien konkretisieren die Forschungen über das Ausmaß der Aussiedlungen und die Schicksale eines Teils der Ausgesiedelten und ermöglichen auch eine Gegenüberstellung der deutschen Pläne und ihrer Umsetzung. Im Vergleich zu den Ergebnissen von Janina Kielboń ändert sich die Anzahl der dokumentierten Transporte von vier auf drei und die Anzahl der Häftlinge aus der Region Zamość von über 2000 auf 1301 (dieser Unterschied kann darin bestehen, dass – wie Kubica angibt – in einem der Transporte aus dem Raum Zamość im Jahr 1943 eine Gruppe von Juden aus der Region in das Lager transportiert wurde).

Den Schicksalen der Bevölkerung, die in ein Konzentrationslager geriet, wendet sich die bereits erwähnte Janina Kielboń in einem Buch von 2006 zu: „Die Aussiedler aus der Region Zamość im Konzentrationslager in Majdanek 1943“.⁵⁴ Es versucht auf die Frage zu antworten, wie viele Aussiedler in Majdanek inhaftiert waren und welches Schicksal sie erlitten. Das Fehlen vollständiger Lagerdokumente hat diese Aufgabe erschwert. Kielboń hat deshalb neben den erhaltenen Fragmenten genutzt: Dokumente der UWZ, die Akten des Zentralen Wohlfahrtsrats (RGO), die Unterlagen der Heimatarmee, der Regierungsvertretung der Republik Polen im Lande sowie Berichte von Häftlingen und die Akten der Hauptkommission zur Erforschung der NS-Verbrechen in Polen, die derzeit zum Archivbestand des Instituts für Nationales Gedenken gehören.⁵⁵

Der erste Transport mit Häftlingen aus dem Raum Zamość traf am 30. Juni 1943 in Majdanek ein und die folgenden in den ersten zehn Märztagen. Es ist schwer, die Anzahl und Größe dieser Transporte zu bestimmen. Kielboń, die sich auf erhaltene Dokumente der UWZ beruft, geht davon aus, dass in Majdanek zwischen dem 30. Juni und dem 8. Juli 9000 Aussiedler⁵⁶ eintrafen und diese Zahl als wahrscheinlich gelten kann. Im Weiteren führt sie jedoch von anderen

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Janina Kielboń, *Wysiedleńcy z Zamojszczyzny w obozie koncentracyjnym na Majdanku 1943*, Lublin 2006.

⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 15.

⁵⁶ Ebenda, S. 18.

Forschern genannte Daten an, wonach noch weitere Transporte am 9. und 31. Juli 1943 stattfanden. Davon zeugen zum Beispiel die erhaltenen Kleidungs- und Geldverzeichnisse, die für alle ins Lager Deportierten angelegt wurden. Des Weiteren existieren indirekte Quellen, so zum Beispiel die Berichte und Zeugenaussagen ehemaliger Häftlinge in Majdanek, denen zufolge die Zahl der im Lager inhaftierten Aussiedler auf 12 000 bis 16 000 Personen geschätzt werden muss.⁵⁷ Die Autorin erwähnt unter anderem eine in der Notiz der Regierungsvertretung der Republik Polen im Lande vom 29. Juli 1943 enthaltene Information, der zufolge in Majdanek täglich zwei, drei Transporte eintrafen, von denen jeder 1000 bis 1300 Menschen zählte.⁵⁸ Sie gibt ebenfalls an, dass die Transporte unterschiedlich zusammengesetzt waren: Sie bestanden aus ganzen Familien, daneben Gruppen, die nur Frauen und Kinder umfassten oder nur Männer. Hier fehlt der Hinweis darauf, dass dies am Charakter jener Phase der Aussiedlungen lag, die durch gegen Partisanen gerichtete Aktionen und Pazifikationen gekennzeichnet war, welche vor allem auf Männer abzielten, die sich potenziell am bewaffneten Widerstand beteiligen konnten. Die Mehrzahl der Häftlinge in Majdanek aus der Region Zamość war zuvor in den Durchgangslagern in Zamość und Zwierzyniec.

Nach Kielboń wurden nach der Ankunft von gemischten Transporten mit ganzen Familien zunächst Frauen und Kinder von den Männern getrennt und in verschiedenen Bereichen untergebracht. Erwachsene und männliche Jugendliche wurden registriert und bekamen Häftlingsnummern zugeteilt, Kinder wurden in der Kartei der Mütter hinzugefügt. Die Autorin beschreibt die Transport- und Lebensbedingungen im Lager selbst, die aufgrund der zu jener Zeit herrschenden Hitze außergewöhnlich hart waren.⁵⁹ Während diese Dinge im Prinzip allgemein bekannt sind, präsentiert die Autorin darüber hinaus Zahlen, die die Auswirkungen in Form einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Kranken und Todesfällen unter den Aussiedlern deutlich machen. Danach lag die Sterbeziffer in Majdanek im August 1943 bei 7,47 Prozent, damit war sie die höchste aller Konzentrationslager. Die Sterblichkeitsrate unter den Aussiedlern aus dem Raum Zamość wird anhand von Berechnungen der Sterblichkeit einer Gruppe von Aussiedlern aus dem Dorf Aleksandrów dokumentiert. Von 1150 im Lager Inhaftierten starben

⁵⁷ Ebenda, S. 16.

⁵⁸ Ebenda, S. 10; es sei darauf hingewiesen, dass in mehreren Publikationen zum Thema der Aussiedler aus dem Raum Zamość, die ins KL Majdanek deportiert wurden, Informationen über zusätzliche Häftlingstransporte auftauchen, zum Beispiel aus dem Lager in Zwierzyniec im Frühling 1943, vgl. *Obóz w Zwierzyńcu*, sowie am 29. August 1943 aus dem Lager Zamość, vgl. „Wydawnictwo materiałów do dziejów Zamojszczyzny w latach 1939–1944“, Bd. 3, S. 44.

⁵⁹ Ebenda, S. 11.

im Verlauf von zwei, drei Wochen 122 Menschen, also 10,6 Prozent. Kielboń zufolge ist das ein wahrscheinlicher Richtwert für die gesamte Population der aus dem Raum Zamość Ausgesiedelten, die sich in Majdanek befand.⁶⁰ Dieses Bild ergänzen die angeführten Daten über die Sterberate unter den im August aus dem Lager Entlassenen (die Rede ist von etwa 2200 Entlassenen, von denen 554 wieder in das Lager in Zamość zurückgeschickt wurden), denjenigen, die wegen ihres schlechten Gesundheitszustands in drei Lubliner Krankenhäuser kamen. Von 534 dort aufgenommenen Personen starben 183, was über 32 Prozent dieser Gruppe ausmacht.⁶¹ Die Verhältnisse im Lager und die sich ausbreitenden Krankheiten waren der Hauptgrund für ihren Tod. Ergänzend erinnert Kielboń an die Existenz von Informationen in Zeugenberichten sowie den Dokumenten der Regierungsvertretung der Republik Polen im Lande über die Vergasung eines Teils der Häftlinge aus dem Raum Zamość, vor allem der Kinder, weist aber darauf hin, dass keine Quellen anderer Herkunft dies bestätigen.⁶²

Das Schicksal der Übrigen war meist ähnlich: Der Großteil wurde zur Zwangsarbeit ins Dritte Reich geschickt; aufgrund des zunehmenden Bedarfs an Arbeitskräften wurde von den bis dahin geltenden Regeln abgewichen, und es wurden ganze Familien nach Deutschland geschickt, aber auch einzelne Mütter mit Kindern. Vor der Deportation zur Zwangsarbeit wurden die Familien zusammengeführt, und die so gebildeten Gruppen zum Lager an der Krochmalna-Straße getrieben, wo die nächsten Transporte organisiert wurden. Eine andere Kategorie stellten die aus dem Lager entlassenen Aussiedler dar, die schätzungsweise etwa 6000 Häftlinge aus dem Raum Zamość umfasste.⁶³

Alle quantitativen Ergebnisse in Bezug auf die Häftlinge in Majdanek aus dem Raum Zamość sind von großer Bedeutung für die Rekonstruktion der Situation und der Umstände des beschriebenen Prozesses sowie seines Ausmaßes. Hervorgehoben werden müssen diesbezüglich auch die zur Ergänzung der Darstellung publizierten Dokumente im Fall beider Bücher – desjenigen von Helena Kubica und desjenigen von Janina Kielboń. Besonders wertvoll sind meiner Meinung nach jene, die von den Verwaltungen beider Lager erstellt wurden, sowie Fotografien und andere Andenken, die den Museumsarchiven von ehemaligen Häftlingen übergeben wurden. Sie ergänzen die beschriebenen Ereignisse und bezeugen ihre Wahrhaftigkeit.

⁶⁰ Ebenda, S. 27.

⁶¹ Ebenda, S. 28.

⁶² Ebenda, S. 25.

⁶³ Ebenda, S. 30.

Vergleicht man die Schicksale der Häftlinge aus der Region Zamość in beiden Lagern, so zeigt sich auch der deutliche Unterschied in Bezug auf die Anzahl der Überlebenden. Der Grund für diesen eklatanten Unterschied, zuungunsten des KL Auschwitz, waren die unterschiedlichen Ziele, die vom Aussiedlungsapparat in der ersten und in der letzten Phase der Aussiedlungen verfolgt wurden. Ab Mitte des Jahres 1943 wurden die Aussiedler von den Deutschen nicht mehr selektiert, es war nicht mehr die Phase der Vernichtung: Wer nach Majdanek kam, sollte dort grundsätzlich nur vorübergehend bleiben, bis zum Transport ins Dritte Reich. Eine Ausnahme stellten Häftlinge dar, die beschuldigt wurden, sich an Partisanenaktionen beteiligt zu haben.

Ein Teil der Inhaftierten aus dem Durchgangslager in Zamość wurde Ende 1942, Anfang 1943 mit der Bahn in die Gegend von Siedlce und Garwolin transportiert, um dort auf sogenannte Rentendörfer verteilt zu werden. Beata Kozaczyńska hat dieses Thema in ihrer Doktorarbeit aufgegriffen, die ihrem 2006 publizierten Buch zugrunde liegt.⁶⁴ Sie beschäftigt sich darin mit den Transporten der ausgesiedelten Kinder aus dem Raum Zamość, die nach Siedlce, Mordy und Łosice gelangten, stellt die Begleitumstände bei der Zusammenstellung der Transporte dar, deren Vorbereitung meist vom Abend bis zum Morgen dauerte. Sie beschreibt die Transportbedingungen, etwa dass die Betroffenen nicht mit ausreichend Verpflegung und Wasser versorgt und in überladenen Waggons untergebracht wurden, die oft an Stationen und auf Nebengleisen warten mussten. Angesichts der Tatsache, dass alle beschriebenen Transporte im Winter stattfanden, wurden an den Zielorten immer Erfrorene in den Waggons gefunden. In allen Phasen des Transportprozesses wurden Todesfälle verzeichnet, die ersten noch im Lager, die meisten nach Öffnung der Waggons an den Zielbahnhöfen. Auch von denjenigen, die innerhalb kurzer Zeit ans Ziel gelangten, starb ein bedeutender Teil an Entkräftung und Krankheiten in Krankenhäusern.

Der erste Transport aus dem Durchgangslager in Zamość traf am 31. Januar 1943 in Siedlce ein, wie die deutschen Dokumente verzeichnen. Es wurden 1019 Menschen transportiert, überwiegend Kinder, davon 86 jünger als vier Jahre und 236 im Alter von vier bis zehn Jahren.⁶⁵ Ein zweiter Transport nach Mordy zählte 1046 Personen, darunter 550 Kinder bis zum 15. Lebensjahr.⁶⁶ Insgesamt wurden

⁶⁴ Beata Kozaczyńska, *Losy dzieci z Zamojszczyzny wysiedlonych do powiatu siedleckiego w latach 1943–1945*, Siedlce 2006.

⁶⁵ Ebenda, S. 59. Nach den Aufzeichnungen der Stadtverwaltung von Siedlce kamen 998 Personen in Siedlce an.

⁶⁶ Ebenda, S. 145.

in zwei Transporten 2044 Menschen in den Kreis Siedlce gebracht. Hilfe für die Transportierten wurde noch auf dem Weg spontan organisiert. Informationen über die Fahrtrichtung der Züge wurden von polnischen Eisenbahnern weitergegeben. Wo es nur möglich war, versuchte man, den Deportierten Wasser und Brot zukommen zu lassen, es wurde auch versucht, Kinder aus den Transporten freizukaufen. Unter Bezug auf Berichte und Dokumente des Zentralen Wohlfahrtsrates (RGO) sowie die Dokumentation des polnischen Untergrunds und der deutschen Verwaltung beschreibt Kozaczyńska das Phänomen der spontanen und organisierten Hilfeleistungen. Sie weist auch darauf hin, dass sich die für die Organisation und Eskortierung der Transporte bis zum Zielort zuständigen deutschen Behörden nicht für das weitere Schicksal der transportierten Kinder interessierten. Die Pflicht zur Bereitstellung von Quartieren und der notwendigen ärztlichen Behandlung oder Pflege oblag im Falle von Kindern ohne Betreuer den Regionalstellen des RGO und der Bevölkerung im Kreis Siedlce.

Sowohl der Anzeichen spontaner Hilfsleistungen als auch der im Rahmen der kreisfreien Regionen des RGO durchgeführten Aktionen werden genau beschrieben, sodass sich ein Bild koordinierter Maßnahmen ergibt. Anfangs hatten Hilfsleistungen für Kinder Priorität: von medizinischer Versorgung über die Gewährleistung von Unterkünften für diejenigen, die in Begleitung älterer Personen, ihrer Familienmitglieder, eintrafen, bis zur Suche nach Ersatzfamilien oder der Unterbringung in Kinderheimen im Falle einzelner Kinder. Die Autorin benennt Quellen, aus denen hervorgeht, dass sich insbesondere die Kinder in einem fatalen Gesundheitszustand befanden, viele von ihnen kamen umgehend ins Krankenhaus. Trotzdem gelang es nicht, alle zu retten. Die Hilfe wurde erschwert durch einen allgemeinen Mangel an Medikamenten und qualifiziertem Pflegepersonal. Die Autorin analysiert auch die Einstellung der Bevölkerung im Kreis Siedlce, wobei sie auf das große, uneigennützig Engagement seiner Bewohner hinweist sowie auf die Aktivität des örtlichen Landadels.⁶⁷ Kozaczyńska umgeht bei der Behandlung der Themen keine schwierigen oder moralisch zweideutigen Situationen. Sie erinnert zum Beispiel daran, dass es, wenn auch selten, Situationen gab, in denen Hilfe verweigert wurde, insbesondere dort, wo die materiellen Bedingungen sehr schwierig waren.

⁶⁷ Ebenda. Eine detaillierte Beschreibung der Hilfsaktion für die Aussiedler aus dem Raum Zamość, die in Rentendörfer des Kreises Siedlce gebracht wurden, liefert die Autorin in den Kapiteln II bis V. Die Rekonstruktion stützt sich auf ein sehr reichhaltiges und vielfältiges Quellenmaterial unterschiedlicher Herkunft. Es handelt sich um Dokumente des deutschen Aussiedlungsapparates, des polnischen Widerstands, der regionalen Strukturen des RGO sowie der Regierungsvertretung der Republik Polen im Lande. Das Kapitel V entstand gänzlich unter Bezug auf Erinnerungen und Berichte von Zeugen der Ereignisse.

Die neueste Publikation von Beata Kozaczyńska „Die aus den Transporten geretteten Kinder aus der Region Zamość“⁶⁸ stellt eine Ergänzung der gerade beschriebenen Untersuchung dar, und obwohl es eine populärwissenschaftliche Arbeit ist, leistet sie einen Beitrag zur Vervollständigung unseres Wissens über das Schicksal der Aussiedler aus dem Raum Zamość, die in Rentendörfer deportiert wurden. Neben Informationen über den Kreis Siedlce, von denen bereits die Rede war,⁶⁹ liefert Kozaczyńska hier Informationen über die Transporte, die in die Kreise Garwolin und Mińsk Mazowiecki geschickt wurden. Danach wurden in drei Transporten 2213 Personen in den Kreis Garwolin deportiert, darunter 528 Kinder im Alter von bis zu zehn Jahren.⁷⁰ In den Kreis Mińsk Mazowiecki gelangten am 27. Februar 1943 1064 Personen, darunter 462 Kinder bis zehn Jahre.⁷¹ Die Probleme mit der Unterbringung der Ausgesiedelten und die Formen der Hilfsleistungen waren vergleichbar mit denen im Kreis Siedlce.

Des Weiteren geht es um das Engagement der Einwohner Warschaus für die Kinder aus dem Raum Zamość. Nachweislich angeführt wird, dass Kinder aus Transporten ins Dritte Reich freigekauft wurden, dabei handelte es sich um Kinder, die nicht älter waren als vierzehn und die zur Germanisierung vorgesehen waren. Kozaczyńska erwähnt zwei Hilfsaktionen vom 4. und 5. Januar 1943, als es am Warschauer Ostbahnhof gelang, dem deutschen Begleitschutz eine bestimmte Gruppe von Kindern abzukaufen, sowie von Anfang Januar, als am Bahnhof Warschau Praga eine Aktion zur Versorgung von in Waggons gepferchten Kindern organisiert wurde, wobei Einzelne von ihnen gerettet wurden. Sie weist jedoch darauf hin, dass es unmöglich ist, die Anzahl der auf diese Weise geretteten Kinder festzustellen, da es sich um konspirative Aktionen gehandelt habe. Wir wissen jedoch, dass einige Kinder fotografiert wurden, um eine möglichst rasche Identifikation zu ermöglichen.⁷²

Beide Publikationen von Beata Kozaczyńska tragen zu einer geschlossenen Darstellung eines der Hauptprobleme der deutschen Aussiedlungsaktion aus dem Raum Zamość bei. Dank ihren Ergebnissen wissen wir, dass der Plan zur Unterbringung der Aussiedler in sogenannten Rentendörfern stark von den ursprüngli-

⁶⁸ Beata Kozaczyńska, *Ocalone z transportów Dzieci Zamojszczyzny. Losy dzieci wysiedlonych z Zamojszczyzny do dystryktu warszawskiego 1942–1945*, Siedlce 2011.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda, S. 103.

⁷¹ Ebenda, S. 173.

⁷² Kozaczyńska, *Ocalone*, S. 187–189. Derzeit befindet sich ein Teil der Fotografien, die die Autorin erwähnt, in den Archiven des Büros für Erschließung und Archivierung von Dokumenten des Instituts für Nationales Gedenken in Warschau.

chen organisatorischen Annahmen abwich. So wurden die Ortschaften, in die sie transportiert wurden, nicht entsprechend vorbereitet. Die ganze Organisation der Operation wurde auf die Starosten und letztlich auf die polnischen Wohlfahrtskomitees abgewälzt. Auch in finanzieller Hinsicht kam die die Aussiedlungen beaufsichtigende Verwaltung dieser Aufgabe nicht nach. Eine Selbstversorgung der Betroffenen in den Rentendörfern war unmöglich, da es sich überwiegend um Alte und Kinder handelte. Diese Einschätzung wird durch die Tatsache bestätigt, dass in der zweiten Phase der Aussiedlungen im Sommer 1943 auf Transporte in Rentendörfer verzichtet wurde. In dieser Situation konnte einzig die Entschlossenheit der lokalen Gemeinschaft bewirken, das Leben der Aussiedler in der neuen Wirklichkeit in einem bestimmten Zeitrahmen zu organisieren.

Kozaczyńskas Arbeiten sind der erste Versuch in der polnischen Historiografie, dieses Thema umfassend zu behandeln, sie systematisieren die Informationen über Ankunftsorte und -daten der Transporte im Distrikt Warschau. Darüber hinaus hat sie umfassende Archivrecherchen durchgeführt und auch darauf hingewiesen, was der Ergänzung bedarf. In Bezug auf die Angaben von Kielboń in der Dissertation „Bevölkerungsmigration im Distrikt Lublin in den Jahren 1939–1944“ zu dem Transport vom 28. Februar 1943 mit 1064 Menschen, der der Autorin zufolge in Siedlce ankam, stellt Kozaczyńska fest, dass er im Kreis Mińsk Mazowiecki, und zwar ganz konkret in der Ortschaft Mrozy eintraf. Eine weitere Besonderheit der zweiten Publikation von Kozaczyńska sind das Erinnerungsmaterial und die Fotografien, die das Bild von den Ereignissen ergänzen und die behandelten Themen personifizieren.

Das Thema der deutschen Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość wurde auch von Beata Maćior-Majak in ihrem Buch „Der Generalplan Ost“ behandelt. Das diesen Fragen gewidmete Kapitel hat den Titel „Die versuchte Realisierung des GPO im Raum Zamość“. De facto enthält schon der Titel die These, dass die Ereignisse im Raum Zamość, die von Czesław Madajczyk als „Sonderlaboratorium SS“ bezeichnet wurden, den Versuch einer Einleitung des GPO darstellten. Belegt wird diese These mit der Analyse des Plans, der aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) stammte, sowie einer Abhandlung Konrad Meyers vom Juni 1942, in der bei der Darstellung der Aufteilung der Siedlungsgebiete im Osten in drei Marken auch die Einrichtung von 36 sogenannten Stützpunkten erwähnt wird, von denen sich 14 im GG befinden sollten.⁷³ Beide Schriften be-

⁷³ Beata Maćior-Majka, *Generalny Plan Wschodni*, Kraków 207, S. 197; die Autorin zitiert Ausschnitte aus Dokument Nr. 25 in: Madajczyk (Hg.), *Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS*, Bd. 1, S. 74–126.

zeichnen das GG als eines der für die Ansiedlung von Deutschen vorgesehenen Gebiete. Zugleich hob der Referent für Rasse und Politik in der Politischen Abteilung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, Dr. Erhard Wetzel, in einer Abhandlung über den Plan des Reichssicherheitshauptamts hervor, dass der größte Reichtum jener Gebiete ihre fruchtbaren Böden seien, die eine entscheidende Rolle für wirtschaftliche Aspekte beider Pläne spielten. Auch ideologische Gründe bemühte er, die Beherrschung eines gegebenen Territoriums hänge vom Besitz des Landes ab. Folglich müsse, falls das Deutsche Reich an eine Erweiterung seines Besitzstandes im Osten denke, die territoriale Expansion mit der Aussiedlung der bisherigen Besitzer, den Autochthonen nicht deutscher Abstammung, einhergehen.

Maçior-Majak nennt auch andere Beispiele für Schriften über die Restrukturierung des Landbesitzes im GG, so das Projekt Karl Kuchenbäckers zur Flurbereinigung im GG.⁷⁴ Zusammenfassend konstatiert sie, dass auch diese Beispiele davon zeugen, dass das bislang „von Hitler verachtete Polen für Deutschland zu einem hervorragenden Experimentierfeld wurde. Denn gerade auf dessen Territorium wurden allerlei Aktivitäten unternommen, die man in Zukunft auf die eroberten Gebiete ausdehnen wollte, ganz besonders jedoch auf diejenigen in der Sowjetunion.“⁷⁵ Wetzel gab in seiner Abhandlung auch die Zahl der Polen an, die zur Aussiedlung vorgesehen waren: Von den geschätzten 20 bis 24 Millionen plante das RSHA bis zu 20 Millionen auszusiedeln. Bezug nehmend auf den Plan zur Ansiedlung der ausgesiedelten Polen in Sibirien stellte Wetzel nicht den Ort an sich infrage, warnte jedoch vor der Schaffung von polnischen Zentren als Quelle künftiger Konflikte.⁷⁶ Je nach Version des Plans sollte das GG nach dem Krieg im Verlauf von 20 bis 30 Jahren kolonisiert werden. Deshalb war die Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość ein Abweichen von den ursprünglichen Plänen.

Maçior-Majak nennt mehrere Gründe für die Beschleunigung dieser Tätigkeiten. Der erste davon ist die Entscheidung Himmlers von März 1941, in der er die Kolonisierung des GG im Verlauf der folgenden 15 bis 20 Jahre ankündigte. Dann gab es eine Reihe von Ereignissen und Entscheidungen, die dem Beginn der Aktion im Raum Zamość vorausgingen, so etwa die Aussage des SS- und Polizeiführers Walter im Distrikt Lublin, der meinte, Globocnik habe seit dem Frühjahr 1941 an einem Plan für die Organisation von SS-Stützpunkten im Raum Zamość gearbeitet. Oder die Auswirkungen des Besuchs Himmlers im Distrikt

⁷⁴ Ebenda, S. 180f.

⁷⁵ Ebenda, S. 181.

⁷⁶ Ebenda, S. 186f.

Lublin im Juli 1941, als dieser eine Empfehlung zur Vorbereitung der für die Durchführung der Aktion unentbehrlichen Infrastruktur erteilte. Die Konsequenz daraus war, dass Globocnik im November 1941 ohne Rücksprache mit Frank Probeumsiedlungen von sieben bei Zamość gelegenen Dörfern durchführte. Als anderen Grund für diesen Verlauf der Ereignisse gibt die Autorin die Zurückhaltung Rosenbergs bei der Unterstützung von Himmlers Projekt an, ein deutsches Siedlungsgebiet im südwestlichen Teil des besetzten Litauens zu schaffen. Keine geringere Bedeutung besaß ihrer Meinung nach die von Gipfelt am 5. Juli 1942 an Himmler geschickte Information, dass über 10 000 Umsiedler aus Bessarabien auf die Benennung der zu besiedelnden Orte warteten. Sie wurden zu einem großen Problem für die UWZ, da sie nicht, wie ursprünglich geplant, auf den dem Deutschen Reich angeschlossenen Gebieten angesiedelt werden konnten. Der Vorschlag, diese Kolonisten in den Raum Zamość zu bringen, wurde von Himmler mit Freude angenommen. Die weiteren Ereignisse überschlugen sich. Globocnik intensivierte alle Aktivitäten, weshalb Himmler am 12. November 1942 die Anordnung Nr. 17C erließ, die den Raum Zamość zum ersten Siedlungsgebiet im GG machte. Diesem Dokument gingen ein paar andere organisatorischer und vorbereitender Art voraus.⁷⁷

Die Kombination der für den GPO charakteristischen Dokumente mit der Analyse der Genese und Gründe für die Aussiedlungen aus dem Raum Zamość ermöglicht es, auf die Frage einzugehen, ob die deutsche Aktion im Raum Zamość Teil des Generalplans Ost war. Aus den Überlegungen geht mit großer Eindeutigkeit hervor, dass sie eine Überforderung für den Plan darstellten. Und der Beginn der für die Zeit nach dem Krieg geplanten Lösungen wurde zum Auslöser eines schweren Konflikts zwischen zwei wichtigen Machtzentren des Dritten Reiches: dem Generalgouverneur Hans Frank auf der einen Seite und dem Reichsführer SS Heinrich Himmler auf der anderen Seite, der die volle Unterstützung Hitlers genoss. Außerdem deuten sowohl die gewählten Lösungen für das deutsche Siedlungsmodell im Raum Zamość als auch der Umgang mit der ausgesiedelten Bevölkerung deutlich auf einen Rückgriff auf das im GPO vorgeschlagene Modell hin.

Eines der Themen, das sich durch die Arbeiten über die Aussiedlungen im Raum Zamość zieht, ist das Engagement für die Organisation und Durchführung von Hilfeleistungen durch den Zentralen Wohlfahrtsrat (Rada Główna Opiekuńcza, RGO). Dieser Aspekt ist im Prinzip in allen von mir genannten Publikationen zu finden. Die Tätigkeit dieser legal im GG existierenden Wohl-

⁷⁷ Ebenda, S. 205–212.

fahrtsorganisation hat Janusz Kłapeć, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Maria-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin am Beispiel des Distrikts Lublin beschrieben. Sein Buch „Der Zentrale Wohlfahrtsrat im Distrikt Lublin in den Jahren 1940–1944“ erschien 2011 im Universitätsverlag.⁷⁸

Neben einer detaillierten Darstellung der Struktur dieser Organisation auf der Ebene des Distrikts sowie der regionalen Einheiten kommt Kłapeć auch auf die Frage ihrer Aktivitäten in Bezug auf die anhaltende deutsche Aussiedlungsaktion zu sprechen. Er macht deutlich, dass die deutsche Aussiedlungsbehörde, jeweils abhängig von der Phase der Aussiedlungen, auf verschiedene Weise auf Hilfeleistungen für Ausgesiedelte reagierte. Während der Probeaktion im November 1941 erhielt der RGO schon gleich zu Beginn grünes Licht für Hilfsmaßnahmen. Deshalb wurde für die Inhaftierten im sogenannten Alten Fort in Zamość eine Aktion zur Verpflegung und Leistung von ärztlicher Hilfe organisiert. Doch am 12. November widerriefen die deutschen Behörden ihr Einverständnis. Nach dem Abtransport der Ausgesiedelten in den Kreis Hrubieszów und ihrer Unterbringung in eilig organisierten Lagern in Teptiuków und Hostynne organisierte die dortige Delegation eine analoge Hilfsaktion. Als sich zeigte, dass es nicht möglich sein würde, die Ausgesiedelten nach Wolhynien zu verlegen, engagierten sich die Aktivisten des RGO für eine Unterbringung dieser Menschen in den an den Kreis Zamość angrenzenden Kreisen.⁷⁹ Während der Aussiedlungen im November und Dezember 1942 gab es ein deutsches Verbot für die Organisation von Hilfsaktionen (es wurde Mitte Februar 1943 aufgehoben⁸⁰), vom RGO wurde vielmehr verlangt, die lokale Bevölkerung zu beruhigen und auf Hilfsaktionen zu verzichten. Das Ukrainische Zentralkomitee konnte zu dieser Zeit hingegen frei seinen Aktivitäten zur Versorgung der ukrainischen Bevölkerung, die aus dem Kreis Zamość in den Kreis Hrubieszów umgesiedelt worden war, nachgehen. Regionale Einheiten des RGO wurden von den Deutschen gezielt aufgelöst.⁸¹

Kłapeć erwähnt auch die Aktivitäten des RGO in den Kreisen Garwolin, Siedlice, Mińsk-Mazowiecki sowie Warschau, wo die Bevölkerung aus dem Raum Zamość eintraf, die aus dem dortigen Durchgangslager in sogenannte Renten-

⁷⁸ Janusz Kłapeć, *Rada Główna Opiekuńcza w dystrykcie lubelskim w latach 1940–1944*, Lublin 2011.

⁷⁹ Ebenda, S. 253f.

⁸⁰ Der Autor nennt keine Gründe für die Entscheidung. Es scheint, dass der erhöhte Zustrom von Häftlingen in das Durchgangslager in Zamość infolge der nächsten Phase der Umsiedlungen, die am 15. Januar begonnen hatte, einen Einfluss darauf gehabt haben könnte. Das erleichterte dem Lagerpersonal die Verpflegung der Häftlinge.

⁸¹ Ebenda, S. 254f.

dörfer abtransportiert wurde. Dabei konzentriert er sich auf die Benennung von Umfang und Art der unternommenen Aktionen und betont, dass die einfachen Bewohner jener Kreise eine bedeutende Rolle für die erfolgreiche Organisation der Hilfsaktionen gespielt haben.⁸² So organisierten die lokalen Strukturen des RGO während der Aktion „Werwolf“ die Verpflegung der Internierten in den Lagern: in Zwierzyniec, Zamość und Budzyń sowie kleineren, provisorischen Lagern in Krynice, Krasnobród und Jeziorna. Sie spielten auch eine wichtige Rolle bei der Organisation von materiellen Hilfsleistungen und der Verpflegung von Aussiedlern, die als Zwangsarbeiter auf Landwirtschaften von deutschen Siedlern festgehalten wurden. Schließlich gelang es, das hebt der Autor besonders hervor, dank der Bemühungen des RGO, eine gewisse Zahl von Menschen aus den Durchgangslagern und aus Majdanek zu befreien. Erwähnt werden die erfolgreichen, persönlichen Bemühungen von Jan Tomasz Zamoyski, dem Vorsitzenden des RGO von Biłgoraj, der nach einem persönlichen Gespräch mit Globocnik das Einverständnis zur Entlassung von 400 Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren aus dem Lager in Zwierzyniec erhielt,⁸³ sowie die teilweise erfolgreichen Mahnungen des RGO in Lublin, wodurch 2106 Personen aus dem Lager geholt werden konnten.⁸⁴

Das Buch von Janusz Kłapeć ergänzt das Bild von den Aussiedlungen im Raum Zamość um einen wichtigen Aspekt. Es stellt die Aktivitäten in den Vordergrund, die sich auf die Auswirkungen dieser Aktion richteten. Wir erfahren nicht nur etwas über das Engagement des RGO für Hilfsleistungen in jener tragischen Situation, sondern auch darüber, inwieweit die deutschen Behörden diese zuließen. Kłapeć verweist auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die sich auf den Erfolg der Aktivitäten des RGO auswirkten. Seine Arbeit konkretisiert auch unser Wissen über die Politik der Deutschen gegenüber den polnischen und ukrainischen Einwohnern in Bezug auf die Möglichkeit, den eigenen Schutzbefohlenen durch analoge Organisationen Hilfe zu erweisen.

Einige Bezüge auf das hier interessierende Thema finden wir auch in Grzegorz Motykas Buch „Vom Wolhynischen Blutbad zur Aktion ‚Weichsel‘“, das im Jahr 2011 publiziert wurde.⁸⁵ In Hinblick auf die Genese des polnisch-ukrainischen Konflikts im Raum Zamość schreibt er, dass die deutschen Repressionen des Winters 1942 auch Ukrainer betroffen hätten, was das Ukrainische Zentralkomitee sehr gewundert habe. Trotzdem unterstützte Wolodymyr Michajlowytsch Ku-

⁸² Ebenda, S. 255f.

⁸³ Ebenda, S. 258.

⁸⁴ Ebenda, S. 252.

⁸⁵ Grzegorz Motyka, *Od Rzezi Wołyńskiej do akcji „Wisła”*, Kraków 2011.

bijowytsch, der Vorsitzende des ukrainischen Komitees, diese und schlug in den darauf folgenden Denkschriften die Errichtung von rein ukrainischen Kantonen in den durch die Aussiedlungen entleerten Gebieten vor. Er bewertete die „Ukraineraktion“ positiv und sah in ihr eine Chance auf die Realisierung dieser Idee. Der Aktion „Werwolf“ wiederum stand er negativ gegenüber. Im Hinblick auf die Ansiedlung von Ukrainern in der Region von Biłgoraj endete sie mit einem Fiasco. Kubijowytsch bat die deutschen Behörden, die Ansiedlung zu Ende bringen und die ukrainische Polizei zu verstärken. Motyka unterstreicht die Komplexität der Situation in jener Gegend. Einerseits beteiligten sich Ukrainer aktiv an der deutschen Aktion im Raum Zamość, andererseits standen ihr ukrainische Bauern oft negativ gegenüber, da sie um ihre eigene Sicherheit fürchteten. Aus der Sicht der Polen waren sie trotzdem Kollaborateure, was die Feindseligkeit auf beiden Seiten zunehmen ließ und zu Kämpfen gegeneinander führte. Der Autor greift auch die Frage des Übertritts einer gewissen Zahl von Polen zur Orthodoxie und der Bemühungen um ukrainische Dokumente auf, mit dem Ziel, der Deportation und oft dem Tod zu entgehen. Im Allgemeinen sind die einzig von Motyka dargestellten Probleme außergewöhnlich interessant und einer Bearbeitung wert, um das Bild noch weiter zu ergänzen.⁸⁶

Insgesamt verweisen die Ausführungen auf einen grundsätzlichen Punkt: Bis heute gibt es keine richtige monografische Abhandlung über die Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość. Und das ist meiner Meinung nach das wichtigste Postulat an die Kreise von Historikern, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Die von mir erwähnten Bücher haben unser Bild von bestimmten Themen konkretisiert. Es gibt jedoch ein paar Bereiche, die unter Berücksichtigung der aktuellen Ergebnisse und einer größeren, zugänglichen Quellenbasis beschrieben werden müssten. Ich denke hier insbesondere an vier Fragen:

(1) Das Problem der Kinder aus dem Raum Zamość – Versuch einer Ermittlung der realen Anzahl von Kindern, die in deutsche Erziehungsanstalten und deutsche Adoptivfamilien gelangten, und Darstellung der deutschen Pläne in Bezug auf diese Gruppe. In diesem Kontext wären auch Informationen über Aktionen zur Revindikation von Kindern nach Kriegsende von Interesse.⁸⁷

⁸⁶ Die Informationen zur ukrainischen Frage im Kontext der deutschen Aus- und Ansiedlungsaktion im Raum Zamość hat der Autor im Kapitel *Konflikt polsko-ukraiński na Lubelszczyźnie (1943–1944)* [Der polnisch-ukrainische Konflikt im Raum Lublin (1943–1944)] behandelt.

⁸⁷ Die derzeit bekannten Zahlen, die von mindestens 4500 zur Germanisierung ins Deutsche Reich deportierten Kindern aus dem Raum Zamość sprechen, stammen aus den einzigen bekannten Transportlisten vom Juli 1943. Deshalb wissen wir mit Sicherheit, dass diese Anzahl von Kin-

(2) Das Problem der „Ukraineraktion“ – sowohl in Bezug auf ihre Vorbereitung, ihren Verlauf und ihre Auswirkungen als auch ihren Einfluss auf die polnisch-ukrainischen Beziehungen, die im Raum Zamość außergewöhnlich gespannt waren und unter dem Einfluss eintreffender polnischer Flüchtlinge aus Wolhynien, die sich vor dem Blutbad gerettet hatten, in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 zum Auslöser des blutigen Konfliktes zwischen diesen beiden Nationen werden.

(3) Ergänzungsbedürftig ist auch die Frage der deutschen Siedler. Besonders interessant ist meiner Meinung nach ihr Schicksal ab dem Moment der Evakuierung aus dem Raum Zamość.

(4) Die Problematik der Aufnahme des bewaffneten Kampfes zum Schutz der ausgesiedelten Einwohner im Raum Zamość durch den polnischen Untergrund. Ausmaß, Verlauf und Auswirkungen des bewaffneten Widerstandes sind recht detailliert beschrieben. Es muss jedoch deutlich gesagt werden, dass sich sowohl die militärischen als auch die zivilen Organe des Polnischen Untergrundstaates bei vollem Bewusstsein von der Notwendigkeit, eine Aktion einzuleiten, deutlich von einer Ausbreitung des Kampfes auf Gebiete außerhalb des Raums Zamość distanzieren. Man fürchtete unter anderem, dass es Versuche von unten geben würde, den Kampf in einen Aufstand verwandeln. Denn es herrschte die, im Übrigen richtige Überzeugung, dass die Umstände dafür noch nicht reif waren. Die Untergrundarmee befand sich erst in der Phase ihrer Entstehung, schließlich dauerte die Aktion zur Vereinigung der Heimatarmee noch immer an. Unter diesen Bedingungen hätte der Beginn einer größeren Aktion die Vernichtung der Strukturen der Untergrundarmee zur Folge haben können.

dem aus Lublin ins Deutsche Reich geschickt wurde. Wir wissen jedoch nicht mit Sicherheit, ob alle zur Germanisierung vorgesehen waren. Zu den ersten beiden Etappen der Aussiedlungen aus dem Raum Zamość verfügen wir hingegen über keine Personenzahlen, damals führten die Deutschen im Lager in Zamość unter den Kindern jedoch die intensivste rassische Selektion durch. Wir wissen wiederum durch zahlreiche Meldungen des Untergrunds, der konspirativen Presse sowie aus anderen Berichten, dass seit Beginn der Aussiedlungen im Raum Zamość Kinder mit speziellen Transporten aus dem Lager in Zamość ins Deutsche Reich geschickt wurden. Ein Teil von ihnen gelangte zum Beispiel nach Pommern.

Teil III

Social Engineering nach dem Zweiten Weltkrieg

PIOTR MADAJCZYK

Nationalistisch motivierte Zwangsmigration in den ersten Jahren nach dem Krieg. Kontinuität oder Diskontinuität?

Haben wir es im Fall der nationalistisch motivierten Zwangsmigrationen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit Kontinuitäten oder Diskontinuitäten zu tun? Wenn man diese Frage stellt, wird man mit dem Problem der ungeheueren Vielfalt jener Prozesse in Mittel- und Osteuropa der Nachkriegszeit konfrontiert und ist geneigt zu fragen, ob eine umfassende Reflexion darüber überhaupt möglich ist.

Wenn von Kontinuität die Rede ist, muss selbstverständlich berücksichtigt werden, dass es sich bei den Akteuren von ethnisch motivierten Zwangsmigrationen nach dem Krieg in Mitteleuropa überwiegend um Nationalstaaten handelte, deren Form in der Zeit von der Französischen Revolution bis zur Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt wurde. In diesen Staaten kam es zu ethnischen Vereinheitlichungsprozessen, es gab eine klare Unterscheidung zwischen einer Staatsnation und nationalen Minderheiten. Der Bezug auf diese nationalstaatliche Struktur bedeutet, dass ethnische Einteilungen und Konflikte, die ab Ende des 18. Jahrhunderts entstanden waren, entscheidend die Landkarte der Konflikte und Zwangsmigrationen nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten, so wie religiöse Einteilungen sie in den vorhergehenden Jahrhunderten geprägt hatten. Darüber hinaus

haben wir es in Mitteleuropa mit einer Kontinuität von Nationalitätenkonflikten aus der Vorkriegszeit zu tun, die sich während des Krieges radikalisierten. Manche Historiker verleitet das dazu, den Aspekt der Kontinuität in den Vordergrund zu stellen, da sie in den Zwangsmigrationen nach dem Krieg nationale Konflikte wiedererkennen, die sich bereits in früheren Jahren zeigten.

Eine solche Bewertung berücksichtigt jedoch nicht ausreichend die Dynamik der Veränderungen, die der Zweite Weltkrieg unabhängig von der Kontinuität grundlegender Trennlinien in den Gesellschaften und Staaten des uns interessierenden europäischen Gebietes auslöste. Diese Veränderungen stellten die Bedingungen dar, unter denen die ethnischen Säuberungen der Nachkriegszeit stattfanden. Norman Naimark stellte die oft wiederholte These aus, dass der Krieg die Durchführung von ethnischen Säuberungen ermögliche, da die Gesellschaften durch diesen an Blutvergießen und das Befolgen von Befehlen gewöhnt seien.¹ Die These Naimarks weist auf die entscheidende Bedeutung des Krieges hin, betrachtet diesen jedoch zu deterministisch als Realisierungsmöglichkeit von seit Langem in einzelnen Staaten existierenden Tendenzen, Konzeptionen oder Plänen. Selbstverständlich gibt es in diesem Bereich Kontinuitäten, doch ermöglicht das Social Engineering als Grundlage der Analyse einen breiteren, weniger ideologischen und weniger emotionalen Blick auf das Problem. Ebenso wichtig wie der Aspekt der Kontinuität sind die Veränderungen, die in Gesellschaften unter dem Einfluss des Krieges stattfinden, ihren Zusammenhalt schwächen und zu ihrer Neuordnung nach Beendigung der Kriegshandlungen zwingen.

Betrachtet man Mitteleuropa im 20. Jahrhundert, erkennt man nicht die Umsetzung eines seit Langem erträumten Ziels, sondern eine Ereigniskette: (1) in der Gesellschaft bestehen ethnische Unterteilungen und Konflikte sowie – auch radikale – Konzepte zu ihrer Lösung; (2) infolge des Krieges kommt es zu Eingriffen in die, in manchen Gebieten zur Zerstörung der Gesellschaftsstruktur; (3) nach Beendigung des Krieges ist eine Neuordnung der Gesellschaft notwendig; (4) ihre neue Gestalt wird nicht nur von pragmatischen Gründen, sondern auch von aus der Kriegszeit resultierenden Emotionen und dem gesellschaftspolitischen System bestimmt (beispielsweise dem Kommunismus im sowjetischen Einflussbereich).²

¹ Norman Naimark, *Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004, S. 234f.

² Diese gegenseitige Abhängigkeit beginnt in den neuesten Arbeiten deutscher Autoren wahrgenommen zu werden. Mathias Beer schreibt in *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011, S. 33–34, über die Ursachen der Zwangsmigrationen nach dem Krieg: „Die Vorstellung, ethnisch homogene Nationalstaaten zu schaffen, um so an-

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen als Folge eines Krieges müssen gezählt werden:

1. Die Veränderung der politischen Kultur, unter anderem des Wertesystems, der Akzeptanz von Verhaltensweisen, die vor dem Krieg als nicht politisch korrekt gegolten hätten. Die Auswirkung dieser Veränderungen war umso größer, da es in vielen Ländern zu einer Dezimierung der gesellschaftlichen Eliten, der Zerstörung traditioneller Gesellschaftsstrukturen und einer Egalitarisierung der Gesellschaften kam. Die Ideologien radikalisierten sich, und die Akzeptanz radikaler Lösungen nahm zu.

2. Die Brutalisierung und Gewöhnung an Gewalt und Tod, die in den langen Jahren der Okkupation zu den täglichen Erfahrungen zählte und die verstärkt wurde durch abnehmende gesellschaftliche Kontrollmechanismen in lokalen Gemeinschaften. Die Folge davon war eine zunehmende Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten und darüber hinaus von brutalem Verhalten aus ideologischen oder materiellen Gründen, insbesondere wenn es sich gegen Personen richtete, die als Fremde in der nationalen Gemeinschaft wahrgenommen wurden.

3. Die Schwächung oder Vernichtung von nationalen oder ethnischen Minderheiten, die traditionell eine bedeutende Rolle im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben von Staaten spielten und die auf gewisse Weise eine supranationale Struktur Mitteleuropas darstellten. Der Vernichtung unterlagen jüdische Minderheiten. Noch vor dem Beginn der Umsiedlungen nach dem Krieg verringerte sich die Anzahl der deutschen Minderheiten, schrumpften die polnischen, die schon vor dem Krieg sowjetischen Repressionen ausgesetzten Minderheiten. Das Ergebnis des Engagements Ungarns aufseiten der Achsenmächte waren in der Endphase des Krieges Repressionen und ein zunehmender Druck auf die ungarischen Minderheiten.

4. Die Zerstörung oder Schwächung der staatlicher Bindungen der nationalen Minderheiten zu den Ländern, deren Staatsangehörige sie waren. Dieser Prozess wird am deutlichsten am Beispiel der Politik des Dritten Reiches, die mit der Einführung der Deutschen Volksliste (DVL) dazu führte, dass die in die Liste Eingetragenen als deutsche Staatsangehörige oder als Verräter wahrgenommen wurden.

gebliche Minderheitenprobleme zu lösen, und die praktischen Erfahrungen mit Bevölkerungsaustausch und Umsiedlungen in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gehören ebenso dazu wie die Folgen des deutschen Besatzungsregimes mit seiner menschenverachtenden Vernichtungspolitik und die sich neu herausbildende, von der Sowjetunion und den USA bestimmte bipolare Machtkonstellation“ (S. 34).

Der Prozess einer fortschreitenden Entfremdung der deutschen Minderheiten zeigte sich auch in Bündnisstaaten des Dritten Reiches wie Ungarn oder Rumänien. Er trat ebenso in anderen nationalen Grenzbereichen auf: in Polen (Ukrainer, Litauer), Slowakei (Ungarn), Rumänien (Ungarn), Jugoslawien usw. Daraus folgte die zunehmende Überzeugung, dass das Verhalten von Minderheiten in einer Gefahrensituation für den Staat (also in den Jahren des Zweiten Weltkriegs) deutlich macht, dass sie in Zukunft eine Bedrohung für seine Sicherheit darstellen.

5. Die „Ethnisierung“ der Kategorie Staatszugehörigkeit, auch wenn sie weder in Polen noch in der Tschechoslowakei oder Ungarn zu einer Definition der Nation durch enge ethnische Kriterien (Abstammung) geführt hat. Sie stellte eher eine Mischung dar, die sich jeweils in unterschiedlichem Ausmaß auf ethnische Abstammung, Kultur und Sprache, die Haltung in der Zeit des Krieges sowie rassistische Ideologie (Juden) stützte.

Die oben skizzierten Veränderungen bestimmten die Nachkriegsstruktur des politischen und nationalen Systems in Mitteleuropa, dem die sowjetische Politik auferlegt wurde, da sich die Staaten auf diesem Gebiet, abgesehen von gewissen Unterschieden in Bezug auf den Grad der Abhängigkeit, im Einflussbereich Moskaus befanden.

Im kommunistischen System kamen zu den nationalen Einteilungen noch die der Klasse hinzu. Dadurch ergab sich ein undurchsichtiges System, in dem das Verhältnis von Nationalität und gesellschaftlicher Position – als Faktoren, die über Ausschluss und Repressionen (darunter auch Zwangsmigrationen) entschieden – starken Veränderungen unterlag.³ In der sowjetischen Politik seit Mitte der 1930er Jahre kam es gegenüber manchen Nationen zu einer zunehmenden Gewichtung nationaler Kriterien auf Kosten jener der Klasse; bestimmte Nationen (Polen im Zeitraum zwischen 1935 und 1940, die kaukasischen Völker) wurden in ideologischer Hinsicht als unsicher eingestuft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als Ostmittel- und Südosteuropa die sowjetische Vorherrschaft und Ideologie auferlegt wurde, wurden die wichtigsten Entscheidungen im Kreml getroffen oder konnten nur mit dessen Einverständnis gefällt werden.⁴ Das sowjetische System schuf die politischen Rahmen, innerhalb

³ Den Unterschied dieses Systems vom nationalsozialistischen veranschaulicht eine Formulierung von Timothy Snyder: „Während der NKWD Angehörige nationaler Minderheiten ermordete, gehörte die Mehrzahl seiner Funktionäre diesen an“ (Skrwawione ziemie. Europa między Hitlerem a Stalinem, übers. von Bartłomiej Pietrzyk, Warszawa 2010, S. 130).

⁴ Diese seit Jahren wiederholte Darstellung ist sehr allgemein und kann im Bereich der Nationalitätenpolitik zur Rechtfertigung aller möglichen Handlungen der Satellitenstaaten der UdSSR genutzt werden. Der eingeschränkte Zugang zu russischen Archiven verhindert jedoch unverän-

derer ethnische Säuberungen mit dem Ziel einer nationalen Vereinheitlichung der Staaten durchgeführt wurden. Ebenso fanden sie in entstehenden Diktaturen statt, in denen der Repressionsapparat eine Schlüsselrolle spielte, welcher der ausschließlichen Kontrolle der kommunistischen Partei unterstand. Das verlieh den Repressionen Kontinuität.

Auch in westlichen Ländern kam es in der ersten Zeit nach dem Krieg nicht selten zu brutalen Abrechnungen mit Deutschen und Personen, die mit ihnen kollaboriert hatten. Diese Repressionen wurden dort jedoch verhältnismäßig schnell eingedämmt. Anders sah die Situation in Polen, Bulgarien, Rumänien und auch in Jugoslawien aus: Letzteres hatte zwar Konflikte mit der UdSSR, berief sich aber auf dieselbe Ideologie.⁵ Eine Ausnahme stellte die Tschechoslowakei dar, wo die politische Situation bis zum kommunistischen Putsch im Jahr 1948 unklar war, wo aber schon zuvor die Grundsätze des demokratischen Systems von den Revolutionsgardisten unterminiert worden waren. Es bleibt jedoch ein Paradox, dass es in einem Land, das bis 1948 formal demokratisch geblieben war, zu einer Welle der brutalsten antideutschen Ausschreitungen (Morde, Exekutionen etc.) der ersten Nachkriegszeit gekommen ist.⁶

Die Aktionen zum Erreichen der Ziele der sowjetischen Politik mischten sich in einzelnen Staaten mit solchen, die aufgrund lange währender Nationalitätenkonflikte und der Politik der entstehenden kommunistischen Diktaturen erfolgten. So überlagerten sich mehrere Prozesse. Erstens handelte es sich um Nationalitätenkonflikte aus der Vorkriegszeit. Zweitens wurden diese Konflikte durch den Krieg radikalisiert, der zu einer Stärkung der Nationalismen führte. Drittens stimmte die Politik Moskaus und der restlichen Siegermächte in der Frage der Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung überein, die als Garant für Frieden und Beständigkeit der internationalen Beziehungen nach dem Krieg betrachtet wurde. Viertens gab es auch in den Ländern, in denen Aussiedlungen durchgeführt werden sollten, eine breite Zustimmung für die Idee ethnischer

dert eine Präzisierung, eine Einschätzung, in welchen Angelegenheiten die Herrschenden dieser Staaten eine gewisse Freiheit beim Treffen von Entscheidungen hatten.

⁵ „And Tito, even while the secret Cominform conference was in progress, already proclaimed publicly that at least in Yugoslavia the ‚people’s democracy‘ meant nothing less than the superior form of democracy exemplified by the Soviet one“, Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years*, Oxford/New York 1998, S. 33.

⁶ Zur Tschechoslowakei vgl. Detlef Brandes, *Die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei. Pläne, Entscheidungen, Durchführung 1938–1947*, in: Ulf Brunnbauer/Michael G. Esch/Holm Sundhaussen (Hg.), *Definitionsmacht, Utopie, Vergeltung*, Berlin 2006, S. 77–95, hier S. 86f.

Säuberungen. Fünftens setzte Moskau sein Konzept zur Ordnung der nationalen Beziehungen in seinem Einflussbereich durch. Sechstens überlagerten sich die Politik des sowjetischen Zentrums und der Regierenden einzelner Staaten bzw. Sowjetrepubliken, die ihre Herrschaft in den von der UdSSR unterworfenen Gebieten ausbauten und nationale Konflikte zur Legitimierung nutzten. Besonders in Polen und der Tschechoslowakei wurden ethnische Säuberungen im Kampf um die Macht, für die Mobilisierung gesellschaftlicher Stimmungen und die Legitimierung kommunistischer Regierungen ausgenutzt.⁷

Diese Überlagerung verschiedener Interessen veranschaulicht deutlich die Tatsache, dass sich die Konzeption ethnischer Säuberungen in der Mehrzahl der Staaten nicht auf die Einwohner deutscher Nationalität (und eventuell Staatsangehörige anderer Achsenmächte) beschränkte, sondern Bestandteil einer Politik war, die sich die Schaffung eines homogenen Nationalstaates zum Ziel gesetzt hatte und von den unterschiedlichen Gegebenheiten des betreffenden Staates abhing. Jugoslawien, das ein multinationaler Staat war, konnte keine klassische Politik ethnischer Homogenisierung betreiben. In Polen bemühte man sich vor allem darum, die deutsche Bevölkerung auszusiedeln. Diesbezüglich bildete Polen eine Ausnahme, weil ihm nach der Annexion der östlichen Landesteile durch die UdSSR als Entschädigung im Westen Gebiete mit durchgängig deutscher Bevölkerung zugesprochen worden waren. Auch das Bestreben zur Aussiedlung der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Minderheit aus Polen war groß. In Tschechien richtete sich die größte Feindseligkeit gegen die Deutschen, aber es gab auch Pläne zur Beseitigung der polnischen Bewohner aus dem Teschener Schlesien. Die Behörden der Slowakei hatten im Zweiten Weltkrieg bei der Judenvernichtung mit dem Dritten Reich zusammengearbeitet, in der Tschechoslowakei wurde die Politik der ethnischen Homogenisierung fortgesetzt und eine Beseitigung der ungarischen Minderheit in der Slowakei angestrebt. Rumänien hatte vor und während des Krieges eine antisemitische Politik betrieben und schon während des Krieges einen Bevölkerungsaustausch mit Ungarn durchgeführt. Nach dem Krieg wurde brutal gegen den Bevölkerungsteil ungarischer Nationalität vorgegangen. Hier gab es keine stark antideutschen Einstellungen, aber die rumänischen Behörden duldeten repressive Handlungen gegenüber der

⁷ Dabei wurden die ausgesiedelten Gruppen nicht selten als Besitzende dargestellt, die andere Nationen unterdrückten. So argumentierte etwa Edvard Beneš bezüglich der ausgesiedelten Deutschen. Vgl. Marina Cattaruzza, *Verschiedene Dimensionen der Vertreibung in Südosteuropa am Beispiel von Slowenien, Jugoslawien und Italien*, in: Anja Kruke (Hg.), *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*, Bonn 2006, S. 227–234, hier S. 229.

deutschen Minderheit (Deportationen zur Zwangsarbeit in die UdSSR, Inhaftieren der verbliebenen Deutschen in Lagern). In den baltischen Ländern und der Ukraine wurde während des Krieges aktiv mit dem Dritten Reich bei der Vernichtung der Juden kollaboriert. Nach dem Krieg bestanden in der litauischen und der ukrainischen Republik weiterhin starke Tendenzen zur Beseitigung der „fremden“ Polen. Deutlich schwächer war diese Tendenz in Weißrussland.

Die Zwangsmigrationen dienten in allen Satellitenstaaten, aber auch in jeder Sowjetrepublik der Realisierung konkreter politischer Ziele, sie standen also in Zusammenhang mit der Situation und den Problemen des betreffenden Landes. Diese konkreten Ursachen sollen im Folgenden am Beispiel von drei Regionen dargestellt werden. Die Betrachtung Mittel- und Osteuropas in der Nachkriegszeit gleicht zwar einem undurchsichtigen Mosaik von Aktionen, bei denen der Aspekt der Nationalität ausgenutzt wurde, dennoch können drei Räume unterschieden werden, von denen die kommunistischen Staaten, die während des Krieges zu den Gegnern und Opfern der Achsenmächte zählten, am ausführlichsten besprochen werden.

1. Zur ersten Region zählen die von der UdSSR annektierten Gebiete, in denen Zwangsmigrationen als ein Instrument der Bevölkerungspolitik eingesetzt wurden. Es handelt sich um die während des Krieges annektierten baltischen Länder, die polnischen Ostgebiete der Vorkriegszeit (Kresy Wschodnie), das rumänische Bessarabien und die nördliche Bukowina⁸ sowie das von der Tschechoslowakei abgetrennte Karpatenrussland. Moskau bediente sich nationaler Emotionen, doch seine Politik diente der Integration neuer Republiken oder territorialen Zugewinnen im Westen und Süden in das Imperium. Deshalb umfasste das sowjetische Social Engineering Aktivitäten auf zwei Ebenen. Es zielte sowohl auf eine Anpassung der Gesellschaftsstruktur in den annektierten Gebieten an die Struktur des kommunistischen Imperiums als auch auf eine Neuordnung der Nationalitätenverhältnisse in den Sowjetrepubliken.

Die demografischen Veränderungen, darunter auch Deportationen, in dem im Juni 1940 annektierten Bessarabien wurden von den sowjetischen Behörden noch

⁸ Aus diesen beiden Gebieten flohen vor und unmittelbar nach der ersten Annexion im Jahr 1940 wahrscheinlich bis zu 100 000 Menschen nach Rumänien, 24 000 wurden als „Kulaken“ deportiert, und nach 1949 wurden noch einmal etwa 41 000 Menschen deportiert. Infolge der erneuten Einnahme dieser Gebiete durch die Rote Armee im Jahr 1944 flohen 300 000 Menschen. Aus der entgegengesetzten Richtung, aus Rumänien, kamen 165 000, vgl. Detlef Brandes/Holm Sundhaussen/Stefan Troebst (Hg.), *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 563.

während des Krieges in die Wege geleitet. Danach wurde ein Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und der litauischen, ukrainischen und weißrussischen Republik durchgeführt. Die Vertreibung des großen polnischen Bevölkerungsteils in diesen Regionen bedeutete die Zerstörung der letzten bedeutenden – nach dem Holocaust und den Aussiedlungen der deutschen Minderheiten – grenzübergreifenden Verbindungen, die eine Integration der annektierten Gebiete in die Sowjetunion erschwerten. Die Erfüllung der litauischen und ukrainischen Forderungen war einzig dadurch möglich, dass sie der sowjetischen Politik, die darin bestand, die polnischen Einflüsse nach Westen zu verschieben, untergeordnet wurden. Außerdem nutzte Moskau die Konflikte zwischen Polen und Litauen, Polen und der Ukraine sowie Rumänien und der Ukraine, in geringerem Umfang auch zwischen Polen und Weißrussland, aus, um mithilfe der nationalistischen Einstellungen die Legitimität der kommunistischen Regierungen in diesen Republiken zu stärken. Für diese Zeit lässt sich für die von der UdSSR annektierten Gebiete eine Kontinuität des Konflikts zwischen dem polnischen Nationalstaat und nationalistischen Bewegungen ausmachen. Die Führung der litauischen Republik konnte sich so präsentieren, dass es ihr zu verdanken war, dass „Litauen“ das Vilniuser Gebiet mitsamt der litauischen Hauptstadt, welche die Polen verlassen mussten, zurückgewonnen hatte. Ebenso konnte die kommunistische Führung der ukrainischen Republik die Legitimität ihrer Herrschaft durch den Hinweis darauf bestärken, dass dank ihr Polen das „ukrainische“ Gebiet verlassen habe. Diese Politik kann man als eine durch Moskau vorgenommene Kanalisierung nationalistischer Stimmungen in Richtung antipolnischer Aktionen beschreiben.

Anders sah die Situation in Weißrussland aus. Die weißrussische Nationalbewegung war sehr schwach, nur ein geringer Teil der Bevölkerung gehörte ihr an, und sie war durch die Kollaboration mit dem Dritten Reich kompromittiert. Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik musste jedoch die geplante Ausdehnung des Einflussbereichs Moskaus nach Westen realisieren und damit die Aussiedlung der Polen aus Weißrussland sowie der Weißrussen aus Polen akzeptieren. Ein Bevölkerungsaustausch wurde auch zwischen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Tschechoslowakei durchgeführt, er stand (Wolhynien ausgenommen) in Zusammenhang mit der Annexion Karpatenrusslands. Die Annexion wurde trotz der negativen Reaktionen in der Tschechoslowakei und der dort herrschenden anti-ukrainischen Stimmung vollzogen.

Das zweite Instrument des sowjetischen Social Engineering, neben dem Bevölkerungstransfer zwischen den sowjetischen Republiken und den benachbarten Satellitenstaaten der UdSSR, waren Deportationen in die UdSSR, um den Widerstand gegen die Annexion zu bekämpfen. Sie stehen in Kontinuität zur so-

wjetischen Besatzungspolitik der Jahre 1939/40 bis 1941. Wie in früheren Jahren waren sowohl Nationalität als auch Klassenzugehörigkeit die Kriterien, die über eine Deportation entschieden. Die Kriterien zielten auf den Bevölkerungsteil der baltischen Länder, Polens, Rumäniens und der Ukraine ab, der die stärkste nationale Identität besaß oder unter die sowjetische Kategorie „Klassenfeind“ bzw. Verräter/Kollaborateur fiel. Die zyklische Zunahme der Deportationen spiegelte die Unschlüssigkeit der sowjetischen Innenpolitik hinsichtlich einer Intensivierung der Repressionen wider.⁹

Einer grundlegenden Veränderung unterlag die Bevölkerungsstruktur in Estland. Während des Krieges verringerte sich die Einwohnerzahl um 25 Prozent. Die Deportationen seit dem Jahr 1944 stellten eine Fortsetzung früherer Deportationen dar, von denen im Sommer 1941 10 000 Personen betroffen waren. Etwa 30 000 Esten wurden nach Beginn des Krieges mit dem Dritten Reich unter Zwang in sowjetische „Arbeitsbataillone“ eingezogen; rund ein Drittel der Eingezogenen kehrte nicht zurück. Aufseiten des Dritten Reiches kämpften etwa 60 000 Esten, und angesichts der sowjetischen Offensive flohen 70 000 Personen und fast die gesamte dortige, siebentausend Menschen zählende schwedische Minderheit. Nach der erneuten Annexion betrieb Moskau in Estland anfangs eine flexiblere Politik, die nach 1948 verschärft wurde. Im Jahr 1949 wurden 21 000 Personen nach Sibirien deportiert. Wie schon bei den ersten Deportationen kamen die Männer in Gefängnisse oder Lager, während die Familien der als Nationalisten und Klassenfeinde Verurteilten überwiegend nach Sibirien deportiert wurden.¹⁰

Eine ähnliche Politik wurde in Lettland betrieben, wo ein schneller Prozess ethnischer Homogenisierung vonstattenging. Noch vor der ersten sowjetischen Okkupation hatte man begonnen, die 60 000 Menschen zählende deutsche Minderheit feindlich zu behandeln, und sie – trotz der guten Beziehungen Lettlands mit dem Dritten Reich – als fremde Gemeinschaft betrachtet, die das Land verlassen sollte. Nach der Annexion durch die UdSSR wurden im Sommer 1940 mehr als 5000 Personen festgenommen. Die Deportationen, von denen überwiegend die Familienangehörigen der Gefangenen betroffen waren, umfassten etwa 15 000 Personen. In deutschen Militäreinheiten dienten insgesamt etwa 150 000 Letten, von denen fast 60 000 starben. Vor der Front flohen rund 280 000 Men-

⁹ Außerdem zogen die sowjetischen Behörden einen konkreten materiellen Nutzen daraus, da die im Rahmen eines Austauschs umgesiedelte Bevölkerung Immobilien hinterließ, für die sie in Polen einen Ersatz erhalten sollten, und der Besitz der Deportierten vom Staat beschlagnahmt wurde.

¹⁰ Jörg Zägel/Reiner Steinweg, *Vergangenheitsdiskurse in der Ostseeregion*, Bd. 2: *Die Sicht auf Krieg, Diktatur, Völkermord, Besatzung und Vertreibung in Russland, Polen und den baltischen Staaten*, Berlin 2007, S. 186, 191–193.

schen. Die Einwohnerzahl Lettlands sank infolge des Krieges von 2 auf etwa 1,5 Millionen. Rund 42 000 Menschen wurden im März 1949 deportiert.¹¹ Von den Deportationen aus Litauen bis zum Jahr 1941 waren 15 000, bis zum Jahr 1953 mindestens 130 000 Menschen betroffen.

2. Die Länder, die dem sowjetischen Einflussbereich unterstanden und während des Zweiten Weltkriegs zu den Bündnispartnern der Achsenmächte zählten, sollen hier keine weitere Beachtung finden. Das geteilte und besetzte Deutschland hatte keinen Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen. Nach dem Willen der Alliierten musste es auf seinem Territorium die aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ausgesiedelten Deutschen aufnehmen. Rumänien gelang es, 1944 die Seite zu wechseln und zu den Alliierten überzulaufen, weshalb es Bessarabien und die nördliche Bukowina an die UdSSR und die Dobrudscha an Bulgarien verlor, aber Siebenbürgen behielt. Anti-ungarische Einstellungen waren in Rumänien stärker als anti-deutsche.

Am interessantesten war die Situation in Ungarn. Zwar verschlechterte sich dort die Einstellung gegenüber der deutschen Minderheit während des Krieges, war aber nicht vergleichbar mit der Feindseligkeit, die in den vom Dritten Reich okkupierten Ländern herrschte. Die Aussiedlung der Deutschen wurde vor allem durch den Zustrom an Ungarn erzwungen, die ihren Besitz verloren hatten und aus anderen Ländern flohen bzw. ausgesiedelt wurden. In größerem Umfang verließen nur Slowaken Ungarn, und diese gehörten den ärmsten Schichten an, was bedeutet, dass sie kein unbewegliches Vermögen hinterließen. Das ungarische Hauptmotiv war folglich das Erlangen von Besitztümern zur Stabilisierung der Lage der ungarischen Umsiedler. Insofern war die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn das Resultat von drei Problemen: der fehlenden Möglichkeit zur Ansiedlung der zuströmenden Ungarn, dem Engagement eines Teils der deutschen Minderheit im Nationalsozialismus sowie die Notwendigkeit einer Landwirtschaftsreform, für die es – ähnlich wie in Polen – zu wenig Land aus Großgrundbesitz gab. Diese innenpolitischen Bedürfnisse spiegelten sich in der ständigen Erweiterung der Zugehörigkeitskriterien für die deutsche Minderheit wider, die mit der zunehmenden Zahl an ungarischen Flüchtlingen aus Rumänien, der Slowakei und Jugoslawien korrespondierte.¹²

¹¹ Ebenda, S. 249, 255–262. Den 1949 Deportierten wurde Mitte der 1950er Jahre die Rückkehr erlaubt, aber nur 20 % von ihnen kehrten wieder zurück (S. 262).

¹² Die beste umfassende Abhandlung ist weiterhin die von Agnes Toth, *Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch*, München 2001.

3. In einer anderen Situation befanden sich jene Staaten, die den Aggressionen des Dritten Reiches zum Opfer gefallen waren und in denen nach dem Zweiten Weltkrieg eine kommunistische Diktatur errichtet wurde. Polen und die Tschechoslowakei gehörten dem sowjetischen Einflussbereich an und waren Moskau unterstellt, auch wenn sie eigenständige Staaten blieben, der Prozess ihrer Unterwerfung verlief unterschiedlich. Wieder anders war die Situation Jugoslawiens, das erst in den Jahren 1947 bis 1948 endgültig andere Wege als Moskau beschritt und sich eine bedeutend größere innenpolitische Selbstständigkeit bewahrte. In allen drei Ländern herrschten infolge des Krieges starke anti-deutsche Stimmungen, im slowakischen Teil der Tschechoslowakei auch anti-ungarische und in Jugoslawien anti-ungarische und anti-italienische.

Keiner dieser Staaten knüpfte an das nationalsozialistische Konzept des Social Engineering an, das auf der Schaffung großer Territorien beruhte, aus denen rassisch minderwertige Bewohner entfernt wurden, um anstelle von ihnen neue, in rassischer Hinsicht „geeignete“ anzusiedeln. Ebenso wichtig ist, dass die vormaligen Bewohner in den Plänen des Dritten Reiches nicht nur ihre Wohnungen freimachen sollten, sondern eine Art „Eigentum“ darstellten, das man ausnutzen konnte. Die Gefährlichen unter ihnen, also jene, die zu Widerstand fähig waren, sollten sofort ermordet oder in Konzentrationslager deportiert werden, die Jungen und Starken zur Zwangsarbeit herangezogen oder zur Unterstützung den „germanischen“ Siedlern überlassen werden, ausgewählte Kinder sollten eingedeutscht werden. Das Ziel war also nicht die Aussiedlung, sondern Vernichtung und Ausnutzung.¹³ Somit unterschieden sich die nationalsozialistischen Pläne des Social Engineering radikal von den Plänen der Vor- und Nachkriegszeit für die Vereinheitlichung der Nationalitätenstrukturen von Nationalstaaten.

In Polen und der Tschechoslowakei beruhten die ethnischen Säuberungen nach dem Krieg stark auf einer nationalistischen Ideologie, die sich unter dem Einfluss des Krieges radikalisierte. Damit einher ging eine Verschärfung und Be-

¹³ Auf das, was moderne Aussiedlungen des 20. Jahrhunderts von früheren unterscheidet, wies Norman Naimark in *Flammender Haß* (S. 17) hin. Manfred Kittel polemisierte mit ihm in dem Band *Vorläufer „ethnischer Säuberungen“? Flucht und Vertreibung in der Frühen Neuzeit*, in: Klaus Hildebrandt/Udo Wengst/Andreas Wirsching, *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 455–472, insbesondere S. 471. Er meint, dass schon in der Neuzeit eine vergleichbare Politik zu beobachten war, die jedoch nicht nach nationalistischen, sondern religiösen Kriterien geführt wurde. Ihm zufolge wurde das Prinzip „*cuius regio, eius religio*“ nur durch das Prinzip „*cuius regio, eius natio*“ ersetzt. Doch selbst wenn man der Argumentation von Kittel folgt, war der Grad der Organisation und Präzision der Methoden zur Ausnutzung der beseitigten Bevölkerung im Dritten Reich außergewöhnlich.

tonung von Parolen, die mit dem Nationalstaat zu tun hatten, so dem Aufruf zur Lösung des „tausendjährigen“ Problems der deutschen Bedrohung. Beide Staaten hatten die Vernichtung ihrer Staatlichkeit infolge einer Aggression jenes Landes erfahren, mit dem sie durch die auf ihrem Territorium lebenden nationalen Minderheiten verbunden waren. Es spielt keine Rolle, ob wir die daraus resultierenden Erfahrungen als Bedürfnis nach Vergeltung¹⁴ oder als Überzeugung von der Unmöglichkeit eines Zusammenlebens in einem Staat bezeichnen, wesentlich bleibt die Erfahrung des Krieges. In Polen und der Tschechoslowakei gab es eine Tendenz zur Vergeltung, und man war sich einig, dass ein Zusammenleben in einem Staat mit Personen, die zu den Aggressoren gehört hatten oder mit denen im Krieg ein brutaler Konflikt ausgetragen worden war, unmöglich war. Diese Überzeugung scheint, neben der Erwartung, mit der Aussiedlung der Deutschen einen dauerhaften Frieden zu schaffen, von grundlegender Bedeutung zu sein, auch wenn uns das Instrument dazu fehlt, um die Auswirkung dieser Emotionen auf die Politik präzise zu bestimmen und eine klare Hierarchie der Gründe für Zwangsmigrationen festzulegen.

Kann man trotz des dargestellten grundsätzlichen Unterschieds von einer Ähnlichkeit der nationalsozialistischen und der polnischen Pläne der Nachkriegszeit für ein Social Engineering sprechen, so wie es Michael Esch getan hat? Er hat dargelegt, dass in beiden Fällen das Bestreben eine wichtige Rolle spielte, das Problem der kleinen Bauernhöfe und der überschüssigen Arbeitskräfte durch den Zugewinn neuer Gebiete, aus denen die alten Bewohner entfernt wurden, zu beheben.¹⁵ Das entscheidende Motiv war insofern das Streben nach Veränderung, nach einer Modernisierung der ineffektiven sozioökonomischen Struktur. Demnach, so Esch, hätten wir es in beiden Fällen mit ethnischen Säuberungen,¹⁶ mit demselben Mechanismus zu tun. Sein Vergleich löste vor längerer Zeit in Polen starke Emotionen aus, weil er in der politischen Kontroverse darüber, inwiefern die Aussiedlungen der Deutschen nach dem Krieg eine typisch nationalstaatli-

¹⁴ So Brandes, *Die Vertreibung*, S. 91.

¹⁵ Vgl. Michael G. Esch, „Gesunde Verhältnisse“. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998, S. 56. Zwar bestätigt Brandes in *Die Vertreibung*, S. 91, dass dieses Motiv in Polen eine gewisse Rolle gespielt hat, auch im Fall der Tschechoslowakei, meint jedoch, dass es nicht entscheidend für die Zwangsmigration war.

¹⁶ Michael G. Esch, „Ethnische Säuberungen“ zwischen Deutschland und Polen 1939 bis 1950. Überlegungen zu ihrer Genese und Einordnung, in: Brunnbauer/Esch/Sundhaussen (Hg.), *Definitionsmacht*, S. 96–124, hier S. 105.

che Politik im 20. Jahrhundert darstellten¹⁷ oder eine Folge der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches waren, eine Rolle spielte. Die Argumentation Eschs führte auch vor Augen, dass die Diskussion über ethnische Säuberungen sehr stark auf ideologischen Annahmen beruht und deutlich weniger, als wir es möchten, auf wissenschaftlichen. Den Historikern fehlt ein Instrument, das eine präzise Bestimmung der Verbreitung bestimmter Einstellungen in der Gesellschaft ermöglichen würde, wie zum Beispiel des Drangs nach Vergeltung. Sie projizieren die historischen Erfahrungen ihrer Nationen auf andere, wobei sie dem Nationalstaat entweder radikal kritisch oder affirmativ gegenüberstehen. In diese Falle ist Esch getappt, der mit der Annahme, dass in polnischen und deutschen Gremien jahrelang ähnliche Diskussionen geführt wurden, wie das Problem der Überbevölkerung auf dem Dorf zu beheben sei, zu erkennen meinte, dass diese in beiden Fällen auf ähnliche Weise zu ethnischen Säuberungen geführt hätten. Weil er in seiner Arbeit den Einfluss der Diskussionen auf die politische Entscheidungsfindung nicht analysiert hat, kann man annehmen, dass er sich weitgehend an einem ihm bekannten Wertesystem orientiert hat, insbesondere an einer kritischen Einstellung gegenüber Nationalstaat und Nationalismus.¹⁸

Die daraus resultierende Gefahr kann man verringern, indem man jene allgemeinen Merkmale präzisiert, die bei den meisten Zwangsmigrationen wiederzufinden sind, die aber etwas zu allgemein gehalten sind, als dass sie eine ausreichende Grundlage für eine Bewertung ihrer Ähnlichkeiten darstellen würden.

Ein erstes universelles Merkmal ist das Bestreben, die Ausgesiedelten in materieller Hinsicht auszubeuten. Die Formen der Ausnutzung sind sehr vielfältig, sie hängen ab von der Lage und dem Wohlstand der betreffenden Bevölkerungsgruppe, dem Grad des ihr gegenüber eingesetzten Zwangs und den Beziehungen zwischen dem aussiedelnden Staat und demjenigen, mit dem die Minderheit aufgrund ihrer Nationalität verbunden ist. Die Ausnutzung kann die Gestalt einer formalen Begrenzung bei der Ausfuhr von Besitz, aber auch einer praktischen Ausfuhrbegrenzung trotz eines formellen Rechts darauf (zum Beispiel durch das unzureichende Bereitstellen von Transportmitteln, durch eine nachteilige Schätzung des ausgeführten Besitzes) bis hin zur Beschlagnahmung von Besitz haben. Nicht selten, zum Beispiel im Fall der aus den früheren polnischen Ostgebieten

¹⁷ Diese Argumentation wird benutzt, um die nationalsozialistische Politik zu relativieren.

¹⁸ Dieser Darstellung liegt keine negative Beurteilung von Eschs Buch zugrunde, der den Mut hatte, eine eigenständige, kritische Betrachtung der genannten historischen Ereignisse anzustellen. Vielmehr sollen die Probleme exemplifiziert werden, die aus dem Einfluss eines Wertesystems auf eine von Historikern formulierte Bewertung herrühren.

(Kresy) ausgesiedelten Polen, versuchten die sowjetischen Behörden unrechtmäßig, von den auf die Umsiedlung Wartenden verschiedene finanzielle Leistungen einzufordern.

Im Fall von Bevölkerungsgruppen, die faktisch oder formell ohne Rechtsschutz waren wie die Deutschen in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs und der ersten Nachkriegszeit, bestand neben Konfiszierungen eine Form der Ausnutzung auch in zeitweiligen Zwangsaufenthalten zur Zwangsarbeit. Hierbei spielte die aus dem Krieg resultierende Überzeugung von der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit eine Rolle, eine Wiedergutmachung für die Kriegsverluste durch eine Konfiszierung des Besitzes der Ausgesiedelten sowie durch den Einsatz eines Teils von ihnen zur Zwangsarbeit zu erhalten. Komplizierter war die Situation der ungarischen Einwohner in der Tschechoslowakei, mit deren Aussiedlung sich die Alliierten nicht einverstanden erklärten, die dann jedoch zum Teil zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.

Das zweite universelle Prinzip von Zwangsmigrationen besteht darin, dass die Bewohner, die als Bürger einer feindlichen Nation ausgesiedelt werden und die formal oder faktisch ihren Rechtsschutz verloren haben, zum attraktiven Ziel Krimineller werden. So waren Übergriffe, Raub, Gewalt eindeutige Verbrechen, verbargen sich aber auch hinter den ausgeübten Funktionen (Funktionäre des Sicherheitsdienstes, lokale Beamte oder Aussiedlungsbehörden); am stärksten erfuhren dies Deutsche und Ungarn während der ethnischen Säuberungen nach dem Krieg.

Jede Zwangsumsiedlung ist, drittens, ein riesiges logistisches Unternehmen. Das Planen der Selektionskriterien, der Ausfuhr des Besitzes, die Organisation der Transporte, die Zuführung zu den Transporten, die Festlegung der Routen und Richtungen, die Vorbereitung von Sammellagern etc. sind unumgänglich.

Viertens wird die Aussiedlung großer Gemeinschaften, insbesondere wenn sie zu den vermögenderen Schichten gehören, als Möglichkeit für Veränderungen der sozioökonomischen Struktur angesehen. So war in den für uns interessanten Staaten die Aneignung deutschen, in geringerem Ausmaß auch italienischen und ungarischen Besitzes entscheidend für die Durchführung der Landwirtschaftsreform oder die staatliche Übernahme der Kontrolle über Industrie und Banken. Hier kann man eine Ähnlichkeit zwischen dem Generalplan Ost und den Aussiedlungen aus Polen in der Nachkriegszeit erkennen, denn Letztere waren auch mit Plänen zu Modernisierung ökonomischer Strukturen verbunden, also mit Ideen aus der Zwischenkriegszeit über die Notwendigkeit zur Beseitigung des Problems kleiner Bauernhöfe und überschüssiger Arbeitskräfte.¹⁹

¹⁹ Esch, „Ethnische Säuberungen“, S. 111f.

Esch hat zweifellos auf eine interessante Erscheinung hingewiesen: nämlich die Verbindung der Modernisierung der Nationalitätenstruktur eines Staates mit der Modernisierung seiner gesellschaftsökonomischen Struktur. Er hat jedoch nicht nachgewiesen, dass diese Bestrebung die Entscheidung über die Aussiedlung der Deutschen maßgeblich beeinflusste, sondern nur, dass sie sich deutlich auf Konzeptionen der Vorkriegszeit bezog, die sich unter den neuen Gegebenheiten realisieren ließen. Zum Teil widerspricht er jedoch seiner allgemeinen These vom modernisierenden Charakter der Zwangsmigrationen, wenn er an die Umsiedlung der Ukrainer aus den östlichen polnischen Gebieten in die ehemals deutschen Gebiete erinnert.²⁰ Ganz im Gegensatz zur Einschätzung von Esch führte sie zur Zerstörung der ukrainischen Siedlungen und stieß auf Schwierigkeiten aufgrund der mangelnden Möglichkeiten in den neuen Siedlungsgebieten. Unabhängig von ihrer unzureichenden wirtschaftlichen Effektivität war es die traditionelle Politik eines Nationalstaates, die auf Assimilierung verstreuter Umsiedler ausgerichtet war, nicht aber auf die Verifizierung ihrer rassischen Merkmale.

Der fehlende oder sehr begrenzte Bezug auf rassische Merkmale ist das nächste entscheidende Kennzeichen, das eine genauere Bestimmung der Art des Social Engineering ermöglicht, mit der wir es im Fall der ethnischen Säuberungen nach dem Krieg zu tun haben. Im Dritten Reich bestimmte die rassistische Ideologie die Kriterien der Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft; dabei bemühte man sich, die betriebene Politik wissenschaftlich zu begründen. Das Ergebnis hiervon waren zahlreiche pseudowissenschaftliche Arbeiten, deren Verfasser versuchten, die nationalsozialistische Vision einer Rassenordnung höherer und niedrigerer Rassen wissenschaftlich zu untermauern. Die Zwangsmigrationen nach dem Krieg waren für die Wissenschaft eine unvergleichlich kleinere Herausforderung. Sie setzten polnische oder tschechoslowakische Wissenschaftler nicht der Versuchung eines ideologisch-politischen Engagements aus.²¹

²⁰ Zu dieser falschen Beurteilung vgl. ebd., S. 121.

²¹ Das bedeutet nicht, dass die Wissenschaft als solche apolitisch ist, als Beispiel sei das Engagement der Kreise des Westinstituts und Zygmunt Wojciechowskis für die deutsch-polnischen Beziehungen angeführt, vgl. Markus Krzoska, *Beruf und Berufung. Geschichtswissenschaft und Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2005; ders., *Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist*, Osnabrück 2003, S. 468: „Er war sich in vielen seiner Ausführungen der Existenz eines grundlegenden Widerspruchs zwischen der Forderung nach einer unerlässlichen Objektivität in der Wissenschaft, was ihm in Lemberg so inständig nahegelegt worden war, und der politischen Rolle des Historikers als *praecaptor nationis* bewusst. [...] Jedoch war er in der Regel in allen Zweifelsfällen bereit, die historisch-philosophischen Grundlagen zu ignorieren, frei nach dem Motto ‚right or wrong, my country‘, insofern dies zum Nutzen der Nation war.“

Zwar konnte man in ganz Mitteleuropa rassistische Trends erkennen, die aber nicht die Kriterien zur Definition der nationalen Zugehörigkeit in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn bestimmten. In Polen wurde die nationale Zugehörigkeit – eine Ausnahme stellten die Minderheit und Personen jüdischer Abstammung dar – prinzipiell durch das Verhalten der entsprechenden Person, ihre Kultur und Sprache sowie ihr Engagement bzw. fehlendes Engagement für das Polentum bestimmt. Deshalb bestanden die Verifizierungskommissionen, die überprüften, ob ein Teil der Bewohner der ehemals deutschen Gebiete polnischer Nationalität war, eher aus gesellschaftspolitischen Aktivisten als aus Technokraten, die sich auf „wissenschaftliche“ Kriterien beriefen. Das entscheidende Kriterium war für sie nicht die Nützlichkeit der betreffenden Person für die Gesellschaft, sie beriefen sich auch nicht auf anthropologische Merkmale, sondern eher auf Fertigkeiten, wie etwa ein Gebet auf Polnisch sprechen zu können. Diese Form der Verifizierung, die manchmal von Historikern mit einem Schmunzeln bedacht wurde, macht ihre Verwurzelung in einem traditionellen gesellschaftspolitischen Kontext, in den traditionellen Mustern des Nationalstaates, deutlich.

Die traditionelle Definition der nationalen Zugehörigkeit ändert nichts an der Tatsache, dass die ethnischen Säuberungen ein sehr wichtiger Bestandteil der gesellschaftspolitischen Umstrukturierung in der Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien nach dem Krieg waren. All diese Staaten mussten Social Engineering betreiben, da keiner von ihnen einfach in seiner früheren Form wieder aufgebaut werden konnte. Es handelte sich um breit angelegte Social-Engineering-Projekte, aber sie hatten andere Gründe, als Esch sie formuliert.

In Jugoslawien musste der Staat, abgesehen von Bestrebungen zur Beseitigung italienischer Einwohner in den Jugoslawien angeschlossenen italienischen Gebieten, „besonders starke zentrifugale Tendenzen überwinden, die in der Zeit des Zweiten Weltkrieges entstanden waren oder sich verstärkt hatten. Infolge der außergewöhnlichen Brutalisierung als Folge des Krieges vollzogen die kommunistischen Machthaber in Jugoslawien eine rücksichtslose, zum großen Teil physische Vernichtung aller für sie potenziell gefährlicher Bevölkerungsgruppen nach politischen und nationalen Kriterien.“ Das betraf sowohl politische Gegner als auch die deutsche oder italienische nationale Minderheit, aber auch zum Teil die ungarische und albanische Minderheit.²²

²² Piotr Madajczyk, *Czystki etniczne i klasowe w Europie XX wieku. Szkice do problemu*, Warszawa 2010, S. 201–206, Zitat S. 206.

Ebenso wichtig war das Social Engineering in der Tschechoslowakei, auch wenn die deutsche Okkupation des Landes unvergleichlich weniger brutal war als in Jugoslawien und der tschechisch-slowakische Konflikt nicht mit dem kroatischen Völkermord an den Serben vergleichbar ist. Beim Aufbau des Staates und der Gesellschaft musste man mit der bitteren Erfahrung zurechtkommen, dass deren Zusammenbruch zwar durch eine Aggression von außen bewirkt, aber in großem Maße durch innere Konflikte begünstigt worden war. Die endgültige Abkehr von der politischen Fiktion aus der Zeit vor dem Jahr 1939, als Tschechen und Slowaken die Staatsnation bildeten, obwohl damals weniger Slowaken als Deutsche in der Tschechoslowakei lebten, war unumgänglich. Im Jahr 1945 akzeptierte man die Tatsache, dass die Tschechoslowakei nicht genug Attraktivität besaß, um die deutsche Minderheit zu assimilieren. Die Nationalitätenstruktur der tschechischen Gebiete wurde vereinheitlicht, ungelöst blieb nur der unbedeutende Konflikt mit der polnischen Minderheit. Es blieb einzig das Problem der Slowakei, denn nach der Annexion Karpatenrusslands durch die UdSSR und dem Bevölkerungsaustausch mit der ukrainischen Republik verzichtete man auf die Einbeziehung der Ruthenen/Ukrainer in das tschechoslowakische Staatsvolk. Um den aufgebauten Staat zu stabilisieren, wurde die Tatsache der Existenz des slowakischen Staates verleugnet, und mit Verweis auf den slowakischen Aufstand der Mythos einer Schicksalsgemeinschaft der Tschechen und Slowaken während des Krieges geschaffen. Mit dieser Absicht wurden den „demokratischen Slowaken“ die „faschistischen Ungarn“ gegenübergestellt, was sich auf die Beziehung zu den ungarischen Einwohnern auswirkte. Man kann auch die These aufstellen, dass Prag als Preis für die Wiederentstehung der Föderation das slowakische Streben nach einer nationalen Homogenisierung akzeptierte. Zuerst fanden diese Bestrebungen Ausdruck im Kampf gegen das Polentum in den Regionen Zips und Orava,²³ in der Beteiligung am Holocaust, später richteten sie sich gegen die ungarischen Einwohner. Bekannterweise waren die Alliierten nicht mit der Zwangsumsiedlung der Ungarn einverstanden, weshalb es nur zu einem beschränkten Bevölkerungsaustausch kam, der etwa 70 000 Personen aus Ungarn und der Slowakei umfasste.

²³ „Es wurden polnische Gebetbücher, Heiligenbilder und Standarten mit dem Abbild der Schutzheiligen Polens verbrannt, alle polnischen Aufschriften entfernt und der Gebrauch der polnischen Sprache in der Schule, in der Kirche und in Behörden verboten. Polnische Nationalsymbole wurden verspottet und verunglimpft. Auf den Friedhöfen der Pfarrgemeinden wurden ‚Begräbnisse Polens‘ veranstaltet. Polnische Pfarrer, Lehrer und überhaupt Personen wurden deportiert oder interniert, die für eine aktive Teilnahme an polnischen Bildungs- und Kulturaktivitäten bekannt waren“, zit. aus Tadeusza M. Trajdosa nach Jerzy W. Borejsza, *Stulecie zagłady*, Gdańsk/Warszawa 2011, S. 157.

Ein ähnliches Social Engineering, wenn auch in geringerem Umfang, erforderte der Wiederaufbau Polens. Aus der Perspektive Moskaus war der Bevölkerungsaustausch zwischen den westlichen Sowjetrepubliken und Polen günstig, bedeutete er doch die radikale Beschränkung des polnischen Einflussbereiches im jahrhundertealten Streit um die Vorherrschaft über ukrainische, weißrussische und litauische Gebiete. Auch ging die in Polen breite Unterstützung der Aussiedlung der slawischen Minderheit, die als diejenige wahrgenommen wurde, die die sowjetische Politik unterstützt hatte, mit der Bestrebung Moskaus einher, Polen in ethnischen Grenzen einzuschließen. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei war eine polnische Erfahrung aus der Kriegszeit die fehlende Loyalität eines großen Teils der nationalen Minderheiten gegenüber dem polnischen Staat. Darüber hinaus veränderte der Staat seine territoriale Gestalt, er wurde um mehrere Hundert Kilometer nach Westen verschoben. Um der Gesellschaft eine neue Form zu geben, mussten die Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Lausitzer Neiße, andere Minderheiten zum Großteil aus Polen und Polen aus dem Vilniuser Gebiet und jenen Gebieten ausgesiedelt werden, die der ukrainischen Republik zugefallen waren. Es wurde ein typischer Nationalstaat geschaffen, in dem Staatsbürgerschaft und Nationalität ziemlich genau miteinander übereinstimmen und an den Grenzverlauf angepasst waren.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass man diese Art von gesellschaftspolitischer Umstrukturierung als Social Engineering bezeichnen kann.

STEFAN TROEBST

Kommunistische Nationskonstruktionen. Indigenisierung, Zwangsassimilierung/ Zwangsumsiedlung, separatistisches Nation-Building und supranationale Konzeptionen

Die Vorstellung, Wir-Großgruppen sowohl kreieren, amalgamieren als auch dividieren zu können, war ein zentraler Bestandteil des für das 20. Jahrhundert so prägenden Sozialingenieurturns. Im östlichen Europa galt dies von den ersten Ansätzen bolschewistischer Nationalitätenpolitik im Sowjetrußland der 1920er Jahre bis zu den gewaltförmigen Versuchen der Schaffung einer „einheitlichen sozialistischen bulgarischen Nation“ noch in den 1980er Jahren. Im Folgenden soll dieser rote Faden staatssozialistischer Ethnopolitik in sechs Abschnitten nachverfolgt werden. Zunächst werden die ideologischen Grundlagen des (austro-) marxistisch-leninistischen Baukastenverständnisses von Nation erläutert (1), wie es in der sowjetischen Politik unter dem ersten Nationalitätenkommissar Stalin in der Konzeption der Indigenisierung wirkungsmächtig wurde (2). Dann wird es um die Zwangsassimilierung als einschlägige Methode ethnischer Purifizierung gehen – neben den häufig parallel angewendeten Mitteln der Binnenzwangsumsiedlung und der Ausweisung über die Staatsgrenze hinweg, sei es durch vertraglich geregelte Aussiedlung oder staatlicherseits betriebene Fluchtverursachung, unregelmäßige ethnische Säuberung oder organisierte Vertreibung. Als Beispiel dient dabei Bulgarien (3). Separatistisches Nation-Building wird am Beispiel der moldauischen Nation in der UdSSR als Ausgründung aus der rumänischen Nation und der makedonischen Nation in Jugoslawien mittels De-Bulgarisierung thematisiert. Ein Seitenblick gilt dabei der DDR (4). Im Anschluss werden supranationale Konzeptionen wie der Tschechoslowakismus, der Jugoslawismus und das Konzept des „Sowjetvolks“ behandelt (5). Der letzte Abschnitt widmet sich schließlich der Frage nach den Spätfolgen kommunistischer Nationskonstruktionen nicht nur in Moldova, Bulgarien und Makedonien, sondern auch in der neuen Russländischen Föderation (6).

IDEOLOGISCHE GRUNDLAGEN

Die ideologischen Grundlagen kommunistischer Nationskonzeptionen legte Lenin in „Revolution und Bürgerkrieg. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ – einschließlich des Austritts aus dem Staatsverband – und der föderative Staatsaufbau Sowjetrusslands waren dem Primat der Revolution, nicht ideologischen Prinzipien geschuldet. Nicht Karl Marx und Friedrich Engels, sondern Otto Bauer und Karl Renner waren Lenins Leitfiguren für die Umgestaltung eines multiethnischen, vielsprachigen und plurireligiösen imperialen Gebildes in einem Gegensatz dieser Art möglichst weitgehend abfedernden kommunistischen Einparteiensstaat – temporäre Bündnisse mit nicht russischen „Klassengegnern“ eingeschlossen.¹

STALINSCHER NATIONALITÄTENPOLITIK

Dieselbe ideologische Flexibilität galt bis in die 1930er Jahre hinein für die Politik der Indigenisierung („Einwurzelung“ bzw. *korenizacija*), der zufolge die Eliten nicht russischer nationaler Minderheiten durch staatliche Förderung ihrer ethnokulturellen Spezifik für die Sache des Kommunismus gewonnen werden sollten. Terry Martin hat dafür den Terminus der positiven Diskriminierung der Minderheiten im Vergleich zur russischen Mehrheitsnation angewandt.² Die Nationsdefinition Stalins von 1913 – der von 1917 an als Volkskommissar für Nationalitätenfragen amtierte – wurde jetzt Staatsdoktrin. In seiner Schrift „Marxismus und nationale Frage“ hatte er auf die Faktoren Geschichte, Sprache, Territorium, Wirtschaft sowie die „sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarende[n] psychische[n] Wesensart“ abgehoben.³ Zwar war die UdSSR formal eine multi-nationale Föderation mit zahlreichen Subjekten, in der politischen Realität stellte jedoch die zentralistische KPdSU die Weichen. Dabei markierte die von Stalin im Zweiten Weltkrieg geprägte Losung eines „Sowjetpatriotismus“ wie die Formel von den „Völkern der Sowjetunion“ bereits eine Spannungslinie zwischen Nationalem und Supranationalem.⁴

¹ Hans Mommsen/Albrecht Martiny, Nationalismus, Nationalitätenfrage, in: Claus D. Kernig (Hg.), Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Bd. IV, Freiburg 1971, Spp. 623–695.

² Terry Martin, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca, NY 2001.

³ Josef W. Stalin, *Marxismus und nationale Frage* (1913), hier zit. n. ders., *Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage*, Köln 1976, S. 26–93, hier 32.

⁴ Erwin Oberländer, *Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation*, Köln 1967.

Im Zuge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft formierte sich politischer Widerstand unter nicht russisch nationalem Vorzeichen, was zum Abbruch der Indigenisierungspolitik führte. Primat erhielt jetzt eine durchgängige Russifizierung von Staat und Partei. Unternommen wurden überdies zahlreiche dirigistische Experimente, etwa das Einpfirchen zweier antagonistischer nationaler Gruppen in *eine* autonome Sowjetrepublik, *ein* autonomes Gebiet, *einen* autonomen Kreis, u. a. zum Zwecke ihrer Neutralisierung – etwa von Tschetschenen mit Inguschen, von Karatschaiern mit Tscherkessen oder von Kabardinern mit Balkaren.⁵ Im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs ließ Stalin ganze Nationen aus ihren europäischen Siedlungsgebieten nach Zentralasien deportieren – Volga-Deutsche und Krimtataren etwa, aber auch Bulgaren, Kalmücken, Mes'cheten-Türken und andere.⁶

ZWANGSASSIMILIERUNG/ZWANGSUMSIEDLUNG

War die Leitlinie sowjetischer Nationalitätenpolitik von den 1930er Jahren an die Herstellung von „Übersichtlichkeit“ und „Ordnung“ zum Zwecke der Sowjetisierung und Gewährleistung russischer Dominanz, so hielten die Staaten des Moskauer Hegemonialbereichs im Kalten Krieg in aller Regel an ihren nationalen Traditionen in der Minderheitenpolitik fest. Lediglich in der Periode des Spätstalinismus wurden Versatzstücke stalinscher Nationalitätenpolitik mechanisch und temporär übertragen – etwa in Rumänien, wo der ungarischen Minderheit vorübergehend Territorialautonomie gewährt wurde.⁷ Ganz anders hingegen Polen unter Bolesław Bierut, wo zur Erhöhung ethnischer Homogenität die Deutschen vertrieben, die Ukrainer binnenzwangsumgesiedelt und die Kaschuben unter Polonisierungsdruck gesetzt wurden.⁸

Ein in mehrfacher Hinsicht extremer Fall war das kommunistische Bulgarien und seine Politik gegenüber muslimischen Minoritäten. Während die Zahl der türkischsprachigen Muslime in den 1950er bis 1970er Jahren durch Aussiedlungsabkommen mit der benachbarten Türkei reduziert werden sollte – was auf-

⁵ Rudolf A. Mark, *Die Völker der Sowjetunion*. Ein Lexikon, Opladen 1989.

⁶ Detlef Brandes/Holm Sundhaussen/Stefan Troebst (Hg.), *Lexikon der Vertreibungen*. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts, Wien/Köln/Weimar 2010.

⁷ Brigitte Mihók, *Die rumänische Nationalitätenpolitik seit 1945*. In: *Südosteuropa*, 1990, 39, S. 204–221.

⁸ Michael Fleming, *Communism, Nationalism and Ethnicity in Poland, 1944–50*, London/New York, NY 2010.

grund der dramatischen Unterschiede in der Geburtenrate nicht gelang –, sollten die Pomaken, d. h. bulgarischsprachige Muslime, mit Brachialgewalt säkularisiert werden, z. B. durch das Verbot der Beschneidung, der Bestattung auf Holzbahnen, des Tragens von Schleier und Pluderhosen usw. Auch dabei waren die Erfolge mehr als bescheiden.⁹ 1984 traf das Politbüro der Bulgarischen Kommunistischen Partei dann die erratische Entscheidung, sämtlichen türkischsprachigen Staatsbürgern – und das waren knapp 900 000 bzw. 10 Prozent der Bevölkerung – anstelle ihrer arabisch-muslimischen Vor-, Vaters- und Nachnamen bulgarisch-christliche Namensformen zu oktroyieren. Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit der Herstellung der besagten „einheitlichen sozialistischen bulgarischen Nation“ als Vorstufe einer „kommunistischen Nation“.¹⁰ Zwar gelang die massenhafte Namensänderung mit einem massiven Einsatz von Miliz, Staatssicherheit, Truppen des Innenministeriums und Armee, der Dutzende Tote und Hunderte Verletzte forderte, doch war der somit herbeiadministrierte Dauerkonflikt zwischen dem Regime und der großen türkischen Minderheit mittelfristig nicht steuerbar. Im Zuge einer breiten Protestwelle bulgarischer Türken im Frühjahr 1989 entschloss sich die Hardlinerfraktion im Politbüro daher zur gezielten Schaffung einer Fluchthysterie bei gleichzeitiger Öffnung der Grenzen zur Türkei. Binnen weniger Woche verließen 370 000 türkischsprachige Bulgaren Hals über Kopf das Land Richtung Istanbul.¹¹ International wie intern war die Führung um Partei- und Staatschef Todor Živkov nun so diskreditiert, dass sie am 10. November 1989 einer Riege von Reformkommunisten Platz machen musste. Bemerkenswert bezüglich der brutalen ethnischen Homogenisierungspolitik war die internationale Reaktion darauf: Während die Sache im Westen als „Familienstreit“ innerhalb des Ostblocks betrachtet wurde, in den man sich tunlichst nicht einmischen sollte, führte der Živkovsche Alleingang zum De-facto-Bruch mit Moskau, wo jetzt Michail Gorbatschov das Sagen hatte.¹²

⁹ Ulrich Büchsenschütz, Minderheitenpolitik in Bulgarien. Die Politik der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken 1944–1989, Berlin 1997, verfügbar unter: <http://epub.ub.uni-muenchen.de/554/1/buechenschuetz-minderheiten.pdf> [12.2.2014].

¹⁰ Stefan Troebst, Zum Verhältnis von Partei, Staat und türkischer Minderheit in Bulgarien 1956–1986, in: Roland Schönfeld (Hg.), Nationalitätenprobleme in Südosteuropa, München 1987, S. 231–253.

¹¹ Vassil Vassilev, Nationalismus unterm Roten Stern. Vorgeschichte, Durchführung und Auswirkungen der Namensänderungskampagne 1984–89 gegenüber der türkischen Minderheit in Bulgarien, Zürich/Münster 2008.

¹² Stefan Troebst, Bulgarien 1989: Gewaltarmer Regimewandel in gewaltträchtigem Umfeld, in: Martin Sabrow (Hg.), 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen 2012, S. 356–383.

SEPARATISTISCHES NATION-BUILDING

Die beiden prominentesten Fälle separatistischen Nation-Buildings sind zweifelsohne das Projekt einer Nation der Moldauer in der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik, wie sie 1940 gegründet wurde, sowie die administrativ bewerkstelligte Gründung einer Nation der Makedonier in der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien von 1944 an. Beide Großprojekte zielten auf die Abspaltung einer auf dem jeweils eigenen Territorium ansässigen Bevölkerung von benachbarten Nationalstaaten nicht nur in politisch-administrativem, sondern gerade auch in ethnonationalem Sinne – im moldauischen Fall von Rumänien und den Rumänen und im makedonischen von Bulgarien und den Bulgaren. Bei näherer Betrachtung beruhten beide Vorhaben stärker auf Abgrenzung denn auf Identifikation. Dies galt vor allem für das moldauische Nationsbildungsprojekt, das sich nur auf eine sehr dünne historische Traditionslinie berufen konnte. Auch bestand hier das Dilemma weitgehender sprachlicher Gleichheit, sodass das Neue an der neuen Nationalsprache Moldauisch gegenüber dem Rumänischen nicht Grammatik, Lexik, Phonetik o. Ä., sondern das Alphabet war – kyrillisch statt lateinisch.¹³ Die Konstrukteure der makedonischen Nation profitierten hingegen von einer relativ großen dialektalen Kluft zwischen der bulgarischen Standardsprache und dem eigenen regionalen Idiom, wie sie sich überdies auf eine zwar kurze, aber doch programmatisch ausformulierte Eigenständigkeitstradition berufen konnte. Dennoch wussten die Makedonier vor 1944 wesentlich genauer, wer sie nicht sein wollten, nämlich keine Serben, Bulgaren, Griechen oder Albaner, als wer sie sein bzw. wie sie heißen wollten. Ersatzweise nannten sie sich „Hiesige“, „Unsrige“, „Christen“, „Bauern“ oder „Rechtgläubige“. Da im makedonisch-bulgarischen Fall Grammatik, Lexik und Phonetik hinreichend unterschiedlich waren, konnte es beim selben – kyrillischen – Alphabet belassen werden, jedoch unter Einfügung bzw. Streichung einiger Buchstaben.¹⁴ In beiden Fällen, der moldauischen wie der makedonischen Nationsbildung, waren jedoch die Konstruktion einer möglichst weit in die Vergangenheit zurückreichenden Nationalgeschichte sowie das Anfertigen, sprich: Schreiben einer Nationallite-

¹³ Vasile Dumbrava/Cașu Igor, Die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (1944–1991), in: Klaus Bochmann u. a. (Hg.), Die Republik Moldova. Republica Moldova. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 98–108; Klaus Bochmann, Die Staatssprache – „Moldauisch“ oder „Rumänisch“?, in: ebenda, S. 609–616.

¹⁴ Stefan Troebst, Makedonische Antworten auf die „Makedonische Frage“ 1944–1992: Nationalismus, Republikgründung und nation-building in Makedonien, in: Südosteuropa, 1992, 41, S. 423–442.

ratur erforderlich. Beides wurde innerhalb eines Jahrzehnts bewerkstelligt. Ein Problem war allerdings die Frage nach einer eigenen Nationalkirche: Eine solche wurde im makedonischen Fall 1958 mittels Abspaltung von der Serbischen Orthodoxen Kirche gegründet – im moldauischen hingegen nicht. Hier blieb die regionale Kirchenorganisation unter der Zugehörigkeit zur Russisch-Orthodoxen Kirche des Patriarchen in Moskau.

Bezeichnenderweise waren beide Projekte, das moldauische und das makedonische, „von oben“ wie von außen initiiert, also von Moskau und Belgrad. Hingegen endete ein eigeninitiativ unternommener Vorstoß, nämlich der Plan des SED-Chefs Walter Ulbricht zur Proklamierung einer „sozialistischen deutschen Nation der DDR“ (in Abgrenzung zur „kapitalistischen deutschen Nation der BRD“) um 1971 erfolglos: Weder unterstützte die sowjetische Führungsmacht das Vorhaben noch gab es in der DDR ein positives Echo. Selbst SED-Ideologen bemängelten, dass das Ulbrichtsche Nationsbildungsprojekt die „westdeutsche Arbeiterklasse im Stich lasse“,¹⁵ sie gleichsam dem Monopolkapitalismus ausliefere. Unter Honecker reduzierte das Regime in seiner Propaganda dann die Bezüge auf Nation, Deutschtum und Deutschland und benutzte neutralere Formeln wie „unsere Republik“ oder „unser sozialistischer Staat“ bzw. „die friedliebende Bevölkerung der DDR“ oder „unsere Menschen“. Das Spannungsverhältnis zu vor dem Mauerbau geprägten sowie danach beibehaltenen Bezeichnungen wie *Neues Deutschland* (als Titel des Parteiorgans) oder Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, gar Deutsche Reichsbahn oder Deutsche Post, wurde damit nur noch offenkundiger.

SUPRANATIONALE KONZEPTIONEN

Es ist kein Zufall, dass die 1991 unabhängig gewordenen Nationalstaaten Moldova und Makedonien aus Föderationen hervorgingen, in denen sie Teilrepublikstatus genossen. Die drei kommunistischen Bundesstaaten Sowjetunion, Jugoslawien und (ab 1969) Tschechoslowakei waren dann auch diejenigen, die supranationale Konzeptionen unterschiedlicher Prägekraft entwickelt haben. Dabei konnten die beiden Letztgenannten an nicht kommunistische Vorläuferstaaten anknüpfen. Sowohl die Tschechoslowakische Republik der Jahre 1918 bis 1939 und erneut von 1945 bis 1948 als auch das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

¹⁵ Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler, *Der Flop mit der DDR-Nation 1971. Zwischen Abschied von der Idee der Konföderation und Illusion von der Herausbildung einer sozialistischen deutschen Nation*, Berlin 1991.

– ab 1929 Königreich Jugoslawien – hatten mit den Konstrukten Tschechoslowakismus und Süd- bzw. Jugoslawismus experimentiert, im letztgenannten Fall mit der Formel eines „dreinamigen Volkes“ (*troimeni narod*), bestehend aus Serben, Kroaten und Slowenen – in beiden Fällen allerdings mit geringem Erfolg.¹⁶ Dazu waren die Hegemonialnationen von Tschechen und Serben jeweils zu dominant. Während der Tschechoslowakismus auch unter kommunistischen Vorzeichen unbedeutend blieb und der Jugoslawismus nach einem durch die Zunahme von interethnischen Eheschließungen bedingten Aufschwung in den 1950er und 1960er Jahren an Dynamik verlor, machte die Sowjetunion unter Leonid Brežnev Ende der 1970er Jahre einen supranationalen Anlauf. Zwar gab es bereits unter Stalin und Chruščëv das Ideologem, die „Völkerfreundschaft“ (*družba narodov*) innerhalb des sowjetischen Staatsverbandes bewirke eine „Annäherung der Völker“ (*sbliženie narodov*), was im Endstadium des Kommunismus in einer „Völkerverschmelzung“ (*slijanie narodov*) resultieren würde. Doch ging es Brežnev mit seinem Konzept des „Sowjetvolks“ (*sovetskij narod*) nicht so sehr um ein ethnisch integriertes Ganzes, als vielmehr um ein ideologisch-klassenmäßiges Konzept, um eine „neue historische Menschengemeinschaft“. Dieses gattungsmäßig noch nie da gewesene Kollektiv sollte allerdings selbstredend das Russische als „Sprache der Freundschaft und der Zusammenarbeit der Völker der Sowjetunion“ benutzen, zu möglichst großen Teilen in der KPdSU organisiert sein und ethnonationale Identifikationsmuster aus dem öffentlichen Raum in die Privatsphäre verlegen. Entsprechend stieß Brežnevs Sowjetvolk-Idee in den ukrainischen, baltischen, kaukasischen und zentralasiatischen Sowjetrepubliken auf gebremste Zustimmung, partiell gar auf offenen Widerstand, sodass sie im Zuge der Krise der 1980er Jahre klammheimlich in der Versenkung verschwand.¹⁷

SPÄTFOLGEN

Wie sehen die Spätfolgen der skizzierten kommunistischen Nations- und Supranationskonstruktionen aus? Am deutlichsten sichtbar sind sie in den seit 1991 unabhängigen Staaten Moldova und Makedonien mit ihren Titularnationen von Moldauern und Makedoniern. Beide Staaten sind in ihrer Geschichtspolitik dar-

¹⁶ Hans Lemberg, Der Versuch der Herstellung synthetischer Nationen im östlichen Europa im Lichte des Theorems vom Nation-Building, in: Eva Schmidt-Hartmann (Hg.), Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien, München 1994, S. 145–161.

¹⁷ Boris Lewytkyj, „Sovetskij narod“ – „Das Sowjetvolk“. Nationalitätenpolitik als Instrument des Sowjetimperialismus, Hamburg 1983.

um bemüht, das Stigma ihrer „kommunistischen Empfängnis“ durch die Konstruktion von Traditionslinien in die fernere Vergangenheit loszuwerden – im moldauischen Fall durch Bezüge auf das Mittelalter, im makedonischen gar bis in die Antike, ins vierte vorchristliche Jahrhundert zu Alexander dem Großen, der auf Makedonisch Alexander der Makedonier heißt. Zwar ist in beiden Fällen der Anteil derjenigen, die frühere nationale Identifikationsmuster bevorzugen – also „Rumäne“ bzw. „Bulgare“ – gering, doch ist die Bereitschaft zur Akzeptanz der neuen separatistischen Nachbarstaaten seitens Rumäniens und Bulgariens und deren Titularnationen niedrig. Dass man als EU-Mitglied mit Blick auf die Gegenwart und auch auf die Zukunft besser nicht von einer Revision der Staatsgrenzen sprechen sollte, ist zwar in Sofija wie Bukarest Konsens, doch umso heftiger sind die rumänisch-moldauischen und bulgarisch-makedonischen Kontroversen, wenn es um die Vergangenheit geht. „Wir akzeptieren eure Existenz als Staat und in Gottes Namen auch als Nation“, so die patronisierende Sichtweise dort, „aber nicht eure nationale Meistererzählung, also das Konstrukt eurer Nationalgeschichte.“ Dies hindert allerdings weder Rumänien noch Bulgarien daran, Hunderttausenden von Moldauern und Makedoniern unbürokratisch die rumänische bzw. bulgarische Staatsbürgerschaft zu verleihen – und sie damit nicht nur zu Rumänen und Bulgaren, sondern auch zu EU-Bürgern zu machen.

Während supranationale Konstruktionen kommunistischer Art höchstens noch für China eine gewisse Bedeutung haben, hat das Identitätsmanagement der Europäischen Union von der Vorstellung einer neuen Kollektivität von Unionseuropäern bislang wohlweislich Abstand genommen. Brežnevskhes Denken spielt allerdings in gewissem Umfang eine Rolle für das Selbstverständnis der Russländischen Föderation Vladimir Putins, genauer für das Spannungsverhältnis zwischen Russentum (*russkost'*) und Russländertum (*rossijskost'*). Ist das Russland der Gegenwart der Nationalstaat der Russen, in dem auch nicht russische Minderheiten leben oder nicht vielmehr ein multiethnisch-imperiales Gebilde in der Nachfolge von Zarenreich und Sowjetunion? Vjačeslav Nikonov, Berater des damaligen Präsidenten Dmitrij Medvedev, hat 2010 in einem programmatischen Text diesen beiden Alternativen noch eine dritte hinzugefügt: nämlich diejenige, dass Russland mit seinen 135 ethnischen Gruppen sich auch als qualitativ gänzlich „neue historische Gemeinschaft“ definieren könnte – gemäß der kommunistischen Sowjetvolk-Doktrin der 1970er Jahre.¹⁸

¹⁸ Vjačeslav Nikonov, Ideja našej nacii [Die Idee unserer Nation], in: *Izvestija*, Nr. 246/247 (28261) vom 30. Dezember 2010/10. Januar 2011, S. 7, verfügbar unter: <http://izvestia.ru/news/369895> [12.2.2014].

Schließlich sei auf einen Umstand verwiesen, der gleichfalls als Spätfolge kommunistischer Nationskonstruktion gedacht werden kann. Gemeint ist das unmittelbar nach dem Epochenjahr 1989 erfolgte Auftreten politischer Akteure bzw. „ethnischer Unternehmer“, die sich als Sprecher „neuer“ Nationen ausgaben – und zwar nicht zufällig vor allem in den hier genannten Regionen des östlichen Europa. Dies gilt für die Ägypter in Makedonien, Kosovo und Serbien,¹⁹ für das „Volk Transnistriens“ im separatistischen Ostteil Moldovas,²⁰ für die „mährische Nation“ in der ČSFR und der Tschechischen Republik sowie vor allem für die Russinen in der Ukraine, aber auch in der Slowakei, Ungarn und Serbien.²¹ Die Vorstellung, neue Nationen mittels politischer Mobilisierung konstruieren zu können, wirkt hier bis heute fort, allerdings mit bescheidenem Erfolg. Im Falle der „Mährer“ war die Forderung nach Eigenstaatlichkeit ein kurzfristiges Resultat der „samtenen Scheidung“ der Tschechen von den Slowaken, und in demjenigen der „Transnistrier“ dürfte sie sich mit der absehbaren Wiedereingliederung des östlichen Dnjestr-Ufers in die Republik Moldova verflüchtigen. Das sowjetische Nationsbildungsprojekt der Moldauer hingegen nimmt sich gleich dem jugoslawischen der Makedonier als irreversibel aus. Insofern reichen kommunistische Nationskonstruktionen weit über das „kurze 20. Jahrhundert“ hinaus.

¹⁹ Zuzana Finger, Ägypter, in: Detlef Brandes/Holm Sundhausen/Stefan Troebst (Hg.), *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 23–24.

²⁰ Stefan Troebst, The „Transdnestrian Moldovan Republic“, 1990–2002: From Conflict-Driven State-Building to State-Driven Nation-Building, in: *European Yearbook of Minority Issues*, 2002/03, 2, S. 5–30.

²¹ Stefan Troebst, Regionalismus und Autonomiestreben im Ostmitteleuropa der Nach-„Wende“-Zeit. Mährer und Russinen im Vergleich, in: Heinz-Dietrich Löwe/Günther H. Tontsch/Stefan Troebst (Hg.), *Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 67–104.

DIETRICH BEYRAU

Chaos und Ordnung durch Planung: Der sowjetische Fall

I VISIONEN DER HOCHMODERNE

Im Vordergrund der meisten Beiträge in diesem Band stehen Bevölkerungspolitiken nationalistischen und rassistischen Zuschnitts. Daran hatte auch die Sowjetunion ihren Anteil, wie die Ausführungen von Stefan Troebst und Piotr Madajczyk zeigen. Aber sowjetische Sozialplanung im weiteren Sinne ging weit darüber hinaus. Sie folgte insgesamt anderen Vektoren, auch wenn es einige Ansatzpunkte gab, die sie mit Planungen in anderen Ländern verbanden. Dazu gehört – wie auch anderswo – die Diagnose von Fehlentwicklungen, die an der kapitalistischen Industrialisierung und Kommerzialisierung festgemacht und sozial oder auch biologisch gedeutet wurden. Dieser manchmal als Katastrophe diagnostizierte Befund ging einher mit der Annahme, unter Zeitdruck Fehlentwicklungen korrigieren oder durch Interventionen grundlegend verändern und umsteuern zu können.¹

¹ Lutz Raphael, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaften im NS-Regime, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2001, 27, S. 5–40; Wolfgang Hardtwig (Hg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der

Die totalitären Diktaturen inner- und außerhalb Europas folgten diesem Muster und glaubten, ihre Zukunftsvisionen und Planungen unter Zeitdruck gegen alle Widerstände mit Gewalt durchsetzen zu müssen. Im russisch-sowjetischen Fall gingen sie aus von einer als rückständig, wenn nicht gar als „asiatisch“ wahrgenommenen Gesellschaft Russlands.² Sie sollte durch revolutionäre Gewalt verändert werden. Man folgte hierbei sozialrevolutionär imprägnierten Visionen, die manchmal implizit, manchmal explizit auch dystopische Züge enthalten konnten.³ Im russisch-sowjetischen Fall dominierten Visionen und utopische Vorstellungen in der Tradition der Aufklärung. Hier ging es weniger um mehr oder minder romantische, rückwärtsgewandte Idyllen im Sinne von Gemeinschaft oder – slavophil – von der „Symphonie“ zwischen Staat, Kirche und Volk als vielmehr um Vorstellungen von rational, widerspruchsfrei und herrschaftsfrei organisierten Arbeits- und Sozialbeziehungen.⁴ Obwohl in den Visionen und in der Rhetorik der Bolschewiki perspektivisch Aspekte von Herrschaft und Macht camouffiert wurden, war es eine diktatorisch verordnete Steuerung und Planung, die zum alles bestimmenden Faktor sowjetischer Transformation werden sollte. Die Bolschewiki stellten sich anders, als sie vorgaben und vielleicht auch dachten, in die russische Tradition absoluter Herrschaft. Anstelle von Freiheit und Glück des Individuums hatten schon seit Peter I. der wohlgeordnete Staat, notfalls auch eine gewalttätige Zivilisierung, Standardisierung, Kontrolle und Steuerung der Untertanen und die „Lesbarkeit“ des Raumes im Vordergrund gestanden. Es ist allerdings keine russische Besonderheit, dass Gesellschaft und Raum transparent sein sollten, nicht aber die Herrschaft, die sich in der Regel als Arkanum, als undurchschaubare, geheime Sphäre präsentierte, die mit der Bevölkerung über Rituale und Befehle kommunizierte.

1917/18 koexistierten unter den Bolschewiki und ihrem Anhang inkonsistente, anarchische und diktatorische Vorstellungen, wie Gesellschaft bzw. das Prole-

Zwischenkriegszeit, München 2003; Lutz Raphael (Hg.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln 2012.

² Claudio S. N. Ingerflom, *Lenin Rediscovered, or Lenin Redigued?*, in: *Kritika*, 2009, 10, 1, S. 139–169, hier S. 146–154.

³ Leonid Heller/Michel Niqueux, *Histoire de l'utopie en Russie*, Paris 1995, S. 191–192, 222–226.

⁴ Marc Raeff, *The Well-Ordered Police State. Social and Institutional Change in the Germanies and Russia 1600–1800*, New Haven/Conn. 1983; Klaus Gestwa, *Der Blick auf Land und Leute. Eine historische Topographie russischer Landschaften im Zeitalter von Absolutismus, Aufklärung und Romantik*, in: *Historische Zeitschrift*, 2004, 279, S. 63–125; Heller/Niqueux, *Histoire*, S. 136–142, 197–213.

tariat und die Bauernschaft sich selbst organisieren sollten oder zu funktionieren hätten. Die verbreiteten Vorstellungen von Sowjetdemokratie vereinigten in sich alle Widersprüche eines „absolutisme populaire“. Er kombinierte mühelos Gewalt, Demokratie und Diktatur, so wenn von der „Diktatur der Demokratie“ die Rede war.⁵ Auch im Denken Lenins brachen sich diese Widersprüche, wenn er einerseits 1917 von der unmittelbaren Herrschaft des Proletariats fantasierte und andererseits 1918 ausgerechnet die deutsche Kriegswirtschaft als zukunftssträchtiges Modell empfahl. In den 1920er Jahren sollte es allerdings durch den „sovetskij amerikanizm“ abgelöst werden, d. h., Technik, Industrie, Landwirtschaft und das amerikanische Arbeitsethos galten nun als vorbildhaft und nachahmenswert.⁶

James C. Scott ordnet den sowjetischen Fall, vornehmlich mit Blick auf die Kollektivierung der Landwirtschaft, einem Typus zu, den er „high modernism“ nennt.⁷ Dieser komme vornehmlich in Ländern mit einer schwach entwickelten oder zerstörten Zivilgesellschaft zur Geltung, die sich einer nachholenden Modernisierung verschrieben hätten. Diese Gesellschaften könnten sich nicht gegen Transformationsentwürfe wehren, die in Amts- und Gelehrtenstuben entwickelt und mit staatlicher Gewalt durchgesetzt würden. Der sowjetische Fall gilt ihm als paradigmatisch für „high modernism“. Fixiert auf die Periode Lenins und Stalins wird dabei übersehen, dass die sowjetische Planung sowohl die extrem gewalttätigen Phasen unter Lenin und Stalin kannte als auch die paternalistisch-administrative und evolutionäre Phase nach 1953. Allerdings schuf auch diese zweite Phase nicht den „wohlgeordneten“ Sozialismus, sondern eher nicht intendierte oder gar unerwünschte Nebeneffekte. Dazu gehörten statt rationaler Planung die Entstehung eines politisch immer weniger kontrollierten „administrativen Marktes“,⁸ dazu gehörten Verschleiß und Verschwendung, ökologische Katastrophen, Atomunfälle, eine Schattenwirtschaft und Alkoholismus. Viele Formen von Demoralisierung waren zu sehen, also

⁵ Marc Ferro, *Des soviets au communisme bureaucratique. Les mécanismes d’une subversion*, Paris 1980; Boris I. Kolonickii, *Antibourgeois Propaganda and Anti-„Burzhui“ Consciousness in 1917*, in: *The Russian Review*, 1994, 53, 2, S. 183–196.

⁶ Hans Rogger, *Amerikanizm and the Economic Development of Russia*, in: *Comparative Studies in History and Society*, 1981, 23, 3, S. 382–420.

⁷ James C. Scott, *Seeing like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*, New Haven/London 1998, S. 3, 5, 6.

⁸ Simon Kordonskii, *The Structure of Economic Space in Post-Perestroika Society and the Transformation of the Administrative Market*, in: Klaus Segbers/Stephan De Spiegeleire (Hg.), *Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, Bd. 1–4, Baden-Baden 1995, Bd. 1, S. 83–120

neue Varianten von Unordnung und gesellschaftlichem Durcheinander, die die Planung eigentlich hatte eliminieren sollen.⁹

In diesem Beitrag werden die Aspekte von Planung im Vordergrund stehen. Eine historisch angemessene Darstellung der Entwicklung der sowjetischen Planung wird allerdings immer die unintendierten Folgen in den Blick zu nehmen haben. Seit der Staat – keineswegs nur in der UdSSR – plant, kämpfen er und seine Bewohner mit den Irrtümern von Planung und ihren unvorhersehbaren und nicht beabsichtigten Folgen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, ihr in der Katastrophe endender Umbau (*katastrojka*), ist hierfür ein spektakuläres Beispiel. Mein Beitrag wird folgende Themen ansprechen:

1. das Verhältnis zwischen politischen Generalisten (Bolschewiki) und Experten
2. Planung und Machtökonomie
3. Bevölkerungspolitik und Raumerschließung vor und nach 1945.

II WISSEN UND PLANUNG

Für die Geschichte der bolschewistischen Partei und der Sowjetunion ist das Konzept der Partei als Avantgarde des Proletariats von zentraler Bedeutung. Avantgarde zu sein, beinhaltet den Anspruch revolutionärer Intellektueller, die „Gesetzmäßigkeiten“ von Gesellschaft und Politik zu kennen, auch zu wissen, wie das immer zu „trade unionism“, zu gewerkschaftlicher Borniertheit neigende Proletariat geführt werden müsse. Zum Avantgardekonzept gehörte außerdem die Annahme eines besonderen Charakters des Proletariats, seines Klasseninstinkts und seiner Spontaneität, die durch das Wissen der Avantgarde in die richtigen Bahnen gelenkt werden müsse.¹⁰

Das Konzept der Avantgarde blieb uneindeutig. In der politischen Praxis vor allem des Bürgerkriegs transformierte und perpetuierte es zugleich Formen und

⁹ Zur sowjetischen Geschichte vgl. Gottfried Schramm/Stefan Plaggenborg (Hg.), Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. III, Bd. V, Stuttgart 1983–2005; Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998; Dietrich Beyrau, Petrograd 25. Oktober 1917. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus, München 2001; John Keep, Last of the Empires. A History of the Soviet Union 1945–1991, Oxford/New York 1996.

¹⁰ Alain Besançon, Les origines intellectuelles du léninisme, Paris 1977; Igal Halfin, From Darkness to Light. Class, Consciousness and Salvation in Revolutionary Russia, Pittsburgh/Pa. 2000; Anna Krylova, Beyond the Spontaneity-Consciousness Paradigma: „Class Instinct“ as a Promising Category of Historical Analysis, in: *Slavic Review*, 2003, 62, 1, S. 1–23.

Techniken autoritärer und diktatorischer Herrschaft, die sich mit ihrem besonderen Wissen legitimierte. Damit blieb allerdings der Anspruch verbunden, wie es in der Parteisprache hieß, nicht „die Verbindungen zu den Massen“ zu verlieren, d. h., das Proletariat bzw. die Werktätigen zu mobilisieren, zu gesellschaftlicher Aktivität im Sinne der Partei zu animieren. Enthusiasmus und Simulation – in der Sprache der Zeit: Maskierung – waren in der Praxis angesichts der allgegenwärtigen Gewalt und Gewaltdrohung oft nicht mehr zu unterscheiden.¹¹

Die bolschewistische und später die sowjetische Eigenart dieser permanenten – realen und simulierten – Mobilisierung bestand in der Kombination von Steuerung, „Planung“ und geforderter Spontaneität. Damit waren besondere Ansprüche an die Parteimitglieder verbunden. Bis in die Zeit Chruschtschows hatten sie sich ständig selbst zu erziehen und ihr Innerstes nach außen zu kehren, um sich dem Ideal des neuen Menschen anzunähern.¹² Später genügten gelegentliche Loyalitätsbekundungen und die Teilnahme an Kampagnen. Die zunehmende Ritualisierung des Parteilebens war insbesondere für Parteifunktionäre mit gestuften Privilegien verbunden. Das einst unverhüllt diktatorische Konzept der Avantgarde transformierte sich in die „führende Rolle der Partei“ im „Staat des gesamten Volkes“ (Parteiprogramm von 1961). In diesen Wandlungen seit den 1950er Jahren brachen sich auch Veränderungen in den Planungen. An die Stelle der utopischen Visionen und revolutionären „Sprünge“, die den chinesischen „Volkskommunen“ überlassen wurden, traten evolutionäre Methoden des „realen Sozialismus“, der das Ziel des Aufbaus des Sozialismus zwar nicht aus den Augen verlor, dafür aber auf offene Gewalt und massenhafte Repressalien glaubte verzichten zu können.

Organisatorisch wurde das Avantgardekonzept von Stalin in der Weise umgesetzt, dass die Partei(-führung) als „Orden“, als kämpfender Verband und später gar als Armee mit Generälen, Offizieren und Unterführern vorgestellt wurde. Politik wurde als die Umsetzung höheren, nicht hinterfragbaren Wissens legitimiert, unter Stalin nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und (Kadaver-)Gehorsam gedeutet und so auch auf Leben und Tod exekutiert. Stalins Despotie wurde abgelöst durch die Herrschaft einer Partei-Oligarchie mit dem Parteivolk

¹¹ Sheila Fitzpatrick, *Tear off the Masks! Identity and Imposture in Twentieth-Century Russia*, Princeton/Oxford 2005; Dietrich Beyrau, *Ketman oder „Worte sind Masken“*, in: Heidrun Hamersky u. a. (Hg.), *Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute*. Festschrift f. W. Eichwede, Stuttgart 2007.

¹² Derek Müller, *Der Topos des neuen Menschen in der russischen und sowjetrussischen Geistesgeschichte*, Bern 1988; Yinghong Cheng, *Creating the „New Man“*. From Enlightenment Ideals to Socialist Realities, Honolulu 2009, S. 20–47.

als Resonanzboden für Entscheidungen und gelegentlich als Mobilisierungreserve. Die weitere Bevölkerung simulierte in rituellen Wahlen „Sowjetdemokratie“ und durfte sich in „Volksdiskussionen“, wie z. B. über die Verfassungen von 1936 und 1977, äußern und Beschwerdebriefe an die Parteiführung und die Zeitungen schreiben. Dies konstituierte die „Verbindungen zu den Massen“, in der Sprache Lenins: Spontaneität.¹³

Mit der Doktrin der Partei als Avantgarde blieb auch nach Stalin der Anspruch auf ein besonderes Wissen und eine herausgehobene Handlungskompetenz verbunden. Sie konnte, wie die Erfahrung zeigte, mit offener Gewalt oder durch subtilere Mittel administrativen und sozialen Drucks behauptet werden. Diese Einstellung realisierte sich auch auf anderen Wissensfeldern jenseits von Politik, wie in der Kultur oder auch in manchen Feldern der Natur- und Lebenswissenschaften. Am folgenschwersten war hier sicherlich die Durchsetzung der Agrobiologie des Trofim Lysenko gegen den Widerstand der Biologen und Genetiker.¹⁴

Auch das öffentliche Reden blieb nicht frei vom Zwang administrativer Sanktionen und manchmal auch offenerer Gewalt. In den Diskursen der Macht und ihrer Diffusion in andere Bereiche entfalteten sich eine hermetische, oft ritualisierte Sprache und ein System von „Signalen“ an das Parteivolk und die weitere Bevölkerung. So uneindeutig wie die Semantiken der Macht waren auch die Funktionen und Möglichkeiten des standardisierten Redens. Es gab die Deutung von Realität vor, steuerte Verhalten, gab Zukünftiges als bereits realisiert aus und camouffierte nicht zuletzt Konflikte und Widersprüche. Es ging hierbei um sehr viel mehr als um Zensur und Selbstzensur. Offizielles und zunehmend öffentliches Reden diente neben der Legitimation amtlicher Entscheidungen mehr noch als Handlungsimperativ für das Parteivolk und die Bevölkerung. Sprache und Signale hatten mithin auch eine performative, die Persönlichkeit transformierende Funktion. Sie lief auf eine Umerziehung und Neuformierung des Menschen hinaus. Parteiversammlungen in den 1920er bis in die 1950er Jahre übernahmen unter dem Schlagwort von Kritik und Selbstkritik oft die Funktion der Selbstreinigung, der Selbstentblößung, Beschämung und Umerziehung. Auch manche Schriftsteller ermächtigten sich

¹³ J. Arch Getty, *State and Society Under Stalin: Constitutions and Elections in the 1930s*, in: *Slavic Review* 1991, 50, 1, S. 18–35; Hans-Henning Schröder, „Lebendige Verbindung mit den Massen“. Sowjetische Gesellschaftspolitik in der Ära Chruschtschow, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1986, 34, S. 523–560; Jeffrey Brooks, *Thank you, Comrade Stalin. Soviet Public Culture from Revolution to Cold War*, Princeton/N. J. 2000.

¹⁴ Shores A. Medwedjew, *Der Fall Lyssenko. Eine Wissenschaft kapituliert*, Hamburg 1971; David Joravsky, *The Lysenko Affair*, Cambridge/Mass. 1970; Valery N. Soyfer, *Lysenko and the Tragedy of Soviet Science*, New Brunswick/N. J. 1994.

als „Ingenieure der Seele“.¹⁵ In den Wissenschaften etablierten sich Formen des Diskurses, wie sie sich seit den 1920er Jahren in der Partei durchgesetzt hatten. Da sie einem absoluten Wahrheitsanspruch unterlagen, konnten sie notfalls durch ein Machtwort Stalins oder anderer politischer Autoritäten entschieden werden.¹⁶

Seit den 1960er Jahren beschränkten sich die politisch-ideologischen Ansprüche an die Sowjetbürger auf nach außen hin demonstrierte Konformität, z. B. in der Verurteilung des Imperialismus oder der inneren „Abtrünnigen“ (*otscepen-cy*). Die öffentliche Rede gehorchte den Standards eines inzwischen liturgischen Marxismus-Leninismus. So wurden auf den Parteitag die historischen Erfolge des Sozialismus zelebriert, ein sorgfältig austariertes Gleichgewicht von Selbstkritik und Selbstlob praktiziert. Aber an der Fiktion einer widerspruchsfreien, „gesetzmäßigen“ und planvoll gesteuerten Entwicklung des realen Sozialismus und der Formierung einer sozialistischen Persönlichkeit wurde festgehalten. Die Beschlüsse des Parteitages mussten dann in den örtlichen Gremien immer von Neuem „diskutiert“, d. h. paraphrasiert und memoriert werden¹⁷

III PLANUNG OHNE EXPERTISE

Wie das Avantgardekonzept in der Praxis ausgeübt werden würde, war aber nicht von vornherein festgelegt und unterlag unterschiedlichen, manchmal abrupten Wechseln. Obwohl die Bolschewiki rechthaberisch für sich ein allgemeines Wissen in Anspruch nahmen, konnten sie nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass sich die Wissensfelder inzwischen ausdifferenziert hatten und sie vom Expertenwissen der sogenannten bürgerlichen Spezialisten abhängig waren.¹⁸ Im Laufe

¹⁵ Michail Vajskopf, *Pisatel' Stalin*, Moskva 2001; Oleg Kharkhordin, *The Collective and the Individual in Russia. A Study of Practices*, Berkeley/Cal. 1999; Lorenz Erren, Zum Ursprung einiger Besonderheiten der sowjetischen Parteiöffentlichkeit. Der stalinistische Untertan und die „Selbstkritik“ in den dreißiger Jahren, in: Gabor T. Rittersporn u. a. (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs*, Frankfurt am Main 2003, S. 131–163.

¹⁶ Sheila Fitzpatrick, *The Cultural Front. Power and Culture in Revolutionary Russia*, Ithaca/London 1992; Alexei Kozhevnikov, *Rituals of Stalinist Culture at Work: Science and the Games of Intraparty Democracy circa 1948*, in: *Russian Review*, 1998, 57, 1, S. 23–52.

¹⁷ Lubomir Sochor, *Beitrag zur Analyse der konservativen Elemente in der Ideologie des realen Sozialismus (= Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Nr. 4)*, Köln 1984; Alfred Evans, *The Decline of Developed Socialism? Some Trends in Recent Soviet Ideology*, in: *Soviet Studies*, 1986, 38, S. 1–23; Francoise Thom, *La langue de bois*, Paris 1987; Alexei Yurchak, *Everything was forever, until it was no more: The Last Soviet Generation*, Princeton/N. J. 2006.

¹⁸ Als bürgerliche Spezialisten wurden alle Fachleute von den Offizieren über die Ingenieure bis zu den Ärzten bezeichnet.

der Jahrzehnte veränderte sich das Verhältnis zwischen den Experten und der politischen Führung, den politischen Generalisten, auf dramatische Weise. Dies hatte auch erhebliche Folgen für die „gesetzmäßige“ (*zakonomernyj*) Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.¹⁹

Lenin und Trotzki trichterten ihren Parteigenossen immer wieder ein, dass des Bürgerkrieg ohne die Spezialisten nicht gewonnen und der folgende Aufbau der Kommunismus ohne die Mitarbeit der Experten nicht verwirklicht werden kann. Diese Argumentation richtete sich vor allem gegen die Anhänger des Proletkults und der Arbeiteropposition. Daher bedurfte es keines allzu großen Zwangs, um viele Ökonomen, Techniker, Ingenieure und Ärzte für die bolschewistische Sache zu gewinnen. Ihnen gegenüber ließ sich die Partei als Ordnungsmacht und als Erneuerer des imperialen universalen Gedankens russischer Machtstaatlichkeit präsentieren: vom Dritten Rom zur Dritten Internationale. Trotz aller politischen Differenzen zwischen der „Intelligenzija“ und den Bolschewiki gab es daher in den 1920er Jahren manche Berührungspunkte, die eine – wenn auch asymmetrische – Kooperation gestatteten.²⁰ Bei den Planungen im Westen mit radikaler oder reformistischer Zielsetzung ging es um die Neugestaltung oder Korrektur der Industriegesellschaften und ihrer Lebensformen.²¹ Die sowjetische Seite hingegen setzte sich angesichts der Zerstörungen seit dem Ersten Weltkrieg den Wiederaufbau der vergleichsweise bescheidenen industriellen Basis und die Errichtung ganz neuer Industriezweige sowie die forcierte Rationalisierung der Landwirtschaft und nicht zuletzt die Transformation des Alltags (*byt*) zum Ziel. Mit der sowjetischen Planung waren viel tiefere Eingriffe auch in den Alltag verbunden als in den westlichen Gesellschaften, wenn man von den nationalsozialistischen Planungen im Osten Europas während des Zweiten Weltkriegs absieht.

GOELRO, der Staatsplan zur Elektrifizierung Russlands, wie die folgenden Planungen für eine systematische Industrialisierung Russlands, ob „genetisch“ (evolutionär) oder „teleologisch“ (radikal), waren in erster Linie das Resultat von Debatten und Aushandlungsprozessen zwischen den Experten in der Staatsplanbehörde (Gosplan) und in den Industrie- und Agrarverwaltungen. Auf dem XV. Parteitag (Dezember 1927) wurden der erste Fünfjahrplan und die zunächst nur in den Getreideregionen des Südostens geplante Kollektivierung der Land-

¹⁹ Dietrich Beyrau, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993, Kap. 2–4.

²⁰ Kendall E. Bailes, Technology and Society Under Lenin and Stalin, Princeton/N. J. 1978.

²¹ Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielfeld 2009; Martin Kohlrausch u. a. (Hg.), Expert Cultures in Central Eastern Europe: The Internationalization of Nation States since World War I, Osnabrück 2010.

wirtschaft beschlossen. Im folgenden politischen Prozess innerhalb der Partei radikalisierte Stalin mit seinen „uralsibirischen“ Beschaffungsmethoden die Zielsetzungen. Dies geschah gegen den manchmal expliziten Widerspruch der Fachleute. Sie sahen sich im Zuge des „Kulturfeldzuges“ (*kultpochod*) als bürgerliche Spezialisten stigmatisiert, oft wurden sie angeklagt und teils in Schauprozessen, teils im Gefängnis als Verschwörer, Verräter oder Saboteure verurteilt oder auch schon erschossen. In einer zweiten Welle, in der Zeit des „großen Terrors“ 1936 bis 1939, wurden viele von ihnen umgebracht, wenn sie nicht schon vorher umgekommen waren. Das Schwanken der Fachleute zwischen manchmal offenem, manchmal vorsichtigem Widerspruch oder Anpassung schlug sich in einem Bonmot der Zeit nieder: „Man stand lieber für hohe Tempi, als für niedrige zu sitzen.“²²

Der auffälligste Unterschied zum ersten Fünfjahrplan in der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Generalplan Ost ist in der Haltung der Experten zu finden: Die Generation sowjetischer Fachleute, die geholfen hatten, den Fünfjahrplan zu entwerfen, standen der Umsetzung seiner radikalen Version ablehnend gegenüber, unabhängig davon, wie sie sich im Einzelfall verhielten. Auf deutscher Seite hingegen setzten die Experten die vagen Vorstellungen Hitlers und Himmlers in radikale Planungen um, zum Teil jedenfalls aus Überzeugung – „enthusiastisch“ im sowjetischen Sprachgebrauch.²³

Der erste Fünfjahrplan und die Kollektivierung der Landwirtschaft wurden, wie bekannt, als „Klassenkampf“ durchgepeitscht. Die Transformation artete in eine polizeilich-militärische Befriedungsaktion aus und mündete in eine zunehmend bürokratisierte Kommandowirtschaft mit den bekannten Folgen der Deportationen, forcierter Mobilisierung (*orgnabor*), der Entstehung des Gulag und einem ungeheuren Verschleiß an Menschen und Material in den neu entstehenden „Großbauten des Kommunismus“. All diese von Stalin vorangetriebenen Maßnahmen endeten im Chaos, in Terrorkampagnen, in der Verarmung der städtischen und ländlichen Bevölkerung, zuletzt im Hungertod von Millionen von Bauern. Die Planung verschwand in der Planwirtschaft.²⁴

²² Naum Jasny, *Soviet Economist of the Twenties. Names to Be Remembered*, Cambridge 1972; Andrej Petrovič Efimkin, *Dvazdy rehabilitirovannye: N. D. Kondrat'ev, L. N. Jurovskij*, Moskva 1991, Zitat S. 119: „Lucse stojat' za vysokie tempy, cem sidet' za nizkie.“

²³ Dietrich Beyrau, Einführung, in: Ders. (Hg.), *Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler*, Göttingen 2000, S. 9–42. Siehe die Beiträge von Sabine Schleiermacher, Isabel Heineman, Agnieszka Jaczyńska in diesem Band.

²⁴ Moshe Lewin, *The Disappearance of Planning in the Plan*, in: *Slavic Review*, 1973, 32, 2, S. 271–287; Eugène Zaleski, *Stalinist Planning for Economic Growth 1933–1952* (aus dem

IV DIE ENTSTEHUNG DER MACHTÖKONOMIE

Mit der Durchsetzung der forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung setzte Stalin eine sehr radikale Variante des Avantgardekonzpts durch, die bewusst auf Expertenwissen verzichtete und vor allem die Macht Stalins und seiner Entourage steigerte. Man könnte von einer vornehmlich dem Machtkartell dienenden Ökonomie sprechen. Ihre Schwerpunkte lagen in extraktiven Branchen, in der Schwerindustrie, die sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre auf einen bevorstehenden Krieg einstellte. Wenn das Dorf im Ersten Weltkrieg und auch noch in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) weder vom alten Regime noch von den Bolschewiki hatte wirklich kontrolliert werden können und immer wieder eine erstaunliche Resistenz bewiesen hatte, erlaubten die Kollektivierung, die gleichzeitige Einführung des Passwesens (ab 1932), der Arbeitsbücher und schließlich die Bindung an den Arbeitsplatz auch in den Städten (ab 1940) eine fast unbegrenzte Verfügung über alle Bevölkerungsgruppen und ihre Verteilung im Raum. Die neuen Kolchosen und Sowchosen wurden für die Macht transparent. Sie lieferten ab, was der Staat forderte. Im Übrigen setzten sich Modernisierung und Technisierung der Landwirtschaft, das angebliche Ziel der Kollektivierung, erst seit den späten 1950er Jahren durch (der Krieg war für diese Verzögerung sicher in der Hauptsache verantwortlich).

Nicht ganz zu Unrecht sehen Götz Aly, Susanne Heim und Timothy Snyder in der Kollektivierung und der folgenden, nicht verhinderten Hungersnot Parallelen zur nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik in den besetzten Gebieten des östlichen Europa. Der rassistischen Komponente auf deutscher entsprach eine sozialdarwinistische auf sowjetischer Seite.²⁵ Denn in der Phase der forcierten Industrialisierung und Zwangskollektivierung lässt sich insbesondere im Umgang mit den Bauern eine verborgene Botschaft, ein sozialdarwinistischer Subtext erkennen. Die von Stalin als Legitimation zitierte Nemtschinow-Tabelle hatte nicht nur die angebliche Marktmacht der Kulaken (anstelle der früheren Gutsbesitzer) zu belegen, sondern mehr noch die Überzähligkeit der mittleren und armen Bauern: Statt für den Staat zu produzieren, verbrauchten sie Getreide und andere Agrargüter für sich, oder sie verwendeten sie nicht so, wie der Staat

Franz.), London 1980; Oleg V. Khlevniuk, *The History of the Gulag from Collectivization to the Great Terror*, New Haven/London 2004; L. I. i dr. Borodkin (Hg.), *Gulag: Ekonomika prinuditel'nogo truda*, Moskva 2005.

²⁵ Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991, 114–119; Timothy Snyder, *Bloodlands. Europe Between Hitler and Stalin*, London 2010, S. 168–172.

es forderte. Die Kulaken galten bereits seit dem Bürgerkrieg als Repräsentanten des ländlichen Kapitalismus und mussten „als Klasse“ liquidiert werden. Die Masse der mittleren und armen Bauern konnte zur Not reduziert werden, wenn sie dem Staatszweck im Wege stand.²⁶ Alternativen zur Zwangskollektivierung und zur Requisitionspolitik, d. h. zum Krieg gegen die Bauern, wurden in der Partei als „rechte Abweichung“ denunziert und konnten auch aufseiten der Experten kaum noch öffentlich diskutiert werden.²⁷ Die unter manchen, auch westlichen Agrarfachleuten verbreitete Attraktivität des agrarischen Großbetriebs, der nach dem Modell einer Fabrik funktionieren sollte, interessierte Stalin und seine Entourage nur insofern, als er dem Staat mehr Getreide zu liefern versprach. Da aber zu wenig investiert wurde, blieb er vorerst ein Produkt der Propaganda.

Die Kriegsterminologie, derer sich Stalin während der Kollektivierung bediente, verbarg kaum, dass er den Hungertod von Millionen von Landbewohnern billigend in Kauf nahm. Eine Art Kriegsrecht galt zudem für jene Parteifunktionäre, die seiner Meinung nach die Befehle widerstrebend oder unzureichend durchführten. Sie wurden nicht nur abgesetzt, sondern bald auch „liquidiert“.

Die Distanz zwischen der Partielite und der Bevölkerung zeigte sich auf dem XVII. Parteitag (1934). Während die Bevölkerung noch am Rande des Hungers lebte und unter Entbehrungen aller Art litt, feierte sich der Parteitag als Versammlung der Sieger der Geschichte. Es schien realisiert, was N. I. Bucharin, nun ein vorsichtiger Kritiker der stalinschen Parteilinie, seinerzeit als Merkmale der kommunistischen Transformation definiert hatte: Exekutionen, Zwangsarbeit und Druck auf die Parteigenossen.²⁸

In den Zeiten des verschärften Klassenkampfes funktionierten die Partei und ihr bewaffneter Arm, die OGPU (Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung),²⁹ wie eine Armee auf Raubzügen. Ihr mafiöser Zuschnitt ergab sich aus den vielen Elementen einer Raubökonomie, welche die Bolschewiki – zum Teil durchaus im passiven oder aktiven Einklang mit Teilen der Bevölkerung – seit 1917 praktizierten. Dazu gehören – in Stichworten – 1917/18 die eher „von unten“ kommende Enteignung des Gutsbesitzes, des kirchlichen Grundbesitzes und bürgerlich-kapitalistischer Vermögen, 1918 bis 1922 die ständigen Requisitionen bei der

²⁶ I. V. Stalin, *Na chlebnom fronte* (28. Maja 1928 g.), in: ders., *Socinenija*, tom 11, Moskva 1952, S. 81–97.

²⁷ Markus Wehner, *Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928*, Köln 1998.

²⁸ N. I. Bucharin, *Ekonomika perechodnogo perioda* (Mai 1920), in: ders., *Problemy teorii i praktiki socializma*, Moskva 1989, S. 94–176, hier S. 168.

²⁹ OGPU bezeichnet die politische Polizei und ihre bewaffneten Verbände.

Landbevölkerung, 1921 bis 1922 der Raub kirchlicher Wertgegenstände, 1927 bis 1929 die Enteignung der NEP-Leute,³⁰ 1930 das „Goldfieber“ der OGPU, d. h. die erpresste Herausgabe von Wertgegenständen vermeintlich oder tatsächlich reicher Leute, 1928 bis 1933 die Requisitionen und dann die Enteignung der Landbevölkerung. Diese Art von Raubökonomie konnte euphemistisch als „sozialistische Akkumulation“ umgedeutet werden.

Zumindest für die Stalin-Zeit gilt, was ein Autor in einer rückblickenden Abrechnung der 1990er Jahre für die gesamte Sowjetperiode als Merkmal der sowjetischen Ökonomie bilanzierte: „In der UdSSR und ihren Nachfolgestaaten sind alle Vermögenswerte gestohlen und jeder Meter besiedelten Bodens ist ein unbekanntes Grab und ein gestohlenen Leben. Der Staat selbst raubte mit Gewalt alles und beraubte jeden: seine eigenen Bürger, Bürger anderer Staaten, die Umwelt, die Zeit und den Raum. Ihrerseits wurden die Bürger zu Dieben und zahlten mit dem, was sie vom Staat gestohlen hatten.“³¹

V ETHNOPOLITIK

Unter Stalin wie unter seinen Nachfolgern lässt sich von einer industriellen Kolonisierung des hohen Nordens, Sibiriens, des Fernen Osten und Mittelasiens, nach 1944 auch der baltischen Republiken sprechen. Teils durch Zwangsarbeit, teils durch den Einsatz zumeist jugendlicher „Enthusiasten“, nach 1956 durch Privilegierung der in den unwirtschaftlichen Regionen eingesetzten Arbeitskräfte wurden vor allem die Rohstoffausbeute, z. T. auch die Industrialisierung, vor allem Westsibiriens, sowie spezielle Infrastrukturmaßnahmen vorangetrieben. Dies geschah ohne Rücksicht auf die einheimischen Völker, die ihrerseits mehr oder minder repressiven Modernisierungsprogrammen unterworfen wurden. Unter ethnopolitischen Gesichtspunkten hatten die Betriebe des Gulag, Infrastrukturmaßnahmen und Industrialisierung im hohen Norden, im Fernen Osten, in Sibirien und vor allem in Kasachstan einen Zuzug von Russen, Ukrainern und Weißrussen zur

³⁰ NEP-Leute – Bezeichnung für Klein- und Großhändler und andere kommerziell tätige Personen.

³¹ Kordonskii, *The Structure of Economic Space*, 162: „In the USSR and its successor states, all fixed assets have been stolen and each metre of settled space is an unknown grave and someone's stolen life. The state itself used to commit armed robbery of everyone and everything: its own citizens, citizens of other states, the environment, time and space. For their part, the citizens thieved and resold what they had stolen from the state.“ Paul R. Gregory, *Productivity, Slack, and Time Theft in the Soviet Economy*, in: James R. Millar (Hg.), *Politics, Work and Daily Life in the USSR: A Survey of Former Soviet Citizens*, Cambridge 1987, S. 241–275.

Folge, sodass die einheimischen Völker in die Minderheit gerieten. Der Gulag (bis 1953) und die Industrialisierung, die Rohstoffausbeute oder sonstige Infrastrukturmaßnahmen funktionierten wie eine „Immigrationspumpe“, die vor allem Russen, Weißrussen und Ukrainer in nicht slavische Gebiete „spülte“.³² Für die kleinen Völker Sibiriens bedeuteten die Urbanisierung und die Siedlungskonzentration (nach 1956) vor allem Entwurzelung und Marginalisierung. In Ländern wie Lettland und Estland oder auch in Kasachstan und z. T. in Tatarstan hatten das Wachstum der Städte, Urbanisierung und Industrieentwicklung vor allem die Russifizierung der Städte zur Folge, während das flache Land und die Landbevölkerung „national“ blieben. Wegen der Neulandkampagne bildete Kasachstan diesbezüglich eine Ausnahme.

Ob die Dominanz des russischen (ostslavischen) Elements in Wissenschaft, Technostruktur und der Industriearbeiterschaft auch außerhalb der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) intendiert war oder sich aus „spontanen“ Wanderungsprozessen ergeben hat, bleibt zu erforschen.³³

VI STRUKTURWANDEL DER PLANWIRTSCHAFT

Mit der Kommandowirtschaft entstanden die großen Plan- und Wirtschaftsbürokratien – bis 1953 einschließlich der Lagerverwaltung. Nach Stalins Tod repräsentierten sie wichtige Wirtschaftsinteressen, und durch Vertretung in den politischen Gremien der Partei-Oligarchie sicherten sie sich direkte und indirekte Mitspracherechte. Spätestens seit Breschnew lässt sich von einer Symbiose zwischen wichtigen Wirtschaftsbranchen einschließlich einer Agrarlobby, dem Militär, der Technostruktur, der Wissenschaft und der Parteiführung sprechen.³⁴ Bis Ende der 1930er Jahre waren die Spezialisten, zunehmend auch als Intelligenzija bezeichnet, teils privilegiert, teils stigmatisiert und um 1930 auch vielfach

³² Uwe Halbbach, Nationalitätenfrage und Nationalitätenpolitik, in: Stefan Plaggenborg (Hg.), *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 5/II, Stuttgart 2002–2003, S. 659–786, „Immigrationspumpe“, S. 727.

³³ Robert A. Lewis/Richard H. Rowland/Ralph S. Clem, *Nationality and Population Change in Russia and the USSR. Evaluation of Census Data, 1897–1970*, New York/London 1976; Robert J. Kaiser, *The Geography of Nationalism in Russia and the USSR*, Princeton/N. J. 1994; James Forsyth, *A History of the Peoples of Siberia. Russia's North Asian Colony, 1581–1990*, Cambridge 1992, Kap. 14–17; Yuri Slezkine, *Arctic Mirror. Russia and the Small Peoples of the North*, Ithaca u. a. 1994.

³⁴ Dietrich Beyrau, *Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten*, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln u. a. 2005, S. 47–70.

„repressiert“ worden. Ende der 1930er Jahre wurde die nachwachsende „rote“ oder die alte, inzwischen „neutralisierte“ bzw. „umgeschmiedete“ Intelligenz als „Zwischenschicht“ (*proskojka*) in die hierarchische Ordnung der sowjetischen Gesellschaft aufgenommen. Insbesondere der Ingenieur wurde zur Symbol- und Leitfigur für den Aufbau einer neuen sozialistischen Industriezivilisation.³⁵ Große Teile der Intelligenz waren seither direkt oder indirekt in diese Strukturen eingebunden, sichtbar auch daran, dass der Anteil an Parteimitgliedschaften in diesen Gruppen sehr hoch war, jedenfalls höher als im viel berufenen Proletariat.³⁶ Damit hatte sich seit der Despotie unter Stalin ein autoritäres Machtkartell entwickelt, das Planung nicht nur als Mobilisierungsinstrument und den Staat nicht nur als Ausbeutungsinstanz verstand. Es verzichtete auf offene Gewalt und reine „Extraktion“.

Planwirtschaft in der Stalinzeit war im Grunde auf wenige, strategisch wichtige Industriezweige fixiert gewesen. Alle übrigen Bereiche, besonders der Konsumbereich, wurden vernachlässigt oder blieben – wie die Landwirtschaft – reine Ausbeutungsobjekte. In einem vertikalen Raum der Macht, der fast auf Moskau als Ort sakraler Macht ausgerichtet wurde,³⁷ war eine für die Macht transparente, fast ständisch organisierte Gesellschaft entstanden. Es gab viele Abstufungen von Benachteiligung und Privilegierung. Je nach politischem oder beruflichem Status, nach der Zugehörigkeit zu strategisch wichtigen oder weniger wichtigen Betrieben (und Behörden) und nicht zuletzt nach dem Wohn- oder Aufenthaltsort – Hauptstadt, Provinzstadt, Regimeorten, Kolchos, Verbannungszonen oder Gulag – wurden Rechte und Vergünstigungen zugeteilt oder entzogen.³⁸

Von Planwirtschaft im eigentlichen Sinn des Wortes kann erst seit Ende der 1930er Jahre die Rede sein. Allerdings behielt das staatlich gesteuerte Wirtschaften einige in der Stalinzeit schon zur Routine gewordene Elemente bei: Dazu zählen in erster Linie Intransparenz und „Informationsnebel“ nach innen wie nach außen, undurchschaubare Aushandlungsprozesse hinter verschlossenen Türen,

³⁵ Schattenberg, Susanne, *Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren*, München 2002.

³⁶ Basile H. Kerblay, *Modern Soviet Society* (Aus dem Franz.), London 1983, S. 247–265; Wolfgang Teckenberg, *Gegenwartsgesellschaften: UdSSR*, Stuttgart 1983, S. 86–133.

³⁷ Vladimir Kaganskij, *Kul'turnyj landsaft i sovetsko e obitannoe prostranstvo*. Sbornik statej, Moskva 2001, S. 136–154; Evgeny Dobrenko/ Eric Naiman (Hg.), *The Landscape of Stalinism. The Art and Ideology of Space*, Washington 2003; Klaus Gestwa, *Sowjetische Landschaften als Panorama von Macht und Ohnmacht. Spurensuche auf den „Stalinschen Großbauten des Kommunismus“ und in dörflicher Idylle*, in: *Historische Anthropologie*, 2003, 11, 1, S. 72–100.

³⁸ E. A. Osokina, *Ierarchija potreblenija. O zizni ljudej v uslovijach stalinskogo snabzenija 1928–1935*, Moskva 1993.

das Antichambrieren der lokalen Parteiführer und Industriebosse in den Ministerien Moskaus, Megalomanie, mangelnde Koordination und ständige Improvisation.³⁹ Die Sphäre der Planbürokratie ist als „administrativer Markt“ beschrieben worden. In den planenden und ausführenden Apparaten – den Ministerien und Allunionskomitees – wurde ständig über die Kontrolle und Verteilung der Ressourcen gefeilscht. Der politische Status innerhalb dieser Behörden war selbst eine Ressource, mit der sich Partner schmieren und Untergebene oder abhängige Instanzen erpressen ließen. Der ständige Kampf um Ressourcen aller Art hatte einen schon seit den 1930er Jahren einsetzenden Prozess der Zentralisierung zur Folge. Er machte Unternehmen, Gebiete und Republiken zu Empfängern und Bittstellern. Diese subalterne Position veranlasste diese wiederum, sich am Rande der Legalität eigene Ressourcen anzulegen, die „oben“ verborgen blieben. Dennoch hing ihr Erfolg und ihr Status nicht zuletzt von guten Beziehungen der Kader untereinander und nach Moskau ab.⁴⁰ Statt rationaler Planung entwickelten sich ein Patronage- und Klientensystem sowie Normen des Gebens und Nehmens. In kleiner Münze ließen sie sich auch im Alltag wiederfinden.⁴¹

Trotz dieser informellen Tausch- und Marktmechanismen wollte die Parteiführung bis zum Schluss nicht auf Kampagnen und die Mobilisierung von „Enthusiasten“ verzichten – gewissermaßen die letzten Reste der von Lenin einst beschworenen „Spontaneität“ der Massen. Dieser Stil der Aktivierung hatte sich in der Stachanov-Bewegung der 1930er Jahre, in den anhaltenden Kampagnen zum „sozialistischen Wettbewerb“ und in vielen anderen Formen von gesellschaftlichem Engagement vor allem von Parteimitgliedern etabliert. Diese Kampagnen besaßen eine normative Kraft. Sie konnten zum leeren Ritual werden, einen erzwingenden Charakter besitzen, aber auch Spielräume eröffnen, um eigene Interessen zur Geltung zu bringen.⁴²

³⁹ Michael Masuch, *Kritik der Planung*, Darmstadt/ 1981.

⁴⁰ Ken Jowitt, *Soviet Neotraditionalism: The Political Corruption of a Leninist Regime*, in: *Soviet Studies*, 1983, 35, 3, S. 275–297; John P. Willerton, *Patronage and Politics in the USSR*, Cambridge 1992; Simon Kordonskii, *The Structure of Economic Space in Post-Perestroika Society and the Transformation of the Administrative Market*, in: Klaus Segbers/Stephan De Spiegeleire (Hg.), *Post-Soviet Puzzles: Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, Baden-Baden 1995, Bd. 1, S. 157–204.

⁴¹ Konstantin M. Simis, *USSR: The Corrupt Society. The Secret World of Soviet Capitalism*, New York 1982; Alena V. Ledeneva, *Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange*, Cambridge 1999; Igor Klamkin/Lev Timofeev, *Tenevaja Rossija. Ekonomiki-sociologiceskoe issledovanie*, Moskva 2000.

⁴² Lewis H. Siegelbaum, *Stachanovism and the Politics of Productivity in the USSR 1935–1941*, Cambridge 1988; Robert Maier, *Die Stachanov-Bewegung: 1935–1938. Der Stachanovismus*

Zu den spektakulärsten Planvorhaben gehörten u. a. die Stauwerke, Dämme und Wasserkraftwerke, der Aufbau der Atom- und Raumfahrtindustrie wie überhaupt die Entstehung eines Rüstungssektors mit seinen geschlossenen Betrieben und Städten, dazu gehörten die Neulandkampagne in Kasachstan, die Projekte zur Umleitung der sibirischen Flüsse nach Mittelasien, die Erschließung der Erdgas- und Erdölvorkommen in Westsibirien sowie die weiter forcierte Industrialisierung Sibiriens, bereits unter Stalin begonnen. Das letzte große Infrastrukturprojekt war die BAM (Bajkal-Amur-Magistrale), eine Parallelbahn zur Transsib.⁴³

Der Rüstungssektor bildete seit den späten 1930er Jahren den Kern der sowjetischen Machtökonomie. Am Beispiel der in den 1940er Jahren entstehenden Nuklear- wie der Raketen- und Raumfahrtindustrie sind die Mechanismen der Ressourcenmobilisierung in der Planwirtschaft geradezu exemplarisch untersucht worden: die Initiativen von Wissenschaftlern und Ingenieuren, darunter auch solchen, die bis dahin in Lagerlabors (*saraska*) hatten arbeiten müssen wie der Raketenbauer Sergej Korolev, ihre Kooperation mit Planern und Politikern, ihre Vernetzung und die Durchsetzung der Vorhaben, die systematisch betriebene Technikpropaganda, die sich auf die Technikbegeisterung der Jugend und die offenbar populäre Science-Fiction-Literatur stützen konnte. Nicht nur in den 1920er Jahren, sondern auch noch in den 1950er Jahren wurden wissenschaftliche und technische Errungenschaften wie der Sputnik als Kampfmittel gegen die Religion eingesetzt.⁴⁴

als tragendes und verschärfendes Modell der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft, Stuttgart 1990; Johannes Grützmacher, Vielerlei Öffentlichkeiten: Die Bajkal-Amur-Magistrale als Mobilisierungsprojekt der Breznev-Ära, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 2002, 50, 2, S. 205–223.

⁴³ Paul R. Josephson, Projects of the Century in Soviet History: Large Scale Technologies from Lenin to Gorbachev, in: *Technology and Culture*, 1995, 36, S. 519–559; ders., Red Atom. Russia's Nuclear Power Program from Stalin to Today, Pittsburgh/Pa. 2000; Klaus Gestwa, Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967, München 2010 (u. dortige Literatur); Johannes Grützmacher, Die Bajkal-Amur-Magistrale. Vom stalinistischen Lager zum Mobilisierungsprojekt unter Breznev, München 2012.

⁴⁴ James T. Andrews, Science for the Masses. The Bolshevick State, Public Science, and the Popular Imagination in Soviet Russia, 1917–1934, Texas A&M University Press College Station 2003; Paul R. Josephson, Red Atom. Russia's Nuclear Power Program from Stalin to Today, New York 2000; Matthias Schwartz, Die Erfindung des Kosmos. Zur sowjetischen Science Fiction und populärwissenschaftlichen Publizistik vom Sputnikflug bis zum Ende der Tauwetterzeit, Frankfurt am Main 2003; Asif A. Siddiqi, The Red Rockets' Glare. Spaceflight and the Soviet Imagination, 1857–1957, Cambridge u. a. 2010.

In der Stalinzeit war die Rüstungslobby maßgeblich verantwortlich für die rücksichtslose Politik gegenüber den ohnehin bescheidenen materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung. Nach Stalin dürfte der Einfluss der Rüstungslobby im nun oligarchischen System der Nachfolger unabhängig von außenpolitischen Konjunkturen noch stärker gewesen sein. Es kursierte das Bonmot: Die Sowjetunion habe keinen militärindustriellen Komplex, sie sei einer. Der auf viele Orte verteilte, arbeitsteilige Rüstungssektor befand sich hauptsächlich in der RSFSR. Er beschäftigte vermutlich mehr als die Hälfte des wissenschaftlichen und vor allem des wissenschaftlich-technischen Personals in etwa 5000, zumeist geschlossenen Betrieben, Institutionen und ganzen Städten.⁴⁵

Neben die Planung von Industrie, Technostruktur und Rohstoffausbeute traten seit Chruschtschow auch sozialplanerische und sozialstaatliche Elemente. Generell galt als Ziel die Homogenisierung der Gesellschaft, d. h. die Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Lande an die der Städte, der Provinzen und der Peripherien an die der großstädtischen Zentren. Darüber hinaus expandierten das Bildungswesen und der Wohnungsbau. Nun wurden auch sozialfürsorgerische Maßnahmen insbesondere für die Landbevölkerung (Kranken-, Rentenversicherung etc.) in Angriff genommen, die Preise für Grundnahrungsmittel massiv subventioniert, Löhne und Gehälter wurden nivelliert. Dies war eine im Geist des Sozialismus gerechtfertigte, aber nicht unproblematische Entwicklung. Gänzlich unrealisiert blieb, besonders unter sowjetischen Bedingungen, die immer wieder eingeforderte Angleichung und Austauschbarkeit zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Seit 1953 sind mithin sozialistische Elemente in der Planung – wenigstens in ihren Intentionen – erkennbar. Planung blieb aber ein elitäres Projekt, das sich nun wieder des Expertenwissens der Fachleute bediente. Partei und Experten allerdings hielten an einem fordistischen Modell vom Machtstaat fest, das im Westen seit den 1960er Jahren in die Krise geraten war. Man hielt fest an der Massenproduktion, am Machbarkeitswahn und an der Machtökonomie. Die Planwirtschaft sowjetischen Typus blieb bemerkenswert innovationsresistent, obwohl in keinem Land so viele Ingenieure arbeiteten wie in der UdSSR. Trotz aller Industrialisierung und Rüstung konnte sich die Sowjetunion nur über Rohstoff- und Waffenexporte in den Weltmarkt einklinken. Sowjetische Planung war kaum noch visionär und kämpferisch, sondern pater-

⁴⁵ Hans-Henning Schröder, Sowjetische Rüstungs- und Sicherheitspolitik zwischen „Stagnation“ und „Perestrojka“, Baden-Baden 1995; Ilya Shkabara, The Geography of Russia's Military-Industrial Complex, in: Klaus Segbers/Stephan De Spiegeleire (Hg.), Post Soviet Puzzles, Bd. 3, S. 511–551.

nalistisch und auf Bewahrung des inneren und äußeren Status quo ausgerichtet. Wie der Soziologe Ken Jowitt festhielt: „Nach 70 Jahren mörderischer Anstrengung hatte die Sowjetunion in den 1980er Jahren eine deutsche Industrie der 1880er Jahre geschaffen.“⁴⁶

VII DIE ERSCHLIESSUNG UND UMGESTALTUNG DES RAUMS

Die forcierte und nun systematisch betriebene Industrialisierung und Urbanisierung hatten eine ständige, teils gewollte, teils hingegenommene Landflucht vor allem in der RSFSR zur Folge. Allein im europäischen Russland entstanden 30 neue Großstädte „auf der grünen Wiese“. Insgesamt wurden zwischen 1927 und 1991 über 400 städtische Ansiedlungen gegründet. Viele waren von einem einzigen Industriebetrieb abhängig. Es entstanden nicht nur Agrarzonen, sondern auch Industriezonen und Städte mit einer Monostruktur. Kommunale Aufgaben wurden oft von den Betrieben übernommen.⁴⁷ Die sowjetische Planwirtschaft hat den Raum in sehr spezifischer Weise nach Vorstellungen des ungebremsen Fortschrittsglaubens der 1920er und 1930er Jahre organisiert und modernisiert. Nur wenig gemildert galten immer noch die euphorischen Visionen aus der sowjetischen Frühzeit: „Lasst uns die zerbrechliche grüne Brust Sibiriens in einen Zementpanzer aus Städten kleiden, bewaffnet mit steinernen Muskeln aus Fabrikschornsteinen und umgürtet mit eisernen Riemen aus Bahnschienen. Lasst uns die Taiga abbrennen und abholzen, lasst uns die Steppe zertrampeln [...] Denn nur in Zement und Eisen kann die brüderliche Union aller Völker, die eiserne Bruderschaft der Menschheit geschmiedet werden.“⁴⁸

Ganz so rabiati konnte aus technischen und arbeitsökonomischen Gründen nicht verfahren werden. Aber die industrielle Erschließung Sibiriens und das anhaltende Wachstum der Rohstoff-, Schwer- und Rüstungsindustrie setzten sich bis zur Krise Ende der 1970er Jahre ungebrochen fort. Dies zeigte sich besonders im zweiten Anlauf zur industriellen Kolonisierung Sibiriens seit den 1960er Jahren. An die Stelle der punktuellen Erschließung und Industrialisierung der 1930er

⁴⁶ Ken Jowitt, *The Leninist Extinction*, in: Daniel Chirot (Hg.), *The Crisis of Leninism and the Decline of the Left. The Revolution of 1989*, Seattle/London 1991, S. 74–99, S. 78: „After 70 years of murderous effort the Soviet Union had created a German industry of the 1880s in the 1980s.“

⁴⁷ Poljan, Pavel u. a., *Gorod i derevna v Evropejskoj Rossii: sto let peremen*, Moskva 2001, S. 128; siehe Kaganskij und Gestwa.

⁴⁸ Zit. n. Klaus Gestwa, *Das Besitzergreifen von Natur und Gesellschaft im Stalinismus*, in: *Saeculum*, 2005, 56, S. 105–138, hier S. 112.

Jahre traten nun sogenannte Territoriale Industriekomplexe. Dabei gingen die Planungen und die Auftragsausführung auch weiterhin unkoordiniert von den Behörden in Moskau ohne Beteiligung lokaler Instanzen aus.⁴⁹ Die Gebiete Sibiriens besaßen weder irgendeine Form von Planungshoheit noch Koordinierungskompetenzen. Daher kam es in den einzelnen Territorialen Industriekomplexen nur selten zu effektiver Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien zum Ausbau der Infrastruktur, von der Rücksichtnahme auf ökologische Probleme, die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung und der Arbeitskräfte und ihrer Familien ganz zu schweigen. Industriearbeit hatte hier einen nomadischen Charakter. Es galt die sogenannte Schicht- und Expeditionsmethode, d. h. Arbeiter und Angestellte wurden für eine begrenzte Zeit zu den unwirtlichen Orten transportiert, die Familien blieben in den Städten des südlichen Sibiriens oder im europäischen Teil der Sowjetunion. Zentralistische Branchenplanung, mangelnde Kooperation vor Ort und ein desinteressierter Umgang mit den lokalen Ressourcen bedingten einen unglaublichen Raubbau und ökologische Zerstörungen.

Lokaler Widerspruch gegen die destruktive Politik des Zentrums formierte sich in kulturellen und wissenschaftlichen Milieus. Von erheblicher Bedeutung waren hier der konservative Schriftstellerverband der RSFSR und seine sibirischen Repräsentanten. Hinzu kam die Expertise von Wissenschaftlern in der sibirischen Filiale der Akademie der Wissenschaften. Diese war in den 1950er Jahren in Novosibirsk und Akademgorodok neben Moskau, Leningrad und Kiew als viertes maßgebliches Zentrum der sowjetischen Wissenschaften eingerichtet worden.⁵⁰ Von ihren Wissenschaftlern gingen besonders in den 1960er und 1970er Jahren Impulse zur Erschließung und Industrialisierung Sibiriens aus. Aus denselben Milieus kamen dann aber auch Stimmen der Kritik am Planungssystem wie an den ökologischen Folgen der sowjetischen Gigantomanie. Die Kritik an den Strukturen und Folgen der zentralistischen Planwirtschaft blieb aber ein intellektueller Widerspruch, der weder ökonomische noch Ressortinteressen für sich mobilisieren konnte. Lediglich in der Krise der Perestroika seit 1985 fand diese Kritik öffentliche Beachtung und beherrschte zeitweise die Medien.

⁴⁹ Gert Leptin (Hg.), *Sibirien: Ein russisches und sowjetisches Entwicklungsproblem*, Berlin 1986.

⁵⁰ Paul R. Josephson, *New Atlantis Revisited: Akademgorodok, the Siberian City of Science*, Princeton/N. J. 1997; Klaus Gestwa, *Ökologischer Notstand und sozialer Protest. Ein umwelthistorischer Blick auf die Reformunfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 2003, 43, S. 349–383.

VIII DIE GEPLANTE TRANSFORMATION DER LÄNDLICHEN WELT

Die Industrialisierung nach 1953 war begleitet von einer massiven Transformation auch des ländlichen Sektors. Stalin hatte sich nach der Zwangskollektivierung im Grunde damit begnügt, Kolchosen und Sowchosen auszubeuten. Seit Chruschtschow und besonders unter Breschnew wurde massiv in die Landwirtschaft investiert. Im Grunde knüpfte man wieder an die Vision von der Agrostadt und dem landwirtschaftlichen Betrieb als arbeitsteiligem, mechanisiertem Großbetrieb an. Er sollte wie eine Fabrik funktionieren. Wie in den Zukunftsplänen der 1920er Jahre vorgesehen, sollten nun die Lebensbedingungen auf dem Lande denen der Städte angeglichen werden. Dies geschah durch systematische Vergrößerung der Kolchosen oder durch ihre Überführung in Sowchosen, durch die Entwicklung sogenannter Perspektivdörfer, ländlicher Zentralsiedlungen, die städtische Annehmlichkeiten bieten sollten (Kanalisation, fließend Wasser, Elektrizität etc.). Dabei wurden zahllose „perspektivlose“ Dörfer aufgelassen, im Schnitt ein Prozent pro Jahr. Die Pläne sahen in der RSFSR eine Reduktion ländlicher Siedlungen von 705 000 (1959) auf 115 000 (1975) vor.

Systematisch wurde die Entstehung eines agroindustriellen Komplexes (Spezialisierung, Chemisierung, Verarbeitung und Vertrieb von Agrarprodukten) vorangetrieben. In den 1980er Jahren beschäftigte er bereits fast die Hälfte der ländlichen Bevölkerung. Etwa 10 Prozent der ländlichen Bevölkerung waren in der Verwaltung und im Veterinär-, Sanitäts- und Bildungswesen tätig. Dabei wurde die sowjetische Landwirtschaft von einer Vielzahl bürokratischer Apparate nicht sehr effizient gesteuert. Insgesamt vollzog sich eine Entbäuerlichung der ländlichen Bevölkerung, sichtbar auch im Rückgang der Produktion (Milch, Kartoffeln, Obst etc.) auf den privaten Nutzungsflächen, dem Hofland. Diesem wurde nach wie vor jede technische Ausstattung und Zugvieh verweigert. Eine mechanisierte, chemisierte Landwirtschaft mit den ökologischen Folgeschäden koexistierte mit einer Hofwirtschaft, in der Spaten und Hacke das Höchste an technischer Ausstattung bedeuteten.⁵¹

IX SCHLUSSBEMERKUNG

Bis 1985 wurde von sowjetischen Historikern, Gesellschaftswissenschaftlern und Ideologen die sowjetische Entwicklung seit 1921/22 als „gesetzmäßig“, als

⁵¹ Zhores A. Medvedev, *Soviet Agriculture*, New York u. a. 1987; Bo Libert, *The Environmental Heritage of Soviet Agriculture*, Wallingford 1995.

unaufhaltsamer Fortschritt und zudem als Modell für andere Völker und Regionen vorgestellt. Man berief sich hierbei auf ein sehr selektiv wahrgenommenes Erbe Lenins und marginalisierte die gewalttätigen und blutigen Aspekte sowjetischen Fortschritts. Den Bezug bildete die formal seit 1927/28 durchgesetzte Planwirtschaft. Nicht nur sowjetische Historiker übersahen dabei sehr oft, dass Plan in den verschiedenen Phasen sehr Unterschiedliches bedeuten konnte, ganz zu schweigen von den imperialen Aspekten der sozialistischen Transformation, der ethnischen Homogenisierung oder auch Russifizierung in manchen Regionen.

Wenn letztere Aspekte durchaus ihre Parallelen in Mittel- und Südosteuropa (und anderswo) haben, so war die manchmal gewalttätige, manchmal evolutionäre Entwicklung und Planung, der Glaube, im Zeitalter der technisch-wissenschaftlichen Revolution die Gesellschaft planmäßig und „wissenschaftlich“ steuern zu können, Teil eines spezifisch sowjetischen Mythos'. Er blieb bezogen auf eine kommunistische Gesellschaft der Gleichheit, in der jeder nach seinen Bedürfnissen arbeiten und leben sollte. Aber schon im Vorgriff auf diese Zukunft war manchmal von der „historisch neuen Gemeinschaft“ die Rede. Dabei waren Fantasien über die totale Transformation von Mensch, Gesellschaft und Natur durch Planung kein Monopol sowjetischer Politik.⁵² In der evolutionären Phase nach 1953 lassen sich in vielen sowjetischen Planvorhaben durchaus Parallelen zu anderen Ländern finden, etwa wenn es um Raum- und Städteplanung oder um gezielte Forschung und Entwicklung – vor allem in der Rüstung – ging. Dass die Resultate so unbefriedigend blieben, hatte auch mit der Allmacht der Staatspartei, ob despotisch oder oligarchisch ausgerichtet, und der Ohnmacht der Gesellschaft zu tun. Im Unterschied zum Nationalsozialismus bedurfte es für die radikale Transformation unter Stalin nicht einmal des Krieges.

⁵² Dirk van Laak, *Weisse Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999; Paul R. Josephson, *Industrialized Nature. Brute Force Technology and the Transformation of the Natural World*, Washington u. a. 2002.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Miriam Y. Arani, Dr. phil. – Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft e.V., Forschungsschwerpunkt: Fotografie unter dem NS-Regime.

E-Mail: mya@dp-ag.org

Dietrich Beyrau, Prof. Dr. – Professor für Geschichte im Ruhestand, bis 2007 Direktor und Professor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen. Forschungsinteressen: Geschichte der Sowjetunion mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Weltkriege im 20. Jahrhundert, Politik- und Sozialgeschichte Osteuropas, Russlands und der Sowjetunion seit dem 19. Jahrhundert.

E-Mail: dietrich.beyrau@uni-tuebingen.de

Jan Daniluk – Historiker und Doktorand an der Fakultät für Geschichte der Universität Danzig, die mit der Danziger Abteilung des Instituts für Nationales Gedenken verbunden ist. Forschungsschwerpunkte: Geschichte von Danzig im 19. und 20. Jahrhundert, ausgewählte Fragen in Bezug auf Westpreußen und Ostpreußen) in den Jahren 1933 bis 1945: deutscher Polizeiapparat und SS, Kriegsgefangene, Bevölkerungspolitik des Okkupanten, Judenverfolgung.

E-Mail: jan.daniluk@ipn.gov.pl

Thomas Etzemüller, Prof. Dr. – Historiker, studierte und promovierte an der Universität Tübingen, außerplanmäßiger Professor am Institut für Geschichte,

Universität Oldenburg. Forschungsschwerpunkte: Europäische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (mit den Schwerpunkten Deutschland und Schweden), Theorie und Geschichte der Geschichtswissenschaft, Wissenschaftsgeschichte.

E-mail: thomas.etzemueller@uni-oldenburg.de

Magdalena Gawin, Dr. phil. – Historikerin, arbeitet am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften in der Forschungsgruppe für Intelligenzgeschichte. Forschungsschwerpunkte: Entstehung und Entwicklung der Eugenik-Bewegungen und des Rassismus im 19. und 20. Jahrhundert, Gleichberechtigung der Frauen im 19. und 20. Jahrhundert, politische Kulturpolitik im 20. Jahrhundert, Geschichte der Intelligenz.

E-Mail: magda.gawin@wp.pl

Isabel Heinemann, Prof. Dr. – Juniorprofessorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Forschungsschwerpunkte: Deutsche Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, Nationalsozialismus/Holocaust, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der USA im 20. Jahrhundert.

E-Mail: isabel.heinemann@uni-muenster.de

Agnieszka Jaczyńska – Historikerin, Absolventin der Historischen Fakultät des Maria Curie-Skłodowska Universität in Lublin, Leiterin des Büros für öffentliche Bildung des Instituts für Nationales Gedenken. Hauptfeld ihrer Tätigkeit ist die historische Bildung im Bereich der neuesten Geschichte. Forschungsinteresse: die Region Zamość während der deutschen Besatzung.

E-Mail: agnieszka.jaczynska@ipn.gov.pl

Piotr Madajczyk, Prof. Dr. – Professor für Geschichte, Leiter der Forschungsgruppe Deutschland am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsinteressen: Problematik der Zwangsmigrationen in Mitteleuropa im 20. Jahrhundert, nationale Minderheiten in Polen mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Minderheit, deutsch-polnische Beziehungen in der Nachkriegszeit.

E-Mail: pmada@isppan.waw.pl

Paweł Popieliński, Dr. – Doktor für Politikwissenschaft, Mitarbeiter am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Forschungsgruppe Deutschland. Forschungsschwerpunkte: ethnische und nationale Minderheiten mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Minderheit in Polen, deutsch-polnische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg.

E-Mail: popielinski@isppan.waw.pl

Sabine Schleiermacher, Prof. Dr. – Privatdozentin für Geschichte der Medizin, Leitung des Forschungsschwerpunktes Zeitgeschichte, Institut für Geschich-

te der Medizin, Charité – Universitätsmedizin Berlin. Forschungsschwerpunkte: Eugenik/Bevölkerungspolitik im 20. Jahrhundert, Medizin und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus; Struktur und Entwicklung von Gesundheitswesen und Universitätsmedizin im Nachkriegsdeutschland.

E-Mail: sabine.schleiermacher@charite.de

Michael Schwartz, Prof. Dr. – Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin. Forschungsinteressen: internationale und vergleichende Geschichte der Eugenik/„Euthanasie“, Widerstand im Dritten Reich, Vertriebenenpolitik in der sowjetischen Okkupationszone – DDR, Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland ab 1945, Geschichte ethnischer „Säuberungen“ im 19. und 20. Jahrhundert.

E-Mail: schwartz@ifz.muenchen.de

Stefan Troebst, Prof. Dr. – Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, zugleich stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), ebenfalls in Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Europas, Geschichte der internationalen Beziehungen, Völkerrechtsgeschichte, Kulturgeschichte.

E-Mail: troebst@uni-leipzig.de

Patrick Wagner, Prof. Dr. – Professor für Zeitgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Forschungsinteresse: Geschichte des Nationalsozialismus samt seiner Vor- und Wirkungsgeschichte.

E-Mail: patrick.wagner@geschichte.uni-halle.de

Orts- und Personenverzeichnis

- Adlerhorst (Orłowo) 149
Afrika 70, 74
Ahrens Uwe 11
Alberti Michael 100, 102, 104, 109
Albertini Rudolf von 71
Aleksandrów 194
Alexander der Große 234
Alexander der Makedonier *sieh* Alexander der Große
Algerien 74
Alvensleben Ludolph von 132
Aly Götz 60, 96, 99, 106, 109, 110, 114, 170, 245
Ambery Deborah 15
Amerika 70, 74
Ammon Otto 42
Amur 251
Anatolien 64
Andrews James T. 251
Angrick Andrej 169
Arani Miriam Y. 22, 100, 101, 257
Ardennen 113
Arendt Hannah 70
Arendt Leon 188
Arlt Fritz 127
Arolsen (seit 1997 Bad Arolsen) 191
Aschkewitz Max 159
Atatürk Mustafa Kemal 64
Aubin Hermann 94, 95
Auschwitz 25, 60, 92, 93, 96, 106, 120, 137, 179, 182, 188, 190–193, 196, 245
Australien 15, 70
Baberowski Jörg 68, 74
Bailes Kendall E. 243
Bajkal 251
Balkan 18, 66, 68, 69, 77, 78, 80
Baltische Länder 185, 215, 217
Baltikum 9, 73, 80, 99, 166, 167, 169
Bałtyckie Morze *sieh* Ostsee
Bauer Otto 228
Bauman Zygmunt 11–13, 18, 36, 39
Baumunk Bodo-Michael 49
Baur Erwin 120
Bayertz Kurt 41, 50, 62
Bednarz Józef 140
Beer Mathias 210
Beer Samuel H. 27
Belgien 75, 76
Belgrad 26, 232
Bell-Fialkoff Andrew 65, 67, 69
Beneš Edvard 81, 214
Berent Kreis 144, 154

- Berg Matthias 54
 Berlin 48, 49, 58, 59, 61, 104, 109,
 110, 127, 144, 157, 165, 173, 190,
 259
 Berlin-Dahlem 21, 62
 Berlińska Danuta 10
 Bernestein Richard J. 28
 Besançon Alain 239
 Bessarabien 150–152, 158, 185, 201,
 215, 218
 Bessel Richard 66
 Bey Rüştü 64
 Bey Talaat sieh Mehmet Talaat
 Beyerchen Alan D. 88
 Beyrau Dietrich 27, 68, 90, 236, 240,
 243, 244, 248, 257
 Białkowski Błażej 114
 Białystok Region 166
 Bierut Bolesław 229
 Biłgoraj 203, 204
 Biłgoraj Kreis 180, 190
 Biłgoraj Landkreis 184
 Biskup Marian 143
 Bismarck Otto Eduard Leopold von 76
 Blekinge Provinz 44
 Blome Kurt 115
 Bloxham Donald 66
 Boberach Heinz 148
 Bochmann Klaus 231
 Bock Gisela 51
 Boesler Felix 172
 Bojarska Barbara 123
 Bollenbeck Georg 93
 Borzyszkowski Józef 143
 Bosnien-Herzegovina 69
 Brackmann Albert 61
 Brandes Detlef 82, 213, 215, 220, 229,
 235
 Brasília 40
 Breisgau 21, 146
 Breschnew sieh Brežnev Leonid
 Breslau 8, 58, 61, 92
 Breza Bogusław 143
 Brežnev Leonid 233, 248, 255
 Briesen 149
 Bromberg (Bydgoszcz) 148, 158, 160
 Bromberg Landgemeinde 160
 Bromberg Regierungsbezirk 144
 Brooks Jeffrey 241
 Broszat Martin 101, 104–111, 115
 Browning Christopher 164
 Brückweh Kerstin 16
 Brunnbauer Ulf 213, 220
 Bryant Thomas 59
 Bucharin Nikolaj Ivanovič 246
 Buchheim Hans 106
 Büchenschütz Ulrich 230
 Budzyń Lager 182, 203
 Bühler Josef 185
 Bukarest 234
 Bukowina 150, 185, 215, 218
 Bukownica 188
 Bulgarien 79, 213, 218, 227, 229–231,
 234
 Burgdörfer Friedrich 17, 33, 34, 44,
 45, 57, 59, 60
 Burleigh Michael 62
 Buxton Charles R. 80
 Buxton Noel 80
 Bydgoszcz sieh Bromberg

 Caban Ireneusz 180
 Carballo Manuel 27
 Carmichael Cathie 69
 Carstens Peter Johannes 114
 Carus Victor J. 49

- Cașu Igor 231
 Cattaruzza Marina 214
 Ceran Tomasz 142
 Chamberlain Houston Stewart 14, 52
 Charkow 153
 China 26, 34, 234
 Chinciński Tomasz 163
 Chirot Daniel 253
 Chojnice 143
 Christaller Walter 94, 95, 172, 175
 Chruščëv Nikita Sergeevič 233, 241, 252, 255
 Chruschtschow sieh Chruščëv
 Chrzanowski Bogdan 146
 Churchill Winston 16, 72, 82
 Claß Heinrich 77, 78
 Clem Ralph S. 248
 Coulon Karl Albert 106
 Czaja Roman 143
 Czarliński Jarosław 140
 Czarnecki Aleksander 143
 Czech Herwig 15, 138
 Czekanowski Jan 59
 Czocher Barbara 130

 Dainat Holger 98
 Dänemark (Denmark) 34, 185
 Daniluk Jan 23, 141, 154, 155, 257
 Danneberg Lutz 98
 Danzig 145, 146, 147, 154, 155, 156, 157, 158, 257
 Danzig Freie Stadt 145, 160
 Danzig Regierungsbezirk 144, 145
 Danziger Höhe Landkreis 145
 Danziger Niederung Landkreis 145
 Darré Richard Walter 54
 Darwin Charles R. 13, 41, 42, 49
 Dayton 69

 DDR (Deutsche Demokratische Republik) 26, 227, 232, 259
 Deliège Robert 14
 Deniker Joseph 52
 Denmark sieh Dänemark
 Deresiewicz Janusz 146
 Deutingen Stephan 145
 Deutsches Reich 44, 45, 49, 50, 52, 53, 56, 60, 76, 100, 102, 104–108, 111, 121, 122, 130, 135, 136, 144, 145, 161, 163, 200, 201, 204, 205, 232
 Deutschland 16, 33, 34, 39, 41, 42, 44, 46, 49, 50, 52, 58, 59, 60, 61, 63, 70, 77, 79, 82, 84, 94, 96, 120, 125–127, 133, 134, 137–139, 175, 195, 200, 218, 220, 232, 258, 259
 Dieckmann Christoph 169
 Dietsche Wolfgang 114
 Dinçkal Noyan 172
 Dipper Christof 172
 Dirschau (Tczew) 144, 149, 160
 Dłuski Stanisław 140
 Dobrenko Evgeny 249
 Dobrudscha 218
 Doelcke Werner 51
 Dolina Igielska 132
 Domarus Max 163
 Dominiak Tomasz 131
 Doubek Franz 172
 Douglas Ray M. 83, 84
 Dresden 78, 127
 Drittes Reich 8–12, 16–22, 24, 25, 27, 39, 16, 54, 58, 60, 65, 85, 88, 90, 107, 120, 121, 124, 125, 132, 133, 136, 138, 139, 150, 160, 172, 176, 179, 181, 182
 Dumbrava Vasile 231

- Ebbinghaus Angelika 91
 Efmkin Andrej Petrovič 244
 Eickstedt Egon Freiherr von 17, 57,
 58, 59, 61
 Einstein Albert 87, 89
 Elbing Landkreis 145
 Elbing Stadtkreis 145
 Elbinsel 43
 Elsass 75
 Elsaß-Lothringen / Elsass-Lothringen
 9, 79, 169
 Engels Friedrich 228
 England 15, 125
 Epstein Catherine 22
 Erren Lorenz 242
 Erzgebirge 61
 Esch Michael G. 213, 220–224
 Estland 147, 169, 217, 248
 Etzemüller Thomas 12, 16, 20, 33, 35,
 40, 171, 174, 243, 257
 Etzioni Amitai 29
 Europa 9, 15, 17, 18, 20, 24, 46, 53,
 55, 62–66, 68–71, 74–84, 92, 94,
 96, 98, 102, 108, 118, 122, 131,
 138, 141, 142, 147, 162, 174–176,
 185, 212, 214, 215, 227, 229, 233,
 235–237, 243, 245, 259
 Europäische Union 26, 234
 Evans Alfred 242
 Evans Raymond 70
 Everdell William R. 73

 Fahlbusch Michael 54, 59, 61, 90, 92,
 95, 163
 Feldmann J. G. 116, 117
 Ferguson Niall 72
 Ferner Osten 247
 Ferrara Antonio 66

 Ferro Marc 238
 Finger Zuzana 235
 Finkenwerder Elbinsel 43
 Fischer Eugen 21, 58, 120, 127, 134,
 135, 139
 Fischer Klaus 90, 95
 Fitzpatrick Sheila 240, 242
 Fleming Michael 229
 Fliethmann Elfriede 136
 Forster Albert 134, 146, 147, 149
 Forsyth James 248
 Foucault Michel 11, 33
 Frank Hans 99, 100, 124, 126, 127,
 133, 185, 201
 Frankfurt am Main 58
 Frankowski Marek Tadeusz 123
 Frankreich 69, 75, 77, 79, 81, 110,
 113, 125
 Friedlander Henry 19
 Freiburg im Breisgau 21, 58, 146

 Gabriel Heinz Eberhard 15
 Galizien 78
 Galton Francis 14, 50, 118
 Gartschin 154, 155
 Garwolin 196, 198, 202
 Gawin Magdalena 11, 14–16, 18, 23,
 118, 258
 Gdingen (Gotenhafen) 8, 109, 140,
 144, 147–149, 159, 160
 Geisenhainer Katja 59, 61, 62, 90
 Geiss Immanuel 76
 Generalgouvernement (GG) 81, 100,
 106–112, 121–123, 126, 127, 130–
 –133, 135, 136, 142, 144, 146, 162,
 166–169, 179, 181, 187, 190, 199,
 200, 201
 Generalkommissariat Shitomir 168, 169

- Gerlach Christian 169
 Gerodetti Natalia 13
 Gerwarth Robert 71
 Gestwa Klaus 237, 249, 251, 253, 254
 Getty J. Arch 241
 Glassheim Eagle 81
 Globocnik Odilo (Otto) 111, 183–185, 200, 201, 203
 Gobineau Joseph Arthur de 14, 51
 Goetz Alfred 16
 Golluschütz 154, 155
 Göring Hermann 89
 Gostynin 128
 Gotengau 167
 Gotenhafen *sieh* Gdingen
 Gotenhafen Adlerhorst 149
 Gotenhafen Stadt *sieh* Gdingen
 Gottfried Paul Edward 11
 Göttingen 21
 Gow David D. 28
 Gradmann Wilhelm 184
 Graudenz 144, 148, 159
 Gregory Paul R. 247
 Greifelt Ulrich Heinrich Emil Richard 166, 186
 Greiser Arthur 22, 100–106, 108, 110, 112, 113, 115, 147
 Griechenland 66, 79, 81, 82
 Grimm Hans 55
 Grohmann Herbert 112, 133, 134
 Gröning Gert 103
 Groß Klinsch 154, 155
 Großbritannien 34, 64, 69, 80, 83
 Grosse Pascal 70
 Großer Werder Landkreis 145
 Großpolen 121, 122, 135
 Grunberger Richard 138
 Grunert „Kanarienvogel“ 189
 Grüttner Michael 98
 Grützmacher Johannes 251
 Günther Hans F.K. 52, 103, 134
 Gutschow Niels 113
 Haake Claudia B. 66
 Haar Ingo 54, 59, 61, 90–92, 95, 163
 Habermas Jürgen 28
 Hadamar 120, 137, 139
 Haeckel Ernst 50
 Hahn 188
 Hahn Rafter Nicole 42
 Halbach Uwe 248
 Halfin Igal 239
 Hamburg 43, 61, 169
 Hamersky Heidrun 240
 Hansen Georg 101
 Hańczowa 136
 Hardtwig Wolfgang 96, 236
 Harmsen Hans 49, 56
 Harten Hans-Christian 105, 108, 111, 114–117
 Hecht Günther 103
 Heiber Helmut 166
 Heidelberg 128
 Heim Susanne 60, 96, 99, 106, 109, 110, 245
 Heinemann Isabel 20, 24, 57, 92, 102, 106, 108, 110, 111, 115, 116, 141, 142, 147, 161–165, 172, 258
 Heisenberg Werner 88, 89
 Heller Leonid 237
 Herbert Ulrich 94
 Heydrich Reinhard 105, 107
 Hildermeier Manfred 239
 Himmler Heinrich 89, 90, 99, 105, 108, 109, 115, 124, 127, 133, 146,

- 147, 157, 158, 163, 165, 166, 169,
 171, 172, 174, 185, 186, 201
 Hindenburg Paul von 82
 Hippius Rudolf 116, 117
 Hirszfeld Ludwik 129, 139
 Hitler Adolf 18, 21, 69, 73, 77, 78, 81,
 82–84, 88, 90, 99, 100, 101, 105,
 106, 108, 114, 115, 122, 124, 133,
 156, 163, 200, 244, 245
 Hochgeschwender Michael 68
 Hoffmann Dieter 88, 89, 172
 Hohensalza Land 144
 Hohensalza Stadt 144
 Höhn Reinhard 94, 172
 Holland 185
 Hoßfeld Uwe 42
 Hostynne Lager 202
 Hrabar Roman 180
 Hrubieszów 184, 202
 Huber Ernst Rudolf 94
 Hübner Peter 248
 Hueppe Ferdinand 48
 Hull Isabell V. 73, 75, 76
 Huntington Samuel P. 68

 Indien 65, 67, 74
 Ingerflom Claudio S. N. 237
 Ingermanland 167
 Irland 70
 Isenberg Gerhard 96
 İsmet İnönü Mustafa 81
 Israel 65
 Istanbul 230
 Italien 69, 81, 125, 214

 Jaczyńska Agnieszka 24, 25, 177, 244,
 258
 Janowski Maciej 125

 Janowsky Oscar I. 82
 Janus Bolesław 26
 Jarotschin Kreis 162
 Jasny Naum 244
 Jastrzębski Włodzimierz 143–157,
 149, 151, 159, 160
 Java 71
 Jedlicki Jerzy 125
 Jena 61, 134
 Jenkau 156
 Jeziorna Lager 203
 Jońca Karol 108
 Joravsky David 241
 Josephson Paul R. 251, 256
 Jowitt Ken 250, 253
 Józefów 188
 Judt Tony 83
 Jugoslawien 18, 25, 26, 65, 67, 212–
 –214, 218, 219, 224, 225, 227, 232,
 233
 Jugoslawien Sozialistische Föderative
 Republik 29
 Jung Edgar Julius 118, 131
 Jureit Ulrike 94

 Kaganskij Vladimir 249, 253
 Kaiser Robert J. 248
 Kajtel Henryk 187, 189–191
 Kalinowski Witold 138
 Kanada 46
 Kärnten 111
 Karpatenrussland 215, 216, 225
 Karpatenukraine 25
 Karthaus 144
 Kasachstan 247, 248, 251
 Kasperek Józef 183
 Kater Michael 54
 Kaufmann Doris 91, 99

- Kaukasus 66, 68, 74, 80
 Keep John 239
 Kegler Karl R. 95
 Kerblay Basile H. 249
 Kernig Claus D. 228
 Keynes John M. 16
 Keyser Erich 148, 149
 Kharkhordin Oleg 242
 Khlevniuk Oleg V. 245
 Kielpin sieh Kiełpiny
 Kielboń Janina 25, 181, 186, 187, 193, 195
 Kiełpiny (Kielpin) 144
 Kiew 153, 254
 Kitchener Horatio H. Lord 71, 73, 74
 Klain Barbara 113
 Klamkin Igor 250
 Kleczkowski Adam 127
 Klee Ernst 58, 61, 103
 Klein Peter 169
 Kleinasien 64, 65, 68, 78, 80
 Kleßmann Christoph 101, 248
 Klingemann Carsten 58
 Klukowski Zygmunt 24, 178, 179
 Kłapeć Janusz 202, 203
 Knobloch Clemens 93
 Kociewie 143, 148
 Koehl Robert L. 163
 Kohlrausch Martin 243
 Konarska-Pabianiak Barbara 128
 Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen 232
 Königreich Jugoslawien 233
 Konitz 144, 152, 154, 155
 Konradstein 154, 155
 Konstantinopel 74
 Kopenhagen 127
 Kordonskii Simon 238, 247, 250
 Korea 71
 Korherr Richard 60
 Korolev Sergej 251
 Koselsk 128
 Kosovo 235
 Kotowska Alicja Jadwiga 140
 Kowalew 162
 Kozaczyńska Beata 196, 198
 Kozhevnikov Alexei 242
 Krajewski Mirosław 123
 Krakau 96, 126–128, 130, 135
 Krasnobród Lager 203
 Kresy Wschodnie sieh Ostgebiete Polnische (Zweite Polnische Republik)
 Krim 66, 168
 Krochmalna-Straße Lager in Lublin 183, 195
 Kroll Jürgen 41, 50, 62
 Kromp Dorota 146
 Krüger Friedrich Wilhelm 181
 Krüger Herbert 94
 Kruke Anja 214
 Krumej Hermann 108, 110, 189–192
 Krylova Anna 239
 Krynice Lager 203
 Krzoska Markus 223
 Kuba 71–74
 Kubica Helena 191–193, 195
 Kubijowytsch Wolodymyr Michajlowytsch 204
 Kühl Stefan 34
 Kuhn Walter 94
 Kujawien 143, 144, 146–149, 151, 153, 160
 Kujawski Lech A. 123
 Kulischer Eugene M. 67
 Kulm (an der Weichsel) 144, 148, 154, 155, 160

- Kulmhof am Ner 101, 102
 Kursk 186

 Laak Dirk van 53, 256
 Lagarde Paul de 78
 Laibach Provinz 54
 Landau Ludwik 146
 Langewiesche Dieter 68
 Lauer 13
 Lausanne 64, 66, 69, 79–84
 Lausitz 61
 Lautenburg 144
 Lavergne Bernard 81, 82
 Ledeneva Alena V. 250
 Leendertz Ariane 94, 97
 Leipzig 61, 90, 259
 Lemberg 128, 129, 223
 Lemberg Hans 233
 Lemke Thomas 131
 Lemkin Raphael 70, 118, 135, 136, 139
 Lenard Philipp 88
 Leniger Markus 162
 Lenin Vladimir Il'ič Ul'janov 228,
 237, 238, 243, 250, 251
 Leningrad 167, 254
 Leningrad Region 167
 Lenz Fritz 21, 120, 139
 Leptin Gert 251
 Leslau 144
 Lettland 147, 169, 217, 218, 248
 Levene Mark 71, 72
 Lewin Moshe 244
 Lewińska-Prancz Stanisława 123
 Lewis Robert A. 248
 Lewytzkij Boris 233
 Libert Bo 255
 Lichtenstaedter Siegfried (Mehemed
 Emin Efendi) 78
 Lidzbark 144
 Lieberman Benjamin 63, 64
 Lipno (später auch: Leipe) 144
 Lippke Otto 146
 Litauen 144, 150–153, 156, 159, 160,
 169, 201, 216, 218
 Litzmannstadt 110–113, 115, 116
 Löbau (später auch: Neumark, heute
 powiat nowomiejski) 144
 Lobenstein-Reichmann Anja 52
 Lodsch 133, 179, 186, 190, 191
 Lodsch Region 121
 Lodzer Gebiet 100
 Loesch Karl Christian von 53, 92
 Lohr Eric 74
 London 73
 Longerich Peter 164, 171
 Lorenz Konrad 116
 Löwe Heinz-Dietrich 235
 Lublin 8, 123, 179, 185–187, 203–205,
 251
 Lublin Distrikt 25, 111, 181, 183, 199–
 –202,
 Lublin Region 22, 129
 Lüddecke Andreas 61
 Luden Heinrich 77
 Ludendorff Erich 73, 82
 Luks Timo 39
 Lumans Valdis O. 157, 158
 Lundborg Herman 44
 Lutzhöft Hans-Jürgen 52

 Łosice 196
 Łuczak Czesław 22, 100–103, 107,
 109–115, 117, 142, 147, 159, 180

 Macartney Carlile A. 82
 Machul-Telus Beata 24

- Mackensen Rainer 58, 60
Mackinder Halford 80
Madagaskar 59
Madajczyk Czesław 22, 24, 103, 109, 111, 114, 115, 123, 126, 135, 141, 142, 145, 159, 166, 169, 170, 179–182, 186, 189, 190, 192, 199,
Madajczyk Piotr 10, 25, 26, 209, 224, 236, 258
Mäding Erhard 172, 173, 175
Madrid 73
Mähren 108, 169
Maier Helmut 88, 172
Maier Robert 250
Majdanek 25, 179, 182, 183, 188, 190, 193–196, 203
Majer Diemut 107, 108, 111
Makedonien Teilrepublik (jugoslawische) *siehe* Mazedonien Sozialistische Republik
Makedonien 227, 231–233, 235
Malinowski Stephan 71
Mallmann Klaus-Michael 100
Malthus Thomas Robert 14, 33, 34
Mankiewicz Adela 123
Mann Gunter 50
Mann Michael 67, 70
Mansel Philip
Mańkowski Zygmunt 22, 24, 123, 124, 136, 180, 186,
Marczewska Katarzyna 14
Mares Detlev 172
Marienburg 145
Marienwerder 145
Mark Rudolf A. 229
Markiewicz Jerzy 180
Markowska-Manista Urszula 24
Martin Terry 228
Martiny Albrecht 228
Marx Karl 27
Masowien 121, 122
Massin Benoît 52
Mastny Vojtech 213
Masuch Michael 250
Matelski Dariusz 114
Matzkau (Maćkowy) 154, 155
Mauthausen KL 192
Mazedonien 79
Mazedonien Sozialistische Republik 231
Maçior-Majak Beata 141, 199, 200
Medvedev Dmitrij 234
Medwedjew Shores A. (Medvedev Zhores A.) 241, 255
Mehmet Talaat 74
Mehrtens Herbert 88
Meinhold Helmut 96
Memel-Narew-Gebiet 167
Mengele Josef 92, 120
Mesopotamien 65, 67
Metzler Gabriele 87
Meyer Konrad 8, 19, 24, 95, 96, 164–175
Michalewicz Jerzy 127
Micińska Magdalena 125
Mihók Brigitte 229
Mikulski Karol 128
Milewski Józef 143
Millar James R. 247
Minczykowska Katarzyna 143, 146
Mińsk Mazowiecki 190, 198, 199, 202
Mischke (Mniszek) 122, 132, 140
Mittelasien 247, 251
Mitteleuropa 8, 135, 209–212, 224, 258
Mniszek *siehe* Mischke
Moldau 66

- Moldauische Sozialistische Republik
 231
 Moldova 227, 231–233, 235
 Moltke Helmuth von 76, 78
 Mommsen Hans 228
 Mommsen Wolfgang J. 10
 Montandon George 79
 Mordy 196
 Morgenthau Henry 74
 Morus Thomas 40
 Moses Dirk A. 70, 71
 Moskau 26, 212–217, 219, 226, 229,
 230, 232, 249, 250, 254
 Motyka Grzegorz 203, 204
 Mühle Eduard 94, 95
 Müller Derek 240
 Müller Roland 35
 Müller Valentin 127
 Müller-Hill Benno 120
 München 59, 81
 Münster 21, 120, 141, 258
 Musiał Bogdan 100
 Musielak Michał 14, 15, 16
 Mussolini Benito 21, 81
 Myrdal Alva 174
 Myrdal Gunnar 16, 40, 171

 Naiman Eric 249
 Naimark Norman 18, 64–68, 171, 174,
 210, 219
 Narewgebiet 148
 Nasierowski Tadeusz 132
 Naumann Gerhard 232
 Nawrocki Stanisław 102, 104
 Neiße 226
 Nessau 144
 Neuen Binnenehrung (heute: Wyspa
 Sobieszewska) 156
 Neugebauer Wolfgang 15
 Neumark *siehe* Löbau
 Neustadt (heute Wejherowo) 123, 140,
 143, 152, 154, 155
 Neustadt Kreis (heute powiat wejhe-
 rowski) 144
 Niemczyk Margerita 123
 Nigeria 71
 Nijakowski Lech M. 24
 Nikonov Vjačeslav 234
 Niqueux Michel 237
 Nora Pierre 139
 Nordeuropa 44
 Nordfrankreich 108
 Nordrussland 152
 Novosibirsk 254
 Nowa Huta 26
 Nürnberg 48

 Oberkrain 9, 169
 Oberkrome Willi 54, 56, 57, 60, 92, 172
 Oberländer Erwin 228
 Oberschlesien 61, 94, 99, 111
 Odenwald Richard 127
 Oder 223, 226
 Odessa 161
 Orava 225
 Orłowski Hubert 119
 Orski Marek 149
 Orth Karin 172
 Osmanisches Reich 17, 64, 66, 68
 Osokina E. A. 249
 Osowiecka Regina 123
 Ostdeutschland 65
 Osterhammel Jürgen 72, 73
 Österreich-Ungarn 78
 Osteuropa 9, 10, 17, 47, 57, 59, 65, 67,
 68, 74, 76–78, 80–84, 87, 91, 92,

- 99, 161, 163, 164, 167, 168, 170,
 172, 173, 175, 209, 215, 240
 Ostgalizien 148, 161
 Ostgauen 97, 149
 Ostgebiete Polnische (Zweite Polni-
 sche Republik) 215, 222
 Ostmitteleuropa 10, 220, 235, 259
 Ostpreußen 75, 80, 111, 169, 257
 Ostrowski Kazimierz 143
 Ostsee (Bałtyckie Morze) 217, 223
 Owińska 132

 Pakistan 18, 65, 67
 Palästina 65, 78
 Palmiry 122, 140
 Pappeln *sieh* Topolno
 Penck Albrecht 92
 Peška Zdeněk 81
 Peter I. 237
 Peukert Detlev J. K. 119, 120
 Philippinen 71, 72
 Pianciola Niccolò 66
 Piasnitz (Piaśnica) 122, 123, 132, 140
 Piaśnica *sieh* Piasnitz
 Piekarska Anna 123
 Piskorski Jan M. 10
 Plaggenborg Stefan 239, 248
 Ploetz Alfred 50, 51
 Plügl Anton 135
 Pniewitten 154, 155
 Podhajce 161
 Podhale 135
 Pohl Dieter 169
 Polen 8, 9, 11, 12, 16, 22, 25, 26, 73,
 80, 82, 90, 91, 92, 96, 100, 101,
 103, 104, 105, 107, 108, 110, 111,
 113, 114, 118, 121, 122, 125, 129,
 132–134, 136–138, 140–142, 144,
 153, 162, 163, 175, 179, 193–195,
 197, 212–214, 216–220, 222–224,
 226, 229, 258
 Politis Nikolaos 82
 Poljan Pavel 253
 Pommerellen 143, 144, 146, 147, 148,
 149, 152, 153, 160
 Pommern (Pomorze) 121–124, 132,
 134, 135, 144, 146, 147, 153, 205
 Pomorze *sieh* Pommern
 Popper Karl R. 27, 28, 35
 Posen 8, 23, 80, 88, 101, 102, 104–
 –107, 109, 110, 112–116, 122, 132,
 140
 Pospieszalski Karol Marian 102, 103,
 105, 106, 108, 112, 115, 116
 Potsdam 64
 Prag 116, 225
 Preuß Dirk 58
 Preußen 131
 Protektorat Böhmen und Mähren 9, 81
 Pskow 153
 Puławy 183
 Putin Vladimir 234

 Radom 184
 Raeff Marc 237
 Ramsauer Carl 88, 89, 172
 Raphael Lutz 90, 94, 96, 97, 99, 236,
 237
 Rathenau Walter 76
 Ratzel Friedrich 55
 Raueiser Stefan 7
 Reche Otto Carl 17, 21, 57, 59, 61, 62,
 90–93
 Rechenberg Helmut 88
 Rehm Sabine 145, 146
 Reichow Hans Bernhard 40

- Reichsgau Danzig-Westpreußen 23, 122
- Reichsgau Wartheland 9, 22, 100, 103, 10–117, 144, 147, 152
- Reinhard Wolfgang 73
- Reiß Jürgen 49
- Renner Karl 228
- Rhodesien 71
- Richter Martin 122
- Richter Steffen 88
- Riel 189, 190
- Rippin 151
- Rittersporn Gabor T. 242
- Rodogno Davide 66
- Rogger Hans 238
- Röhr Werner 100–102, 106–108, 110, 115, 119
- Rojowska Elżbieta 142
- Rolfes Max 172, 175
- Romaniuk Marek 143, 158
- Roosevelt Franklin D. 174
- Roosevelt Theodore 72, 82
- Rosenberg Alfred 99, 145
- Rössler Mechtild 56, 57, 62, 90, 141, 166, 171, 173
- Roth Karl Heinz 91, 166, 169, 170
- Rotzoll Maike 121
- Rowland Richard H. 248
- Rózaniec 188
- RSFSR *siehe* Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
- Ruanda 18, 67
- Rüdin Ernst 120, 128
- Rumänien 26, 66, 80, 212–216, 218, 229, 231, 234
- Rürup Reinhard 104, 105
- Russisches Reich 75
- Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) 248
- Russland 17, 26, 53, 66, 69, 74, 75, 78, 79, 150, 151, 160, 217, 234, 253
- Russländische Föderation 227, 234,
- Rutowska Maria 101, 104–106, 108, 110, 142, 146
- Rybno 144
- Rypin 144
- Sabrow Martin 230
- Sachsenhausen 126, 128
- Sakson Andrzej 114
- Saporoschje 153
- Sarafian Ara 74
- Sarazin Thilo 33, 34
- Schafft Gretchen Engle 21, 134, 135
- Schallmayer Wilhelm 50
- Schattenberg Susanne 249
- Scheidt Walther 43
- Schieder Theodor 21, 77, 90–93
- Schitomir 153
- Schleiermacher Sabine 16, 17, 47, 49, 54, 57, 59, 62, 90, 141, 166, 171, 173, 244, 258
- Schlesien 58, 121, 127, 214
- Schmidt-Hartmann Eva 233
- Schmitt Carl 40, 94, 95
- Schmuhl Hans-Walter 48–50, 52, 57, 62, 119,
- Schneider Karl 128
- Schneider Silke 113
- Schönfeld Roland 230
- Schöttler Peter 92
- Schramm Gottfried 239
- Schröder Hans-Henning 241, 252
- Schubin 144
- Schumann Dirk 16
- Schutz Artur 188, 189

- Schwartz Matthias 251
 Schwartz Michael 17, 18, 63, 66, 259
 Schwarzes Meer 168
 Schweden (Sweden) 16, 34, 39, 44, 171, 174, 258
 Schwendemann Heinrich 114, 115
 Schwetz (Świecie) 132, 140, 144, 149, 159, 160
 Scott James C. 238
 Segbers Klaus 238, 250
 Serbien 66, 79, 235
 Serwański Edward 101, 102, 104–106, 109, 110, 112
 Shaw Bernard 16
 Shearmur Jeremy 27
 Sheehan James J. 67, 68, 75, 76
 Sherman John 73
 Sherman William T. 70, 73, 74
 Shkabara Ilya 252
 Sibirien 9, 103, 166, 200, 217, 247, 254
 Siddiqi Asif A. 251
 Siebenbürgen 218
 Siedlce 196–198, 202
 Siegelbaum Lewis H. 250
 Sikorski Władysław Eugeniusz 82
 Simis Konstantin M. 250
 Skandinavien 15, 34, 46
 Skierbieszów 190
 Slezkine Yuri 248
 Slowakei 212, 214, 218, 225
 Służewski Czesław 187–189, 191
 Smith Jacob 72
 Snyder Timothy 122, 131, 133, 212, 245
 Sobczak Janusz 142, 147–153, 159
 Sobieszewska Wyspa sieh Neuen Binnen
 Sochor Lubomir 242
 Sofija 234
 Soldau 144
 Sowjetrussland sieh Sowjetunion
 Sowjetunion (Sowjetrussland, UdSSR, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) 19, 27, 28, 64, 68, 74, 112, 113, 163, 166, 168, 174, 200, 211, 216, 227–229, 232–234, 236, 239, 243, 244, 252–255
 Soyfer Valery N. 241
 Spiegeleire Stephan De 238, 250
 Sporrenberg Jacob 186
 Stalin Josef W. 18, 27, 82, 90, 122, 227–229, 233, 238, 240–247, 249, 251, 252, 255, 256
 Stargard 144, 149, 155
 Stark Johannes 88
 Steiermark 9, 111
 Steinweg Reiner 217
 Stepko Małgorzata 147
 Steyer Donald 123
 Stiller Alexa 163
 Stöckel Sigrid 48
 Stolleis Michael 94
 Stołyhwo Kazimierz 126, 127
 Strasburg (powiat brodnicki) 144, 149, 151
 Straßburg 88
 Streckenbach Bruno 123
 Strickner Herbert 106, 115, 116
 Strippel Andreas 142, 162
 Stuhm 145
 Stutthof 149
 Südafrika 71, 73, 74
 Südosteuropa 66, 68, 77, 80, 91, 185, 212, 214, 223, 229–231, 256
 Südrussland 152

- Südschweden 44
 Südsteiermark 169
 Sultanat Aceh 71
 Sundhaussen Holm 213, 215, 220,
 229, 235
 Sweden *sieh* Schweden
 Szarota Tomasz 130, 136
 Szcześniak Andrzej L. 141
 Szefer Andrzej 153
 Sziling Jan 143–146, 159
 Szpegawski las *sieh* Wälder (Wald)
 von Spengawskén
 Szubarczyk Piotr 123

 Świecie *sieh* Schwetz

 Tatarstan 248
 Tenfelde Klaus 248
 Teptiuków Lager 202
 Teschener Schlesien 214
 Tetuán Herzog von 73
 Theborn Göran 16
 Ther Philipp 65, 66, 174
 Thiel Jens 76
 Thom Françoise 242
 Thorn 144, 148, 154, 155, 159, 160
 Timofeev Lev 250
 Tito Josip Broz 213
 Todorova Maria 69
 Tolman William 36, 37
 Tomaszow Kreis 162
 Tomczak Maria 101, 104–106, 108
 Tomkiewicz Monika 142
 Tönnies Ferdinand 38
 Tontsch Günther H. 235
 Tooley T. Hunt 70, 73
 Topolno (seit 1942 Pappeln) 154,
 155

 Toth Agnes 218
 Trautwein Waldemar 188
 Traverso Enzo 70
 Troebst Stefan 26, 215, 227, 229–231,
 235, 236, 259
 Trotha Adrian Dietrich Lothar von 71
 Trotzki Leo 243
 Trümpler Eckhard 232
 Trzeciakowski Wiesław 143, 158
 Tschechoslowakei 25, 26, 81, 82, 101,
 133, 144, 212–216, 218–220, 222,
 224–226, 232
 Tuchel 144, 160
 Tucheler Heide 148
 Tucholsky Kurt 55
 Turda Marius 15, 19, 21, 138
 Türkei 64–66, 81, 82, 229, 230

 UdSSR *sieh* Sowjetunion
 Ukraine 108, 148, 159, 167, 169, 215–
 –217, 235
 Ukraine Reichskommissariat 108
 Ulbricht Walter 232
 Umbreit Hans 101, 144
 Ungarn 25, 26, 80, 212, 214, 218, 222,
 224, 225, 235
 Unger Friedrich von 53
 Union der Sozialistischen Sowjetrepub-
 bliken *sieh* Sowjetunion
 USA 15, 16, 27, 34, 46, 70–72, 83,
 174, 211, 258
 Uzarczyk Kamila 11, 15, 18

 Vajskopf Michail 242
 Várdy Agnes Huszár 70
 Várdy Steven Béla 70
 Vassilev Vassil 230
 Venizelos Eleftherios 80, 82

- Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland (später Nordirland) 16
- Vereinigte Staaten 28
- Versailles 53, 81, 82
- Verschuer Otmar Freiherr von 21, 92, 93, 120
- Vienne Florence 59, 60
- Vilniuser Gebiet 216, 226
- Virchow Rudolf 42
- Vögel Bernhild 113
- Vogtland 61
- Voigt Martina 169
- Wagner Patrick 21, 57, 87, 114, 165, 259
- Walachei (Rumänien) 66
- Wälder von Lućmierz 132
- Wälder von Spengawskén 122, 132, 139, 140
- Walker Mark 88, 89
- Walter 200
- Wardzyńska Maria 122, 131, 132
- Warschau 8, 113, 126, 130, 136, 144, 182, 183, 189, 198, 199, 202
- Warthegau 101–105, 107, 108, 110, 113–115, 134, 161, 162
- Wartheland 22, 121, 133, 134, 142, 144, 145, 147, 148
- Wasser Bruno 101, 103, 108, 111, 141
- Waszak Stanisław 148, 149
- Wąbrzeźno 143
- Wedekind Michael 54
- Wehner Markus 246
- Weichsel 148, 149, 180, 203
- Weigelin-Schwiedrzik Susanne 7
- Weimarer Republik 48, 53, 55, 57, 59
- Weindling Paul J. 18, 19, 25, 28, 48, 138
- Weingart Peter 41, 50, 51, 62
- Weiss Sheila F. 49–51
- Weißrussland 148, 159, 215, 216
- Weißruthenien 166
- Weitbrecht Dorothee 104, 105
- Wejherowo *siehe* Neustadt
- Wellmann Martin 55
- Wells Herbert George 16
- Wendler Richard 186
- Westeuropa 44, 83, 119, 169
- Westpreußen 123, 132, 144, 145, 151, 152, 154, 257
- West-Russland 80
- Westsibirien 247, 251
- Westukraine 161, 166
- Wetzel Erhard 103, 166, 200
- Wetzell Richard F. 16
- Weyler Valeriano 71–73
- Wien 7, 61
- Wildermuth Katharina 7
- Wildt Michael 104, 163, 169
- Willerton John P. 250
- Winkler Heinrich August 72
- Winkler Wilhelm 56
- Wirsitz 144
- Witte Peter 106, 109, 169
- Włodarczyk Jarosław 22
- Wnuk Józef 180
- Wojciechowski Zygmunt 223
- Wolf Gerhard 162
- Wolf Julius 34
- Wolhynien 148, 185, 202, 205, 216
- Wordel 156
- Wounded Knee 72
- Wróbel Danuta 143
- Wulecki-Hügeln 128
- Wywłoczka 188
- Vereinigte Staaten *siehe* USA

- Young Samuel 72
Yurchak Alexei 242
- Zägel Jörg 217
Zaleski Eugène 244
Zamość 177, 184, 186, 190, 192, 194–
–196, 201–203, 205
Zamość Kreis 111, 185, 202
Zamość Lager 25, 178, 179, 182, 183,
188–190, 192, 194
Zamość Landkreis 184, 186
Zamość Raum 177, 178, 180, 181,
183–188, 191, 193, 195–205
Zamość Region 9, 24, 168, 177, 179,
180, 186, 191–194, 196, 198, 258
Zamoyski Jan Tomasz 188, 189, 203
- Zarnow 162
Zeiga Albert 188
Zempelburg 144, 160
Zentralasien 229
Ziegler Walter 145, 146
Ziemann Benjamin 16
Zips 225
Zoll Fryderyk 126
Zoppot 145, 146, 154, 155
Zörner Ernst 185
Zwierzyniec 25, 178, 179, 182, 183,
187–189, 194, 203
Živkov Todor 230
Żakowski Jacek 139
Żeleński Tadeusz Boy 16